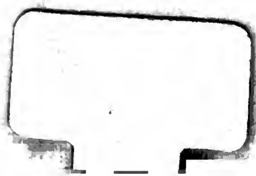
Die soziale Frage

Maximilian Schlesinger



Die
soziale Frage.

Eine volkswirtschaftliche Untersuchung

von

Maximilian Schlesinger.

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder!
H. Heine.



Breslau.
Verlag von Bruno Geiser.
1889.

Inhalts-Angabe.

Berichtigung. Auf Seite 153 wolle man zur Kapitelüberschrift an Stelle der Ziffer VIII Ziffer IX lesen.



Die soziale Frage.

Eine volkswirtschaftliche Untersuchung.

Vorwort.

Seit einem Viertel Jahrhundert ist die soziale Frage in Deutschland die Frage des Tages.

Gleichwohl fehlt es noch jetzt an einer Untersuchung, welche von einem vorgeschrittenen Standpunkte aus und auf den Grundlagen der exakten Nationalökonomie den Gesamtinhalt der sozialen Frage würdigt. Vor Erlaß des Sozialistengesetzes wurden manche Arbeiten veröffentlicht, die einzelne Teile dieses weiten Gebietes in helle Beleuchtung setzten; andere Partien, und unter ihnen die wichtigeren, blieben in Dunkel gehüllt. Auch das wissenschaftliche Hauptwerk des Sozialismus, das Marx'sche „Kapital", ließ manche Lücken unausgefüllt, da, von anderen Gründen abgesehen, zu jenem Zeitpunkt nur der erste Teil des auf drei Bände berechneten Buches erschienen war.

Seit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes haben sich die literarischen Verhältnisse auf dem hier behandelten Felde lediglich verschlechtert. Anstatt die Erkenntnis der sozialen Dinge zu fördern, hat das abgelaufene Jahrzehnt nur die bestehende Unklarheit vermehrt. Neben Schriften von rein agitatorischer Tendenz sind auch Werke, die der wissenschaftlichen Forschung zu dienen geeignet waren, dem Polizeiverbot verfallen. Nirgends in ganz Deutschland hat der soziale Gedanke eine ernsthafte Fortbildung erfahren.

Und dabei wies der hinter uns liegende Zeitraum zwei

literarische Ereignisse von hoher Bedeutung auf, die Veröffentlichung des viel besprochenen Werkes des Amerikaners Henry George, und das Erscheinen der Fortsetzung vom Marx'schen „Kapital". Man hätte es als eine gebieterische Forderung ansehen müssen, sich mit diesen Werken auseinanderzusetzen, — man hat sie gleichgiltig hingenommen. Henry George hat mit sieghafter Beredsamkeit eine Sache verfochten, die uns sympathisch sein mußte. Der Kern seiner Ausführungen war freilich nicht neu, schon in den vierziger Jahren hat August Theodor Stamm in gleicher Weise die Aufmerksamkeit auf die Bodenfrage zu lenken gesucht. George übertraf jedoch seine Vorgänger bei Weitem durch Dialektik und rücksichtslose Schärfe der Konsequenz. Was er sagte, war entweder richtig — dann haben wir Alle uns bisher in einem bedenklichen Irrtum über die sozialen Grundlagen befunden und sind verpflichtet, diesen Irrtum einzugestehen; oder es war falsch, — dann mußte die Fehlerhaftigkeit seines Gedankenganges nachgewiesen werden.

Die im Jahre 1885 erfolgte Veröffentlichung des zweiten Bandes vom „Kapital" geht an literarischer Bedeutung noch weit über das Erscheinen des George'schen Werkes „Progress and poverty" hinaus. Und dieser zweite Band ist von den eigenen Freunden und Anhängern des Marx bisher totgeschwiegen worden. Eine im Jahre 1887 in der „Internationalen Bibliothek" (Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart) herausgegebene Arbeit von Karl Kautsky, welche den umfassenden Titel: „Karl Marx' ökonomische Lehren" führt, beschäftigt sich mit dem zweiten Bande überhaupt nicht. Allerdings bietet die Marx'sche Stilistik dem Verständnis, auch in diesem zweiten Bande, Schwierigkeiten und ladet nicht sonderlich zu dessen Studium ein.

Es ist mit der Schreibweise des Marx ein eigen Ding. Seine Gegner haben ihn mißverstanden, das steht fest. Aber auch Lassalle hat ihn, nach Marx' eigenem Zeugnis, falsch verstanden. Daß es Schäffle nicht besser ergangen ist, haben schon vor Jahren gewichtige Stimmen behauptet. Ich halte eine

Schreibweise, welche Männern, denen es an Scharfsinn und Gründlichkeit gewiß nicht gebricht, dunkel geblieben ist, für unglücklich gewählt. Zwar belehrt uns Kautsky, der die Lehren des Marx „gemeinverständlich“ darstellen und erläutern will, daß die Schuld nicht an der Sprache, sondern an dem Gegenstand und dem Leser liege, der Inhalt der Marx'schen Lehre lasse sich nur mit dessen Worten und nicht anders ausdrücken. Ich glaube jedoch, daß der große Nationalökonom diesen Verdunkelungsversuch, der sich als eine Erklärung giebt, gemißbilligt haben würde. Marx wollte gewiß nicht die Rolle einer cumäischen Sibylle spielen, die nur von einigen Priestern verstanden wird, welchen die Fähigkeit abgeht, das Maß ihres Verständnisses anderen Leuten zu eröffnen.

Sicherlich muß jeder richtige Gedanke in einer klaren Sprache sich wiedergeben lassen. Läßt man sich die Mühe nicht verdrießen, den zweiten Band genau zu lesen, so findet man auch, daß er, weit entfernt, unverständlich zu sein, vielmehr das Dunkel lichtet, welches über dem ersten Bande lagert. Der Streitpunkt betrifft lediglich die Lehre vom Wert, welche Zweifel über das, was Marx unter Wertgröße verstand, sowie über den Sinn, in welchem er die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als wertbildend bezeichnete, hervorgerufen hat. Den letzteren Zweifel konnte man schon aus dem ersten Bande schlichten, der Streit über die Wertdefinition entfällt nach der Lektüre des zweiten Bandes, in welchem die Definition, — insbesondere im sechsten Kapitel des ersten Abschnitts, der von den Zirkulationskosten handelt — in einem Sinne angewendet wird, der jedes Bedenken über den gedanklichen Inhalt tilgen muß.

Ich bekenne, daß ich selbst in einem Aufsatz, den ich vor längerer Zeit in den von Höchberg herausgegebenen „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen“ (Leipzig, R. Eckerlein, Septemberheft 1879) veröffentlicht habe, der Marx'schen Wertdefinition nicht völlig gerecht geworden bin. Trotzdem konnte ich, da ich mich bei jenem Anlaß nur in einem Irrtum über die Marx'sche Ausdrucksweise befand, den Kern meiner damaligen Auseinander-

setzung in das dritte Kapitel der vorliegenden Untersuchung übernehmen.

Ueber die Behandlung des Stoffes habe ich nur wenig zu bemerken. Ich enthielt mich überall der gebräuchlichen Anmerkungen, welche, soweit sie nicht blos der Eitelkeit des viel wissenden Gelehrten dienen sollen, nur zur Bequemlichkeit des Autors, aber zur Unbequemlichkeit des Lesers verwendet werden. Wo es notwendig schien, Quellen anzuziehen, ist dies im Text selbst geschehen. Einige wohlbekannte Aussprüche der ökonomischen Werke habe ich mit Weglassung der Quelle dem Text einverleibt, ohne daß ich mir die Mühe gab, die Wortfassung zu ändern. Man wird in dieser Wiedergabe fremder Sätze ein Plagiat nicht finden können. Wo dennoch Anmerkungen eingestreut sind, folgte ich nachträglich einem Wunsch des Redakteurs der „Volksbibliothek", der einem Teile der Leser hierdurch das Verständnis zu erleichtern hoffte.

In dem Text wird man vielfach polemische Bemerkungen gegen ökonomische Schriftsteller finden. Ich habe indes nicht beabsichtigt, ein polemisches Werk zu schaffen, da ich im Grunde ein friedfertiges Gemüt habe. Ich wollte die soziale Entwicklung nach ihrer positiven Seite feststellen und mußte angesichts der Zerfahrenheit, die in der ökonomischen Litteratur herrscht, wohl oder übel bei diesem Bemühen mit den herkömmlichen Gemeinplätzen aufräumen. Man wolle aber diese Bemerkung nicht etwa als eine Bitte um Entschuldigung auffassen. Sollte Jemand finden, daß in den nachfolgenden Blättern ihm selbst oder einem seiner ökonomischen Lieblinge Unrecht geschehen sei, so ziehe er vom Leder.

„Nur zugestoßen! Ich parire."

Breslau, im März 1889.

Der Verfasser.

I.

Das Thema.

Als Sessa, der sagenhafte Erfinder des Schachspieles von dem Schah von Persien aufgefordert wurde, sich eine Gnade zu erbitten, sprach er: „Ich verlange von Dir, o Fürst, daß Du mir auf das erste der 64 Felder des Schachbrettes ein Weizenkorn legst, auf das zweite zwei Körner, auf das dritte vier Körner, und auf jedes folgende immer die doppelte Zahl. Mit der Gesamtzahl der Weizenkörner, welche bei 64mal stattfindender Verdoppelung erforderlich sind, will ich mich begnügen."

Der Schah von Persien lächelte über die unkluge Bescheidenheit seines Dieners und befahl, daß ein Sack Weizen herbeigebracht werde, damit die Belohnung sofort zur Auszahlung gelange. Man legte auf das erste Feld ein Weizenkorn, auf das zweite zwei Körner, auf das dritte vier Körner, und da für acht Körner auf dem vierten Felde nicht mehr genügender Raum vorhanden war, zählte man die weiteren Körner auf dem Estrich des Zimmers. Als man bis zum zwölften Felde gelangt war, war der Sack, welcher mehr als viertausend Körner enthalten hatte, geleert.

Der Schah befahl, daß eine größere Zahl von gefüllten Säcken herbeigeschafft werde. Das dreizehnte Feld erforderte einen ganzen Sack Weizen, das vierzehnte Feld zwei Säcke, das fünfzehnte vier, das sechzehnte acht Säcke. Mit dem zwanzigsten Felde waren die reichen Vorräte des Schah erschöpft. Man hatte 250 Säcke verbraucht. Der König ließ den ge-

samten Weizen aus seiner Hauptstadt herbeischaffen, schon nach wenigen Feldern war derselbe unzulänglich geworden. Alle Weizenvorräte von Persien genügten nicht, um auch nur die Hälfte der Schachbrettfelder zu füllen, und schließlich wurde der Schah inne, daß auf dem ganzen Erdreich so viel Weizen, wie der schlaue Sessa als Belohnung beansprucht hatte, nicht vorhanden sei.

Zur Befriedigung des persischen Mathematikers würden 13 Trillionen Weizenkörner erforderlich gewesen sein. Man macht sich von der Größe dieser zwanzigstelligen Zahl eine Vorstellung, wenn man sie an kleineren Verhältnissen mißt. Nimmt man an, daß ein Weizenkorn 1/2 Zentimeter lang ist, so würde, wenn man sich die Körner auf einander gestellt denkt, eine Säule, welche 148,400 Körner enthält, 7420 Meter hoch sein, gleich einer geographischen Meile. Verbraucht man 8 1/2 Billionen Weizenkörner, so würde die Höhe der Säule 57,800 Meilen betragen, gleich der mittleren Entfernung des Mondes von der Erde. Die Zahl 13 Trillionen ist aber noch erheblich größer. Man würde anderthalb Millionen solcher Säulen, deren jede von der Erde bis zum Mond reicht, neben einander stellen müssen, um die von Sessa geforderte Zahl zu erlangen.

Durch unausgesetztes Verdoppeln von Zahlen entstehen riesenhafte Größen. In dem Wirtschaftsleben gibt es einen Faktor, welcher ein unaufhörliches Verdoppeln rechnungsmäßig herbeiführt: den Zinseszins. Ein Kapital, welches zu 5 Prozent zinsbar angelegt wird, dergestalt, daß die Zinsen alljährlich zum Kapital gezogen und ihrerseits wieder verzinst werden, hat sich nach Ablauf von 14 Jahren durch die Kraft des Zinseszinses verdoppelt. Wenn man am Tage von Christi Geburt einen Pfennig zinstragend in einer Bank angelegt hätte, so würde, — wie berechnet worden ist — infolge der Verzinsung des Zinses, derselbe heut zu einem Kapital angeschwollen sein, welches, in gediegenes Gold ausgeschmolzen, eine Kugel von dem Umfange unseres Erdballs bildete.

Es kann nicht überraschen, daß diese erstaunliche Frucht-

barkeit des Zinseszinses die Veranlassung zu allerhand phantastischen Spekulationen in der Volkswirtschaft gegeben hat. Faßt man die soziale Frage als eine rein wirtschaftliche auf, deren Lösung durch die Ausgießung von Kapitalien auf die darbende Menschheit zu vollbringen ist, so bedarf man nur einer geringen Summe, welche, zinsbar angelegt, nach einer berechenbaren Zeit alle notwendigen Mittel hergeben wird. Dieses Trugbild hat Reformvorschläge hervorgerufen, welche ernsthaft gelehrt worden sind und gutgläubige Personen zu verfehlten Experimenten angestiftet haben.

Es ist unmöglich, unsere Erdkugel in reines Gold zu verwandeln. Die Pfennige, welche zu Christi Zeiten gemünzt wurden, sind verloren gegangen, und wenn ein solcher heut noch vorhanden ist, so besitzt er freilich einen hohen Wert, den er aber nicht dem Zinseszins, sondern dem historischen Interesse verdankt. Keine Bank wird es auf sich nehmen, einen Pfennig zinsbar anzulegen. Sollte es bei Beginn unserer Zeitrechnung Bankinstitute gegeben haben, welche sich mit Entleihen von Geld gewerbsmäßig befaßten, so würde doch auf unsere Zeit von ihren Geldkapitalien nichts gekommen sein. Der Untergang des römischen Kaiserreichs, die Völkerwanderungen, die Kreuzzüge, Epidemien, Mißwachs und Kriege würden die Verzinsung gehemmt und die Kapitalien zerstört haben.

Die Möglichkeit, Zinsen zu erhalten, ist trotz der schönen Ergebnisse, welche die Rechnung auf dem Papier liefert, in der Wirklichkeit eine sehr beschränkte. Der Zinskoupon, welchen man von dem Pfandbrief abschneidet, gestattet wegen der Geringfügigkeit seines Betrages eine sofortige zinsbare Vernutzung nicht. Nirgends gewähren die bestehenden Zinserträge eine ununterbrochene Selbstzeugung verjüngter Zinsen. Nur scheinbar machen die öffentlichen Sparkassen hiervon eine Ausnahme. Indem sie durchweg Einlagen nur bis zu einer bestimmten Höhe annehmen, bereiten sie dem schrankenlosen Zinslauf ein jähes Ende. Es ist auch dafür gesorgt, daß sich nicht Jemand, dem das Wesen der Sache unbekannt ist, aus eigenem Willen zur Verzinsung

von Zinsen verpflichte und hiermit das Opfer eines unabsehbaren Unfugs werde. Seit den Zeiten Justinians hat die Gesetzgebung den Anatozismus *) wegen seiner öffentlichen Schädlichkeit verboten.

Es ist nicht Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, abstrakt wissenschaftliche Lehrsätze, deren logische Richtigkeit unbestreitbar ist, zu finden. Ihr Feld ist vielmehr die angewandte Wissenschaft, die Aufsuchung der Unterschiede, welche sich zwischen den Glaubensregeln unsrer Gedankenwelt und dem wirklichen Leben darbietet. Wir besitzen Lehrsysteme, welche mit meisterlicher Schärfe und gefälliger Durchsichtigkeit aufgebaut sind, ohne uns deswegen dem Verständnis für die Erscheinungen des täglichen Lebens näher zu bringen. Wir haben nicht die Aufgabe, eherne Gesetze für eine Geisterwelt auszuklügeln, deren Wirkungslosigkeit in der realen Welt uns jede Stunde offenbar wird. Wir müssen vielmehr den Widerstand zu berechnen suchen, welcher unsren Theorien in dem Augenblick bereitet wird, wo man sie in die Praxis überzuführen sucht. Das Thema lautet also: Welchen Einfluß übt die natürliche Gesetzlosigkeit, die der sozialen Entwicklung eigentümlich ist, auf die ökonomischen Gesetze aus?

II.

Die Quelle des Einkommens.

Der Satz, daß die Arbeit die Quelle alles Einkommens sei, wird vielfach bestritten. Wir unternehmen es, seine Richtigkeit zu beweisen.

Ein Blick auf die täglichen Vorkommnisse lehrt uns, daß nicht jedes Einkommen, welches Menschen erzielen, Lohn für geleistete Arbeit ist. Der Aktionär der Bergwerksgesellschaft,

*) Die aus dem altgriechischen stammende wissenschaftl. Bezeichnung für Zinseszins, lat. usurae usurarum.

welcher alljährlich seine Dividende erhält, arbeitet nicht und bezieht dennoch ein Einkommen. Der Hausbesitzer, welcher den Mietszins steigert, verschafft sich hierdurch ein neues Einkommen, dem keinerlei neue Arbeitsleistung vorausgegangen ist. Der Arbeitslohn ist eine Unterart des Einkommens; die sozialen Verhältnisse bringen es mit sich, daß man noch auf andere Art, als durch Arbeit, Einkommen zu erwerben vermag.

Nicht selten treten in unseren Einkünften mehrere Einkommensarten mit einander vermischt auf. Der Schneidermeister, welcher einen von ihm angefertigten Anzug, dessen Rohstoffe ihm zehn Thaler gekostet haben, auf Kredit zum Preise von fünfzehn Thalern verkauft hat, wird, wenn er nach Ablauf des bewilligten Zahlungszieles das Kaufgeld erhalten hat, ein Einkommen von fünf Thalern gewonnen haben. In diesem Gewinnst sind neben dem Arbeitslohn Zinsen für den gestundeten Kaufpreis enthalten. Dem Käufer, welcher bar bezahlt, werden die Kleidungsstücke billiger geliefert. Der Schneidermeister wird sich aber nicht mit dem gewöhnlichen Zinssatz, den er vielleicht seinem Lieferanten schuldet, und dem Ersatz des Arbeitslohns, welchen er dem Gesellen gezahlt hat, begnügen dürfen. Er wird noch ein Entgelt dafür fordern, daß er sich rechtzeitig in den Besitz von Vorräten gesetzt hatte und im Augenblick des Bedarfs im Stande war, einen modernen Stoff zu liefern. Die Rohstoffe hatte er nicht zur sofortigen Verwendung angekauft, sondern aus Spekulation; er lief Gefahr, daß sie unverwendet auf dem Lager verblieben. Da sich ein Abnehmer für dieselben fand, muß dieser die gelungene Berechnung bezahlen. Der Verdienst von fünf Thalern setzt sich also aus drei Arten des Einkommens zusammen: aus Arbeitslohn, Kapitalzins und Unternehmergewinn (Risikoprämie, Spekulationsprofit).

Der Landmann, welcher ein von ihm im Herbst geerntetes Quantum Getreide im Frühjahr auf den Markt bringt und verkauft, hat hierbei nach Abzug der Kosten für die Aussaat ein Einkommen erzielt, welches ebenfalls einen Ueberschuß über

den Lohnbetrag für die von ihm geleistete Feldarbeit enthält. Dieser Ueberschuß besteht zum Teil aus Zins, indem für die Benutzung des in dem fruchttragenden Acker vertretenen Kapitals dem Besitzer desselben eine besondere Entschädigung zu gewähren ist. Der Landmann hat indes nicht auf einen Zinszuwachs gerechnet, wenn er das geerntete Getreide ein halbes Jahr ungenutzt liegen ließ. Er hat gehofft, daß in der Zwischenzeit in Folge des Verbrauchs der Markt für Getreide sich bessern werde. Ist die Konjunktur seinen Erwartungen gemäß eingetroffen, so erhält er in dem höheren Preise außer Lohn und Zins auch noch Spekulationsgewinn.

Wir begegnen auf diesem Gebiete noch einer vierten Einkommensart, die unabhängig von den drei erörterten besteht. Unser Landmann hat für eine Quantität Getreide fünf Thaler weniger erhalten, als sein Nachbar für die gleiche Menge, welche dieser unter denselben Aufwendungen aus der gleich großen Ackerfläche geerntet hat. Das Getreide des Nachbars war von besserer Qualität, weil dessen Acker fruchtbarer ist. Diesem fließt also, lediglich wegen der größeren Ergiebigkeit seines Grundstückes, ein Einkommen zu, welches nicht durch die Arbeit, nicht durch das Leihen von Kapitalien oder durch geschickte Spekulation bedingt wird, er bezieht eine aus dem Boden selbst fließende Grundrente.

In diese vier Arten des reinen Einkommens: Lohn, Zins, Gewinn, Rente, zerlegen sich alle Einkünfte der Menschen. Freilich, wie es in der Welt der beweglichen Dinge Menschen giebt, vor denen nichts sicher ist, so finden sich auf dem Gebiet der geistigen Güter Gelehrte, die Alles bestreiten, und so hat sich denn eine Richtung gezeigt, welche das Vorhandensein der Bodenrente schlechthin ableugnet.

Die Rententheorie knüpft sich an den Namen des englischen Oekonomen Ricardo. Der Streit, welchen sie hervorgerufen hat, ist lediglich durch die verfehlte Beweisführung Ricardo's verschuldet worden. Der richtige Inhalt der Rentenlehre ist mit wenigen Worten dargelegt. Der Boden ist von

verschiedenartiger Ergiebigkeit, besserer Boden gibt bei gleicher Arbeit seinem Besitzer einen höheren Ertrag, als geringerer Boden. Der Vordersatz ist augenfällig richtig, der Schlußsatz enthält eine logische Folgerung aus den Thatsachen, die keines Beweises bedarf. Trotzdem hat Ricardo es verstanden, die klare Lehre durch gelehrte Umschweife zu verdunkeln, indem er dieselbe in eine arithmetische Formel zu bringen versucht hat, welche in den historischen Verhältnissen keine Stütze findet. Sein „Beweis" besteht in der Behauptung, daß man im Anfange der Kultur, bei noch geringer Bevölkerungszahl, zunächst den besten Teil des Bodens in Anbau genommen habe. Der Preis der Bodenfrüchte sei so niedrig gewesen, daß er nur die auf den Anbau verwendeten Kosten gedeckt habe. Mit steigender Bevölkerungszahl habe man sich genötigt gesehen, auch schlechtere Bodenklassen anzubauen. Der Preis der Bodenfrüchte habe nunmehr die vermehrten Anbaukosten, die auf den schlechteren Boden verwendet worden, decken müssen und sei infolge dessen gestiegen, sodaß der Besitzer des besseren Bodens, dem die Preissteigerung zu gute gekommen sei, mehr als die Herstellungskosten erhalten habe. Später sei die Bevölkerung abermals zahlreicher geworden, eine dritte wiederum schlechtere Bodensorte hätte angebaut werden müssen, wodurch auf's Neue die Preise gestiegen seien. Nunmehr wäre auch eine Bodenrente für die Besitzer der zweiten Qualität abgefallen. Dieser Entwickelungsgang setze sich fort. Das in einem Lande vorhandene schlechteste Bodenmaterial, welches bepflanzt werde, regulire den Preis der Früchte. Die Besitzer besserer Bodensorten erhalten eine stufenweise aufsteigende Bodenrente, welche die Tendenz habe, zu wachsen.

Der amerikanische Oekonom Carey hat geglaubt, die aus der Rententheorie folgenden Thatsachen dadurch beseitigen zu können, daß er die Ricardo'sche Darlegung des historischen Verlaufs als irrig nachweist. Nach ihm haben die Menschen im Anfange der Kultur nicht denjenigen Boden angebaut, welcher der beste war, sondern denjenigen, welchen sie mit ihren be-

schränkten Mitteln zuerst bewältigen konnten. Dies seien die höher gelegenen Ländereien von geringer Ergiebigkeit gewesen. Erst später habe man vermocht, die Bäume des Urwalds zu fällen und Sümpfe trocken zu legen, wodurch Länder von jungfräulicher Fruchtbarkeit und gewaltigem Reichtum der Kultur unterworfen worden seien. Carey sucht nachzuweisen, daß dies die Regel sei, nach welcher in allen Ländern die Okkupation der Erde sich vollzogen habe, behauptet jedoch eine Menge historische Thatsachen, deren Unrichtigkeit feststeht. Er kommt zu dem Schluß, daß der Preis der Bodenfrüchte nicht die Tendenz habe, zu steigen.

Auch aus der Carey'schen Beweisführung ist die Thatsache nicht wegzuleugnen, daß die Ergiebigkeit des Bodens eine verschiedenartige ist. Die Carey'sche Schablone läßt die Bodenrente daher nicht minder bestehen, als die Ricardo'sche; nur weist sie den Empfang derselben den Pionieren der Kultur zu, während Ricardo in den eingesessenen Grundbesitzern die Rententräger erblickt. Der Fehler beider Oekonomen besteht darin, daß sie aus isolierten Wahrnehmungen in der Phantasie eine Kette gleichartiger Erscheinungen konstruiert haben und dort eine gesetzliche Regelmäßigkeit finden wollten, wo nur der Zufall die Herrschaft übte. Wenn Ricardo beobachtet hat, daß zu seiner Zeit ein steiniges Hügelland, welches bisher einen dürftigen Holzertrag gewährt hatte, entwaldet und in ärmliches Saatland umgewandelt worden ist, so berechtigte ihn nichts zu der Annahme, daß dies überall geschehen sei und geschehen werde. Und wenn zu Carey's Zeiten der amerikanische Freistaat sich durch Ländereien vergrößer hat, die er im Kampfe mit den Indianern gewann, wenn man dann den vortrefflichsten Weizen auf den ehemaligen Jagdgründen erzeugt hat, so hätte Carey nicht an eine unbegrenzte Möglichkeit, stets weiteren Landzuwachs von solcher Beschaffenheit zu erlangen, glauben sollen.

Für den Streit um die Rente sind diese Erörterungen ohne Wert, weil der historische Verlauf vor den Gesetzen der Logik keinerlei beweisende Kraft besitzt. Die Verschiedenartigkeit

des Bodens ist eine Thatsache, die trotz des Streites wegen ihrer Entstehung bestehen bleibt. Der Morgen Landes, welcher auf einem sonnigen Hügel im Rheingau liegt, und auf welchem die edelsten Reben zur Reife gelangen, wirft seinem Besitzer einen höheren Ertrag ab, als der Morgen Landes in der norddeutschen Niederung, der nur mit Heidekraut bestanden ist. Es besteht aber kein ökonomisches Gesetz, welches dem Besitzer des besseren Bodens einen stets wachsenden Reichtum garantirt. Unsere Entwickelung gefällt sich mitunter in Seitensprüngen. Der Weinberg kann durch die Reblaus über Nacht in steriles Oedland verwandelt werden, während die wüste Heide ebenso plötzlich durch Aufschließung eines unterirdischen Mineralöllagers ungeahnte Ergiebigkeit erlangen kann.

Ueberdies ist in dem Streite der Gelehrten nur die eine Seite der Frage berührt worden, der Einfluß der Bodenqualität auf die Rente. In neuerer Zeit wird indes die Rente in weit höherem Maße durch die Lage des Grundstücks beeinflußt. Von zwei ländlichen Grundstücken gleicher Beschaffenheit wirft dasjenige einen höheren Ertrag ab, welches dem Markt näher liegt. Das entfernter gelegene Grundstück fordert die Aufwendung einer größeren Arbeitsmenge, sobald das erzeugte Gut an den Ort gebracht werden soll, wo der Verkauf erfolgt. Der Einfluß, welchen die Lage des Grundstücks äußert, ist in den großen Städten besonders auffällig. Die außerordentlichen Preissteigerungen, welche die im Innern der Städte belegenen Hausgrundstücke in den letzten Jahrzehnten erfahren haben, ist sattsam bekannt. Je weiter die Peripherie der Städte hinausgeschoben wird, desto höher wachsen die Mietserträge der bereits bebauten Grundstücke. Diese Entwicklung kann Unterbrechungen und Störungen erfahren. Durch Verlegung des Verkehrszentrums, durch Errichtung eines neuen Zentralbahnhofes können Stadtteile, die vorher die höchste Anziehungskraft besessen hatten, in dem Mietsertrag ihrer Häuser eine Einbuße erleiden, wie auch Landgüter dadurch eine Wertverminderung erfahren können, daß ein neuer Verkehrsweg einen Marktort

aufschließt, der anderen Landgütern bequemer zugänglich ist und die bisherigen Handelsbeziehungen zur Auflösung bringt.

Grundstücke, deren Wert in dem Vorhandensein unterirdischer Schätze besteht, können die reiche Rente, welche sie bisher abgeworfen haben, dadurch verlieren, daß das Bergwerk endlich erschöpft ist, oder die heilkräftige Mineralquelle schließlich versiegt. Durch die Fortschritte der Technik können indes derartige Grundstücke plötzlich wieder in hohem Maße ertragsfähig werden. Wenn die Industrie in den Besitz eines Verfahrens gelangt, durch welches aus Kobalt die wertvolle blaue Farbe hergestellt wird, die man bisher aus dem edlen Lasurstein entnahm, so gewinnen weggeworfene Schlacken über Nacht hohen Wert, und auf den verachteten Halden des verlassenen Erzbergwerkes entsteht neues reges Leben.

Eine mathematische Formel für die Entwicklung der Rente läßt sich nicht finden, jedoch die Thatsache, daß der Besitzer des begünstigten Bodens ein höheres Einkommen erzielt, als der minder glückliche Besitzer, wird durch alle Wahrnehmungen bestätigt. Dieser Einkommensüberschuß, der ausschließlich auf den Verhältnissen des Bodens beruht, weist nicht die Eigentümlichkeiten des Arbeitslohnes, des Zinses oder des Gewinnes auf, er bildet eine gesonderte Einkommensart, die Rente.

Aber wenn diese Rente auch nicht eine Entschädigung für die vom Besitzer geleistete Arbeit ist, so entsteht sie doch lediglich durch menschliche Arbeit. Dem Besitzer des fruchtbareren Landes, des ergiebigeren Bergwerks fließt die Rente nicht als ein Geschenk zu, welches die Natur freiwillig spendet. Bliebe der Boden unbearbeitet, so würde die Rente, die nur bei dem Verkauf der Bodenprodukte zum Vorschein kommt, nicht erzeugt werden. Es ist nicht nötig, daß der Besitzer selbst Hand anlegt an die Arbeit, er kann die gesamte Bewirtschaftung anderen überlassen, er kann das Gut verpachten und sich mit dem Pachterträgnis, der reinen Rente, begnügen. Nur durch die auf den Boden verwendete Arbeit werden die Kräfte, welche in dem Erdreich schlummern, heraufgefördert, und

soweit die Gunst der Verhältnisse ein reiches Maß des Ertrages dem Boden verliehen hat, fließt der über den Arbeitslohn, Zins und Gewinn hinaus erzielte Ueberschuß dem Eigentümer zu, kraft des Besitzrechtes, welches diesem zusteht. Da unsre Gesetze gestatten, daß ein Privateigentum an Grund und Boden besteht, entfällt auf den Besitzer der Mehrertrag, den die auf den Boden verwendete Arbeit hervorbringt.

Auch die durch die Lage des Grundstücks bedingte Bodenrente ist nur eine Folge menschlicher Arbeitsleistung, freilich zumeist einer solchen, die von dritten Personen außerhalb der Räume des begünstigten Grundstücks bewirkt wird. Wird ein neuer Schienenstrang gelegt, ein neuer Kanal gezogen, so steigt der Wert der angrenzenden Grundstücke, die fortan höhere Erträge abwerfen. Die Quelle dieser Steigerung ist in der Menschenarbeit zu erblicken, welche bei Herstellung der neuen Verkehrswege geleistet worden war. Die Rente des Besitzers hat sich deshalb erhöht, weil durch Arbeit dritter Personen die Produktionskosten auf seinem Grund und Boden billiger geworden sind. In gleicher Weise danken die Hausbesitzer in den Städten die Steigerung der Mietserträge lediglich der Arbeit dritter Personen, die eine rapide Fernwirkung besitzt. Gewiß kann in Städten, deren Bauthätigkeit durch einen einschnürenden Festungsgürtel unnatürlich gehemmt wird, die Not der Bewohner (das Spiel von Angebot und Nachfrage) zu einer Steigerung der Mietspreise führen. Wir sehen indes die Rente gerade in den Städten in einem mächtigen Wachsen begriffen, wo die natürliche Ausdehnung des Weichbildes durch nichts gehemmt ist, und die Bauthätigkeit sich rege entfaltet. Jeder Spatenstich, welcher in den Vorstädten gethan wird, erhöht die Ergiebigkeit des im Innern der Stadt belegenen Bodens, die höheren Mietserträge der älteren Hausgrundstücke fließen aus der menschlichen Arbeit, welche auf die Anlegung neuer Straßenzüge und Häuserviertel, fern von dem wertvoller gewordenen Grundstück, getätigt worden ist.

Die Arbeit allein ist es, welche Einkommen aus Grund

und Boden hervorbringt, aber nur ein Teil des erzeugten Einkommens fällt dem Urheber der Arbeit zu. Wird die Arbeit auf einen ergiebigeren Boden gerichtet, verbessert sie die Nutzbarkeit fremden Bodens, so zieht der Besitzer desselben einen Anteil am Arbeitserträgnis als Rente an sich. —

Auch das Einkommen, welches infolge einer glücklichen Spekulation, als Unternehmergewinn erzielt wird, entsteht nur durch menschliche Arbeit und fällt der Regel nach demjenigen nicht zu, der die zur Erzeugung dieses Einkommens erforderlich gewesene Arbeit geleistet hat. Der Spekulant arbeitet nicht selbst, er benutzt die Gunst der Verhältnisse, um das Arbeitsprodukt anderer Personen an sich zu reißen. Man wende nicht ein, daß er „geistig“ thätig sei und durch diese Arbeit mehr Güter erzeugt, als der nur „körperlich“ thätige. Wenn man von dem Erträgnis seiner Spekulation einen Betrag in Abzug bringt, welcher dem üblichen Lohn für geistige Arbeit entspricht, verbleibt immer noch ein Ueberschuß, der sich eben als Gewinn darstellt. Mit dem Unterschiede, den die Vulgärökonomie zwischen geistiger und körperlicher Arbeit macht, ist in der Wirklichkeit nichts anzufangen. Es gibt niemanden, der ausschließlich mit den Muskeln arbeitet, wie niemand ausschließlich mit dem Gehirn arbeiten kann. Es gibt nur Arbeiten, bei denen die eine oder die andere Anstrengung überwiegt. Der Tischler arbeitet geistig, indem er überlegt, an welchem Punkte er den Hobel ansetzen, oder wie kurz er das Brett abschneiden soll; der Schriftsteller arbeitet körperlich, indem er seine Gedanken zu Papier bringt.

Mag immerhin die Beschäftigung mit der Spekulation eine Arbeitsthätigkeit in sich schließen, so wird doch durch diese Arbeit der reine Spekulationsgewinn nicht hervorgebracht. Der Spekulant kann das erforderliche Arbeitsquantum durch einen Bevollmächtigten verrichten lassen, der ihm gegen Lohn den Profit überbringt. Dies geschieht heutzutage durchaus nicht selten. Wir lassen die Börsenbesucher recht gern als Arbeiter gelten; ist aber der Bankier, der den Besuch der Börse dem

Prokuristen seines Hauses überläßt, ein Arbeiter? In dem Gehalt, welches der Prokurist bezieht, ist der Arbeitslohn ausgedrückt, der auf die Thätigkeit an der Börse, auf das Studium der Depeschen und die Anstrengungen der Arbitragerechnung entfällt; in dem Gewinn, den das Bankhaus durch dessen Börsenspekulationen erzielt hat, steckt kein Arbeitslohn.

Arbeitet derjenige, der sich mit Kapital als „stiller Gesellschafter" an einem lukrativen Unternehmen beteiligt? Das Märchen von dem „geistigen Arbeitslohn" wird am treffendsten durch einen Hinweis auf diejenigen Institute behauptet, in welchen unsere modernen Verhältnisse ihren klassischen Ausdruck gefunden haben: Die Aktiengesellschaften. Arbeitet hier der Aktionär, welchem der gesamte Gewinn des Unternehmens zufällt? Alles, was an geistiger Arbeit aufgewendet war, ist hier mit dem hergebrachten Lohn besonders abgegolten worden, die Direktoren der Gesellschaft haben ihren Gehalt, die Aufsichtsratsmitglieder ihre Tantiemen erhalten, den Aktionären ist eine den üblichen Zinsfuß deckende Abschlagsdividende vorweg bezahlt worden. Wenn nun dann noch der Aktionär, dessen Arbeit im Ankauf der Aktien und im Abschneiden der Dividendenscheine sich erschöpft, ein Einkommen erhält, so hat dies den Charakter einer selbständigen ökonomischen Einkommensart, die aus der Arbeit geflossen, aber dem Arbeiter nicht zuteil geworden ist.

In nicht seltenen Fällen ist der Gewinn gar nicht die Folge einer vorangegangenen Berechnung, sondern das unerwartete zufällige Ergebnis äußerlicher Verhältnisse. Wir produziren auf das Geratewohl; wird unser Arbeitsprodukt von Nachfragenden auf dem Markt angenommen, so erzielen wir einen Preis, der, unter normalen Verhältnissen, die Herstellungskosten überschreitet. Ein amerikanischer Oekonomist aus der Schule Carey's, welcher die beliebte Beweisführung durch Beispiele und sprachliche Bilder mit Kunstfertigkeit verwertet, will nachweisen, daß auch der Unternehmergewinn aus Arbeitslohn

bestehe. Nachfrage und Angebot erscheinen ihm als die beiden Pole einer galvanischen Batterie, die im Ruhezustande niemandem nützen; werden sie aber durch eine Kette mit einander verbunden, so entstehe der elektrische Strom. Der Spekulant, der die Ware dahin bringt, wo Nachfrage nach derselben vorhanden ist, löse die verborgene Kraft aus und verleihe erst dem Arbeitsprodukt den Verkaufswert. Indessen wird durch Schließung der Kette der elektrische Strom nicht erzeugt, sondern nur hervorgelockt. Jeder andere, dem gestattet würde, die Kette zu schließen, könnte dasselbe Resultat hervorrufen. Unsere Gesetzgebung gestattet aber nicht jedermann, Angebot und Nachfrage in Kommunikation zu bringen. Sie läßt ein Privateigentum an den zur Produktion von Ware erforderlichen Gegenständen zu. Nur der Kapitalbesitzer vermag zu spekuliren. Gelingt es ihm, aus den Erträgnissen der Arbeit Anderer einen höheren Nutzen zu erzielen, so schützt sie ihn in dem also erlangten Gewinn. Der Unternehmergewinn hat keinen selbständigen Entstehungsgrund, auch er quillt, gleich der Rente, lediglich aus der Arbeit hervor. —

Die Anschauung, daß der Zins nur durch Arbeit entsteht, ist lange Zeit hindurch herrschend gewesen. Die Gesetzgebung früherer Zeiten hat deshalb ein Unrecht darin gefunden, daß dem Arbeiter ein Teil des ihm gebührenden Lohnes durch Vorwegnahme des Zinses vorenthalten wird, und es ist das Recht, Zinsen zu nehmen, Einschränkungen unterworfen worden, die bis zu einem grundsätzlichen Zinsverbot ausgedehnt waren. Die englischen Oekonomisten lehrten, daß zwischen dem Zins und dem Lohn ein Gegensatz bestehe, da der Zins nur auf Kosten des Lohnes gewonnen werden könne. Hiermit war der große Gegensatz der Interessen zwischen Kapital und Arbeit auf einem bestimmten Gebiet offen gelegt. Der Nachbeter der amerikanischen Oekonomisten, der Franzose Bastiat, hat es unternommen, diesen Gegensatz wegzubeweisen; er hat versucht, in dem gesellschaftlichen Interessenstreit, der von den Engländern als ein Kampf Aller gegen Alle bezeichnet worden ist, tiefinnere Har-

monien zu entdecken, und es ist ihm richtig gelungen, Beweise für diese Ansicht ausfindig zu machen.

Bastiat definiert das Kapital als „Arbeitswerkzeug“ und den Kapitalzins als Leihgebühr. Die innere Rechtfertigung des Zinses findet er in der „dem Werkzeuge innewohnenden Kraft, die Ergiebigkeit der Arbeit zu erhöhen“. Da die Arbeit, welche der Arbeiter mit seinen zehn Fingern verrichtet, geringeren Ertrag abwirft, als diejenige, welche mit Zuhilfenahme eines geeigneten Werkzeuges hervorgebracht wird, so ist ein Teil des Mehrertrages durch Benutzung des Werkzeuges entstanden. Es erscheint daher, wie Bastiat folgert, als harmonische Gegenleistung, wenn der Arbeiter demjenigen, der ihm durch Hergabe des Werkzeuges die Einkommenssteigerung ermöglicht hat, einen Teil des hieraus geflossenen Nutzens zurückgiebt.

Unter den neueren Schriftstellern hat sich vornehmlich der amerikanische Agrarsozialist Henry George lebhaft gegen diese Lehre ausgesprochen. Henry George hat auf dem Gebiete der Volkswirtschaft schnell Schule gemacht, wiewohl er lediglich ein geistreicher Dilettant ist. Er besitzt ein scharfes, aber nicht genügend geordnetes Denkvermögen und verfällt trotz der blendenden Vorzüge seiner Dialektik beständig in Einseitigkeit. Die Beweismittel für seine Lobrede auf den Zins entnimmt Bastiat in der hergebrachten Weise einem „Beispiel“. Ein Zimmermann Jakob macht sich, mit Aufwendung zehntägiger Arbeit einen Hobel, der in dem 300 Arbeitstage enthaltenden Jahre 290 Tage brauchbar bleibt. Wilhelm, ein anderer Zimmermann, erbietet sich, den Hobel auf ein Jahr zu entlehnen, muß aber am Schluß des Jahres nicht nur einen neuen Hobel, sondern außerdem noch ein Brett zurückerstatten. Dieses Brett stellt den Zinskoupon des Hobel-Kapitals dar. George wendet sich gegen dies Beispiel, weil dasselbe nicht erkennen lasse, daß der Zins natürlich und billig sei. Bastiat behaupte nicht, daß Jakob den Hobel machen könne, während Wilhelm diese Fähigkeit nicht besitze. Wäre dies der Fall, so würde das Brett allerdings als Lohn für überlegene Geschicklichkeit erscheinen. Da aber

beide Personen gleich tüchtige Zimmerleute seien, und Wilhelm ebensowohl den Hobel selbst hätte anfertigen können, so verfalle er ohne natürlichen Grund in ein abhängiges Verhältnis, wodurch er der Zinssklave des Jakob werde. Indes ist das Rechenexempel, welches George zu diesem Ende aufstellt, höchst überflüssig. Bastiat setzt lediglich voraus, daß Jakob einen Hobel besitzt, und Wilhelm, welcher des Hobels bedarf, diesen Besitz entbehrt. Damit wird eine Thatsache angenommen, die in der Welt tausendfältig anzutreffen ist. Es ist dabei ohne Belang, ob Wilhelm den Hobel überhaupt nicht zu produzieren vermag, oder ob ihm die Mittel zum Ankauf der Rohstoffe und der Unterhalt während der hierzu erforderlichen Arbeit mangeln. Das Zinsbrett ist lediglich der Tribut, welchen der Besitzlose dem Besitzenden zahlen muß. Die Harmonie der Interessen, welche Bastiat aus der Ergiebigkeit des Werkzeuges konstruiert, möchte vorhanden sein, wenn das Werkzeug eine des Genusses fähige Persönlichkeit wäre und das Brett selbst konsumieren könnte.

George rechtfertigt seinerseits ebenfalls den Zins, indem er an Stelle der Ergiebigkeit des Werkzeuges die Ergiebigkeit des durch Arbeit gewonnenen Naturproduktes heranzieht. Er läßt seinen Kapitalisten ein Faß Wein besitzen, welches ein Jahr lang weggelegt worden ist und am Ende des Jahres eine Wertvermehrung aufweist. Sein Kapitalist hält Bienen, die nach Ablauf einer gewissen Zeit ganz von selbst Honig gesammelt und einen neuen Bienenschwarm hervorgebracht haben; er treibt Schafe, Rinder oder Schweine auf die Weide, und diese Tiere sind fruchtbar und mehren sich; das George'sche Kapital kommt als ein neugeborenes Kalb zur Welt, das lediglich durch die Kraft des Zeitverflusses zu einer stattlichen Kuh heranwächst. So findet er die Ursache des Zinses, welcher für die zeitweise Ueberlassung von Kapital zu zahlen ist, in der thätigen Kraft der Natur, in dem Prinzip des Wachstums.

„Alle Güter — ruft George aus — sind nicht von der Natur des Hobels und der Bretter." Man braucht nicht zu

entgegnen, daß nicht alle Güter von der Natur der Pflanzen und Tiere seien, und daß keineswegs jedes organische Geschöpf durch Lagerung oder Wachstum wertvoller werde. Die eigenen Beispiele schlagen den Beweisversuch, den George mit ihnen unternimmt, zurück. Wollte der Weinkapitalist das Faß Wein wirklich lagern lassen, ohne sich um dasselbe zu kümmern, so würde nach wenigen Wochen das Faß infolge Verdunstung der Flüssigkeit nicht mehr spundvoll sein, eine Pilzbildung würde im Innern des Fasses entstehen, und nach Ablauf des Jahres wäre der Wein umgeschlagen, ungenießbar und wertlos. Der Imker muß, will er wirklich Honig und neue Bienenschwärme gewinnen, unausgesetzt eine achtsame Thätigkeit auf die Völker verwenden, damit dieselben weder erfrieren, noch verhungern, weder fortfliegen, noch ihren zahlreichen Feinden in der Natur zum Opfer fallen. Der Landmann, welcher es verabsäumt, für regelmäßige Fütterung und Wartung seines Kalbes zu sorgen, wird nie eine Kuh daraus groß ziehen. Es mag ja tierische und pflanzliche Stoffe geben, welche ohne menschliche Fürsorge mit der Zeit gehaltvoller werden, aber den gewöhnlichen Fall in der Volkswirtschaft bilden dieselben nicht; und von den Beispielen, die man hierfür anführen könnte, wird bei schärferer Betrachtung eine erhebliche Zahl den Mehrertrag nicht aus dem Grunde des Zinses, sondern des Spekulationsgewinnes ergeben. Der Regel nach sind die im Naturprodukt schlummernden Kräfte nur durch menschliche Thätigkeit zum Leben zu erwecken. Das physikalische Gesetz des Gleichgewichtes von Kraft und Stoff herrscht in der entwickelten Wirtschaft der menschlichen Gesellschaft nahezu ohne Einschränkung. Den Wertzuwachs, welchen der Stoff erlangt, dankt er der auf ihn gewendeten Arbeitskraft. Ohne Arbeit erfolgt keine Wertsteigerung. Freilich wenn man dem Arbeiter die Stoffe, auf welche er seine Kräfte lenken kann, vorenthält, weil wir in Zeiten leben, in denen die Welt bereits weggegeben ist, so muß der Arbeiter wohl oder übel einen Theil des Arbeitsproduktes für das Darleihen des Stoffes opfern; aber deshalb ist das Mehrerzeugnis,

welches ihm als Leihgebühr abgefordert wird, nicht minder durch seine Arbeit aus dem Stoff hervorgebracht worden.

Mag man der Sache immerhin ein moralisches Mäntelchen umhängen, indem man den Kapitalzins als eine Entschädigung hinstellt, welche dem auf die Verzehrung seines Gutes verzichtenden Kapitalisten gebührt; der letzte Grund für die Interesserharmonie zwischen Kapital und Arbeit ist damit ausgesprochen, die Harmonie selbst aber nicht hervorgezaubert. Die Ursache des Zinses ist keine volkswirtschaftliche, sondern eine juristische; sie gründet sich auf das herrschende Eigentumsrecht, welches dem Arbeiter den Zutritt zu den Naturstoffen versperrt. Die einzige Quelle des Zinses ist die Arbeit, und es gibt in dem Wirtschaftsleben keine Einkommensart, welche aus einem anderen Element, als aus der Bethätigung menschlicher Arbeit fließt. —

III.

Die Lehre vom Wert.

Die Arbeit ist nicht die alleinige Ursache der von ihr produzirten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. Die Arbeit ist sein Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter. Indem durch menschliche Arbeit die in der Natur vorhandenen Kräfte in Bewegung gesetzt werden, wird aus den Naturstoffen Einkommen gewonnen. Das Einkommen findet innerhalb der Gesellschaft dreierlei Verwendung. Ein erheblicher Teil desselben — und dies ist vornehmlich das Schicksal des reinen Arbeitslohnes — wird zur Anschaffung von sofort verbrauchbaren Gütern verwendet, durch deren Verzehrung wir die Bedürfnisse unsres organischen und geistigen Lebens befriedigen. Ein anderer Teil dient zur Erwerbung von Gegenständen, die einer dauernden Aufbewahrung fähig sind und auf einer höheren Kulturstufe der Menschheit ebenfalls unseren Bedürfnissen zu

dienen bestimmt sind. Ein dritter Teil der erzeugten stofflichen Güter wird dem Konsum vorenthalten und der Kapitalsbildung, der Bethätigung neuer Arbeit zur Erzeugung von Gütern, und der Reserve für Notfälle, gewidmet.

Die Befriedigung unsrer Lebensbedürfnisse erfordert ebensowohl, wie die Kapitalsbildung einen unaufhörlichen Austausch von Gütern zwischen den einzelnen Menschen. Das Tauschbedürfnis nötigt die Menschen, jedes Gut seinem Werte nach abzuschätzen; auf Grund des hierbei gewonnenen Schätzungsmaßstabes werden Güter, die für gleichwertig erachtet werden, gegen einander hingegeben.

Da die tauschbaren Güter den nicht aufgezehrten Teil des Einkommens bilden, das Einkommen aber nur durch menschliche Arbeit hervorgebracht wird, so wird der Gesamtwert der Güter durch die Menge der auf ihre Herstellung verwendeten Arbeit bedingt. Dies ist indes lediglich ein summarischer Schluß; es ergibt sich aus dem bisher Gesagten nicht, das der Wert jedes innerhalb der Produktion entstandenen Einzelgutes in einem genauen Abhängigkeitsverhältnis von dem auf seine Erzeugung verausgabten Arbeitsquantum steht. Vielmehr bedarf diese Thatsache, insoweit sie als richtig befunden wird, eines besonderen Beweises. Die Arbeitsthätigkeit kann, abstrakt betrachtet, von ungleicher Ergiebigkeit sein, wie auch die Wertbildung zwar an sich von Arbeit abhängig sein kann, gleichwohl aber durch Einflüsse, welche außerhalb der Arbeitsthätigkeit liegen, in ihrer Entfaltung gefördert oder gehemmt zu werden vermag.

Die Frage, wodurch der Tauschwert einer Ware entsteht, und wie er zu messen ist, spaltet die Volkswirtschaftslehre in mehrere Lager. Die Widersprüche, in welchen die verschiedenen Richtungen gegenseitig befangen sind, werden durch die Mehrdeutigkeit des Wortes „Wert" verursacht, — ein Uebel, welches nicht blos der deutschen Sprache anhaftet und die labyrintische Unklarheit, in welcher die ökonomische Terminologie sich bewegt, wesentlich verschuldet hat. Seitdem Adam Smith den begrifflichen Unterschied zwischen „Gebrauchswert" und „Tauschwert"

in die Wissenschaft eingeführt hat, ist es noch fast jedem Oekonomen begegnet, daß er in dem Bemühen, den Tauschwert als ökonomischen Wert schlechthin zu behandeln, plötzlich durch die Begriffsmerkmale des Gebrauchswertes verführt worden ist, den Inhalt des Wertes mißzuverstehen.

Gebrauchswert ist der Wert, den eine Ware besitzt, insofern sie zur Befriedigung von Bedürfnissen dient, — Tauschwert der Wert, welcher ihr die Kraft verleiht, ihren Besitzer zu wechseln, von Hand zu Hand zu wandern und stets durch andere Waren, die ihr gleich erachtet werden, sich ersetzen zu lassen. Der Gebrauchswert, weil er auf der persönlichen Ansicht des Einzelwesens beruht, hat einen individuellen Charakter; der Tauschwert dagegen, da er der Durchschnittsschätzung aller Käufer angepaßt wird, besitzt einen allgemeinen gesellschaftlichen Charakter. Dennoch legt derjenige, welcher bezüglich eines Diamanten, der zum Preise von 10 000 Thalern verkauft worden ist, mißbilligend bemerkt, derselbe habe gar nicht einen so hohen Wert besessen, den Maßstab seiner eigenen Bedürfnisse an die Schätzung und verneint den Tauschwert, weil er ihn mit dem Gebrauchswert verwechselt.

Schon die sprachliche Erklärung des Wertbegriffes findet die Gelehrten uneinig. Selbst Karl Marx, der sich in den Wortkategorien durch große Schärfe auszeichnet, geht über diese Aufgabe mit einiger Flüchtigkeit hinweg. Wenn er sagt: „Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen," so macht er den Grundbegriff „zunächst" nicht deutlich, und ein „sodann" läßt er diesem „zunächst" nicht mehr folgen. Es widerspricht dem Sprachgefühl, den Wert als ein „Verhältnis" anzusprechen. Eine Ware besitzt Wert, der Wert ist daher eine Eigenschaft welche der Ware innewohnt. Diese Eigenschaft deutet auf ein Verhältnis hin, in welchem die Ware zu andern Waren steht, aber wenn der Wert auch ein Verhältnis anzeigt, so ist er doch nicht das Verhältnis selbst. In einer Fußnote zitirt Marx

als Autor seiner Definition den französischen Gelehrten Letrosne; bei diesem lautet jedoch die Aeußerung korrekt: „La valeur consiste dans le rapport d'échange“ (der Wert beruht in dem Tauschverhältnis).

Eine genaue Erklärung des Wortsinnes ist indes noch nicht gegeben, wenn man den Wert als eine Eigenschaft definiert. Dies wird offenbar, sobald wir den Gebrauchswert als die Eigenschaft der Ware, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, erklären wollten. Wir würden damit nicht den Gebrauchswert, sondern die Brauchbarkeit definiert haben: unser sprachliches Gefühl macht jedoch zwischen beiden Ausdrücken einen wohlbegründeten Unterschied. Es gibt Gegenstände, welche Brauchbarkeit besitzen, ohne daß ihnen Gebrauchswert zukommt. Die atmosphärische Luft, das Weltmeer dienen unseren Bedürfnissen, haben also Brauchbarkeit; dennoch wäre es ein Fehler, (der freilich in allen Lehrbüchern gemacht wird), ihnen ökonomischen Gebrauchswert zuzumessen.

Nützlichkeit und Schädlichkeit sind allgemeine Eigenschaften der Güter, wie Kälte und Wärme eine allgemeine Eigenschaft der Körper ist. Wollen wir von einem bestimmten Wärmeverhältnis eine sichere Vorstellung geben, so suchen wir nach einem allgemein giltigen Maß für Wärme schlechthin. Wir schließen eine Flüssigkeit in ein Gefäß ein und beobachten ihre wechselnde Ausdehnung unter dem Einfluß der steigenden oder abnehmenden Wärme. Gehen wir von der Linie aus, bis zu welcher die Flüssigkeit im Moment des Erstarrens reicht, und sehen wir dann, bis zu welcher Linie sie im Moment des Siedens sich erhoben hat, so haben wir ein Instrument zum Messen der Wärme gewonnen. Wird nun dies Thermometer in Grade eingeteilt, so liefert es einen genauen, jedermann verständlichen Ausdruck für die Größe des jeweilig vorhandenen Wärmequantums.

Wie wir in dem Thermometer ein Maß für die Wärme besitzen, so haben wir in unseren Bedüfnissen einen natürlichen Maßstab für die Brauchbarkeit der Güter. Unsere Bedürfnisse

bilden eine Skala, innerhalb deren die Güter eine verschiedenartige Stufe, je nach der persönlichen Wertschätzung, einnehmen. Diese Skala teilen wir unbewußt in Grade ein, die Wertschätzung erscheint als eine Gradmessung, und der Gebrauchswert der Ware daher als derjenige Grad, in welchem ihr Brauchbarkeit innewohnt. Der Gebrauchswert ist der Numerus, der ziffermäßige Quantitätausdruck für die allgemein vorhandene Nützlichkeit des Gutes. Sobald wir Güter konsumiren wollen, unterziehen wir sie im Geiste einem ökonomischen Rechenexempel und gewinnen als Facit ihren Gebrauchswert.

Diese Schätzung lassen wir nur bei solchen Gütern eintreten, deren Erwerbung uns eine Anstrengung kostet. Alle Stoffe, welche die Natur unentgeltlich und in unerschöpflicher Menge darbietet, besitzen zwar Brauchbarkeit, nehmen aber in der Skala keine Stufe ein, auf welcher wir den ökonomischen Wert ihrer Brauchbarkeit schätzen. Der Gebrauchswert entsteht erst für uns, sobald zur Erzeugung eines Gegenstandes Arbeit verwendet werden mußte. Durch Arbeit erlangt der Naturstoff Gebrauchswert und damit die Eigenschaft eines (volkswirtschaftlichen) Gutes. Mit der Fähigkeit, seinen Besitzer zu wechseln, erlangt das Gut Tauschbarkeit und gewinnt die Eigenschaft einer Ware.

Die juristische Voraussetzung der Ware ist eine Rechtsordnung, welche das Privateigentum an Gütern zuläßt, — die ökonomische Voraussetzung ist ihr Gebrauchswert, ihr aus menschlicher Arbeit hervorgegangener Ursprung. Ein Austausch von Waren findet nur dann statt, wenn dieselben für den Empfänger einen höheren Gebrauchswert haben, als für den Veräußerer. Es ergibt sich hieraus, daß der Gebrauchswert nicht der alleinige Tauschmaßstab sein kann. Ohne das Vorhandensein von Gebrauchswert würde kein Austausch bewirkt werden, der Tauschwert ist aber sachlich von dem Gebrauchswert verschieden und wird seiner Höhe nach nicht lediglich durch diesen bestimmt.

Die Tauschbarkeit ist eine juristische Eigenschaft der Ware,

der Tauschwert eine ökonomische. Wie die Brauchbarkeit, als natürliche Eigenschaft des Gutes, in dem Gebrauchswert eine ökonomische Schätzung findet, so beruht auch bei dem Austausch von Waren die Findung des Tauschwertes auf einer Gradmessung ihrer Tauschbarkeit.

Die herrschende Oekonomie behauptet nun, daß die Höhe des Tauschwerts einer Ware das Produkt einer zweiseitigen Schätzung sei. Der Verkäufer lege den Arbeitsaufwand, die Herstellungskosten der Ware der Wertschätzung zu grunde, während die Schätzung des Käufers durch das Maß von Brauchbarkeit, welches die Ware für ihn habe, bedingt werde. Der Tauschwert werde durch die Resultante dieser beiden Erwägungen bestimmt. Ein Gegenstand, der wesentlich weniger Herstellungskosten gefordert habe, als ein anderer, könne dennoch denselben in bezug auf den Tauschwert übertreffen, wenn seine Verwendungsmöglichkeit eine größere sei, ebenso könne ein Gegenstand, dessen Erzeugung einen bedeutenden Arbeitsaufwand hervorgerufen habe, wegen geringer Verwendbarkeit einen niedrigen Tauschwert erlangen. Der Begriff Verwendbarkeit wird hier nicht im absoluten Sinne, sondern relativ verstanden, sodaß, wenn eine über das Bedürfniß hinausreichende Menge gleicher Waren erzeugt worden ist, die Uebersättigung des Bedürfnisses dem einzelnen Warenstück eine geringere Verwendbarkeit verleiht.

Im Widerspruch mit dieser herrschenden Lehre bestreitet Karl Marx, daß der Tauschwert das Ergebnis einer doppelten Schätzung sei. Er läßt nur die eine, von der bürgerlichen Oekonomie als tauschwertbildend anerkannte Kraft, die Arbeit, zu. Der Tauschwert einer Ware wird, nach Karl Marx, durch die zur Herstellung der Ware erforderliche Arbeit bestimmt.

Endlich ist noch eine dritte Lehre entwickelt worden, welche auf amerikanischem Boden entstanden ist und sich an den Namen Carey knüpft. Sie besagt, daß der Tauschwert nicht durch diejenige Arbeit gemessen und bedingt werde, welche zur Herstellung einer Ware erforderlich gewesen ist, sondern durch die Arbeit, welche zu ihrer Reproduktion, zu ihrer Neuerzeugung erforder-

lich sein würde. Man könnte erwarten, daß diese Lehre, als eine der herrschenden Ansicht feindliche, von den Anhängern der letzteren bekämpft worden sei, da sie im Gegensatz zu der hergebrachten Lehrmeinung die Nützlichkeit der aufgewendeten Arbeit nur an sich voraussetzt, die Bedarfsschwankungen dagegen als wertbildend ausscheidet. Dennoch ist bisher seitens der Vulgärökonomie ein Kampf gegen Carey's Werttheorie nicht geführt worden, wozu man auch deshalb nicht veranlaßt worden war, weil die Carey'sche Schule weit davon entfernt ist, aus dieser Theorie radikale Schlußfolgerungen zu ziehen. — Scheinbar steht Carey auch mit Marx im Widerspruch, indem dieser die Produktionskosten, jener die Reproduktionskosten als wertbildendes Element bezeichnet; doch haben beide Theorien, insofern sie einen richtigen Gedanken aussprechen, denselben materiellen Inhalt.

Es ist nötig, das Richtige dieser Lehren genau festzustellen. Wer derartige Ansichten formalistisch zu bekämpfen geneigt ist, wird der Carey'schen Theorie durch den Hinweis beikommen, daß es auch Waren giebt, welche sich überhaupt nicht reproduzieren lassen, wie seltene Edelsteine, Raphael'sche Bilder, Autogramme u. dgl. Solche Gegenstände müßten daher gar keinen oder einen unendlich hohen Tauschwert haben; dennoch wisse man im Handel ihren Wert in endlichen Größen zu berechnen. Dieser Einwand besitzt indes keinen ernsthaften wissenschaftlichen Charakter und kann beseitigt werden, ohne daß man als Notbehalf neben dem Tauschwert noch einen besonderen Seltenheitswert für entlegene Fälle zu konstruieren braucht. Die Carey'sche Theorie ist jedoch aus einem anderen Grunde nicht vollständig richtig. Unsere Oekonomisten sind nicht in demselben Maße, wie die Juristen, in scharfem Denken geschult. Der strafrechtliche Begriff des Betruges hat eine Vermögensbeschädigung des Betrogenen zur Voraussetzung. Wird nun ein Gläubiger, der sonst auf sofortiger Tilgung der fälligen Schuld bestanden haben würde, durch Vorspiegelung einer falschen Thatsache, vermöge deren der Schuldner ihn in einen Irrtum versetzt, zur Stundung der Forderung veranlaßt, so ist

das Vergehen des Betruges vollendet, auch wenn der Schuldner die Zahlung später pünktlich zu leisten beabsichtigt hatte. Die juristische Doktrin findet hier die Vermögensbeschädigung in der dem Gläubiger zugefügten diminutio temporis*). Zeit ist Geld, Zeitverlust ist Vermögensbeschädigung. — Setzt man den Fall, daß in den Herstellungsverhältnissen der Ware eine Veränderung nicht bevorsteht, so ist dennoch die Ware, welche noch erzeugt werden soll nicht ebensoviel wert, wie diejenige, welche bereits fertig ist. Sie ist um soviel weniger wert, als das Minus an dem zu ihrer Herstellung erforderlichen tempus ausmacht. Geleistete Arbeit und noch zu leistende Arbeit sind von ungleichem Wert. Solange eine Veränderung in der Produktion nicht eingetreten ist, wird der Tauschwert der Ware dem erforderlich gewesenen Arbeitsaufwand entsprechen und deshalb den zur Reproduktion nötigen übersteigen. Die Rücksicht, welche Carey auf die Reproduktionskosten nimmt, entspringt ausschließlich der Betrachtung, daß Aenderungen der Produktion nachträglich den Tauschwert des bereits fertigen Produkts beeinflussen. Hierin liegt aber der richtige Gedanke verborgen, daß nicht die auf die Produktion selbst verwendete Arbeit, sondern die gesellschaftlich notwendige Arbeit den Wert bildet.

So löst sich nach Beseitigung des Carey'schen Rechenfehlers der Widerspruch zwischen seiner Anschauung und der Marx'schen Lehre auf. Zu demselben Resultat kommen Anhänger von Marx, ohne diese Folge zu wollen, auch gegenüber der Werttheorie der herrschenden Richtung. Freilich geben sie sich die Miene, als ob sie dieselbe zu widerlegen vermöchten. Unter den Schülern von Marx hat sich vornehmlich der Sozialist C. A. Schramm an diese Aufgabe gewagt. Gegenüber der Behauptung, daß der Tauschwert das Resultat einer zweiseitigen Schätzung sei, ruft er aus: „Dann wäre also überhaupt kein Tauschwert vorhanden, wenn die zweiseitige Schätzung nicht

*) Zeitverringerung.

stattfindet. Kann man denn aber etwas schätzen, was gar nicht existirt?" Schramm unterstellt also, ohne dies näher zu begründen, daß die Waren ihren Tauschwert bereits mit auf die Welt bringen. Wenn sie im Magazin des Verkäufers liegen, schlummert der Wert latent*) in ihnen, und sobald sie auf den Markt gelangen, wird er offenbar. Es steht zu befürchten, daß Schramm, wenn er meint, daß die Waren den Wert nicht erst durch die Schätzung erhalten, sondern schon vorher besessen haben müssen, in der üblichen Weise den Tauschwert im letzten entscheidenden Augenblick mit dem Gebrauchswert verwechselt, oder falls er wirklich den Wert mit Beziehung auf den Tausch festhält, ihn mit dem Begriff der Tauschbarkeit vermischt. Allerdings besitzen die Waren im Magazin bereits Gebrauchswert, sowie das Vermögen, als Tauschgegenstände auf den Markt zu wandern, aber der Maßstab, nach welchem der Tausch konkret geschieht, der Tauschwert selbst, wird doch erst auf dem Markt festgestellt.

Die Frage: „Kann man etwas schätzen, was gar nicht existirt?" läßt sich schlechterdings nur bejahen, selbst gegenüber Sachen, die der sinnlichen Welt angehören und nicht, gleich dem Tauschwert, Kategorien der geistigen Begriffswelt bilden. Der Preis einer Ware ist ein greifbares, reales Ding, zumal er gewöhnlich in baarem Gelde gezahlt wird. Wir schätzen ihn ein, bevor er noch existiert; freilich die Münzen, die zu seiner Auszahlung verwendet werden, sind zumeist schon seit langer Zeit geprägt. Dennoch existirt kein Preis, solange wir die Schätzung noch nicht vorgenommen haben. Wenn man annehmen will, daß die Waren im Moment ihres Entstehens bereits mit einem bestimmten Tauschwert behaftet sind, so muß man weiter aussprechen, daß sehr häufig im Austausch mehr oder weniger als dieser Tauschwert in der Preisschätzung zur Geltung kommt. Damit hätte die Ware zwar einen immanenten**)

*) verborgen.

**) ihr anhaftenden.

Tauschwert, derselbe würde sie aber nicht davor schützen, im realen Leben weniger wert zu sein, als dieser eingeborene Wert anzeigt, oder wie der flache Ausdruck lautet, „unter ihrem Werte“ verkauft zu werden. Dieser Tauschwert würde völlig in der Luft stehen und, als übersinnliche Eigenschaft der Ware, gar nicht in die Volkswirtschaft, die es mit dem körperlichen Austausch zu thun hat, gehören, sondern in die Metaphysik.

Marx selbst verwahrt sich in der Vorrede zur zweiten Auflage seines „Kapital“ gegen den Vorwurf, die Oekonomie metaphysisch behandelt zu haben. Manche Wendungen im ersten Band vom „Kapital“ sind allerdings geeignet, das Verständnis irrezuführen; auf den richtigen Kern untersucht, ist die Marx'sche Werttheorie jedoch frei von hyper-philosophischen Verirrungen.

Man muß in das tiefe dialektische Dunkel der Marx'schen Beweisführung hinabtauchen, wenn man dessen inne werden will. Werden zwei Waren mit einander ausgetauscht, so müssen sie, wie Marx aufstellt, notwendig etwas Gemeinsames haben, sie müssen einander in einer bestimmten Beziehung gleich sein, dieses Gemeinsame kann aber in ihrem Gebrauchswert nicht liegen, denn gerade die Verschiedenartigkeit ihrer Nützlichkeit bedingt den Tausch. Niemand hat ein Interesse daran, ganz gleichartige Dinge zu tauschen. Das Gemeinsame, das die Tauschenden veranlaßt, die Gegenstände einander gleich zu setzen, ist das Maß von Schwierigkeit, welches bei Erlangung der Gegenstände überwunden werden mußte, das Quantum menschlicher Arbeit, welches zum Zwecke ihrer Herstellung zu bewältigen war. — Dies ist der reine, durchsichtige Gedankenaufbau, den man aus der „mystifizirenden Hegel'schen Dialektik“, mit welcher Marx geständlich im Kapital über die Werttheorie kokettirt, zu gewinnen vermag. In der „verhegelten“ Sprache des Marx will es scheinen, als ob er für seine Theorie eine Art arithmetischen Beweis erbracht hätte; der nüchterne Extrakt seiner Logik macht diese Täuschung sofort verschwinden, und es wird der Mangel eines positiven Beweises sichtbar.

Folgen wir jetzt Marx in der Entfaltung seiner Lehre. Nicht das während der Produktion verausgabte Arbeitsquantum schlechthin bestimmt den Wert, sonst würde die von einem ungeschickten Arbeiter verfertigte Ware wertvoller sein, als das Produkt des geschickten Arbeiters; es wird vielmehr gleiche menschliche Arbeit gefordert, welche dem durchschnittlichen Grade entspricht. Das Maß der Arbeitsleistung ist die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen." Der Tauschwert einer Ware wird durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt.

Es ist hier nötig, die Marx'sche Werttheorie gegen ein Mißverständnis zu verteidigen, welchem viele seiner Parteigänger verfallen sind. Es liegt auf der Hand, daß gleich qualifizierte Arbeit in demselben Zeitraum Werte von großer Verschiedenheit hervorbringen kann. Man sieht dies an den Erfahrungen des täglichen Lebens zur Genüge. Wenn der Einwohner einer großen Stadt, welche von einem Strom durchflossen ist, ein Glas Wasser aus dem Fluß schöpft, so verrichtet er eine Arbeit, durch welche er einen Tauschwert nicht erzeugt. Wendet der Wüstenbewohner Arbeit daran, aus einer Oase ein Glas Wasser zu schöpfen, so wird der dem Verschmachten nahe Wanderer, welcher sich der Oase nähert, gern einen hohen Preis für dieses Labsal zahlen. Die Arbeit des Wasserschöpfens war in beiden Fällen gleich und erforderte dieselbe gesellschaftliche Durchschnittszeit, — dennoch war das entstandene Produkt von ungleichem Werte. — Vor einigen Jahren erschien im Handel eine Sorte Mohairspitzen, welche außerordentlich gefielen und zu Zwecken der sogenannten Damenkonfektion begierig verwendet wurden. Binnen kurzer Zeit war der bei den Grossisten vorhandene Vorrat vergriffen, und wollene

Spitzen erreichten einen hohen Preis. Infolgedessen ergriff die Produktion den beliebt gewordenen Artikel und warf ihn in größeren Mengen auf den Markt, sodaß derselbe von der erworbenen Preishöhe verdrängt wurde und schließlich erheblich billiger ward, als vorher. Ohne daß sich in der Herstellungsweise der Spitzen das Mindeste geändert hatte, war lediglich infolge veränderter Geschmacksrichtung der Käufer, in der gleichen Arbeitszeit plötzlich ein weit höherer Tauschwert als vordem entstanden, und kurz darauf vermochte infolge des vermehrten Angebots die Arbeit nicht einmal den ursprünglichen Tauschwert hervorzubringen. Derartige Ueberraschungen bringt die Mode alljährlich zu Wege, indem sie sprunghaft die Werte der Arbeit erhöht, um sie nach kurzer Zeit auf einen tieferen Standpunkt hinabzustoßen. Heut ist es ein neuartiger Sammet, der mit teuren Preisen den Markt erobert, morgen treten Glasperlen als herrschender Artikel auf, übermorgen wendet sich die Gunst der Käufer Federn und Blumen zu. So beeinflußt die wechselnde Gebrauchsschätzung in sichtbarer Weise die Wertbildung.

Wenn hiernach die herrschende Lehre die Abhängigkeit des Tauschwertes von den Schwankungen des Gebrauchswertes behauptet, so haben die Anhänger der Marx'schen Theorie sich einer unleugbaren Thatsache gegenüber befunden, die sie schlecht und recht mit dem Marx'schen Dogma zu vereinigen suchten. Zu diesem Ende haben sie in der Definition des Marx einen Doppelsinn entdeckt, welcher durch die Fassung der Worte „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" angerichtet sein soll. Die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche bei Marx das Maß des Wertes bildet, sei, wie E. Dietzgen, C. A. Schramm, Oskar Schuster u. a. lehren, nicht bloß die Zeit, welche nötig sei, um auf dem vorhandenen Durchschnittsniveau das Arbeitsprodukt zu liefern, sondern auch eine solche Arbeitszeit, während welcher für die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft gearbeitet werde; nicht die Notwendigkeit der Arbeitszeit zur Hervorbringung des Gegenstandes allein werde hiermit ausgedrückt, auch das Erfordernis, daß die verbrauchte Arbeitszeit

dem Bedürfnis des Käufers gegenüber sich als mit Notwendigkeit aufgewendet erweise, sei damit ausgesprochen. Mit anderen Worten: Nicht die Arbeit allein sei wertbildend, auch die Anschauung, die der Käufer sich später über den Nutzen des Arbeitsproduktes bilde, falle als mitbestimmend ins Gewicht.

Wäre es thatsächlich wahr, daß nach Marx den täglich sich ändernden Oscillationen*) des Bedürfnisses ein Einfluß auf die Wertbildung einzuräumen ist, so würde der Spekulant, der, durch Vorausberechnung der Bedarfsschwankungen veranlaßt, eine bestimmte Arbeit verrichten läßt, um die Erzeugung des schließlich entstandenen Wertes in dem gleichen Maße, wie der Arbeiter selbst, verdient sein. Dann fiele der eine Teil des Wertes dem Spekulanten, welcher der Arbeitszeit die gesellschaftliche Notwendigkeit erworben hat, mit vollem Recht als Gewinnanteil zu, während der Arbeiter nur den Rang der Maschine einnimmt. Offenbar will Marx aber gerade dies bestreiten.

Marx kämpft gegen den geistlosen Synkretismus**) eines John Stuart Mill, gegen dessen Spiel mit doppelzüngigen Definitionen an. Hätte er hier jedoch selbst in bewußter Form eine Zweideutigkeit in seine Fundamentaltheorie hineingetragen, indem er scheinbar nur die Arbeit selbst, in Wahrheit aber auch die Gebrauchsschätzung des Käufers als wertbildend definiert, so wäre gar nicht ersichtlich, wodurch sich seine Lehre überhaupt von derjenigen der „Freihandelshausierer" innerlich unterscheiden sollte. Alle die sozialistischen Jünger, welche vor Jahren in der „Zukunft" und im „Vorwärts", sowie in besonderen Broschüren Marx gegen ein Mißverständnis seiner Lehre zu schützen vorgaben, bekannten sich im Grunde ihres Herzens zur Freihandelslehre und wollten Marx in diesem Lager ein Plätzchen geben, indem sie den alten Spruch variierten:

„Ungefähr sagt das der Pfarrer auch,
Nur mit ein bischen andern Worten."

*) Schwingungen.

**) mehrdeutige Lehrweise.

Dabei übersahen sie aber, daß sie der entscheidenden Schlußfolgerung des Marx, der Lehre vom Mehrwert, einen tötlichen Stoß versetzten; denn wenn neben der Arbeit auch die Nützlichkeit der Ware Wert schafft, so braucht der Ueberschuß, den der Unternehmer in seine Tasche steckt, nicht notwendig das Produkt unbezahlter Arbeit zu sein, sondern kann auf das wertbildende Konto der Bedarfsschwankung gesetzt werden.

Im praktischen Leben zeigt es sich unausgesetzt, wie sehr die Schätzung des Käufers den Tauschwert beeinträchtigt. Zwei Personen betreten einen Kleiderladen, um zwei gleichartige Röcke zu erstehen. Der erste Käufer zahlt für den Rock zehn Thaler, der zweite, der sich besser auf das Feilschen versteht, neun Thaler. In beiden Waren war dieselbe allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, dieselbe „festgeronnene Arbeitsgallerte vergegenständlicht." Dennoch erzielten die Röcke einen verschiedenen Preis. Der Preis aber ist das Maß des Wertes, sein Geldausdruck; die Röcke hatten daher einen verschiedenen Tauschwert. Es wird dies allerdings von manchen geleugnet. Prof. F. J. Neumann, welcher in späteren Jahren auf eine allgemeine Definition ganz verzichtet hat, weil dies ähnlich sei, als wenn man eine allgemeine Definition vom Bauer suchte, die zugleich auf Ackerbauer und Vogelbauer paßt, hat in früherer Zeit dennoch eine solche geliefert, indem er sagt: Preis bezieht sich auf einen wirklichen Kauf oder Tausch, während Wert schlechthin auf Schätzung beruhet, oder auch blos im allgemeinen anzeigt, daß ein Gegenstand Tauschwert besitzt. Man fällt jedoch in's Wesenlose, wenn man eine Inkongruenz von Preis und Wert überhaupt zugiebt. Marx definiert den Tauschwert als die Proportion, worin sich Waren einer Art gegen Waren anderer Art austauschen, was, von der sprachlichen Ungenauigkeit abgesehen, richtig ist. Der Preis ist, wie niemand bestreiten kann, das Quantum Ware, welches im Austausch für ein Quantum anderer Ware hingegeben wird. Nun lehrt die einfachste Regula de Tri, daß mit dem Wachsen des Hintergliedes auch das proportionale Vorderglied wächst. Wird ein

größeres Quantum Waren anderer Art (Preis) im Austausch hingegeben, so hatte auch das Quantum Waren einer Art einen höheren Wert. Daß Marx diese Rechnungselemente verkannt hat, wird man nicht annehmen dürfen. Marx wird daher auch ohne weiteres zugeben, daß der für zehn Thaler verkaufte Rock in der Tauschproportion einen höheren Wert erlangte, als der für neun Thaler verkaufte, wiewohl beide denselben Arbeitsaufwand darstellten.

Wenn Marx dennoch eine Lehre aufstellte, nach welcher der Wert nicht durch die Schätzungswillkür des Käufers, sondern nur durch die konsistente Arbeit bedingt wird, so behauptete er eine Thatsache, der scheinbar von den Erfahrungen des täglichen Lebens widersprochen wird, und dennoch gewann er sie auf einem echt wissenschaftlichen und daher richtigen Forschungswege.

Als Galilei in der Kirche zu Pisa bemerkte, daß die über den Lampen hängenden Schalen in gleichmäßigen Schwingungen sich hin und her bewegten, begann er die Gesetze der Pendelschwingung zu studieren. Er konstruierte im Geist eine völlig gewichtslose Schnur, eine mathematische Linie, an welche ein schwerer Körper aufgehängt war, und nun berechnete er die Schwingungsdauer und entdeckte das wichtige Gesetz des Isochronismus. Als er von dem schiefen Turm Körper herabfallen sah, die mit immer größer werdender Schnelligkeit dem Erdboden zustrebten, wies er nach, daß im luftleeren Raum die Fallräume sich wie die Quadrate der Fallzeiten verhalten. Thatsächlich giebt es keine gewichtslose Schnur, an welcher man einen schweren Körper aufhängen könnte, und thatsächlich fallen die Körper in Räumen, welche mit Luft erfüllt sind. Galilei abstrahierte aber von diesen faktischen Hindernissen und berechnete seine Bewegungsgesetze rein wissenschaftlich, ohne sich durch den wahren Verlauf der Dinge beirren zu lassen.

Die gleiche Methode der Abstraktion schlägt Marx ein in seiner Gleichung 1 Quarter Weizen = a Zentner Eisen. Brauchbarkeit, so lehrt er, muß die Ware haben, wenn sie Tauschwert besitzen soll. Derjenige aber, der sie in den Handel bringt, sieht

davon ab, sie selbst zu gebrauchen, er reflektiert nur auf das, was sie einbringt, sobald sie in andere Hände gelangt, nicht auf den Nutzen, den sie unmittelbar durch die Konsumtion gewährt. Und infolge dieser Abstraktion findet Marx das Gemeinsame der beiden Seiten der Tauschgleichheit in der materialisierten menschlichen Arbeit. Natürlich kann dann der Gebrauchswert, eben weil von ihm von vornherein abstrahiert worden ist, in der logisch entwickelten Schlußformel nicht mehr zum Vorschein kommen. Diese Abstraktionsmethode ist aber nicht blos eine zulässige, sondern die allein richtige wissenschaftliche Untersuchungsart. In dem Maße, in welchem im Austausch wirklich, wie Marx generell voraussetzt, vom Gebrauchswert abstrahiert wird, ist thatsächlich der Tauschwert das einfache Produkt der durch Zeit gemessenen Arbeit.

Daß Marx nichts Anderes sagen wollte, ergiebt sich aus den Wandlungen, welche die Lehre vom Wert bei ihm durchzumachen hatte. In dem im Jahre 1859 erschienenen Werke: „Zur Kritik der politischen Oekonomie" spricht er nur von dem Tauschwert schlechthin und führt denselben auf durchschnittliche Arbeitszeit zurück. Er bemerkt aber ausdrücklich (S. 40 und 41), daß im Widerspruch mit dieser Lehre sich mit dem wechselndem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr ein Marktpreis entwickelt, der sich von der Grundlage des Tauschwerts nach oben oder nach unten zu entfernen vermag. Diesen Widerspruch verspricht er in einem späteren Abschnitt, in der Lehre von der Konkurrenz, zu lösen. In dem „Kapital" wird eine Untersuchung der Konkurrenzlehre nicht mehr angekündigt. Marx hat sich inzwischen eine andere Betrachtungsform angeeignet, die in der „Kritik" nur angedeutet worden war. Der Tauschwert heißt es schon dort (S. 10 und 11), bewirke, daß die gesellschaftliche Beziehung der Personen sich gleichsam verkehrt darstellt, als gesellschaftliches Verhältnis der Sachen. Der Tauschwert erscheine so als eine gesellschaftliche Naturbestimmtheit der Gebrauchswerte, als eine Bestimmtheit, die ihnen als Dingen zukommt. Im „Kapital" wird begrifflich unterschieden

zwischen der Wertgröße der Waren und der sachlichen Form des Tauschwerts, in welcher diese Größe bestimmt wird. Die Ware habe einen Fetischcharakter, eine geheimnisvolle Kraft, vermöge deren sie losgelöst von den Menschen eine selbständige Rolle im gesellschaftlichen Austausch spielt, als wäre sie eine physische Person, „ein sinnlich übersinnliches Ding“. Man darf sich durch den nicht recht passenden Ausdruck „Fetischcharakter“ nicht verleiten lassen, dahinter eine besondere Schönheit der Marx'schen Beweisführung zu suchen. Götzendiener beten Fetische an; die geheime Wertgröße der Waren wird von Niemandem angebetet, wohl aber von aller Welt geleugnet. Das Bild paßt nur insofern, als es mit der geheimen Wertgröße, wie mit allen Fetischen geht: im gegebenen Moment, wo man Hilfe von ihr erfleht, versagt sie die Kraft

Marx erkennt dies auch an. Wertgröße und wirklicher Austauschswert decken sich nicht immer. „Die Wertgrößen — sagt Marx S. 44 der 3. Auflage — wechseln beständig, unabhängig vom Willen, Vorwissen und Thun der Austauschenden“. Gleich darauf spricht er „von den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen der Produkte“. „Die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit ist ein unter den erscheinenden Bewegungen der relativen Warenwerte verstecktes Geheimnis“, sodaß also der absolute Warenwert nicht immer herauskommt. Die Entdeckung des Wertgesetzes „hebt den Schein der blos zufälligen Bestimmung der Wertgröße der Arbeitsprodukte auf, aber keineswegs ihre sachliche Form“, also die Tauschwerte sind in den einzelnen Fällen Schwankungen mannichfacher Art ausgesetzt, unter welchen die wechselnden Neigungen des Käufers den vordersten Platz einnehmen.

Es fragt sich nun, in welchem Maße in der realen Welt des Tausches vom Gebrauchswert abstrahirt wird. Und hier ersehen wir, daß dies in der modernen Entwicklung des Handels und der Industrie, in der Produktionsweise, welche herrschend geworden ist und ihre Herrschaft täglich weiter ausdehnt, allerdings überwiegend geschieht. Marx stellt ein Wertgesetz für

die kapitalistische Produktionsweise auf. Die theoretischen Voraussetzungen dieser Produktionsweise sind Kapitalreichtum auf Seite des Unternehmers, Armut auf Seite des Arbeiters, eine dem höchsten erreichten Kulturstande entsprechende industrielle Technik, vollendete Teilung der Arbeit, beliebige Vermehrbarkeit des Rohstoffes, beliebige Absatzfähigkeit des Produkts. Wo diese Bedingungen zusammentreffen, also auf dem kapitalistischen Markte, wird der Wert lediglich durch die Arbeitszeit bestimmt, und in der Abstraktion von allen anders gearteten Produktionsweisen ist die Marx'sche Theorie daher richtig.

Hiernach ist die von Schäffle aufgeworfene Frage, ob sich denn der Marx'sche Wert als Verteilungsmaßstab einer sozialistisch produzirenden Volkswirtschaft eignen würde, zu beurteilen. Autoren, die mehr in Folge eines schwärmerischen Gefühls, als auf der Grundlage ernster Prüfung sich zum Sozialismus bekennen, haben diese Frage ohne Bedenken bejaht. Dem nüchternen Verstande kann die Arbeitszeit als Verteilungsmaßstab nur genügen, insoweit sie wirkliches Wertmaß ist, d. h. in einer von Störungen freien kapitalistischen Wirtschaftswelt.

Wie man mit Galilei'schen Formeln in der Praxis nicht arbeiten darf, ohne die konkreten Hemmnisse und Abweichungen zu berücksichtigen, so wird auch eine sozialistisch geleitete Gesellschaft, bevor sie auf Grund des Arbeitstages die Produkte verteilt, den Reibungskoeffizienten berechnen müssen, der in Folge des aktiven Widerstandes der Bedarfsschwankungen der abstrakten Wertbildung entgegensteht.

IV.

Die Verteilung der Güter.

Es sind wiederholt die Worte „Kapitalsbildung" und „kapitalistische Produktion" gebraucht worden, ohne daß eine

Definition des Begriffes „Kapital“ gegeben wurde. Dem Ungelehrten wird diese Definition herzlich überflüssig erscheinen, da im Ernstfall sich Niemand im Zweifel über den Sinn des Wortes befindet. Man weiß genau, **was** ein Kapitalist und **was** sein Gegenteil, ein armer Teufel ist. Dennoch ist eine Definition nicht zu umgehen, weil ,die wissenschaftlichen Erklärungen hergebrachtermaßen sich lediglich in weitschichtigen Unrichtigkeiten ergehen.

Wer das „Kapital“ definiren will, muß denjenigen Sinn des Wortes ergründen, den der gemeine Sprachgebrauch mit ihm verbindet. Wenn die Gelehrten in dem Kapitalsbegriff ein Anderes oder ein Mehreres unterbringen, als der sprachliche Ausdruck nach dem überall gleichen Gefühl besagt, so geben sie dem von ihnen erläuterten Wesen einen falschen Namen; sie sollten dann das definirte Geschöpf nicht „Kapital“ heißen, sondern, wenn sie dieses Geschöpfes für ihre Konstruktionen bedürftig sind, sich lieber über eine neue Namensgebung einigen. Eine Definition, welche weit über den wirklichen Kapitalsbegriff hinausgreift, wird stets zu verkehrten Schlüssen verführen, weil in der späteren Anwendung des Wortes „Kapital“ Jedermann dasselbe doch nur in dem ihm eigentümlichen Sinn verstehen wird.

Diese Gefahr führte sich Henry George vor Augen, als er sich anschickte, das Kapital zu definiren. Dennoch schützte ihn sein redlicher Wille nicht vor groben Irrtümern. Seine Definition gipfelt darin, gerade den Kapitalien par excellence, den Wertpapieren und Hypothekentiteln, über deren Kapitalseigenschaft noch niemals ein Zweifel bestanden hat, die Zugehörigkeit zum Kapital schlechthin abzusprechen. Geld ist nach ihm in derjenigen Form, in welcher es das Kapital am vorzüglichsten repräsentirt, in der Papierform, nicht als Kapital anzusehen, während es als Metallgeld von ihm unter die Kapitalien eingereiht wird. Man braucht diese Schlußfolgerungen nur zu erwähnen, um die Hinfälligkeit der Definition offenbar zu machen.

Karl Marx sagt, Kapital sei eine „historische Kategorie“.

Ueber diese Erklärung, welche sich auch Ferdinand Lassalle angeeignet hat, ist viel gespöttelt worden. Soll sie besagen, daß der Kapitalsbegriff sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung verändert hat und noch weiterhin verändern könne, so verdient sie den ihr gewidmeten Spott; denn Begriffe ändern sich überhaupt nicht. Mit dem Moment der Entstehung des ersten Kapitals war das Wesen derselben für alle Zeiten unveränderlich festgestellt. Soll die Definition aber ausdrücken, daß die Erscheinungsform des Kapitals unter dem Einfluß der Kulturentwicklung sich umgestalten könne, so ist der Gedanke richtig. Nur haben wir es alsdann nicht mit einer Definition zu thun, die das Wesen der Sache innerlich trifft, sondern mit einer äußerlichen Beschreibung.

Richten wir an irgend einen Menschen, dessen Denken nicht durch die Nationalökonomie verdorben ist, die Frage, was ein Kapitalist ist, so wird er, wenn er nur so viel Verstand hat, um den Sinn der Frage zu erfassen, ungesäumt antworten: „Ein Kapitalist ist ein Mann, der Geld hat." Hier ist mit einem Worte die richtige Erklärung gegeben. Kapital ist Geld und Geldeswert, nichts Anderes.

Geld freilich ist eine historische Kategorie. Im Altertum waren Viehherden Geld, in der Gegenwart bedienen sich die zivilisirten Völker der Edelmetalle als Geld, während die wilden Völkerschaften hierzu Elefantenzähne oder Kokosnüsse verwenden. Aber dies Geld macht in jeder Form Kapital aus. Die Philologen wissen dies längst. Sie sagen uns, daß in jener Zeit, wo pecunia*) aus pecus**) abgeleitet wurde, die Bezeichnung Kapital entstand, welche sich auf die capita,***) die Kopfzahl der Rinder und Schafe, bezog.

Unsere Oekonomen schweifen von dem wirklichen Sinn ab, wenn sie Kapital als „Arbeitsinstrument", „Produktionsmittel"

*) lateinischer Name für Geld.
**) Vieh.
***) Köpfe.

definiren. Sie geben damit eine Zweckbestimmung an, welcher das Kapital allerdings zu dienen vermag und auch wirklich oft dient, die es indes nicht stets zu erfüllen braucht. Ein Kapital hört deswegen nicht auf, Kapital zu sein, weil es als Schatz vergraben worden ist. Der Sprachgebrauch nennt es dann ein „totes Kapital", aber es bleibt doch eben ein Kapital. Auch der Unterschied der Quantität berührt den Begriff nicht, er begründet nur die Unterscheidung zwischen „großen" und „kleinen" Kapitalisten, bezw. Kapitalien. Es kann „ganz kleine Kapitalisten" geben, die am Hungertuch nagen und nichts desto weniger Kapitalisten sind.

Das Wesen des Kapitals liegt nicht in seiner technischen Verwendbarkeit auf dem Gebiete der Industrie, sondern in seiner juristischen Beschaffenheit. Kapital ist eine fungible Sache, nicht in der engen Bedeutung, daß es für Seinesgleichen, sondern in dem Sinne, daß es für jedes andere Gut zu fungiren vermag. Im Kapital ist die Besitzergreifung der Erde ausgesprochen, und ein Freibrief auf alle Güter der Erde erteilt. Kapital vermag sich proteusgleich in jedes beliebige andere Ding umzuwechseln. Hat es jedoch diesen Wechsel vollzogen, so ist seine Kapitalseigenschaft erloschen, und es entsteht ein Prozeß, der entweder der Konsumtion gewidmet ist und zur gänzlichen Vernichtung der alten Form führt oder der Produktion dient und das Kapital in neuer Form wieder hervorgehen läßt.

Rohstoffe, Maschinen, Vorräte, urbar gemachtes Land sind nicht Kapital. Man legt Kapital in solchen Dingen an, damit hat man jedoch die Erscheinungsform des Kapitals getilgt und ein Zwischenstadium geschaffen, welches im ungünstigen Falle mit dem Verlust des Kapitals endet, im günstigen Falle ein neues Kapital gebiert. Der Unterschied, den die Vulgarökonomie zwischen „zirkulirendem" und „fixirtem" Kapital macht, ist in den Sprachgebrauch niemals übergegangen. Nicht besser ist es der durch Marx entdeckten Unterscheidung von „konstantem" und „variablem" Kapital ergangen. Man könnte diese Kategorien

gelten lassen, wenn es sich lediglich um eine harmlose Namengebung dabei handelte. In Wahrheit schleicht sich aber mit ihnen die Begriffsverwirrung in die Oekonomie ein.

Man kauft nicht Maschinen und Rohstoffe um ihrer selbst willen. Man legt Geld in ihnen an, damit Geld aus ihnen entspringe. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist: aus Geld mehr Geld zu gewinnen. Das Kapital geht in den Prozeß ein und soll vermehrt herauskommen. Die Produktion fordert ein beständiges Aufopfern von Kapital, stürmisch drängt der Opfernde nach Wiedergewinnung des aufs Spiel gesetzten Geldes. Dies ist die Signatur des Wirtschaftslebens, durch welche alle scheinbar so verwickelten Phasen des modernen Verkehrs ihre einfache Erklärung finden.

Da das Kapital eine Anweisung auf alle vorhandenen Werte in sich schließt, so ist der Zutritt zu den Werten demjenigen verschlossen, der kein Kapital besitzt. Nur durch Arbeit entstehen Werte; der Kapitalist bedarf daher des Arbeiters, wie der besitzlose Arbeiter des Kapitalisten bedarf. Der Arbeiter vermag durch seine Arbeitskraft die in den Naturstoffen schlummernden Kräfte zu wecken und neue Werte zu erzeugen. Der Kapitalist, welcher ihm durch Hergabe der Naturstoffe dies ermöglicht, erhält als Tribut einen Anteil an den geschaffenen Werten.

Wie vollzieht sich nun der Prozeß, durch welchen Geld mehr Geld ergiebt? Prüfen wir die von Marx gegebene Analyse des Prozesses. Der freie Arbeiter tritt dem Kapitalisten als gleichberechtigter Produktionsfaktor gegenüber, der Kapitalist wünscht die Arbeitskraft desselben zu kaufen, der Arbeiter sucht sie zu verkaufen. Menschliche Arbeitskraft ist eine Ware und hat, wie andere Waren, ihren Tauschwert. Das Gesetz des Tauschwertes kennen wir bereits. Der Wert der Ware wird durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Der Wert der Arbeitskraft wird also durch denjenigen Aufwand bestimmt, den der Arbeiter nötig hat, um diese Kraft täglich neu herzustellen, d. h. durch die

Kosten des Lebensunterhalts, einschließlich der zur Fortpflanzung des Geschlechts erforderlichen Kosten (des Aufwands für seine Familie). Der Arbeiter muß essen, wohnen und sich kleiden können, damit er die während der Arbeit verausgabte Kraft in der Ruhepause dem Körper wieder zuführt. Nimmt man an, daß der Arbeiter in sechsstündiger Arbeitszeit, die ihm zur Produktion übergebenen Stoffe wiederersetzen und außerdem den Wert seiner täglichen Arbeitskraft herzustellen vermag, so wird ihm der Unternehmer das durch die Arbeit der sechs Stunden gewonnene Produkt als Lohn zahlen müssen. Diese sechs Stunden bilden die notwendige Arbeit (notwendig zur Reproduktion des zu verarbeitenden Kapitals und zum Wiederersatz der Arbeitskraft).

Der Kapitalist hat aber kein Interesse daran, lediglich sein Kapital wieder zu erhalten und dem Arbeiter Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Er will durch diese Arbeit neues Kapital verdienen. Dies vermag er auch, weil die Arbeitskraft eine eigentümliche Ware ist, die sich von allen anderen Waren unterscheidet. Sie ist eine produktive Ware, und ihre Produktivkraft ist größer, als ihr Tauschwert (ihre Herstellungskosten). Der Arbeiter ist imstande, in sechs Stunden die Kosten seiner Arbeitskraft wieder zu ersetzen, aber er ist fähig, länger als sechs Stunden zu arbeiten. Nichts hindert den Kapitalisten, der die Ware Arbeitskraft für den Preis ihres eintägigen Wertes gekauft hat, diese Produktivität auszunutzen, und nachdem sie in sechs Stunden die notwendige Arbeit geleistet hat, nun noch eine Mehrarbeit von sechs Stunden zu fordern. In diesen folgenden sechs Stunden wird ebenfalls zunächst für den Wiederersatz der verwerteten Kapitalien gearbeitet, und es wird wiederum ein Ueberschuß erzielt, der aber nicht, wie in den ersten sechs Stunden als Arbeitslohn zur Reproduktion der Arbeitskraft bestimmt wird, sondern als Mehrwert (Unternehmergewinn) in die Tasche des Kapitalisten fließt.

Bei einer kritischen Zergliederung dieses Gedankenganges treten logische Schwächen deutlich hervor. Der Satz, daß die

Produktivkraft der Arbeit größer ist als der zu ihrer Herstellung erforderliche Aufwand, ist allerdings so klar, daß er keines Beweises bedarf. In verständliche Worte gebracht, sagt er, daß wir mehr zu produzieren vermögen, als wir unbedingt konsumiren müssen. Blicken wir auf alle die Reichtümer, die sich rings um uns her befinden, so leuchtet uns dieser Satz ohne weiteres ein. Alle Waren, die wir sehen, sind produzirt worden, und eben weil wir sie sehen können, sind sie der Konsumtion noch nicht verfallen. Die Arbeit bringt also einen Ueberschuß der Produktion über die Konsumtion hervor.

Aber weshalb fällt dieser Ueberschuß gerade dem Kapitalisten zu? Weshalb nicht dem Arbeiter? — oder dem das Produkt kaufenden Publikum?

Marx geht über diese Fragen mit einem Sprunge hinweg, dessen Erklärung er erst in dem seither immer noch vergeblich erwarteten dritten Bande seines „Kapital" geben sollte. Wenn Marx lehren würde, daß der Preis der Ware das Maß ihres Wertes ist, daß also eine Ware immer zu einem Preise verkauft wird, der ihrem Tauschwert (ihren Herstellungskosten) entspricht, dann wäre, die Richtigkeit seiner Werttheorie vorausgesetzt, alles in Ordnung. Alsdann könnte der Arbeiter im Arbeitslohn nur den Wert seiner Arbeitskraft ersetzt bekommen, der Käufer dagegen müßte den vollen Preis für den Wert des Produkts (ein Produkt von sechs Stunden gleich einem solchen, das einen vollen Arbeitstag erheischt) bezahlen. — Marx lehrt indeß, daß Preis und Wertgröße inkongruent sind, und setzt dennoch hier dem Wert der Arbeitskraft ihren Lohn gleich, wie er auch den Käufer die Mehrarbeit zum vollen Werte bezahlen läßt.

Es muß daher festgestellt werden, ob der Kapitalist die Arbeitskraft in der That zu ihrem Werte anzukaufen vermag und ferner den Käufer nötigen kann, die Ware ganz so anzukaufen, als ob sie nur in der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Zeit hergestellt worden wäre.

Nach unsrer Auffassung zeigt der Preis in jedem Falle

den Wert an, während der Marx'schen Werttheorie nur in einem ganz bestimmt gearteten Falle Richtigkeit zukommt. Dieser bestimmte Fall ist der Fall der abstrakten kapitalistischen Produktionsweise, welche — von ihren anderen Kennzeichen kann hier abgesehen werden — beliebige Vermehrbarkeit der Ware zur Bedingung hat.

Dem Arbeiter müssen, wenn seine Reihen nicht durch die Not gelichtet werden sollen, im Lohn mindestens die bei der Arbeit verausgabten Kräfte ersetzt werden. Unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsweise wird ihm aber der Regel nach nicht mehr als dieser Standard of life gewährt, weil infolge einer fast unbegrenzten Vermehrbarkeit der Arbeitskräfte das Kapital sich einem steten Angebot gegenüber sieht. Sobald der Lohn in einem bestimmten Industriezweige den Lebensunterhalt übersteigt, drängt sich die Schar der Arbeiter nach diesem begünstigten Zweige und bringt den Lohn zum Sinken. Zwar geschieht dies nicht, wie die von Lassalle formulirte Begründung des ehernen Lohngesetzes Ricardoschen Ursprungs sagt, infolge der gesteigerten Eheschließung und des hieraus folgenden Bevölkerungswachstums, — es würden wohl fast zwei Jahrzehnte vergehen, ehe dieses Element dem Arbeiter schädlich werden kann. Vielmehr ist es die in der kapitalistischen Produktion liegende Vereinfachung des Mechanismus, die den Andrang ermöglicht. Die Teilung der Arbeit hat dahin geführt, daß man qualifizirter Arbeit in der herrschenden Produktion nicht mehr bedarf, es werden nur leicht erlernbare Verrichtungen gefordert, und so ist die „industrielle Reservearmee", welche infolge der arbeitersparenden Wirkung der Maschinen unausgesetzt entsteht, schnell mobil gemacht. Alle auf einer niederen Lohnstufe sich bewegenden Gewerbe, die Landwirtschaft voran, geben ihren Ueberschuß an Arbeitskräften ab und übersättigen das industrielle Kapital. Auch insofern wirkt das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Produktion auf Niederhaltung des Lohnes, als hierbei ein gewisser Kulturzustand erreicht sein muß, der die Bedürfnisse des ganzen Volkes erhöht hat. Die internationale Freizügigkeit wirkt alsdann als Hemm-

nis der Lohnsteigerung. Sobald der Lohn den Tauschwert der Arbeitskraft zu überschreiten droht, wandert der Kuli jeglicher Provenienz*) ein, mag er nun als polnischer oder italienischer Tagelöhner Deutschland und Frankreich überschwemmen oder als zopftragender Chinese in San Francisco und Melbourne landen.

Wenn auch hiernach die Thatsache anerkannt wird, daß der Kapitalist dem Arbeiter nicht ein Aequivalent für die Produktivkraft seiner Ware, sondern nur den dürftigen Lebensunterhalt zahlt, so darf dagegen dem Unterschied zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit nicht beigepflichtet werden. Dieser Marx'sche Schematismus findet sich im wirklichen Leben nirgends. Das täglich wiederkehrende Pensum besteht nicht in sechs Stunden, die dem Bruttofonds und dem Arbeitslohn gewidmet sind, worauf sechs Stunden für den Kapitalisten folgen, um am nächsten Tage wieder die Halbteilung der Stunden zu liefern. Vielmehr ist nur so viel richtig, daß allerdings ein gewisses Minimalprodukt zur Deckung der Rohkosten geschaffen werden muß, und erst, nachdem dies geliefert, von einem Ueberschuß gesprochen werden kann. Innerhalb der Arbeit ist aber jede Stunde so viel wert, wie die andere, — jede liefert einen aliquoten**) Teil zum Kostenersatz und zum Ueberschuß. Dabei kann eine tägliche Gewinnberechnung gar nicht stattfinden; vielmehr gilt, wo es sich um Lieferung bestimmter Stücke oder Werke handelt, die erforderliche Arbeitsperiode als einheitliches Zeitmaß, während in anderen Fällen das Ergebnis der Kampagne oder Saison maßgebend ist. Der Arbeiter erhält inzwischen seinen Tage- oder Wochenlohn, ohne daß der Unternehmer mit Sicherheit sagen kann, ob ein Gewinn an seinem Arbeitsprodukt erzielt werden wird, geschweige daß dieser bereits in allen Fällen erzielt worden sei.

Der stärkste Beweggrund, welcher den Arbeiter zwingt,

*) Herkunft.

**) entsprechend gleichen.

seine Kraft um den geringen Preis loszuschlagen, der ihm im Lohn geboten wird, liegt in der Unzulänglichkeit dieses Lohnes selbst. Da der Lohn nur die Lebensnotdurft deckt und die Ansammlung von Kapitalien in nennenswerter Höhe der Regel nach nicht zuläßt, so ist der Arbeiter stets genötigt, zur Fristung seines Lebens unter den gebotenen Bedingungen die Arbeit fortzusetzen.

Weshalb zahlt der Käufer in dem Preise den Ueberschuß, welchen der Arbeiter erzeugt hatte? Auch er befindet sich in einer Zwangslage und zahlt den Preis nur, weil er der Ware bedarf und sie zu einem billigeren Preise nicht erhalten kann. Die Fibelweisheit der gewöhnlichen Oekonomen beschränkt sich darauf, zu lehren, daß der Preis durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bedingt wird. Das ist ungefähr ebenso geistreich, als wenn man lehren wollte, die Temperatur hänge von dem Verhältnis der Wärme und Kälte ab. Warum ist es aber warm oder kalt? Die Wissenschaft darf sich nicht mit der Feststellung begnügen, daß es so ist. Sie muß die meteorologischen Ursachen der Erscheinung feststellen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bedingt nicht den Regelfall des Preises, sondern den Ausnahmefall gewisser Preisschwankungen. Der Preis hat seine selbständige Entstehung in der Produktion. Es ist zunächst klar, daß er nur ausnahmsweise unter die Produktionskosten herabgehen darf, weil sonst die Reproduktion der Waren nicht mehr stattfinden würde. Es ist ferner klar, daß der Produzent sich mit der bloßen Erstattung der Herstellungskosten nicht begnügen, sondern darüber hinaus einen Gewinn zu erzielen suchen wird. Bestellt man daher bei dem Fabrikanten eine Ware, so wird derselbe den Preis feststellen, indem er außer seinen Kosten auch noch einen Profit fordert, der nach dem bei ihm üblichen Gewinn-Prozentsatze berechnet wird. Hier entsteht der Gewinnüberschuß, der Marx'sche Mehrwert, durch Kalkulation. Fertigt der Fabrikant Vorräte für den Markt an, so wird er ebenfalls die Kosten ausrechnen, eine Profitquote hinzuschlagen und hiernach die Preisforderung

bemessen. Allerdings wird er vorher zu prüfen haben, ob die Lage des Marktes den kalkulirten Preis rechtfertigt; hat er sich darin geirrt, so muß er sich mit einem geringeren Nutzen begnügen oder sogar mit Schaden verkaufen.

Der Regelfall ist nun, daß in normalen Zeiten bei durchschnittlicher Geschäftstüchtigkeit von dem Käufer thatsächlich ein Gewinnüberschuß an den Fabrikanten gezahlt wird, der nach völliger Deckung des Arbeitslohnes sich als Tribut an das Kapital darstellt. Jetzt erst kommt der vom Arbeiter erzeugte Mehrwert zur Hebung.

Eine Betrachtung der drei historischen Produktionsperioden läßt erkennen, weshalb der Arbeiter stets nur den Lebensunterhalt erwirbt, während dem Unternehmer der erzeugte Mehrwert zufällt. In der Sklavenwirtschaft des Altertums tritt dies am Einfachsten hervor. Der Arbeiter empfängt hier überhaupt keinen Geldlohn, alle seine Lebensbedürfnisse werden ihm in natura dargereicht, — das von ihm geschaffene Produkt fällt unverkürzt dem Herrn des Sklaven zu. In dem handwerksmäßigen Betriebe des Mittelalters ist zwar die politische Freiheit des Individuums juristisch vorhanden, ökonomisch wird sie aber durch die Koalition der Handwerksmeister aufgehoben. Der Arbeitsbetrieb wird in Innungen und Zünften organisirt, die die Abhängigkeit des Arbeiters zur Folge haben, sodaß diesem thatsächlich nichts übrig bleibt, als zu den obrigkeitlich genehmigten Bedingungen zu arbeiten. Zugleich wird auch der Käufer genötigt, die von den Innungsmeistern geforderten Preise zu zahlen, weil eine mit billigeren Preisen sich anbietende Konkurrenz nicht vorhanden ist. Die Zahl der in einem bestimmten Gewerbebetriebe beschäftigten Meister ist durch die Zunftsatzungen begrenzt, ebenso ist die Zahl der zulässigen Gesellen und Lehrlinge festgestellt, und die Arbeitszeit durch Uebereinkunft allgemein in gleicher Weise geregelt. So dankt es die Innung einem selbstgeschaffenen Monopol, wenn der Käufer gezwungen ist, einen Preis für das Produkt zu zahlen, welcher den Arbeitslohn erheblich übersteigt. Die Innung besitzt ein

Monopol gegenüber dem Konsumenten, während in Zeiten der Sklavenwirtschaft der Unternehmer ein staatliches Monopol gegenüber dem Produzenten besaß. Ein eigentlicher Unternehmergewinn wird von dem Handwerker durchschnittlich nicht erzielt, sein Profit stellt sich vielmehr als ein zumeist reichlich bemessener Arbeitslohn für die Beaufsichtigung des Betriebes und die Mühewaltung bei dem Einkauf nnd Verkauf dar.

Anders charakterisirt sich die Sachlage, sobald der kapitalistische Unternehmer die Schwelle der Kulturentwicklung überschreitet. Die kapitalistische Produktionsweise ist eine solche, welche mehr bares Geld fordert, als im Durchschnitt zum handwerksmäßigen Betriebe eines Arbeitszweiges notwendig ist. Unbeschützt durch Zwangsgesetze, im freien Verkehr mit freien Arbeitern, betritt der Kapitalist den Markt, scheinbar wehrlos gegenüber der Konkurrenz der zünftigen Meister, und dennoch vermöge seines Geldbesitzes ihr überlegen.

Die Mehrwertbildung beruht lediglich darauf, daß der Kapitalist Waren hervorbringt, für die ein Bedürfnis vorhanden ist, welches der Handwerker bisher zu einem feststehenden Preise befriedigt hatte. Wenn ein Mann, der Geld genug besitzt, eine Spinnmaschine zu kaufen, einen Arbeiter daran beschäftigt, der in derselben Zeit, in welcher er bisher an der Handspindel einen Faden gewonnen hatte, nunmehr hundert Fäden Garn gleichzeitig anfertigt, — wenn ein Anderer in einer Zeit, wo der Handweber durch seine eigene Kraft den Webstuhl langsam in Bewegung zu setzen gewöhnt war, hundert Kraftstühle aufstellt, die gleichzeitig ohne menschliche Anstrengung in Bewegung gesetzt werden können, so wird in der gleichen Zeit hundertmal so viel Ware erzeugt werden als vordem. Die Herstellungskosten dagegen werden in einer weit geringeren Progression steigen. Da der Markt noch an die von den Zeiten des Handwerks stammenden Preise gewöhnt ist, wird der Kapitalist, sobald er nur eine geringe Preisermäßigung eintreten läßt, willige Abnehmer für sein Produkt finden und immer noch einen beträchtlichen Gewinn erzielen. Damit ist der Mehrwert entstanden, und

die kapitalistische Aera angebrochen, die überall, mag sie sich nun auf die Fabrikation von Hüten oder Uhren, von Buchbinderwaren oder Drechslersachen erstrecken, den gleichen Verlauf nimmt. Fortan ist nicht mehr persönliche Arbeit, ja nicht einmal Arbeitskenntnis zur Unternehmerschaft erforderlich; wer Geld besitzt, kann fabriziren und Alles kaufen, was zum Betriebe der Fabrik erforderlich ist.

Damit ist aber auch der Todeskampf des Handwerkers entbrannt, der nur noch um kärglichen Lohn sein Leben als selbständiger Meister zu fristen vermag und endlich in die Reihen der industriellen Lohnarbeiter hinabgedrängt wird. Die Mehrwertbildung beruht auf der Differenzirung der Arbeitsmethode, auf dem Vorhandensein geldarmer Unternehmer kleineren Stiles. Der durch die letzteren gesetzte Preis bildet die Grenze, innerhalb deren für das Kapital ein Profit abfällt.

Mit dem Moment, wo das Handwerk vollständig aufgesaugt, und der letzte Meister verschwunden ist, kommt der feste Merkpfahl der Preisbildung ins Schwanken, und der Unternehmergewinn selbst ist gefährdet. Tritt nur noch die kapitalistische Produktion in gleich hoher Entwicklung mit einander in Wettbewerb, so vermag sie die Waren nicht mehr vor einem jähen Preissturz zu schützen, und es zeigt sich, daß die Produktivität der Arbeit, die von ihrer Kraft gleichwohl nichts eingebüßt hat, dem Unternehmer einen Gewinn nicht mehr abwirft. Auf der höchsten Entfaltungsstufe der kapitalistischen Produktion beginnt der Preis auf das unterste Niveau des Tauschwertes, auf die reinen Produktionskosten, zu sinken. Dann kommt die Produktivität der Arbeitskraft nur noch dem kaufenden Publikum zu Gute und, indem sie den Markt mit billigen Waren überschwemmt, erleichtert sie die Versorgung der gesamten Bevölkerung und steigert die allgemeine Lebenshaltung.

Diese Folge aber ist dem Kapitalisten, wie begreiflich, unerwünscht; er ruft daher nach einem Schutz gegen das von ihm vordem gepriesene Spiel der freien Kräfte, er kämpft für

Wiederherstellung des mittelalterlichen Monopols. Die Gesetzgebung des Staates wird angegangen, durch Schutzzölle das Feld der Konkurrenz einzuschränken, damit die heimische Industrie, vom Auslande ungestört, die Preise wieder hinaufschrauben kann. Die nationalen Industriellen schließen sogenannte Konventionen ab und stellen vereint die Preise fest, zu deren Innehaltung sie gegenseitig bei schweren Vermögensstrafen verpflichtet werden. Mit den Produzenten des Auslandes werden Kartelle geschlossen, die dem gleichen Zweck dienen. Die Hegel'sche Negation der Negation tritt in ihr Recht. Der Kapitalismus tötet den kapitalistischen Gewinn, die Unfreiheit des Volkes muß die freie Ausbeutung der Arbeitskraft retten.

Hand in Hand mit der Entwicklung der Produktion geht eine andere Entwicklung, welche eine Tendenz zur Erhöhung der Preise hervorbringt. Früher waren Handwerker und Handelsleute streng geschiedene Klassen. Der Fabrikant ist seiner Beschäftigung nach ein Handwerker, seiner Rechtsstellung nach ein Kaufmann. Er tritt nicht mehr, wie der Handwerker, in unmittelbaren Verkehr mit dem Produzenten, er fabrizirt im Großen und gibt sein Produkt an Wiederverkäufer ab. So entsteht ein ausgebreiteter Handelsstand, der sich wie ein Keil in die Bevölkerung einschiebt und die Preise der Waren mächtig steigert. Da der Preis nach unserer Auffassung Maß des Wertes ist, so müßte der Uebergang der Waren aus den Händen des Produzenten in die des Konsumenten durch den Umweg in den Handel mit einer Erhöhung des Tauschwertes verbunden sein, die Thätigkeit des Kaufmanns also als wertbildend erscheinen. Allerdings bekennen wir uns rückhaltlos zu dieser Folgerung, wenngleich Karl Marx sie bestreitet.

Marx ist noch ganz in dem Vorurteil der alten Schule befangen, wenn er an dem Unterschiede zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, oder wie man die letztere auch nennt: dienstleistender Arbeit festhält. Produktiv und deshalb wertbildend ist ihm nur diejenige Arbeit, die auf Gewinnung

oder Veredelung des Rohproduktes abzielt. Danach wären nur bestimmte Industriearbeiter produktiv thätig, während der Arzt und der Gassenkehrer, der Lehrer und der Hausknecht, der Künstler und der Barbier unproduktiv sind. Man könnte diese Unterscheidung gelten lassen, wenn Produktion Selbstzweck der menschlichen Arbeit wäre. Da jedoch nur zu dem Zwecke produzirt wird, damit das Produkt später konsumirt werden kann, so ist die wertbildende Thätigkeit mit Herstellung der Ware noch nicht erschöpft, vielmehr muß jede Verrichtung, die der Konsumirbarkeit der Ware dient, ebenfalls als wertbildend erachtet werden.

Marx hingegen spricht den auf die Zirkulation verwendeten Verrichtungen (Zirkulationskosten) die wertbildende Eigenschaft ab. Die Kosten, welche dem Kaufmann durch Buchführung und Korrespondenz, durch Sortiren und Aufbewahren, durch Anschaffung der Waren und Aufsuchung des Käufers erwachsen, sind für Marx faux frais, die dem Wert der Waren nichts mehr hinzufügen. Der Wert ist angeblich schon in der Fabrik fix und fertig entstanden, und die Unkosten des Kaufmanns gestalten sich lediglich zu einem Abzug, den der Fabrikant an seinem Unternehmergewinn erleidet, — wie nach der Anschauung anderer Leute die deutschen Getreidezölle aus der Geldtasche des Auslands bezahlt werden.

Ja, Marx treibt den Schematismus seiner Wertformel so weit, daß er im „Kapital" (Band II, S. 126 ff.) auch die Transportkosten aus den wertbildenden Faktoren ausschließt. Wenn man Gebrauchsgegenstände von einem Ort, wo sie ohne Mühe umsonst zu haben sind, mit Aufwendung von Kosten nach einem Orte bringt, wo für dieselben ein hoher Preis gezahlt wird, so haben sie dennoch einen Tauschwert nicht erlangt! Dabei gibt Marx (Band I, S. 7 der dritten Auflage) die gewöhnliche Erklärung, daß Gebrauchswerte, deren Nutzen nicht durch Arbeit vermittelt ist, wie atmosphärische Luft, wildwachsendes Holz u. dergl., Tauschwerte nicht seien. Wenn man nun aber solche Gegenstände nach Gegenden, wo sie nur durch Ar-

beit vermittelt werden, transportirt, sind sie dann nicht den dortigen Tauschwerten gleich?

Thatsächlich giebt es solche wertlose Gegenstände, die durch die Transportarbeit Wert erhalten. Wenn die Phönizier in einer Zeit, wo für die Ostseebewohner der Bernstein keinen Gebrauchswert besaß, und ein Bernsteinregal noch nicht erfunden war, die gelbe Ambra, welche das Meer in Mengen an den Strand warf, auf Schiffe luden und nach Rom brachten, worauf sonst gründete sich der hohe Preis, den man dort zahlte, als auf die Transportkosten! Die Mühe des Sammelns erscheint gering gegenüber derjenigen der Reise. Aus Mineralquellen sprudeln die heilkräftigen Wasser so reichlich hervor, daß jedermann dort sie umsonst trinken kann, und dennoch ein Ueberschuß ungenützt zu Thale fließt. Wird aber der Karlsbader oder Kissinger Quell nach einer ferngelegenen Gegend versendet, so ist er wegen der Transportkosten wertvoll geworden. In Norwegen ist es im Winter stets kälter, als in Deutschland, das Wasser erstarrt zu riesigen Eisblöcken, die keinen Preis haben und im Frühjahr wieder schmelzen. In eisarmen Jahren lassen die deutschen Gewerbetreibenden das norwegische Eis nach Deutschland senden, wo es plötzlich zu einer wertvollen Ware umgewandelt ist. Auf der Schneekoppe im schlesischen Riesengebirge ist eine Quelle, die trinkbares Wasser liefert, nicht vorhanden. Das Wasser muß aus einem 500 Meter tiefer gelegenen Buch geholt werden, und nur wegen des beschwerlichen Transports, notirt ein Glas Wasser, das man im Thal überall gratis erhält, auf der Speisekarte des Koppenwirts mit 10 Pfennigen. Glasperlen sind bei uns nahezu wertlos, die wilden Negervölker gaben früher dafür gern Elephantenzähne und Straußenfedern hin, die erst durch den Transport nach zivilisirten Ländern ihren Wert gewannen. Der Guano der Chincha-Inseln, der Seetang der Normandie, die Muscheln am Strand von Ostende, die Graswedel der Pampas, die wilden Tiere des Herrn Hagenbeck und zahlreiche andere Gebrauchswerte, bei denen die Okkupation und Verpackung kaum ins Ge-

wicht fällt, widerlegen die Auffassung, daß die Transportkosten nicht wertbildend seien. Wertlose Gegenstände, die man als Schiffsballast mitnimmt, entpuppen sich im Ankunftshafen als Tauschwerte. Die kunstlos gezimmerte Mattatschenflöße, auf welcher der oberschlesische Schiffer stromab fährt, besitzt an der Einschiffungsstelle einen geringen Wert, aber sobald die Flöße die Oder entlang schwimmt, steigt der Wert von Ort zu Ort, in Küstrin ist er doppelt so hoch, in Stettin dreimal so hoch, als in Breslau, der Transport hat den Holzwert gesteigert.

Wenn der Kaufmann die besonderen Handlungsspesen als faux frais (Nebenkosten) behandelt, und dem Preis jeder einzelnen Ware aufzuschlagen unterläßt, so folgt er lediglich der praktischen Notwendigkeit, die eine derartige Spezial-Kalkulation ihm nicht gestattet. Hinsichtlich der Transportkosten wird anders verfahren. Der Kaufmann verabsäumt nie, dieselben von Sendung zu Sendung, soweit er sie selbst zahlen muß, als Rechnungselement in die Wertschätzung einzufügen.

Ihrem inneren Kern nach beruht die Thätigkeit jedes Kaufmanns lediglich auf dem Transportiren von Waren. Jeder Handeltreibende ist ein Spediteur, mag er nun Distanzgeschäfte (nach anderen Orten) oder Platzgeschäfte treiben. Er sucht die Waren dort zu ermitteln, wo sie produzirt werden, um sie dann nach der Stelle zu bringen, wo das Konsumtionsbedürfnis besteht. Durch die hierauf gerichtete Arbeit erhöht er den Wert der Waren; indem er die Waren zu einem Preise zu verkaufen sucht, der die Anschaffungskosten übersteigt, bemüht er sich, eine Bezahlung für seine Arbeit zu erlangen.

Der kaufmännische Gewinn beschränkt sich nicht auf den gewöhnlichen Arbeitslohn. Der Kaufmann besitzt Kapital und sucht aus demselben einen höheren Gewinn zu erzielen. Er eilt in seinen Wareneinkäufen dem erwiesenen Bedürfnis voraus, um, wenn das Bedürfnis später sich zeigt, im Besitz eines Preis-Monopols zu sein. Der kapitalistische Handel bringt einen Unternehmergewinn hervor, der ausschließlich auf der Spekulation beruht, während der Profit der Fabrikanten zwar

auch aus Spekulation entstehen kann, aber hiervon unabhängig, schon durch die technische Ueberlegenheit der kapitalistisch betriebenen Fabrikationsmethode hervorgerufen wird.

Es soll nicht geleugnet werden, daß eine ökonomisch vollkommenere Ordnung des Zwischenhandels denkbar ist; aber wie der Handel jetzt organisirt ist, entspricht er der von uns erreichten Kulturstufe, und die innerhalb des Handels aufgewendeten Unkosten scheinen daher — vom Standpunkte der jetzt noch notwendigen Funktionen, als wertbildend. Wesentlich anders verhält es sich mit dem kaufmännischen Spekulationsgewinn. Die bloße Hoffnungsrechnung auf künftigen Konsum ist nicht geeignet, Werte zu erzeugen. Sie lauft lediglich darauf hinaus, die Konsumenten einem kapitalistischen Privilegium zu unterwerfen. Sie enthält der gegenwärtigen Konsumtion Werte vor und zwingt hierdurch künstlich zu einer Abstinenz, durch welche die Bevölkerung geschädigt wird.

Indem die landläufige Wissenschaft den kaufmännischen Gewinn als „Risikoprämie" zu rechtfertigen sucht, giebt sie nur einen moralischen Grund an, freilich einen solchen, der aus der Spielermoral entnommen ist. Der Spekulant kämpft mit der Gefahr des Verlustes; aber dadurch, daß er sich mit seinen Waren in Gefahr begiebt, verrichtet er keine Thätigkeit, die den Wert dieser Waren vermehrt. Das Handelskapital wird leichtsinnig, der Leichtsinn belohnt sich, es gelingt ihm, mehr und mehr seine Herrschaft über die Bevölkerung auszudehnen und zu befestigen.

Was geschieht mit dem vom Kapitalisten gewonnenen Mehrwert? Sobald der Prozeß erledigt, die Ware mit Gewinn verkauft worden ist, hat sich nicht nur das ursprüngliche Kapital wieder eingefunden, sondern es ist noch ein neues Kapital hinzugekommen. Von unserem Standpunkte aus braucht nicht besonders bewiesen zu werden, daß der neuentstandene Mehrwert wiederum Kapital wird; da wir das Geld schlechthin als Kapital definirt haben, so kommt sein Erzeugnis schon als junges Kapital zur Welt. Hieraus ergibt sich nicht,

daß es ohne weiteres als industrielles oder Handelskapital unmittelbar zu fungiren vermag. Ein Teil des Mehrwerts wird sogar innerhalb der Luxus-Konsumtion sofort aufgezehrt und verschwindet daher. Es verbleibt indeß ein Ueberschuß, welchen der Kapitalist nutzbar anzulegen trachtet. Das Einfachste und Verlockendste ist, das neue Kapital auf den Weg zu senden, den das alte eingeschlagen hatte, Arbeit damit verrichten zu lassen und potenzirten Mehrwert zu erzeugen. Soweit möglich, sucht auch der Kapitalist, dies zu thun. Er errichtet neue Fabriken, vergrößert seine Anlage, fügt weitere Industriezweige hinzu und thut alles, um die Macht, welche er über die Arbeit anderer Personen gewonnen hat, auszubreiten. So vergrößert der Unternehmergewinn die Spekulationslust des Kapitalisten, und indem er diesem stets steigende Einkünfte zuweist, befestigt er die Abhängigkeit des in Dürftigkeit verharrenden Arbeiters.

Es steht indes nicht gänzlich im Belieben des Kapitalisten, auf diesem Wege unausgesetzt das Kapital fortzupflanzen. Der von ihm gewonnene Mehrwert muß stets eine gewisse Minimalgröße besitzen, damit er zur Anschaffung industrieller Kräfte, zur Errichtung von Fabriken und Aufstellung von Maschinen wiederum verwendet werden kann. Je weiter die Verjüngung fortschreitet, desto häufiger wird dem erlangten Gewinn die erforderliche Größe fehlen. Dennoch wird der Kapitalist sein Geld nicht müssig liegen lassen; ist es ihm nicht möglich, die gesteigerten Kapitalien im Handel oder in der Industrie unmittelbar unterzubringen, so kann er sie doch mittelbar wirken lassen, indem er sie aussendet, damit sie von dem Mehrwert, den andere Kapitalisten erzielen, eine Quote nach Hause bringen. Die Mehrwertbildung pflanzt sich mit der Maßgabe fort, daß sie nicht mehr auf neuem Unternehmergewinn beruht, sondern unter dem Rechtstitel des Zinses oder der Bodenrente erfolgt. Das Kapital wird zur Befruchtung fremder Kapitalien verwendet und entzieht diesen einen Teil des Profits.

Doch beruht nicht jeder Zins auf der Mehrwertbildung.

Wenn der Kapitalist keine Gelegenheit findet, seinen Geldüberschuß in der Produktion zu vernutzen, und nunmehr Staatsanleihepapiere kauft, so erzielt er einen Zins, der nicht aus dem Werte einer bestimmten Arbeit zu entspringen braucht. War die Anleihe zu einem unproduktiven Zwecke aufgenommen worden, etwa im militärischen Interesse, so fließt die Verzinsung derselben aus den von der gesamten Bevölkerung aufgebrachten Steuern, und der Zinskoupon der Anleihe-Obligation enthält lediglich eine Anweisung auf den allgemeinen Steuer-Säckel, den der Fiskus verwaltet. Diskontirt der Kapitalist jedoch Wechsel oder kauft er Aktien einer Eisenbahngesellschaft oder eines anderen industriellen Unternehmens an, so setzt er virtuell Arbeit mit seinem Kapital in Bewegung, führt einen wertbildenden Prozeß herbei und empfängt in dem Zins einen Anteil an dem voraussichtlich entstehenden Mehrwert. Kauft der Kapitalist mit seinem Ueberschuß Grundstücke, Hypothekentitel oder Pfandbriefe an, so erwirbt er eine Anweisung auf den Arbeitsertrag, welcher aus Grund und Boden gewonnen wird, und erlangt einen Mehrwert, der auf Bodenrente zurückzuführen ist.

In jeder Form läßt die Mehrwertbildung die Lage des Arbeiters unberührt. Der Arbeitslohn verbleibt unverändert auf dem Niveau des zur Fristung des Lebens Erforderlichen und vermag sich nur langsam mit diesem Niveau selbst zu heben. Für das Kapital aber sind drei Kanäle vorhanden, auf denen es den Weg zum Wachstum nehmen kann. Das Kapital vermag deshalb sich unaufhörlich zu vermehren. Die gesamten Früchte der Produktivität der Arbeit, alle durch die Fortschritte der Kultur geschaffenen neuen Güter gehen auf dem einen oder anderen Wege in die Hände des Geldmannes über, um sich in Geld zu verwandeln und auf's Neue Geld an sich zu ziehen. Die Verteilung der Güter erfolgt in der Weise, daß auf den Arbeiter das fällt, was des Lebens Notdurft fordert, während der gesamte Ueberschuß dem Kapital zufällt.

Henry George leugnet, daß es einen besonderen Kapitalgewinn gebe. Das, was man gewöhnlich darunter verstehe,

entpuppe sich bei schärferem Zusehen als Zins. Denke man an die Vergütung, die dem Kapitalisten für die Beaufsichtigung des Betriebes zukomme, so habe man lediglich Lohn im Auge. Und eine Risikoprämie sei überhaupt nicht anzuerkennen; denn wenn man alle Geschäfte eines Landes zusammennehme, falle jedes Risiko fort.

Es ist hierauf zu entgegnen, daß die Prämie jedenfalls nicht durch das Risiko erzeugt wird, sondern durch die Produktion selbst. Ferner, daß wenn auch die Gesamtheit kein Risiko hat, sicherlich der einzelne Unternehmer ein solches trägt. Endlich, daß, was der eine verlirt, nicht unbedingt ein anderer gewinnen muß, sintemalen nicht selten die Gesammtheit mit Verlusten produzirt.

Das Entscheidende jedoch, die produktive Ueberlegenheit des Kapitalismus, übersieht George völlig, vielleicht weil er in Amerika keine Gelegenheit fand, sie zu studiren. Wenn der Kapitalist mit allen Mitteln der modernen Technik und vollendeter Teilung der Arbeit einen Markt betritt, dessen Preise durch den handwerksmäßigen Kleinbetrieb regulirt worden waren, so muß ihm in der Konkurenz mit dem kapitalarmen Handwerker sein Geld einen Profit abwerfen. Der Gewinn hat eine charakteristische Aehnlichkeit mit der Bodenrente, welche ebenfalls nur wegen der Armut des schlechtesten, im Anbau befindlichen Landes erzielt wird.

Nachdem George den Fehler begangen hat, ein wichtiges Element aus der Rechnung auszuscheiden, macht er sich mit blendender Folgerichtigkeit an die Aufgabe, die Gesetze der Güterverteilung zu entwickeln, und kommt zu dem Ergebnis, daß der Kapitalgewinn im Verlauf der sozialen Entwicklung immer geringer werden muß. Die Bodenrente ist es, welche seiner Auffassung nach alle Erträge der Arbeit an sich zu reißen droht, in stets wachsender Progression. Alle Erfindungen und Verbesserungen haben nur die Wirkung, die Nachfrage nach Land zu vermehren und immer schlechteres Land in

Kultur zu bringen. Hierdurch steigt die Rente, während der Ertrag der Arbeit und des Kapitals (Lohn und Zins) sinken muß. Der Lohn wird stets gleich dem Ertrage sein, welchen die auf den schlechtesten Boden gerichtete Arbeit allenfalls noch abwirft, und ebenso wird der Zins auf das Niveau sinken, welches dem Kapital unter den ungünstigsten Verhältnissen die Reproduktionsfähigkeit gestattet. Sobald die Grenze des Anbau's erreicht ist, verarmen die Arbeiter und die Kapitalisten, die Grundbesitzer dagegen bereichern sich maßlos.

Wäre dieses Schreckbild wahrheitsgemäß nach der Natur entworfen, so müßte man in den Ländern, in welchen die Grenze des Anbaus seit Jahrhunderten im Wesentlichen erreicht ist, schon längst etwas von der verheerenden Wirkung der Bodenrente verspürt haben. In England, Frankreich und Deutschland müßten die Grundbesitzer einen großen Teil des mobilen Kapitals bereits verschluckt haben. Indeß befindet sich gerade in diesen Ländern das Kapital ganz wohl. Gewiß sehen wir daselbst Latifundienbesitzer, welche unermeßliche Reichtümer auf ihren Grundstücken aufspeichern und ihre Herrschaft unaufhörlich verstärken. Aber diesen Grundbesitzern stehen Industriebarone und Handelsaristokraten gegenüber, welche ihnen augenscheinlich durchaus ebenbürtig sind. Und wenn wir näher zusehen, so beruht die Macht der Land-Magnaten nicht darauf, daß sie Grund und Boden haben, sondern darauf, daß ihnen der Grund und Boden Geld abwirft, also mobiles Kapital. Würde jede Bodenrente sich sofort in ein dem Bodenbesitzer gehörendes Kapital verwandeln, so möchte George mit seinen düsteren Prophezeihungen Recht haben, und alle Folgerungen, die sein deutscher Anhänger Michael Flürscheim gezogen hat, wären begründet. Immerhin sind aber große Gebietsteile nicht im Besitz der Magnaten, der gesamte städtische Grundbesitz ist in viele Hände zersplittert, und selbst die großen Latifundien werden unausgesetzt dismembrirt und parzellirt.

In Wahrheit ergeht es gewöhnlich der Bodenrente, wie

dem Goethe'schen Faust. Sobald er die Erfüllung aller seiner Wünsche vor sich sieht und begeistert ausruft:

„Im Vorgefühl von solchem hohen Glück
Genieß' ich jetzt den höchsten Augenblick"

sinkt er um und ist tot.

Die Bodenrente wird, sobald sie entstanden ist, eiligst kapitalisirt und verschwindet alsdann. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die städtische Bodenrente sich in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren durchschnittlich verdoppelt hat. Ein Haus, das vor zwanzig Jahren tausend Thaler Mietszins ergab, bringt jetzt zweitausend Thaler ein. Aber wo sind die Grundbesitzer, die jetzt doppelt so viel aus ihrem Hausgrundstück ziehen, als vorher? Man könnte sie zählen.

Sobald die Rente gestiegen ist, kapitalisirt sie der Landbesitzer entweder indirekt, indem er sagt: „Jetzt ist mein Grundstück beleihungsfähiger geworden," und eine neue Hypothek aufnimmt, oder direkt, indem er sagt: „Jetzt ist mein Grundstück doppelt so viel wert, als früher" und es verkauft. — In beiden Fällen ist freilich die gesteigerte Grundrente praktisch greifbar gewesen, aber nichtsdestoweniger ist sie nicht mehr vorhanden. Sie kommt gar nicht mehr als Grundrente, sondern als Kapitalzins zum Vorschein. Der Grundbesitzer, welcher mehr Hypothekenzinsen zu zahlen hat, als vordem, oder das Grundstück doppelt so teuer gekauft hat, als der Vorbesitzer, wird durch die ideell vorhandene Rentensteigerung nicht über die Thatsache getröstet, daß ihm von der Rente nichs zu Gesicht kommt.

Dies ist aber überall der Verlauf der Dinge. Mit dem Wachsen der Grundrente nimmt die Verschuldung des Grundbesitzes in gleichem Tempo zu. Weit entfernt davon, dem Kapital gefährlich zu werden und es peu à peu zu verspeisen, dient die Rente nur dazu, die Verwendungszwecke und damit die Machtsphäre des Kapitals zu erweitern. Das Kapital

appropriirt*) die Bodenrente und vernichtet sie, indem es sie in Zins umwandelt.

Die Bodenrente ist nur eines der Mittel, deren sich Geld bedient, um Geld an sich zu ziehen und bei der Verteilung der Güter den Löwenanteil zu erlangen. Das Kapital wirkt gleich, mag es im Handel, in der Industrie oder im Grundbesitz werbend auftreten. Dem Arbeiter den knappen Arbeitslohn, dem Kapitalisten alles Uebrige, — dies ist das Verteilungsgesetz.

Es ist hierbei gleichgiltig, ob der Zins, wie der sonst so scharfsinnige Rodbertus irrtümlich annimmt, die Tendenz habe, zu wachsen, oder, wie allgemein und mit richtigen Gründen gelehrt wird, mit der fortschreitenden Zivilisation fällt. Was der Zins an Intensivität verliert, gewinnt er an Extensivität. Gaben vor zwanzig Jahren tausend Thaler fünfzig Thaler Zinsen, so bringen an deren Stelle heut zweitausend Thaler achtzig Thaler Zinsen. Der Arbeitslohn hat bei diesem Kulturfortschritt nichts gewonnen. Das Kapital ist lediglich gewachsen, und mit ihm der Anteil an der allgemeinen Güterproduktion, den es für sich mit Beschlag belegt.

V.

Die Handelskrisen.

Mit der kapitalistischen Produktions- und Handelsweise geht die Verrechnung Hand in Hand. Eine Produktion, welche auf künftigen Bedarf spekulirt und die Waren in großen Mengen auf den Markt wirft, kann eine stetige Bildung der Preise nicht herbeiführen. Sehr oft enttäuscht der Markt den Spekulanten, die von dem Unternehmer erhofften Tauschwerte

*) eignet sich an.

kommen nicht zur Entfaltung; anstatt einen Mehrwert zu erzielen, vermag der Spekulant nicht einmal das von ihm angelegte Kapital zu retten. Dann beginnt ein Kampf des Warenbesitzers um den Preis, der mit allen Mitteln der kapitalistischen Macht geführt wird. In der guten alten Zeit, als man über den juristischen Begriff des Eigentums noch nicht so erleuchtet war, wie jetzt, erblickte man in dem Bemühen, den Marktpreis für die zum gewöhnlichen Gebrauch dienenden Lebensbedürfnisse künstlich zu steigern, eine strafbare Handlung, welche man Dardanariat nannte und mit Gefängnis, Landesverweisung und Konfiskation des Vermögens ahndete. Heut hat die Gesetzgebung diese sentimentale Schwäche überwunden. Den Fabrikanten ist die Ringbildung nicht blos freigegeben, sie erfolgt sogar mit obrigkeitlicher Billigung und Förderung. Aber sie erweist sich in nicht seltenen Fällen ohnmächtig und vermag den Rückgang der Preise nicht zu hemmen. Darum können wir in den Zeitungen unter den Konkursnachrichten eine ständige Verlustliste lesen, zu welcher jeder Tag neue Beiträge liefert; darum wird ein nicht geringer Teil der Waren der Konsumtion vorenthalten nnd ist einer Verminderung, ja selbst der völligen Vernichtung seines Gebrauchswerts unterworfen.

Dies ist der normale Verlauf der kapitalistischen Produktion. Die Gesellschaft der Gegenwart ist in gesunden Tagen mit dem Uebel behaftet, daß ein Bruchteil der Güter seinen Zweck verfehlt und der Vernichtung anheimfällt. Eine Minderheit der Kapitalisten wird unausgesetzt durch die Fangarme der schrankenfreien Konkurrenz erwürgt. Man findet dies durchaus in Ordnung, weil eine bessere Ordnung als diese nicht für erreichbar gilt.

Aber diese gesunden Tage mit dem namenlosen Weh, das sie einschließen, werden in regelmäßigen Zwischenräumen durch Krankheitsperioden abgelöst, in welchen das Weh die ganze Nation ergreift, sodaß diese in schmerzvollen Zuckungen sich windet. Diese Perioden nennt man Handelskrisen (Produktons-, Absatzkrisen).

Die Krankheitstage unterscheiden sich qualitativ nicht von den Tagen der Gesundheit. Hier wie dort findet — aus gleichen Ursachen — eine Vernichtung von Gebrauchswerten statt. Der Unterschied ist ein rein quantitativer. Der Papierkorb der Industrie, in welchen stets ein Teil des Produkts ungenützt sinkt, ist in den Tagen der Krisis zum Bersten angeschwollen, die Sorge ergreift nicht mehr den einzelnen Industriellen, sondern die gesamte Industrie. Es scheint, als ob Alles plötzlich stillstehe, die Hochöfen werden ausgeblasen, die Arbeiter zu Hunderttausenden entlassen.

Von diesen Handelskrisen ist die zivilisirte Welt in jedem Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts heimgesucht worden.

Zu den Gemeinplätzen, mit welchen die Gelehrten das Volk trösten, gehört auch die Behauptung, daß Zeiten eines über das gewöhnliche Maß hinausgehenden allgemeinen Notstandes seit den Tagen des Altertums immer und immer wieder eingetreten sind und daher wohl als ein unausrottbares Uebel auch von der Gegenwart ruhig ertragen werden müssen. Hiernach werden die Handelskrisen als Ereignisse bezeichnet, die zu der natürlichen Ordnung der Dinge gehören, wie die Gewitter zur sommerlichen Hitze. Indessen hat sich der geschichtliche Verlauf der Krisen in der Neuzeit in sein Gegenteil verkehrt. Diejenigen Umstände, welche heut einer Krisis voraufgehen und sie begleiten, wären in früheren Jahrhunderten geeignet gewesen, jede Not zu bannen; und die Ursachen, welche damals die Verarmung nach sich gezogen haben, führen heut einen besonderen Aufschwung der Industrie und des Handels herbei.

In früheren Jahrhunderten hatte jede große öffentliche Kalamität einen allgemeinen Notstand zur Folge. Wenn ein Krieg das Land verwüstete, eine Epidemie die Nation entvölkerte, eine Ueberschwemmung den Ackerboden zerstörte, konnte der Landmann das Feld nicht bestellen, und es entstand eine Notlage aus der unmittelbaren Thatsache, daß man nichts zu essen hatte. Heut sind derartige Begebenheiten nicht mehr von dieser äußersten gemeinschädlichen Wirkung. Die Kalamitäten ergreifen

niemals die ganze Welt zugleich. Unsere Transportmittel sind so entfaltet, daß wir mit geringen Kosten die Gegenden des Mißwachses aus den Stätten des Ueberflusses versorgen können. Mögen auch bestimmte Kreise der Produzenten schwer leiden, an der Allgemeinheit geht das Unglück schonend vorüber.

Thatsächlich ist es auch nicht der Mangel an Konsumtionsgegenständen, durch welchen heut die Not erzeugt wird. Gerade die Zeiten eines ungewöhnlichen industriellen Aufschwunges leiten den Verfall ein; wenn die Produktion am lebhaftesten ist, die Vorräte in den Magazinen sich anzuhäufen beginnen, die Arbeitslöhne ihren höchsten Stand erreicht haben, dann meldet sich plötzlich die Krisis. Nicht mehr die Not, der Ueberfluß führt uns die Krisis ins Land. Der Landmann klagt nach glücklichen Ernten über Verarmung, und die Industriellen behaupten, daß die Fortschritte der Technik sie zu Grunde richten. Ueberall drängt und überstürzt sich der Warenvorrat, die Menschen aber sind zur Rolle des Tantalus verdammt, sie verschmachten nach dem Besitz dieser Waren, die ihnen unerreichbar bleiben. Weil alle Lagerräume der Schuhfabrikanten mit fertigen Stiefeln überfüllt sind, deswegen ist ein großer Teil der Menschen dazu verurteilt, barfuß zu gehen. In den Kohlendistrikten türmen sich die unverkäuflichen Erzeugnisse bergehoch auf, während der Arme in seinem ungeheizten Zimmer frieren muß. Die Getreidespeicher können die Menge der Körner kaum fassen, und das Volk hungert.

Diese auffallende Erscheinung, daß der Ueberfluß die Not gebiert, hat mannichfache Erklärungsversuche hervorgerufen. Der gebräuchlichste derselben lauft auf eine reine Tautologie hinaus. Man sagt, die Krisis werde durch Ueberproduktion hervorgerufen.

Allerdings lehrt der Augenschein, daß jede Krisis äußerlich sich als die zeitliche Folge einer Ueberproduktion darstellt. Aber die Ueberproduktion bedarf als solche der näheren Erläuterung nicht minder, als die Krisis. Die Produktion

bildet nur das eine Element des gesellschaftlichen Verkehrs, dessen anderes die Konsumtion ist. Ueberproduktion ist daher gleichbedeutend mit Unterkonsumtion. Würden von der Krisis nur solche Waren ergriffen werden, deren Absatz auf wenige Kreise beschränkt ist, so möchte die Sache einleuchtend sein. Die Krisis verschont jedoch keinen Teil des nationalen Produkts, sie befällt die Industrien, welche für den Lebensbedarf des Armen thätig sind, wie die, welche Luxusgegenstände hervorbringen. Die Krisis zeigt daher eine mangelnde Kaufkraft der ganzen Bevölkerung an. Und dennoch folgt sie unmittelbar auf Zeiten, in welchen die Arbeitslöhne eine seltene Höhe erreicht haben, in denen also soeben noch die Kaufkraft der Bevölkerung außergewöhnlich hoch war. Wie ist diese plötzliche Unterkonsumtion zu erklären?

Ein zweites Schlagwort der Krisentheoretiker lautet: Ueberkonsumtion. Der gedankliche Inhalt dieses Schlagworts ist offensichtlich falsch. Weder die gummiberäderte Equipage des Millionärs, noch der aus Weißbiergläsern getrunkene Champagner des Berliner Maurergesellen kann eine industrielle Stockung hervorrufen. Noch gebricht es der Industrie nicht an der Fähigkeit, in beliebigen Mengen neue Equipagen und neuen Schaumwein anzufertigen. Der starke Konsum dieser Artikel kann daher der Industrie nur förderlich sein.

Wie aber sonst sind die Krisen zu erklären?

Die herrschende bürgerliche Oekonomie hat sich unfähig gezeigt, diese Erklärung zu liefern, und ist einem ernsthaft an sie gerichteten Andringen, die Erklärung zu geben, ausgewichen. In den Verhandlungen der III. Generalversammlung des Vereines für Sozialpolitik, welche vom 10. bis 12. Oktober 1875 in Eisenach stattfanden, beantragten Rudolf Meyer und Robbertus eine auf die Krisis bezügliche Resolution. Die Professoren Nasse, Schmoller und Brentano protestirten gegen die Beratung dieses Antrages, weil sie — nicht vorbereitet seien, über die Krisis sich auszulassen. (Vgl. die bei

Duncker & Humblot erschienenen Stenographischen Berichte). Man beschloß, die Angelegenheit „mit thunlichster Beschleunigung auf die Tagesordnung einer nächsten Versammlung zu setzen, die früher zu berufen ist, als die folgende Jahresversammlung", hat aber das hierin enthaltene Versprechen niemals eingelöst.

Allerdings sind nach der Krisis von 1873 die Julius Schulze's im Lande umhergezogen und haben weitläufige Vorträge über die Krisis gehalten, sind aber über „eine gewisse Unbehaglichkeit der in manchen Ländern herrschenden politischen Stimmung und die eingetretene teilweise Ueberproduktion" als Ursachen der Krisis nicht hinausgekommen.

Erwähnt werden muß auch das Max Wirth'sche Werk über die Handelskrisen, weil es die einzige größere sogenannte wissenschaftliche Arbeit über diese Frage ist. Die Wissenschaft des Autors hat leider den Krisen nichts geschadet, obgleich er eine tiefe Einsicht in deren Wesen zur Schau trägt. Den Law'schen Bankschwindel vom Jahre 1719 und die holländische Tulpenmanie von 1634 handelt Wirth im gleichen Tone, wie die modernen Handelskrisen ab, als ob sie mit diesen die organische Ursache gemein hätten. Als Entstehungsgrund der Krisis bezeichnet er in allen Fällen nicht den Mangel an Geld, sondern an Kapital, das Geld sei „bekanntlich" ein sehr kleiner Bruchteil des umlaufenden Kapitals, welches aus Lebensmitteln, Waren und Stoffen aller Art bestehe. Dann wird wieder behauptet, „man hatte zu viel spekulirt, mehr neue Unternehmungen gegründet, als der disponible Kapitalvorrat gestattet." Später wird aber nie untersucht, wohin der disponible Kapitalvorrat gekommen sei, und das Wort Kapital im Widerspruch mit der einleitenden Definition immer nur in dem Sinne von Geld und Geldeswert gebraucht.

Weit lehrreicher ist eine kleine Schrift von Wilhelm Oechelhäuser: „Die wirtschaftliche Krisis" (Berlin, Julius Springer, 1876). Der Verfasser besitzt genügend Geistesschärfe, um scheinbar fern liegende Gebiete zur Vergleichung heranzu-

ziehen, und führt so auf die Spur der gemeinsamen Bewegungsgesetze. Seine allgemeinen Schlußfolgerungen sind indes dem durch ihn beigebrachten Material von Thatsachen nicht ebenbürtig. Er findet die Ursache der Krisen in dem außergewöhnlichen Steigen oder Fallen der Warenpreise, die sich von dem natürlichen Wert der Waren entfernt hätten. In Zeiten des Aufschwungs seien die Preise höher als der natürliche Wert, in Zeiten des Niederganges tiefer, beides sei ungesund. Damit giebt Oechelhäuser nicht die wirkliche Ursache der Krisen, sondern ein die Krisen begleitendes Symptom an. Die Preise steigen und fallen nicht von selbst, sondern infolge tiefer liegender Ursachen, die der Krisentheoretiker nachzuweisen verpflichtet ist. — Außerdem kennt Oechelhäuser noch drei besondere Ursachen, welche ihren Anteil an der Krisis von 1873 hätten, den Mißbrauch der neuen Aktiengesetzgebung, die deutsche Banknotenpolitik und die sozialen Bewegungen. Infolge des letzteren Umstandes ist nach seiner Auffassung die Produktivität der Arbeit gesunken. Wäre dies wahr, so würde ohne die sozialen Bewegungen nach den Gesetzen der Logik die Ueberproduktion noch schlimmer, und die Krisis noch schwerer geworden sein. Daß die Aktienfreiheit thatsächlich großen Anteil an den Begebenheiten hatte, wird von uns nicht bestritten, soll vielmehr später noch näher erörtert werden. Die Ausdehnung der Untersuchung auf die Banknotenfrage erscheint uns dagegen entbehrlich. Richtig ist, daß frühere Krisen gewöhnlich mit einem Zusammenbruch von Zettelbanken verbunden waren. Die großen Banken in Europa und Amerika waren wiederholt außer Stande, das von ihnen ausgegebene Papiergeld einzulösen, und damit waren ganze Länder in Zahlungsunfähigkeit gestürzt. Nun hat aber der Verlauf der Dinge gelehrt, daß eine Krisis auch ohne derartige Erschütterungen und bei relativ gesunden Bankverhältnissen in verheerender Weise ausbrechen kann. Weder anläßlich der Katastrophe von 1873, noch durch den Bontoux-Krach von 1882 wurde irgend eine europäische Zettelbank in Mitleidenschaft gezogen, die Banknoten behielten

in den beiden letzten Krisen, mit Ausnahme einzelner nordamerikanischer Tresorscheine, ihren vollen Wert und wurden schlank an der Einlösungsstelle in Gold und Silber honorirt. Das Banknotenwesen kann daher, was sonst man von demselben halten möge, als grundlegende Krisenursache nicht angesprochen werden.

Eine neue und eigenartige Theorie der Krisen hat Henry George aufgestellt. Er zeigt sich darin von seiner glänzendsten und zugleich von seiner schwächsten Seite. Meisterhaft ist die Charakteristik, die er vom Wesen der Krisis liefert, überzeugend wirkt sein Nachweis, daß die herrschenden Theorien unfähig sind, den Hergang zu erklären. Es ist nur bedauerlich, daß seine Theorie nicht besser ist, als diejenigen, welche er mit so schlagenden Gründen widerlegt. Die Krisis — sagt er — tritt überall auf, wo die moderne Kultur herrscht, in Militärstaaten ebensowohl, wie in friedliebenden Republiken, in Schutzzollländern wie in freihändlerischen Staaten.

Henry George ist hierbei auf dem rechten Wege. Da er findet, daß die Krisis im Gefolge des allgemeinen Kulturfortschritts auftritt, schickt er sich an, die modernen Entwicklungsgesetze aufzusuchen, und kommt zunächst zu dem Ergebnis, daß, während in neuen Ländern die Arbeitslöhne hoch seien, mit der Zunahme der Kultur ein Sinken derselben eintrete, daß die Löhne einem Minimum zustreben, welches eben noch die Fortführung der Existenz gewähre, in Zeiten der Krisis aber gänzlich fortfalle. Es sei jedoch falsch, zu lehren, daß dies durch das ständige Wachstum der Bevölkerung mit Notwendigkeit bedingt werde; die Oekonomen irrten mit der Behauptung, daß das vorhandene Kapital im Verhältnis zu der raschen Vermehrung der Arbeiterzahl zu langsam wachse.

Bis hierhin kann dem Gedankengang nur beigestimmt werden, nunmehr aber verläßt der Autor den Boden der Kritik, den er vollkommen beherrscht, und begiebt sich auf das Feld positiver Ausführungen, auf welchem er anfechtbar ist. Der Irrtum, daß das Sinken des Lohnes mit der ungenügenden

Zunahme des vorhandenen Kapitals in Zusammenhang stehe, ist — so fährt er fort — eine Folge der älteren Irrlehre, daß die Löhne aus dem Kapital entnommen werden. An die Widerlegung dieser angeblichen Irrlehre verschwendet George eine große Menge von Beispielen. Kapital ist, nach seiner bereits oben S. 40 behandelten Erklärung, der aufgesparte Teil der durch Arbeit gewonnenen Güter, welcher zur Neuerzeugung von Gütern verwendet wird. Da nun die Arbeiter den Lohn postnumerando erhalten, da sie zuerst die Güter erzeugen, so liefern sie das fertige Kapital schon vorher ab und empfangen dann erst den Lohn aus dem soeben von ihnen geschaffenen Kapital. Man solle sich durch die übliche Form der Lohnzahlung in barem Gelde nicht täuschen lassen, „virtuell" werde stets der Lohn aus dem Produkt der Arbeit genommen, und es sei ganz gleich, ob derselbe oder ein anderer Arbeiter die zur Lohnzahlung erforderlichen Güter angefertigt habe; in keinem Falle brauche der Unternehmer dem Arbeiter Güter aus seinem Kapital vorzuschießen. Um dies plausibel zu machen, werden in großer Menge privatwirtschaftliche Vorgänge herangezogen, bei denen die Lohnzahlung in den vom Arbeiter selbst erzeugten Naturalien erfolgt. Ebenso wie der Goldwäscher von Kalifornien einen Teil des selbstgewonnenen Goldes als Lohn erhalte, so bezahle auch jeder andere Arbeiter sich selbst den Lohn; niemals vermindere sich das Kapital des Unternehmers infolge der Lohnzahlung, im Gegenteil es wachse unausgesetzt, da ja die durch den Arbeiter produzirten Güter, welche Kapital seien, sofort in den Besitz des Unternehmers gelangen.

George spinnt diesen Gedankengang nicht etwa dazu aus, um — wie dies anderwärts geschieht, eine plumpe Schmeichelei für die Arbeiter damit zu verbinden; er glaubt ehrlich, was er sagt, und hält es für beweiskräftig. Doch, wenn er auch hunderttausende von Beispielen herzählen würde und die kunstvolle Farbenpracht seiner Schilderung noch unendlich erhöhen wollte, die Thatsache kann er nicht aus der Welt schaffen, daß die Löhne im Durchschnitt aller Verhältnisse in G e l d bezahlt

werden, und zwar in Geld, welches bisher Eigentum des Kapitalisten war, daß die Löhne also aus diesem Kapital entnommen werden. Nur weil der Kapitalist Geld besitzt, kann er den besitzlosen Arbeiter in seinem Nutzen arbeiten lassen; sicherlich thut er dies nur in der Hoffnung, das vom Arbeiter erzeugte Produkt später wieder zu Gelde machen zu können und auf diese Weise das Kapital, welches er zwar nicht dem Arbeiter vorgeschossen, doch immerhin seiner eigenen Spekulation geopfert hat, wieder zu gewinnen. Aber ob es ihm gelingen wird, das Arbeitsprodukt zu verkaufen, ist immer ungewiß und wird in Zeiten der Krisis sogar unwahrscheinlich.

George zieht aus den bisherigen Auseinandersetzungen den Schluß, daß die Interessen der Arbeit und des Kapitals harmonisch seien, folglich die Ursache des Leidens, welches die Arbeiter befällt, in den Verhältnissen des Kapitals nicht liegen könne. Aber außer der Arbeit und dem Kapital sei noch ein dritter Faktor zur Produktion erforderlich, der Grund und Boden, und in dessen Verhältnissen sei der innere Grund für den Ausbruch der Krisen zu entdecken. Die Arbeit bedürfe des Zugangs zu den Naturschätzen, dieser Zugang sei ihr jedoch versperrt, weil der Grund und Boden Privateigentum sei. Die Grundrente habe die natürliche Tendenz, zu steigen, durch die Spekulation in Grundstücken werde sie aber noch künstlich gesteigert, der Grund und Boden werde der Arbeitsbethätigung von den Spekulanten in eigennütziger Weise vorenthalten, dies sei der letzte Grund der immerwährenden Krisen. Die Produktion werde durch die Landspekulation zunächst an einzelnen Punkten gehemmt, die Stockung pflanze sich wie in einem Netzwerk fort, teile sich allen Verzweigungen des Handels und der Industrie mit, bis die spekulative Steigerung der Rente durch die natürliche Entwickelung der Dinge eingeholt ist, und die Arbeit und das Kapital in die Verringerung des Entgelts für ihre Wirksamkeit sich gefunden haben.

Dies die Behauptung von George. Vergeblich sucht man

in seinem Buch den Beweis für dieselbe. George stellt seine Theorie als selbstverständlich hin. Würde er behaupten, daß das Privateigentum an beweglichen Kapitalien und an Grundstücken mittelbar an den Krisen schuld sei, so würde seine Behauptung vollständig und richtig sein, aber er wäre der Pflicht nicht überhoben, den Verlauf der Erscheinungen, die unmittelbare Verschuldung, die doch keineswegs sich von selbst versteht, näher aufzuzeigen. Statt dessen müssen wir uns an der einen beweislosen Behauptung genügen lassen. In San Francisco ist 1872 auf eine starke Grundstückspekulation ein Krach gefolgt, post hoc, ergo propter hoc!*)

Ueberdies ist die Thatsache, daß durch die Grundstücksspekulation die Produktion gehemmt werde, durchaus unwahr. Die Grundrente entsteht lediglich durch Arbeit. Es fällt niemanden ein, sein Grundstück deswegen im laufenden Jahr brach liegen zu lassen, weil er im nächsten Jahr eine höhere Grundrente daraus zu erzielen hofft. Jedermann wird vielmehr inzwischen den Ertrag, den das Grundstück abwirft, in Ermangelung von etwas Besserem, ruhig einheimsen. Es ist daher nicht ersichtlich, wie durch die Landspekulanten der Arbeiter von dem Zutritt zum Lande in höherem Grade, als sonst abgehalten werden sollte. George führt auch nach dieser Richtung lediglich an, daß durch den Eisenbahnbau Land der Benutzung verloren gehe, und bekämpft deswegen — in seinem Kopfe liegen die größten Gedanken eng neben den kleinlichsten Vorurteilen — die weitere Ausdehnung des amerikanischen Eisenbahnnetzes.

Es ist endlich der Standpunkt zu prüfen, den Karl Marx in der Frage der Krisen einnimmt. Marx verbindet mit der umfassendsten Kenntnis der ökonomischen Thatsachen einen scharfen Blick für deren Zusammenhang. In seinem „Kapital“ bleibt nichts Wesentliches unerörtert, sodaß daraus, wiewohl sich in den bisher veröffentlichten zwei Bänden eine besondere Krisen-

*) nachher, folglich deswegen.

theorie nicht ausdrücklich ankündigt, das theoretische Material für die Marx'sche Auffassung auch bezüglich der Handelskrisen zu entnehmen ist. Allerdings muß hier der Vorbehalt ausgesprochen werden, daß der lang erwartete dritte Band vielleicht noch eine Ergänzung dieser Ansichten bringen wird.

Marx untersucht im zweiten Bande, in welcher Weise das gesellschaftliche Gesamtkapital zirkulirt und reproduzirt wird. Die Bewegung des Kapitals wird durch Geld vermittelt. Kapital in Geldform ist zur Eröffnung der Produktion, wie zu ihrem Fortbetriebe erforderlich, aber die Schranken der Produktion hängen nicht unbedingt von dem Umfang des fungirenden Geldkapitals ab. Zum Kapital gehören noch andere Produktionselemente, welche einer Ausdehnung fähig sind, ohne daß eine vermehrte Geldanlage erforderlich wird. Man kann die Produktion steigern durch stärkere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, durch stärkere Verwertung der Naturstoffe, durch Verlängerung und intensivere Gestaltung der täglichen Arbeitszeit des fixen Kapitals (Maschinen), durch stärkere Ausnutzung der unentgeltlich wirkenden Naturkräfte, endlich durch Veränderung der gesellschaftlichen Kombination der Arbeitskraft (Teilung der Arbeit) und durch Verkürzung der Umschlagsperiode. Je ausgedehnter aber die kapitalistischen Operationen werden, — und dies ist die herrschende Bewegungsrichtung — je länger sie dauern, desto größer wird der absolute Geldbedarf. Die Größe des nötigen Geldvorschusses hängt daher zusammen mit der Länge der Zeit, während welcher beständig Arbeitskraft und Produktionsmittel der Gesellschaft entzogen werden, ohne inzwischen ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, welches sich in Geld zurückverwandeln läßt.

Nachdem Marx nachgewiesen, daß die Auffassung der Physiokraten, nach welcher das Jahresprodukt von Ernte zu Ernte sich reproduzire, unzulänglich sei, und die Verschlechterung dieser Lehre durch Adam Smith und seine Schüler dargelegt,

widmet er selbst dem Reproduktionsvorgange eine doppelte Untersuchung. Er prüft die einfache Reproduktion, die bloße Wiedergewinnung des in der Industrie angelegten Kapitals, wobei nur das zurückerlangte Kapital auf's Neue werbend angelegt wird, der erzielte Ueberschuß (Mehrwert) aber vollständig konsumirt wird, — und die Akkumulation und erweiterte Reproduktion, wobei ein Teil des Ueberschusses nicht konsumirt, sondern behufs Aufhäufung und Steigerung des Anlagekapitals in Kapital zurückverwandelt wird, in der Industrie im neuen Zyklus werbend auftritt.

Die produktive Thätigkeit der Gesellschaft wird in zwei Abteilungen betrieben. Die eine Abteilung der Produkte enthält Produktionsmittel, d. h. Waren, welche zur Erzeugung neuer Waren verwendet werden (Abteilung I); die andere Abteilung liefert Konsumtionsmittel, d. h. Waren, welche dem persönlichen Verbrauch der Menschen dienen (Abteilung II); Kapitalisten, welche in einer dieser beiden Abteilungen als Unternehmer auftreten wollen, müssen eine bestimmte Menge Kapital besitzen, und zwar sowohl variables Kapital (Geld zur Zahlung der Arbeitslöhne), wie konstantes Kapital, welches seinerseits in die Unterklassen fixes Kapital (Maschinen, Inventar) und zirkulirendes Kapital (Rohstoffe, Halbfabrikate) zerfällt. Die Produktionsbewegung besteht darin, den Wert des aufgewendeten konstanten Kapitals (c) in der Weise durch die Arbeiter auf das neue Produkt zu übertragen, daß es nicht nur sich selbst (c) und das aufgewendete variable Kapital (v) wiederersetzt, sondern auch einen Ueberschuß (den Mehrwert m) ergiebt.

Neues Produkt $= c + v + m$.

Marx nimmt an, daß in Abteilung I ein Gesamtkapital von 5000, in Abteilung II ein solches von 2000 angelegt sei — wobei es gleichgiltig ist, ob man sich darunter Millionen Pfund Sterling, Franks oder Reichsmark vorstellt. Nun wird, der Geldumsatz zwischen beiden Abteilungen untersucht. Die Arbeiter in Abteilung II kaufen für die erhaltenen Löhne Pro-

dukte aus ihrer Abteilung; auch der in II erzielte Mehrwert wird von den Kapitalisten (bei einfacher Reproduktion) in der eigenen Abteilung voll verausgabt. Ebenso werden die in der Abteilung I gezahlten Löhne nach Abteilung II gebracht, behufs Ankauf von Konsumtionsmitteln. Das hierdurch erhaltene Geld benutzen die Kapitalisten in Abteilung II, um in Abteilung I Produktionsmittel aufzukaufen und ihr konstantes Kapital wieder zu ersetzen. Haben nun auch die Kapitalisten in I ihren Ueberschuß m bei der Abteilung II verausgabt, so ist die einfache Reproduktion beendet, das vorgeschossene Geld ist in seine Kanäle zurückgekehrt.

Diesen Vorgang stellt Marx in einer Reihe von arithmetischen Gleichungen dar, mit denen er darauf in etwas komplizirter Weise operirt. Er zerfällt die Abteilung II in zwei Unterabteilungen, deren eine notwendige Konsumtionsmittel (Abteilung IIa) produzirt, während die andere Luxuskonsumtionsmittel (Abteilung IIb) hervorbringt, nimmt wiederum ein bestimmtes Zahlenverhältnis zwischen denselben an und läßt das Geld abermals in Gleichungen zirkuliren. Hieraus gewinnt er zwei Sätze, welche für die einfache Reproduktion gelten:

1) Das neue Wertprodukt in Abteilung I muß gleich IIc sein.

2) (IIb) v muß kleiner sein als (IIa) m.

Was den ersten, von Marx auf ziemlich mühselige Weise gewonnenen Satz anlangt, so hat Marx schon geistreichere Entdeckungen gemacht, als diese, und man kann zu der darin enthaltenen Wahrheit auch ohne alles gelehrte Beiwerk gelangen. Lüftet man nämlich den mystischen Schleier, der auf den Marx'schen Rechenexempeln lagert, so besagt der Satz nur hinten herum etwas, was geradeaus betrachtet lautet: „Wer Maschinen fabrizirt, muß sich in Acht nehmen, daß er auch den wirklichen Bedarf der Maschinenkäufer deckt, damit nicht etwa die Käufer wegen Mangels an Maschinen unverrichteter Dinge weggehen, oder andrerseits fertige Maschinen als Ladenhüter unverkäuf-

lich liegen bleiben." In Marx'scher Sprache lautet dies: „Wäre das neue Wertprodukt der Jahresarbeit in Abteilung I geringer als IIc, so könnte II sein konstantes Kapital nicht ganz ersetzen; wäre es größer, so bliebe ein Ueberschuß unbenutzt liegen."

Der zweite Satz führt unmittelbar in die Marx'sche Krisentheorie ein. Er besagt, daß die Arbeitslöhne der Luxusartikel produzirenden Arbeiter ihrem Gesamtbetrage nach kleiner sein müssen, als der Mehrwert, welchen die gesamten Kapitalisten der Konsumtionsabteilung (IIa und IIb) erzielen; denn die Luxusarbeiter kaufen für ihre Löhne die überschüssige Produktion in der gesamten Abteilung II und würden, wenn ihre Kaufkraft größer wäre, als m II, den Kapitalisten das für deren eigenen Bedarf Nötige nicht mehr übrig lassen. Andererseits kann ein Wachsen der Luxusproduktion nur in Verbindung mit zunehmender Verschwendung der Kapitalistenklasse stattfinden. Auf dem Vorhandensein der Luxusproduktion beruht für die Kapitalisten, welche Konsumartikel anfertigen lassen, die Möglichkeit, ihren Mehrwert in Geld zu realisiren. Die Luxusproduktion bildet aber auch den empfindlichsten Teil der Gesamtproduktion, jede Krisis vermindert sofort die Luxuskonsumtion, wirft einen Teil der Luxusarbeiter auf's Pflaster und bringt hierdurch auch den Kauf eines entsprechenden Teils der notwendigen Konsumtionsmittel ins Stocken. Begünstigt wird dagegen die Luxusproduktion durch jede Periode der Prosperität, in welcher die Arbeitslöhne steigen, und die Arbeiterklasse Anteil an der Konsumtion ihr sonst unzugänglicher Luxusartikel nimmt. Hier ist also (immer im Auge zu behalten: auf der Stufe einfacher Reproduktion) der Kreislauf des industriellen Aufschwunges, abwechselnd mit Krisen, gegeben.

Ein zweites Element, welches Stockungen hervorzurufen vermag, findet Marx in dem Wertverlust, den das konstante Kapital in Abteilung II durch den Verschleiß (Abnützung der Maschinen) erleidet. 2000 IIc kann daher nicht ohne weiteres

in 1000 Iv + 1000 Im eingehen, es ist vielmehr ein Manko in Abteilung II vorhanden, welches durch Geldvorschuß ersetzt werden muß. Dieser Ersatz bereitet bei gleichbleibender Produktion der Kapitalistenklasse II Verlegenheiten. Das Geld, welches auf Erneuerung des fixen Kapitals (Maschinen, Inventar) zu verausgaben ist, wird der Neuanschaffung von zirkulirendem Kapital (Rohstoffen, Halbfabrikaten) entzogen. Steht der Abteilung II aber weniger zirkulirendes Kapital zur Verfügung, so muß die Produktionsmenge sinken, ein Mißverhältnis in der Reproduktion entstehen, und die Produktionskrisis, von welcher auch Abteilung I ergriffen wird (weil die Verwandlung von Im in Geldform behindert wird), ist eingetreten.

An diese Erörterung knüpft sich die Untersuchung des Geldumlaufs auf der Stufe der Akkumulation und erweiterten Reproduktion, auf welcher die Kapitalisten nicht ihren ganzen Mehrwert aufzehren, sondern einen Teil desselben kapitalisiren und behufs Ergatterung neuen Mehrwerts neuerdings produktiv anlegen.

Würden zunächst die Kapitalisten in Abteilung I den nicht aufgezehrten Teil m unproduktiv aufhäufen (Schatzbildung), so würden sie eben so viel Geld der Zirkulation entziehen, wodurch ein entsprechender Teil des Produkts unverkäuflich werden würde. Bei erweiterter Reproduktion lassen sie jedoch das Geld als „zusätzliches virtuelles Kapital“ wieder in die Produktion eingehen, und die hiermit erzielten Produkte werden an die Kapitalisten in Abteilung II verkauft, ohne daß aus dieser Abteilung von deren Produkten etwas zurückgekauft wird.

Damit ist die Akkumulation in Abteilung II gestört. In Abteilung II sind mehr Produktionselemente, als bisher, vorhanden, die aus I gekauft sind, und für welche ein Geldkapital nach I gewandert ist. Dagegen ist ein Warenkapital in II festgelegt worden. Hierdurch ist der Absatz eines Teiles der Waren in II unmöglich geworden.

Dies Resultat wird aber noch verschärft, wenn die Ka=

pitalisten in Abteilung II ihrerseits akkumuliren wollen. Sie müssen, um ihr Mehrprodukt produktiv anzulegen, nach Abteilung I gehen, dort mit dem nicht konsumirten Teil ihres m Waren kaufen, die dann als cII verwendet werden. I hat aber bereits einen Teil seines m selbst als cI angelegt und kann mit diesem zurückbehaltenen Teile IIc nicht vermehren helfen. Folglich bleibt ein Teil der Waren in II unverkäuflich, es findet Ueberproduktion statt. Gleichgewicht wäre nur vorhanden, wenn I (v + m) = cII wäre. Da aber die kapitalistische Produktion unausgesetzt die Tendenz hervorbringt, I (v + m) größer werden zu lassen, als IIc, so schließt sie Bedingungen in sich, die unfehlbar zum Krach führen.

Für diejenigen Leser, welche der Versuchung widerstanden haben sollten, die vorstehende Wiedergabe der Marx'schen Krisentheorie zu überschlagen, soll in der verwirrenden Zahlensprache des Marx die kritische Bemerkung beigefügt werden, daß die Untersuchung mit einer Lücke behaftet ist. Wiewohl Marx allerhand scheinbare Widersprüche, welche man zwischen dieser grauen Theorie und der grünen Praxis finden kann, glücklich abfertigt, übergeht er doch einen Einwand mit Stillschweigen: daß nämlich die Kapitalisten in I gar nicht akkumuliren können, wenn sie nicht bei ihren Kollegen in II kaufkräftige Abnehmer ihrer Waren finden. Ebenso wie die Kapitalisten in II ihr c nicht ersetzen können, wenn ihnen nicht das Produkt aus I zuströmt, ebenso bedürfen die Kapitalisten in I des in II vorhandenen Kapitals, um ihr eigenes m in Geld zu realisiren oder wie Marx sagt, zu „vergolden".

Damit sei aber der dürre Boden arithmetischer Lehrhaftigkeit ein für alle mal verlassen!

Sachlich ist die Marx'sche Auseinandersetzung nur wenig geeignet, das Wesen der Handelskrisen aufzuklären. Die Trennung der Kapitalisten in eine Abteilung I, welche Produktionswaren herstellt, und eine Abteilung II, welche Waren für den unmittelbaren Konsum fertigt, ist ökonomisch ebenso bedeutend,

wie eine Scheidung in blonde und brünette Kapitalisten. Läßt man, um deutschen Verhältnissen Rechnung zu tragen, die ersteren mit einem Kapital von 5000, die letzteren mit einem solchen von 2000 produziren, und „zerfällt“ man dann die Brünetten in Kahlköpfe (IIa) und Wohlbehaarte (IIb), so kann man, den Gang der Marx'schen Gleichungen weiter spinnend, genau zu denselben Resultaten kommen.

Uebrigens wird hier die Fehlergrenze der Marx'schen Werttheorie deutlich. Stets wird angenommen, daß aus der Kraft des Produktionsvorganges die Tauschwerte ohne Weiteres entspringen, und weil sie in der einen Abteilung vorhanden sind, in der anderen ein Defizit entstehen muß.

Hiermit ist die Kritik der Einzelresultate gegeben. Daß eine übermäßige Luxusproduktion Störungen hervorbringen kann, ist klar; aber dies wird immer nur dann geschehen, wenn die Luxusprodukte unverkäuflich sind, und hierunter werden zunächst die Unternehmer der Luxusbranche leiden. Nach Marx wären die Stockungen darauf zurückzuführen, daß die Luxusarbeiter zu viele Lebensmittel kaufen, und somit in der Kapitalistenklasse eine Not um Lebensmittel entsteht. In Wahrheit würden dieselben Arbeiter, wenn sie, anstatt Luxusartikel zu fabriziren, in anderen Produktionsbranchen thätig wären, den Kapitalisten ebenso viele Lebensmittel durch ihre Ankäufe entziehen. Es müßte also, damit ein Notstand eintreten könnte, in der Branche, in welcher notwendige Konsumartikel hervorgebracht werden, überhaupt zu wenig produzirt worden sein. Dann würde eine starke Nachfrage nach solchen Artikeln sofort entstehen, und in Folge der unausbleiblichen Preissteigerung würde sich der Unternehmungsgeist dieser Branche zuwenden. An dem erforderlichen Kapital zur Erweiterung lukrativer Zweige würde es in normalen Zeiten, obgleich Marx das Gegenteil herausrechnet, niemals fehlen.

Die Krisis besteht auch nie darin, daß der Kapitalist zu wenig einkaufen kann, sondern immer nur darin, daß er nicht

genug zu verkaufen vermag. Freilich wird der Beginn des industriellen Aufschwunges stets durch eine gewisse Knappheit an notwendigen Bedarfsgegenständen eingeleitet; besonders kennzeichnet sich dies durch die großstädtische Wohnungsnot, welche in Folge Zuströmens der industriellen Reservearmee entsteht. Aber diese Wohnungsnot steigert nur die Bauthätigkeit und macht den Kapitalisten nicht nur nicht obdachlos, sondern vielmehr reich.

Die scharf abgegrenzten Abteilungen I und II sind in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Was die fertige Ware des einen Kapitalisten ist, bildet für den anderen den Rohstoff. Innerhalb der mit Produktionsstoffen handelnden Unternehmerklasse finden die beträchtlichsten gegenseitigen Umsätze statt, von denen die Abteilung II gar nicht berührt wird. Viele Produkte dienen sowohl dem Konsum, wie der Produktion. Unter den Konsumartikeln sind solche, die dauernd verbrauchbar sind, während andere sofort aufgezehrt werden. Aber nach der Verzehrung der Waren verbleibt ein Rückstand, der wieder in die Produktion einzugehen vermag. In keinem Falle stehen sich die beiden Klassen derart gegenüber, daß die Prosperität der einen den Mangel der anderen hervorruft, vielmehr führen parallele Linien von der einen zur anderen herüber, welche die Gemeinsamkeit der Interessen anzeigen.

Daß der Verschleiß, die Abnutzung der Maschinen ein Kapitaldefizit hervorrufen muß, ist ein Irrtum, der aus der Marx'schen Werttheorie entspringt. Eine Lehre, welche den Wert des Fabrikats in dem Moment fix und fertig findet, wo an demselben in der Fabrik der letzte Hammerschlag gethan ist, kann natürlich, sobald das Fabrikat sich auf die Wanderschaft begiebt, nur Verluste ausrechnen. Unsre Industriellen wissen aber von dem Verlust durch Verschleiß nichts, sie schlagen einen entsprechenden Prozentsatz auf den Preis des neuen Fabrikats, und solange ihnen dieser Preis anstandslos bezahlt wird, ist von einer Verminderung des Kapitals nichts zu spüren. Erst

wenn die Industrie unfähig wäre, die verschlissenen Maschinen durch neue zu ersetzen, könnte das Verschleiß-Moment zu Produktionskrisen Veranlassung geben. Bis jetzt sind aber Krisen nicht deshalb entstanden, weil plötzlich Mangel an Maschinen-Material sich gezeigt hat.

Endlich schadet es den Kapitalisten in Abteilung II nicht das Mindeste, wenn die Kapitalisten in Abteilung I „akkumuliren", d. h. den Kreis ihrer bisherigen Produktion vergrößern. Denn akkumuliren heißt nicht, wie aus einer näheren Betrachtung des Kapitalbegriffs hervorgehen wird, fertiges Kapital besitzen, und hat daher nicht die Wirkung, anderen Unternehmern Kapital zu entziehen oder vorzuenthalten.

Es befinden sich im Gegenteil die Verfertiger von Konsumartikeln niemals in einer besseren Lage, als wenn ihre Lieferanten im Marx'schen Sinne akkumuliren. Die also akkumulirten Maschinen müssen wohl oder übel verkauft werden, sofern sie nicht zwecklos erzeugt sein sollen. Wenn eine Maschinenfabrik sich mit Herstellung von Centrifugen befaßt, die lediglich an Molkereien zum Behufe der Butterfabrikation abgesetzt werden, so ist ihre geschäftliche Situation von der Lage des Buttergeschäfts abhängig. Der Molkereibesitzer wird schwerlich geneigt sein, eine Centrifuge zu kaufen, für die er keine Verwendung hat. Das Akkumuliren der Centrifugen thut ihm nichts zu Leide, und bringt ihn sogar in die Lage, auf außergewöhnlich billige Weise sein Maschinen-Material zu ergänzen.

Marx hat sich dermaßen in seine Zahlenwelt versenkt, daß er schließlich die wirkliche Welt verkehrt ansieht. In letzter Instanz entscheidet über den Markt die Kaufkraft des Konsumenten, hapert es dort, so pflanzt sich der Stoß durch die Kette der Zwischenproduzenten fort und wirft schließlich Denjenigen zu Boden, welcher den primären Rohstoff feilbietet. Der Bergwerksbesitzer wird die Erze immer nur dann anhäufen, wenn der Hüttenbesitzer zur Unthätigkeit verurteilt ist, und der Hüttenbesitzer hängt von der Lage der Metallindustrie ab. Das

Aufschließen neuer Stollen im Berge kann auf dem Wege, den Marx beschreibt, dem Gewerbetreibenden kein Kapital entziehen, sondern nur neues Kapital (im Marx'schen Sinne des Wortes) zuführen, und thatsächlich lehrt die Erfahrung, daß Handelskrisen niemals deshalb entstanden sind, weil der eine Teil der Industriellen bei fortschreitendem Gedeihen des anderen Teiles seine Produktion einschränken mußte.

So bringt uns Marx, wie verdienstlich auch viele seiner Detailausführungen sind, dem Verständnis der Handelskrisen nicht näher.

In der deutschen Arbeiterpartei ist die Ansicht vertreten, daß die Zeit der akuten Krisen überhaupt vorüber sei, die chronische Krisis sei hereingebrochen. Diese Auffassung vertritt Karl Kautsky in seinem Buch: „Karl Marx's Oekonomische Lehren" (Stuttgart 1887). Er sagt dort S. 238 ff.: „Es scheint jetzt die Zeit gekommen zu sein, wo der Weltmarkt nur vorübergehend und ausnahmsweise im Stande ist, die Produkte der Weltindustrie aufzusaugen; anstatt eines Kreislaufs von zehn Jahren, in dem mittlere Lebendigkeit des Wirtschaftslebens, fieberhafter Produktionsschwindel, Krach, Versumpfung, Wiederaufleben mit einander abwechseln, haben wir seit 1873 die chronische Geschäftsstockung, die dauernde Versumpfung auf ökonomischem Gebiet, nur hier und da durch flüchtige Anwandlungen einer Besserung unterbrochen, die bald wieder erlahmen, und es scheint, als sollte es zu einem allgemeinen „wirtschaftlichen Aufschwung" überhaupt nicht mehr kommen."

Im Munde eines unbedingten Verehrers von Marx, der den Meister selbst da anbetet, wo es ihm nicht gelungen ist, seine tiefen Gedanken zu verstehen, machen diese Sätze einen humoristischen Eindruck. Wie sollte wohl angesichts der Marxschen Mehrwertlehre eine chronische Geschäftsstockung, ein konstanter Verlust des Mehrwerts, möglich sein? Thatsächlich hat man in Oesterreich und Frankreich bereits 1882 eine große Krisis gehabt, von welcher auch Deutschland und England in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Nur weil durch Intriguen

der Rothschild-Gruppe gegen das Bontoux-Consortium damals die Baisse-Spekulation zu früh losgeplatzt ist, zu einer Zeit, wo Deutschland für den kompletten Krach noch nicht reif war, sind die Wirkungen dieses Schlages bei uns nicht allgemein fühlbar gewesen. Der Gründungsschwindel nach dem französischen Kriege hatte uns zu tiefe Wunden geschlagen, und es bedurfte eines mehr als zehnjährigen Zyklus, um einen zweiten, umfassenden Niedergang einzuleiten.

Wir sind indes keineswegs der Meinung, daß eine allgemeine lang dauernde Geschäftsstockung niemals stattfinden könne. Gerade weil wir an das Marx'sche Dogma nicht glauben, weil uns der Gedankeninhalt der Marx'schen Lehre nur aus einem höheren Gesichtspunkte richtig erscheint, halten wir dafür, daß die kapitalistische Produktion unaufhaltsam zu ihrer totalen Selbstvernichtung drängt. Aber von diesem Zeitpunkt sind wir noch weit entfernt. Gegenwärtig sind wir wieder einmal auf der Bahn, die nach oben führt; es brodelt und siedet lustig in dem Hexenkessel, in welchem die Teufelssuppe Handelskrisis gar gemacht wird.

Henry George hat ganz Recht, wenn er meint, daß die herrschende Lehre unfähig sei, die Handelskrisen zu erklären. Aber seiner eigenen Lehre wohnt keine bessere Fähigkeit inne, und jede andere Lehre ist gleich unfähig, solange sie den Begriff des Kapitals falsch erklärt. Wer die Ansicht hegt, daß Maschinen und Warenvorräte, Rohstoffe und Inventarstücke Kapital sind, wird den Schlüssel zum Verständnis der Krisen niemals geben. Aus einer richtigen Definition des Kapitals leitet sich dagegen das Verständnis sofort ab. Wenn das Arbeitsprodukt, welches der Arbeiter dem Unternehmer abliefert, ohne Weiteres Kapital ist, wenn der Unternehmer an Stelle des im Arbeitslohne verausgabten Kapitals ein anderes Kapital vorher schon von dem Arbeiter erhalten hat, so kann George allerdings fragen: „Zu welchem Zeitpunkte ist da sein Kapital auch nur vorübergehend vermindert?“

Ja, aber sobald sich durch die Produktion das Kapital

des Unternehmers niemals vermindern kann, wie soll es da überhaupt zu einer Krisis, die nach der landläufigen Vorstellung doch einen enormen Kapitalverlust hervorruft, kommen können?

Auch Marx rechnet die Maschinen zum Kapital, aber da er sie als konstantes Kapital bezeichnet, ist wenigstens eine Verwechslung der Begriffe bei ihm ausgeschlossen, und die Unterscheidung wird noch deutlicher, indem er das zur Lohnzahlung bestimmte Geld variables Kapital und die Rohstoffe zirkulirendes Kapital nennt (obgleich es uns sinngemäßer erscheint, in der Anwendung der beiden letzteren Bezeichnungen einen Tausch zu vollziehen).

Der Wirklichkeit am nächsten kommt unserer Ansicht nach die von Flürscheim in den Grundsätzen des „Bundes für Besitzreform" aufgestellte Erklärung der Erwerbskrisen (vgl. Deutsch Land, März 1889). Kurz ausgedrückt, besagt sie Folgendes: „Die Rothschilds besitzen ein jährliches Einkommen von 160 Millionen Mark. Hiervon können sie selbst höchstens 20 Millionen verbrauchen, sie entziehen also jährlich 140 Millionen Mark dem Volkshaushalt. In gleicher Weise ziehen die anderen Großkapitalisten alljährlich im Wege der Grundrente und des Zinses aus dem Nationalvermögen beträchtliche Summen an sich, stürzen hierdurch die erwerbsthätigen Kreise in Geldnot und verschulden so zahlreiche Zwangsverkäufe von Waren, die zu starken Preisrückgängen und hierdurch zur Erwerbskrisis führen." Wenn jedoch die Rothschilds und ihre Kollegen die gewonnenen Kapitalien immer wieder neu verwerten, so senden sie dieselben hinaus in die erwerbsthätigen Kreise, und es könnte dann möglicherweise die Besitzverschiebung sich lediglich auf dem Papier zu Gunsten der Rothschilds vollziehen, ohne daß zu irgend einer Zeit in der Bevölkerung ein Mangel an Kapitalien zu entstehen brauchte.

Weshalb dennoch von Zeit zu Zeit ein fühlbarer Mangel an Kapital entsteht, sagt uns die Flürscheim'sche Theorie nicht. Sie weist den Bewegungsgang des Kapitals nicht völlig nach,

da sie uns eine befriedigende Erklärung des Kapitalbegriffs nicht zu geben vermag.

Es ist wahrlich kein Eigensinn, wenn wir den Maschinen und Waren trotz der Marx'schen Begrenzung der Namen die Zugehörigkeit zum Kapital absprechen, mit dem Ausdruck Kapital ist immer die Vorstellung einer gesellschaftlich feststehenden Wertgröße verbunden, dieser feste Wert kommt jedoch den Produktionsstoffen und -Mitteln nicht zu. Es fehlt ihnen aber auch die wesentliche Eigenschaft des Kapitals; Kapital ist stets im ökonomischen Sinne eine fungible Sache.

Dieser Ausdruck bedarf einer Erklärung, die man dadurch nicht erhält, wenn man ihn mit der neueren Rechtssprache in das deutsche Wort vertretbar übersetzt. Unter einer fungiblen Sache verstehen die Juristen eine solche, welche zu einer Gattung gehört, von der jedes Stück dem anderen gleich ist, so daß jedes Stück für das andere fungiren, das andere vertreten, die Stelle des anderen ersetzen kann. Im juristischen Sinne sind daher Geldstücke fungibel, ebenso Bücher derselben Auflage eines Werkes, Ziegelsteine aus derselben Lehmgrube, Aktien, gewisse Getreidesorten u. dgl. Wenn mir Jemand einen Thaler schuldet, ist jedes Thalerstück zur Bezahlung gleich geeignet, und drei beliebige Markstücke vertreten jeden Thaler.

Im ökonomischen Sinne geben wir der Fungibilität eine Anwendung, welche über die blos juristische Vertretbarkeit hinausreicht. Wir nennen hier fungibel jede Sache, welche nicht nur für ihresgleichen, sondern auch für jede Sache, die einer fremden Gattung angehört, zu fungiren vermag, die sich beliebig gegen jedes beliebige Gut austauschen läßt.

Die fungibelste Sache ist das Geld. Wer Geld hat, besitzt eine Anweisung auf alle vorhandenen Werte, auf Grund und Boden, wie auf Schuhwichse, auf Pferde und Ochsen, wie auf seidene Tücher. Es steht bei ihm, ob er diese Anweisung durch Hingabe des Geldes realisiren will; thut er dies, so besitzt er kein Kapital mehr, und es wird von seinen ferneren

Bemühungen abhängen, ob es ihm gelingt, sich wieder eines Kapitals zu versichern.

Dem Gelde nahezu gleich stehen geldwerte Sachen oder solche Sachen, die eine leicht zu realisirende Anweisung auf Geld in sich schließen, wie Wertpapiere. Hypothekenpapiere und Grundschuldbriefe bilden Bescheinigungen über verliehene Kapitalien und dienen in dem Maße von Leichtigkeit, in welchem ihre Kündbarkeit oder Uebertragbarkeit stattfindet, selbst als Kapitalien. Die Gesamtsumme dieser Kapitalien bildet das Kapital der Nation, vermittelst dessen die produzirten Werte umgesetzt werden. Die Verteilung des Kapitals unter die einzelnen Schichten der Nation muß deren Umsatzbedürfnissen entsprechen.

In denjenigen Zeiten, welche der bürgerlichen Oekonomie als normale erscheinen, ist die Kapitalsverteilung auch eine dem Umsatzbedürfnisse entsprechende. Die kapitalistische Produktionsweise gestattet jedoch nicht, daß dieses Verhältnis längere Zeit unverändert bleibt. Indem sie Kapital in die Industrie hineinsendet, um vermehrtes Kapital daraus zurückzugewinnen, zieht sie in Wahrheit Geld aus dem Beutel der erwerbsthätigen Kreise heraus und befördert dasselbe nach anderen Kreisen. Sukzessive werden auf diese Weise die erwerbsthätigen Kreise ihres Geldvorrates (Geld wird stets der Kürze halber statt Geld und Geldeswerte, d. i. Kapital, gesagt) entblößt.

Das Kapital bleibt unverändert, ja es kann sich sogar vermehren, aber es wechselt beständig den Herrn. Wie der Luftdruck das Quecksilber durch den scheinbar undurchdringlichen Rezipienten der Luftpumpe hindurchpreßt, sobald ein luftleerer Raum in der Glasglocke hergestellt ist, so treibt die kapitalistsiche Produktion das Geld mit Gewalt aus dem industriellen Bereich heraus und entzieht ihm die Fähigkeit, zu Gunsten der Industrie seine Kraft als fungible Sache zu bethätigen.

Das Geld ist freilich fungibel, wem immer es gehören mag, aber es fungirt nicht bei jedermann im produktiven Sinne. Wenn ein Möbelfabrikant 100,000 Thaler besitzt, so kann er

Tische und Stühle anfertigen lassen; dieselben 100,000 Thaler in der Hand eines Rentiers bewirken, daß dieser Zinskoupons abschneidet. Ist das Geld, welches aus der Industrie herausgeflossen ist, hinaufgewandert in die Kreise der Bankiers und Banken, so beginnt es den Industrien, welche in den Zeiten des Aufschwunges sich so üppig entfalteten, zu fehlen. Ringsum rauchen die Schlote und klappern die Maschinen, alle Magazine sind mit Vorräten gefüllt, das Geld aber fungirt nicht mehr für die Industriellen, es ist wohl geborgen in den eisernen Kassen der haute finance. Gebieterisch drängt die Ware nach Geld, mitten in der Zeit der hohen Löhne und „guten" Preise steckt die Geldknappheit ihre knöchernen Totenfinger aus. Ringsum Blüte und Ueberfluß an denjenigen Dingen, welche die Gelehrten Kapital nennen, nur die einzige, fungible Sache fehlt: das Geld. Langsam beginnt man die Preise herabzusetzen, von Geldmangel getrieben, aber da giebt es auch schon keinen Halt mehr, die Illusion ist geschwunden, das stolze Gebäude stürzt zusammen, der Krach ist hereingebrochen!

Daß dies der Verlauf der Dinge, ist im einzelnen näher nachzuweisen. Wird eine neue Fabrik gegründet, so zerteilt sich das zur Errichtung derselben erforderliche Kapital in zahlreiche Kanäle und geht in die Bevölkerung ein; hierbei ist irgend welcher Geldverlust nicht zu konstatiren; das Geld ist nicht in solche Kreise gewandert, in denen es nicht mehr zu Gunsten der Produktion zu fungiren vermag. Werden tausend neue Fabriken errichtet, so spielt sich der Vorgang tausendfach ab, ohne irgend welches Beiwerk, das eine Erklärung der nachfolgenden Krisis geben könnte.

Es ist sehr viel Geld in die Bevölkerung gekommen, es wird infolgedessen sehr viel Ware gekauft, der Umsatz ist lebhaft, die Industrie blüht. Anders würden die Sachen liegen, wenn inländisches Geld in ausländischen Unternehmungen angelegt wird, etwa in rumänischen oder amerikanischen Eisenbahnen. Geschähe dies in großen Massen, so könnte es wohl im Inlande Verlegenheiten hervorrufen. Erfahrungsmäßig wan-

dert aber das Geld, so lange es im Inlande nützliche Anlage findet, nur ausnahmsweise ins Ausland.

Nun bietet gerade in Zeiten einer ruhigen industriellen Entwicklung das eigene Land dem Gelde ein günstiges Feld. Man legt also Kapitalien in industriellen Unternehmungen an. Die Finanzkreise, welche für die Bankiers und ihre Auftraggeber Geld zu verwalten haben, sind erbötig, den Industriellen Geld zu leihen. So setzt sich zugleich mit dem Unternehmergewinn der Kapitalzins bei der Industrie zu Gaste, und als Dritter im Bunde gesellt sich die Bodenrente hinzu. Sie alle wollen von dem Profit, den die neu zu errichtende Fabrik abwerfen soll, ihren Anteil haben. Und dieser Anteil ist nicht gering, in den Zeiten des industriellen Aufschwungs beginnen Zins und Rente rapide zu steigen. Sobald also die Fabrik das von ihr in die Bevölkerung hineingeworfene Geld durch den Verkauf ihrer Fabrikate zurückzuholen beginnt, melden sich Zins und Rente und stecken vor den Augen des Unternehmergewinns einen Teil der Beute ein.

Aber auch dies ist nicht ausreichend, die Entstehung der Handelskrisen zu erklären, insofern Zins und Rente von ihren Empfängern wieder vollständig verausgabt werden, das dem Unternehmergewinn entzogene Geld also wieder in die Industrie eingeht. Dies geschieht jedoch nicht vollständig. Ein großer Teil der Kapitalisten ist so wohlhabend, daß er seine Einkünfte an Zins und Rente „nicht aufzuzehren vermag.“ Der Ueberschuß wird „accumulirt“, wird auf's Neue gewinnbringend angelegt und vermehrt den Druck der Zinssklaverei, welcher auf den industriellen Unternehmern lastet. Während unausgesetzt die disponiblen Gelder durch Zins und Rente eingeschluckt werden, nimmt auch der Kapitalvorrat der Industriellen zu, aber nur auf dem Papier, in den Geschäftsbüchern. Die Zeiten des geschäftlichen Aufschwunges charakterisirten sich durch eine enorme Steigerung des Umsatzes und bedeutende Entfaltung des kaufmännischen Kreditwesens. Das Wechselportefeuille schwillt an, das Blut des Geschäfts, das lebendige Geld

wird demselben dagegen unausgesetzt entzogen und in die Sammelbassins der Banken getrieben, wo 100,000 Thaler zwar 100,000 Thaler sind, eine fungible Sache, aber nicht mehr die Funktion der Möbelfabrikation ausüben, sondern als Motoren für Kouponscheeren funktioniren.

Ohne die unausgesetzte Zunahme von Kapitalien würden Zins und Rente nicht des Zeitraumes von zehn Jahren bedürfen, um der Industrie jene vernichtenden Schläge auszuteilen, die man Handelskrisen nennt; das Wachstum der Kapitalien verlangsamt jedoch den Prozeß.

Andererseits wird die Selbstauflösung der Gesellschaft durch die Organisation des Börsenwesens beschleunigt. Diese wollen wir an der klassischen Periode von 1873 betrachten.

Vorher wird es zweckmäßig sein, einige Börsenausdrücke und Gebräuche zu erklären, welche das Gegenteil dessen enthalten, was sie wörtlich besagen. Unter einem „Wechsel“ versteht man von Haus aus einen wirklichen Wechsel, einen Austausch, der zwischen Personen und Sachen vollzogen wird. A schuldet dem B 100 Thaler, B schuldet dem C 100 Thaler; nun bezahlt B seine Schuld an C mit einer Anweisung auf A; er schickt dem A einen Wechselschein, des Inhalts: „Zahlen Sie gegen diesen Wechsel für mich an C 100 Thaler,“ A schreibt auf den Schein einen Vermerk, daß er den Wechsel annimmt, und B übersendet dies Accept an C. Jetzt hat A die Person seines Gläubigers, C die Person seines Schuldners gewechselt. Im wirklichen Verkehr ist aber der Hergang nicht selten anders beschaffen; A schuldet dem B gar nichts, acceptirt aber dennoch den „Wechsel“, weil er auf Gegenleistungen rechnet. Man nennt derartige Wechsel, die nicht auf einer wirklichen Schuldübertragung, sondern auf einer Gefälligkeit oder Bürgschaft beruhen, „Reitwechsel“: B reitet auf A. Ein großer Teil des eigentlichen Bankverkehrs dient der höheren Wechselreiterei. Unsere großen Bankinstitute, voran die deutsche Reichsbank, kultiviren diese Geschäfte; natürlich dürfen nur die

Oberen Zehntausend mit ihnen reiten, diese aber besorgen den Ritt auch in ausgiebigster Weise. Außer Darlehn auf Wechsel gewähren die Geldinstitute auch Vorschüsse im sogenannten Lombardverkehr, d. h. gegen Verpfändung von Wertpapieren. Wird nun von der Befugnis, Geld zu entnehmen, bei den Zentralbanken umfangreich Gebrauch gemacht, so vermehrt sich das Wechsel- und Lombardkonto, während das Bargeld abnimmt; wird wenig entliehen, so steigt der Geldvorrat. Im ersteren Falle nennt man den Geldstand „knapp“, im letzteren heißt er „flüssig“. Diese Bezeichnung bedeutet für das Publikum die entgegengesetzte Erscheinung: je flüssiger das Geld in den Schatzkammern der großen Banken, desto weniger ist davon in der Bevölkerung vorhanden. Flüssiges Geld ist daher identisch mit Geldarmut des Volkes. In Zeiten des industriellen Aufschwunges dringt viel Geld in die Bevölkerung, das Geld ist daher eben knapp, und der Zinsfuß für Wechsel (Diskontsatz) hoch. Bankfähige Wechsel müssen aber spätestens nach Ablauf von drei Monaten eingelöst werden, auf Wechsel mit längerer Verfallzeit werden Darlehen nicht gewährt. Der knappe Geldstand muß sich mithin, wenn die Leiter der Bank die Bankschraube anziehen, jederzeit nach Ablauf weniger Monate in einen flüssigen umwandeln, und diese Gefahr schwebt schon bei Beginn des Produktionsaufschwunges über den Industriellen.

Auf der Börse findet der große Geldmarkt statt, welcher für die heutige Entwicklung der gewerblichen Thätigkeit nicht entbehrt werden kann. Gewisse große Kulturaufgaben übersteigen die Kräfte der einzelnen Unternehmer und würden daher, wenn der Staat oder die öffentlichen Verbände sie nicht lösen (wie dies bei dem Bau von Kanälen und Kunststraßen geschieht), nicht zur Ausführung gelangen. Hier erweist sich die Konzentration aller Kapitalien auf der Börse nützlich und bewältigt die Aufgaben, die sonst unlösbar bleiben müßten. Alle großen Erfindungen, von den Eisenbahnen an bis zur elektrischen Beleuchtung, sind nur mit Hilfe der Börse zur Verwirklichung und allgemeinen Einführung gelangt.

Auf der Börse findet ferner ein Ausgleich der Preise statt. In Zeiten der Teurung kann vorausverkauft werden, in billigen Zeiten vorauseingekauft werden. Der Landmann kann seine künftige Herbsternte schon im Frühjahr losschlagen, zur Lieferung „auf Zeit", der Kaufmann seinen Kaffeebedarf sechs Monate vor der westindischen Ernte-Kampagne einkaufen, zur Abnahme „am Termin". Diesem nützlichen Gebrauch folgt der Mißbrauch auf dem Fuße und überwiegt den nützlichen Gebrauch beträchtlich. Die Börse wandelt sich in eine große Spielhölle um, im Vergleich mit der die verpönten Spielbanken von Homburg und Spa als harmlose Spielereien kleiner Kinder erscheinen. Man kauft Dinge, die man nie abnehmen will, und verkauft Sachen, die man gar nicht besitzt, lediglich in der Hoffnung, vor Ablauf der Zeit, „auf" welche zu liefern ist, sich decken und an der Preisdifferenz sich bereichern zu können. Es giebt Leute, die nie ein Faß Spiritus ihr eigen genannt haben und dennoch Jahr aus Jahr ein Millionen im Spiritushandel umsetzen. Diese Spekulationsgeschäfte wirken namentlich im Aktiengeschäft, welches per ultimo des laufenden Monats gespielt wird, auf den Geldstand „befestigend" ein. Ist bis zum Monatsschluß die erhoffte Koursdifferenz noch nicht erreicht, so wird das Hazardgeschäft auf den nächsten Monat geschoben, gegen Zahlung eines „Report" für Darleihung der Geldsumme. Fehlen dem „Fixer", dem „Blankoverkäufer", die Stücke, welche er zu liefern sich verpflichtet hatte, so borgt er sie gegen Zahlung eines „Depart". In beiden Fällen wandert die Leihgebühr in die Kassen der ganz reichen Leute, der großen Börsianer, die immer nur Geld verdienen und niemals verlieren.

Würde der eine Spekulant stets das verdienen, was der andere zusetzt, so könnte zu keiner Zeit ein Manko entstehen, und die Krisen blieben unerklärlich. In Zeiten des Aufschwunges nimmt jedoch der Börsenhandel in unheimlichem Maße zu, und die Leihgebühr, welche oft in wucherischer Höhe, an jedem Ultimo in die Tasche der haute finance wandert, stellt schon für sich allein einen kolossalen Geldbetrag dar, der zur allmä-

lichen Ausplünderung der „Koulisse“ (der kleineren Spekulanten) hinreichend ist.

Die Zunahme des Börsenhandels ist eine Folge der zahlreichen neuen Gründungen. Da besteht irgend eine alt angesehene mechanische Spinnerei, Bierbrauerei oder Oelmühle. Sie ist unter Brüdern 800,000 Thaler wert, unter Gründern ist sie eine Million Thaler wert. Ihr Besitzer erhält 800,000 Thaler nebst einem schönen Direktorposten, falls er nicht an Stelle des letzteren noch einen weiteren Baarverdienst als „Abfindung“ vorzieht. Damit eine Million Thaler Aktien aufgelegt werden kann, muß die Wertdifferenz von 200,000 Thaler auf Neuanschaffungen und Gründungskosten verrechnet werden. Die Gründer übernehmen die Aktien al pari zu 100 % nominell und überlassen sie einem Consortium guter Freunde zu 105 %, das Konsortium bringt sie zu 115 % an die Börse, dort werden die Aktien in die Höhe getrieben und erreichen bald den schwindelnden Stand von 200 % und mehr. Was ist inzwischen mit dem Gelde geworden? Die Gründer haben ihren geheimen Profit vor der Gründung vorweggenommen, öffentlich haben sie dann noch 5 % des Aktienkapitals verdient. Das Konsortium hat weitere 10 % geschluckt, den Ueberrest haben die Spieler eingesteckt, wobei die Gründer zugleich zum Konsortium, und alle Konsortialen zu den Spielern gehörten. Das Publikum aber hat die Aktien gekauft; es hat die Staatspapiere und Pfandbriefe, die es vorher besaß, versilbert und an deren Stelle die hoffnungsreichen Industrie-Aktien angeschafft, die ja auch Kapital bilden, eine fungible Sache, solange sie zur Koursnotiz an der Börse regelmäßig gehandelt werden. In Wahrheit repräsentiren die Aktien zusammen nur einen Anschaffungswert von 800 000 Thaler, die Hälfte dessen, was sie an der Börse gekostet haben. Das Geld ist mittlerweile aus der Tasche des Publikums in die der Konsortialen und Gründer gelangt. Der Kundenkreis, mit welchem die Spinnerei oder Bierbrauerei oder Oelmühle zu arbeiten genöthigt ist, hat von dem Gelde nichts erhalten, viel-

mehr sein bisheriges Geld in Aktien umgewandelt. Der neuen Aktiengesellschaft geht es einstweilen noch so, wie vor der Gründung; nur findet sie, daß alles theurer zu werden beginnt, sie bekommt zwar ihre Fabrikate besser bezahlt, hat aber auch mit gesteigertem Zins und (falls sie nicht den nöthigen Grund und Boden selbst besitzt, auch) mit höherer Rente zu kämpfen.

Es ist uns leider nicht möglich, mit absoluter Genauigkeit den Geldbetrag anzugeben, welcher in den Jahren des Heils 1870—1873 im Wege der Gründereien aus den Kreisen des Publikums zur Börse geflossen ist. Die Quellen, die wir benutzten, sind nicht von absoluter Zuverlässigkeit, und die Angaben in der Litteratur schwanken erheblich. Der Richtigkeit am nächsten stehen nach unsrer Auffassung die Zahlen, welche Dr. Alexander Meyer in Meyer's Konservationslexikon (Artikel: Handelskrisis) mitgeteilt.

Hiernach sind mit Erlaß des Aktiengesetzes vom 11. Juni 1870 bis Ende 1872 in Deutschland 762 Gesellschaften entstanden, von welchen 503 allein in das Jahr 1872 fallen, und noch das erste Semester des Jahres 1873 sah 196 Gesellschaften entstehen. Das gesammte Aktienkapital berechnete sich auf mehr als 1200 Millionen Thaler. Zieht man nun auch in Betracht, daß viele Industrielle einen Theil des Kaufpreises für ihre gegründeten Etablissements nicht in baar sondern in Aktien ausgezahlt erhielten, und daß auf die Aktien mancher Banken bei Ausbruch des Kraches das volle Kapital noch nicht eingezahlt worden war, so ist doch auf der anderen Seite zu erwägen, daß die meisten Aktien über pari an die Börse und in die Hände der Käufer kamen, wodurch diese Ersparnis an dem zur Gründung erforderlichen Baargelde sicherlich mehr als aufgewogen wird. Ueberdies war deutsches Kapital auch an ausländischen Emissionen beteiligt, und es spielten besonders die österreichischen Kreditaktien, Lombarden- und Franzosenbahnen eine bedeutende Rolle an deutschen Börsen. Die österreichischen Gründungen repräsentirten in derselben Periode nahezu 2000 Millionen Gulden. Im Jahre 1872

wurden nach Meyer's Angaben in den europäischen Staaten, in Amerika und Tunis Gründungen, welche an die europäischen Börsen gelangt sind, vollzogen im Betrage von total 12,642 Millionen Franks.

Man begreift hiernach die Erschütterung, welche eine so kolossale Geldwanderung hervorrufen mußte. In Preußen allein ist im Jahre 1872 im Betrage von mehr als 500 Millionen Thaler gegründet worden, wovon fast die Hälfte auf Berlin kommt. Auf kleinem Gebiete ist eine halbe Milliarde Thaler in kurzem Zeitraum dem Publikum abgenommen worden; an Stelle seines fungiblen Kapitals hat es dafür zweifelhaft fungirende Aktien eingetauscht. Eine Viertel Milliarde Thaler haben allein die Berliner Gründer eingesackt, und diesen ist, soweit sie nicht zu den obersten Finanzmächten gehörten, das Geld wieder im Wege der Wechselreiterei, des Lombard- und Reportverkehrs von den Allergrößten abgenommen worden, die da hoch in den Wolken thronen. In der Burgstraße und Jägerstraße und Wilhelmstraße in Berlin hat sich das Geld aufgespeichert; dem Volke, dem kauflustigen Konsumenten, an welchen die Aktiengesellschaften ihre Ware veräußern, mußte ebenso viel Geld fehlen.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der Krach gerade bei den verständigsten Gründungen, die auf den unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum angewiesen sind, zuerst einsetzt und die faulsten, die überflüssigen Banken, welche Stützpunkte des Jobbertums bilden, bis zum Schluß verschont. Es braucht hier nur an die Namen Strousberg und Quistorp erinnert zu werden, deren weitaussehende Pläne nichts Tollkühnes oder Schwindelhaftes enthielten. Zur Zeit des Krachs mußten die Strousberg'schen Bahnen und die Quistorp'schen Neubauten aus Mangel an barem Gelde halbvollendet liegen bleiben, der Vernichtung durch Wind und Wetter preisgegeben. Ein großer Teil der Strousberg'schen und Quistorp'schen Gründungstrümmer ist jedoch in einer späteren Zeit aus dem Schiffbruch herausgefischt und nach den Plänen der Unternehmer der Vollendung

entgegengeführt worden. Heut sind diese ehedem „faulen“ Gründungen gesunde Unternehmungen und werfen ihren Besitzern reelle Dividenden ab.

Zins und Rente saugen am Marke des Volkes und führen langsam die Krisis herbei. Tritt das Spekulationsfieber hinzu, so fällt die Frucht schnell gereift herab. Dann öffnen die Banken ihre versperrten Geldschränke und spenden Hilfe, aber das Mißtrauen leitet jeden Schritt. Trotz der Geldflüssigkeit hütet man sich den Diskont allzuschnell herabzusetzen, nur aus den Kreisen der großen Finanzmächte nimmt man Wechsel entgegen.

Und dieses Mißtrauen ist, vom Standpunkte der Zentralbanken, gerechtfertigt. Mit dem Ausbruch der Krisis fällt der Blick auf ein Bild des Jammers, das Schlachtfeld der Börse ist mit den Leichen von Aktiengesellschaften bedeckt, Insolvenzen und Selbstmorde sind an der Tagesordnung.

Die Unternehmungslust ist ausgestorben, selbst die Grundrente kommt ins Weichen, der Zins ist von seiner Höhe herabgestürzt und liegt zum Entsetzen der kleinen Rentiers, der Witwen und Mündel, die von den Zinserträgen leben müssen, tief darnieder.

Inzwischen sind die Börsenmächte insgeheim thätig; sie schicken sich an, zu „entgründen“, woran, wie man behauptet, ebenso viel zu verdienen ist, wie am Gründen. Die ganz faulen Gründungen überlassen sie ihrem Schicksal. Mögen Eulen und Mäuse ihre Nester in dem Prunkgemach der einstmaligen Fabrik zur „Goldquelle“ aufschlagen, mag der Wind durch die zerbrochenen Fensterscheiben in den Villen der Baugesellschaft „Elysium“ blasen, mögen die fertigen Schwellen für die Sekundärbahn „nach dem Monde“ auf der Strecke verfaulen, — vogue la galère! aber die guten Unternehmungen, die blos „zu teuer“ gegründet worden waren, bringt man ins Trockene. In den Gründerjahren brachten die alten Aktien junge Aktien zur Welt, — jetzt kauft man alte und junge um ein Billiges

auf, legt sie wieder zusammen, reduzirt das Aktienkapital, konvertirt den Zinsfuß, und das Schäfchen ist geschoren.

Die Arbeiter feiern, ein großer Teil der Nation ist verarmt, sein Kapitalvermögen ist zu denen gelangt, die aus Zins und Rente goldene Schätze gewinnen. Aber die Nation ist ja fleißig, sie wird wieder auf's neue arbeiten, sich redlich mühen und plagen, daß ihr der Schweiß von der Stirn rinnt.

Und dann kann der Hexen-Sabbath von Neuem losgehen.

VI.
Die soziale Frage.

Vermöge einer Logik, in deren Tiefen noch kein erschaffener Geist eingedrungen ist, entdeckt H. C. Carey als „Gesetz der Verteilung" die Thatsache, daß der Anteil des Produktionsertrages, welchen der Kapitalist an den Lohnarbeiter abzugeben genötigt ist, mit der Zunahme der Kultur sich unausgesetzt absolut und relativ vermehrt. In der Steinzeit mußte der Arbeiter dem Kapitalisten, welcher sein Kapital in Gestalt einer steinernen Axt dem Arbeiter leiht, drei Viertel des Ertrages abliefern, in der Bronzezeit lieferte er nur zwei Drittel ab, in der Eisenzeit gar nur die Hälfte, in der Stahlzeit noch weniger; das Gesamtprodukt ist aber beständig gewachsen. „Das ist — fährt Carey fort — das große Gesetz, welches die Verteilung des Arbeitsertrages regelt. Von allen im Buche der Wissenschaft verzeichneten ist es vielleicht das schönste; denn es ist dasjenige, vermöge dessen eine vollkommene Harmonie der wirklichen und wahren Interessen unter den verschiedenen Klassen der Menschheit begründet ist." In diesem Tone der Glückseligkeit geht es eine Weile fort, sodaß Karl Marx angesichts dieser Plattheiten ausrufen würde: „Voilà le crétinisme bourgeois dans toute sa béatitude."

Im Ernste wird Niemand bestreiten wollen, daß die gewaltigen Kulturfortschritte der Neuzeit der gesamten Be-

völkerung zu Gute gekommen sind. Der Kreis der allgemeinen Bedürfnisse hat sich erweitert, und an der Befriedigung dieser Bedürfnisse ist auch das Proletariat in höherem Maße beteiligt, als früher. Noch vor hundertfünfzig Jahren war das Taschentuch ein Luxusartikel, dessen Gebrauch sich nur die Vornehmen in seltenen Fällen gestatteten. Heut ist die Herstellung aller Textilartikel, besonders der baumwollenen Stoffe, durch Manufakturen eine so billige, daß Jedermann, sich mit geringen Kosten in deren Besitz setzen kann. Aehnliches läßt sich von den meisten Waren sagen, und auch auf anderen Gebieten ist an die Stelle der Entbehrungen ein Allen zugänglicher Komfort getreten. Man braucht hier nur an die Verbesserung des Beleuchtungswesens oder an den Fortschritt der Reiseeinrichtung zu erinnern. Besonders groß sind die Fortschritte auf geistigem Gebiete infolge der Zunahme der öffentlichen Bildungsmittel gewesen, und das Zusammendrängen der immer dichter werdenden Bevölkerung hat auch die geselligen Berührungspunkte vervielfacht und das Maß der zum berechtigten Lebensgenuß gehörenden Vergnügungen vermehrt.

Freilich hat der allgemeine Kulturfortschritt auch schwerwiegende Nachteile im Gefolge gehabt, die sich vorzüglich in der Ernährung der Bevölkerung zeigen. Ohne die Einführung und Verbreitung der Kartoffel würde das Wachstum der Bevölkerung nicht so rasch erfolgt sein, aber daß die stickstoffhaltigen Brot- und Hülsenfrüchte in ihrer Verwendung zu Nährzwecken durch die stickstoffarme Kartoffel verdrängt worden sind, ist sicherlich sehr zu beklagen. Auch die Wohnungsverhältnisse haben trotz zahlreicher technischer Verbesserungen in ihrer Gesamtheit nicht gewonnen. Die in den turmhohen Mietskasernen der Großstädte eingepferchte Bevölkerung, welcher der Zutritt zur freien Luft, zur grünenden Natur abgeschnitten ist, kämpft mit Uebelständen, die früheren Generationen unbekannt waren.

Will man die Bilanz zwischen den Vorteilen und Nachteilen ziehen, so muß man beide Seiten der Rechnung mit

Größen belasten, die von ungleichartiger Beschaffenheit sind und sich deshalb nicht gegen einander abmessen lassen. Es ist daher schwierig, ein sicheres Facit zu ziehen. Wenn man, wie dies natürlich ist, den Hauptton auf die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitsverhältnisse legt, so wird die durch die statistischen Erhebungen wahrscheinlich gemachte Thatsache, daß das durchschnittliche Körpermaß der Menschen im Sinken begriffen ist, das Schuldkonto der Gegenwart stark belasten; denn es ist hieraus auf einen Rückgang der Kraft und des hygienischen Wohlbefindens zu schließen. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß die statistischen Quellen trübe sind. Man hat das Körpermaß nur anläßlich der Militäraushebungen festgestellt. War man genötigt, die Anforderungen an die Körpergröße der Rekruten allmälich einzuschränken, so lag dies vielleicht blos an der Zunahme des Militarismus, der stets weitere Kreise der jungen Männer wehrfähig zu machen sucht.

So interessant es wäre, diese Untersuchung weiter auszudehnen, so muß doch hier davon abgesehen werden. Die soziale Frage ist eine Frage der Gegenwart, sie befaßt sich mit den Wirkungen, welche die Güterverteilung in der Zeit, in welcher wir leben, auf die verschiedenen Klassen des Volkes hervorbringt. Unsere Aufgabe ist es, die Differenz in der Lebenshaltung des heutigen Kapitalisten und des heutigen Lohnarbeiters klarzustellen; die Erörterung, inwieweit die Lebenshaltung des Lohnarbeiters im Laufe der Jahrhunderte sich verbessert hat, bringt uns dem Ziel nicht näher.

Allerdings drängt sich bei dieser Betrachtung ein Einwand uns auf, der in seiner alltäglichen Formulirung folgendermaßen lautet: Eine soziale Frage hat es immer gegeben, seit die Welt steht; eine soziale Frage wird es immer geben, solange die Welt stehen wird. — Oder: Es hat stets Arme und Reiche gegeben. Die Fähigkeiten und Neigungen der Menschen sind ungleich, die Ungleichheit der Besitzverhältnisse ist in der menschlichen Natur begründet.

Beide Sentenzen sprechen zum Teil Wahres aus. Abge-

sehen von den frühesten geschichtlichen Zeiten des Menschengeschlechts, in denen es keine soziale Frage gegeben hat, und nur freie gleichmäßig arme Menschen sich gegenüberstanden, weist uns jede folgende Periode das Vorhandensein einer sozialen Frage auf und zeigt uns den Unterschied zwischen Armen und Reichen. Aber es handelt sich hierbei nicht um eine sich stets gleichbleibende soziale Frage. Vielmehr hatte jede Periode ihre ganz bestimmte, besonders charakterisirte soziale Frage, und jede dieser sozialen Fragen ist gelöst worden.

Die soziale Frage des Altertums war die Sklavenfrage. Der Arbeiter des Altertums war unfrei. Durch Kriegsgefangenschaft in die Sklaverei gebracht, mußte er für die Krieger, in deren Besitz er war, seine gesamte Arbeitskraft aufopfern. Ihm stand die freie Bevölkerung gegenüber, welche infolge der Militärdiktatur wiederum in Reiche und Arme zerfiel. Die Großen unter ihnen häuften unermeßliche Besitztümer auf, während die Abhängigen in mühseliger Thätigkeit um des Lebens Notdurft ringen mußten.

Aber diese soziale Frage hat ihre Lösung gefunden. Die römische Weltherrschaft wurde auf kriegerischem Wege gestürzt, und damit war die Kraft gebrochen, welche die großen Sklavenheerden in ihrer Abhängigkeit zusammenhalten konnte. Der Bann war von der Bevölkerung genommen. In den Städten siedelte sich ein betriebsthätiges Bürgertum an, welches den Ertrag seiner gewerblichen Arbeit sich selbst zueignete und, während auf dem platten Lande die Sklaverei in einer neuen Form sich breit zu machen begann, zu Reichtum und Macht emporstieg.

Die soziale Frage des Mittelalters war die Leibeigenschaftsfrage. Der siegreiche Heerführer nahm das eroberte Land als sein Eigentum in Besitz und verlieh es an seine Vasallen. Diese wiederum gaben ihren Untergebenen einzelne Stücke davon zu Lehen. Ein Teil der ursprünglichen Landbewohner blieb im Besitze des Landes, mußte jedoch durch Zahlung einer jährlichen Abgabe das Oberrecht der „Grundherrschaft“ anerkennen.

Ein großer Teil der arbeitenden Landbevölkerung geriet geradezu in Hörigkeit und gehörte fortan mit Allem, was er erwarb, dem Lehnsherrn, der die Nutzungen seiner Arbeit teils unter der Form von Abgaben, teils durch unmittelbare Wegnahme an sich zog.

Auch diese soziale Frage ist gelöst worden. Sie war bereits innerlich gelöst, bevor noch die Gesetzgebung die Axt an ihre juristische Wurzel legte. Die Lehnsherren waren vornehme Männer, welche weder geneigt, noch im Stande waren, die wirtschaftliche Thätigkeit des Landmanns selbst zu verrichten, oder auch nur die Arbeit ihrer Leibeigenen zu überwachen und anzuordnen. Sie waren Ritter, die ihrer adligen Bestimmung gemäß Raufhändeln nachgingen. Sie mußten es geschehen lassen, daß von ihren Rittergütern mehr und mehr abbröckelte, daß von dem herrschaftlichen Besitz (Dominium) ein Stück nach dem anderen in Erbpacht an wirtschaftlich selbständige Bauern ausgethan wurde, die schließlich ihr Erbpachtgrundstück zu eigen kauften und freie Dorfgemeinden bildeten. Endlich hat die Gesetzgebung auch das äußerliche Band der Laudemien und Frohndienste (bis auf ganz geringe historische Ueberreste, die sich noch jetzt hier und da erhalten haben) zerrissen.

Zugleich aber ist eine neue soziale Frage entstanden, die soziale Frage der Gegenwart. In jener denkwürdigen Sitzung der französischen Nationalversammlung, in der Nacht vom 4. zum 5. August 1789, in welcher die „Menschenrechte" proklamirt wurden, hat sie die politische Weihe erhalten.

Wohl hat es stets Arme und Reiche gegeben, seit der Besitz der Menschen sich zu mehren begonnen hat. Aber während in den Städten früher die Armen nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung bildeten, nur durch das blinde Walten des Zufalls oder durch eigene Schuld vereinzelte Personen in Not gerieten, ist jetzt der weitaus größte Teil des Volkes zu beständiger Armut verurteilt. Und dies geschieht in einer Zeit, in welcher die Gütererzeugung in einer außerordentlichen, das Wachstum der Bevölkerung weit übersteigenden

Weise zugenommen hat. Nicht nur die Produktivität aller industriellen und ländlichen Verrichtungen ist vergrößert, weite Gebietsstrecken, die den Umfang der alten Welt um das Vielfache an Ausdehnung überragen, dünn bevölkerte neue Erdteile von unendlichem Reichtum der natürlichen Hilfsquellen und nie geahnter Ergiebigkeit sind der Kultur erschlossen und damit der Ausbeutung jener alten Welt unterworfen worden.

Die landläufige Begriffsverwirrung findet in der Redensart, die man oft zu hören bekommt, ihren Ausdruck: Eine soziale Frage giebt es überhaupt nicht, was man unter sozialer Frage versteht, setzt sich aus einer großen Menge verschiedenartiger sozialer Fragen zusammen.

Sicherlich ist nicht in Abrede zu stellen, daß es mannigfache soziale Uebelstände giebt; Alles aber, was man an einzelnen sozialen Fragen aufzählen kann: die Frauenfrage und die Lehrlingsfrage, die Innungsfrage und die Arbeiterschutzfrage 2c. fließt aus der großen sozialen Frage der Gegenwart heraus und wird mit ihr gelöst. Diese große soziale Frage muß man in absolut klaren Umrissen beschreiben, ihr wesentlicher Inhalt muß in bestimmter, jeden Zweifel ausschließender Weise festgestellt werden, wenn eine Erkenntnis der Aufgaben unserer Zeit gewonnen werden soll.

Die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft haben im Verlauf der modernen Entwicklung eine neue eigentümliche Gestalt erlangt; während die sozialen Fragen des Altertums und des Mittelalters auf einer Verbindung politischer und ökonomischer Bedürfnisse beruhten, ist in der Neuzeit prinzipiell die politische Freiheit zum Sieg gelangt, und es gehört daher die soziale Frage der Gegenwart lediglich dem ökonomischen Gebiet an.

Die Grundlage dieser sozialen Frage ist in der Herrschaft zu finden, welche das Kapital auf dem Gebiete der Produktion ausübt. Dieser eine Begriff Kapitalsherrschaft erklärt alle verwickelten Erscheinungen. Nach den in den früheren Kapiteln gegebenen Erläuterungen wird nicht

mehr zu besorgen sein, daß durch die mißverständlichen gelehrten Definitionen vom Kapital eine falsche Vorstellung über den Einfluß der Kapitalsherrschaft den Sinn der folgenden Auseinandersetzung verdunkeln wird.

Die gewaltigen Erfindungen auf dem Gebiete der Physik und der Mechanik haben eine industrielle Revolution hervorgebracht und eine neue Produktionsweise, die Massenerzeugung von Waren, die Großindustrie in das Leben gerufen. Kostspielige Maschinen treiben den gewerblichen Apparat, dessen Lebensbedingung die Concentration enormer Vorräte und großer Arbeitermengen verlangt.

Wer sich heut an dem ökonomischen Wettbewerb beteiligen will, muß daher Kapital besitzen. Der Arbeiter, dem nur die Kraft seiner zehn Finger gehört, kann als selbständiger Unternehmer nicht mehr auftreten. Der Umstand, daß das Kapital die gesamte Produktion beherrscht, hat ein starkes Bedürfnis nach Kapital hervorgerufen und zur Bildung neuer Kapitalsformen geführt. Insbesondere wird in beträchtlichen Summen Kapital aus unserer Erde geprägt, indem durch Verpfändung des Grund und Bodens dem unbeweglichen Besitz die Kraft verliehen worden ist, ideelle bewegliche Güter herzugeben.

Aus dieser den Grundstock der sozialen Frage bildenden Machtstellung des Kapitalismus ergeben sich sowohl für die städtische, wie für die ländliche Produktion eine Reihe gesetzmäßig feststehender Wirkungen, die den Inhalt unserer sozialen Leiden bilden.

1) Da der kapitallose Arbeiter nicht mehr eine selbständige gewerbliche Thätigkeit eröffnen kann, ist er gezwungen, seine Arbeitskraft an den Besitzer des Kapitals zu verkaufen und nach dessen Anordnungen sie zu verwenden. Infolgedessen ist die menschliche Arbeitskraft zu einer gewöhnlichen Handelsware herabgesunken, die wie andere Waren auf dem Markte feilgeboten und an den Meistbietenden losgeschlagen wird. Weil aber der natürliche Gang der Dinge ein rasches Wachstum

der Bevölkerung zur Folge hat, so besitzt das Angebot der Arbeitskraft die Tendenz, die Nachfrage nach derselben zu überwiegen. Durch die Wirkungen der politischen Freizügigkeit, welche das Angebot der „Hände" dorthin lenkt, wo die bessere Bezahlung erfolgt, wird eine gewisse Gleichmäßigkeit aller Arbeitslöhne erzielt. Dies vermag indes den Preis der Arbeitskraft nur ausnahmsweise über ihre Erzeugungskosten zu steigern. Gezwungen durch das allgemeine Angebot, muß der Arbeiter der Regel nach seine Ware zu dem Preise verkaufen, den sie ihm selbst kostet; er erhält in dem Lohne lediglich den Wiederersatz der verausgabten Kräfte, einen Geldbetrag, vermöge dessen er sich nach dem Stande der durchschnittlichen Volksbedürfnisse Nahrung, Obdach und Kleidung beschaffen kann. Dies ist ein ökonomisches Gesetz, und mit Recht hat es Lassalle das eherne ökonomische Lohngesetz genannt. Nur darf man nicht übersehen, daß es nicht in einem absoluten, sondern in einem relativen Sinne einen ehernen Charakter hat. Wenn der Arbeiter nur so viel Lohn empfängt, wie er zur Fristung seiner Existenz nach den gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen unbedingt gebraucht, so ist damit keine feststehende Grenze gegeben. Die Grenze der Bedürfnisse kann nach oben und unten verschoben werden, und pflegt sich auch ziemlich schnell zu verschieben. Unser Arbeiterstand besitzt und befriedigt heut Bedürfnisse, die ihm noch vor einem Menschenalter unbekannt waren. Jeder industrielle Aufschwung vergrößert das Maß seiner Bedürfnisse, von denen manches als festerworbenes Gut dem Volke verbleibt und die Zeiten des Niederganges sieghaft überdauert.

Andererseits ist der Arbeiter zu keiner Zeit davor geschützt, eine jähe Einbuße an seinem Lebenshaushalt zu erleiden. Der Kapitalist macht keinen individuellen Unterschied in der Person der Arbeiter, sondern bezahlt nur die Sache, die Arbeitsleistung. Dem bejahrten Familienvater giebt er keinen höheren Lohn, als dem unverheirateten jungen Manne. Dies ist der Grund, weshalb sich in einer bestimmten Richtung allmälich eine Verschlechterung der durchschnittlichen Lebenshaltung durchgesetzt hat.

Der Lohn ist auf ein Niveau gesunken, welches dem Arbeiter allenfalls die Existenz seiner eigenen Person gewährleistet, aber nicht mehr die Fortpflanzung der Rasse, die Ernährung seiner Familie möglich macht. Durch die Einführung der Dampfmaschine in die industrielle Technik ist für zahlreiche mechanische Verrichtungen die Aufwendung erheblicher Muskelkraft entbehrlich geworden. Die Teilung der Arbeit hat den komplizirten Arbeitsprozeß in eine Reihe einzelner leicht erlernbarer Handgriffe aufgelöst. Hierdurch ist es möglich geworden, Frauen und Kinder in die industrielle Fabrikarbeit einzubeziehen. Der Arbeitslohn, welchen die Frauen und Kinder erhalten, hat das Gesamteinkommen der Familie nicht erhöht. In dem Maße vielmehr, in welchem das Kapital sich dieser schwächeren Arbeitskräfte zu bedienen verstanden hat, konnte es den Arbeitsverdienst des Familienoberhauptes verringern. So ist der männliche Haushaltungsvorstand vielfach genötigt, mit einem Lohn fürlieb zu nehmen, durch den er die gesamten Haushaltungsausgaben allein nicht mehr bestreiten kann. Zugleich aber ist infolge der verfrühten Emanzipation der Kinder und der Vernichtung der mütterlichen und Hausfrauen-Stellung innerhalb des wirtschaftlichen Wirkungskreises auch das Familienband gelockert worden. Hiermit ist ein soziales Leiden geschaffen worden, welches in den früheren Produktionsformen, die höchstens eine Hausarbeit der Frauen und Kinder gestatteten, nicht vorhanden war.

2) Wer dem Lohnarbeiterstande angehört, ist dazu verurteilt, sein ganzes Leben hindurch Lohnarbeiter zu bleiben, und hat keine Aussicht, in einen höheren Stand aufzurücken, selbständig Kapital zu erwerben. Auch seine Kinder und Kindeskinder bleiben unerbittlich Mitglieder des Proletariats. In früheren Perioden war dies anders und besser. Das Handwerk hatte goldenen Boden, der Geselle wurde Meister und konnte dann nach Maßgabe seiner Umsicht und seines Fleißes als selbständiger Unternehmer Vermögen erwerben. Der Grund und Boden war unverschuldet und kostete nichts. Man erwarb ihn durch Arbeit zum Nießbrauch und schließlich zum Eigentum.

Heut ist dem Besitzlosen die Möglichkeit, vorwärts zu kommen, verschlossen, der spießbürgerliche Trost, daß Jedermann durch rege Betriebsamkeit und unermüdliche Sparsamkeit Wohlstand zu erringen befähigt sei, ist für den Arbeiterstand eine lügnerische Phrase geworden. Zur Produktion gehört Kapital; wer nur Arbeitskraft besitzt, kann ausreichendes Kapital nicht erwerben und bleibt lebenslänglich arm. Kann der Ackerknecht von seinen Ersparnissen ein Landgut kaufen? Kann sich der Bergmann von seinem Lohn so viel abdarben, um ein Bergwerk zu erstehen? Ist es dem Hüttenarbeiter möglich, sich ein Hüttenwerk anzuschaffen? Man braucht diese Fragen nur aufzuwerfen, ihre Verneinung versteht sich von selbst. Daß dennoch außerordentliche Glückszufälle, wenn sie verständig ausgenützt werden, in entlegenen Fällen einem armen Teufel gestatten, sich zu großer Wohlhabenheit durchzuringen, ändert an der traurigen Lage der Gesamtheit nichts. Im volkswirtschaftlichen Durchschnitt aller Verhältnisse vermag das Proletariat nichts vor sich zu bringen und bleibt ewig arm.

Im günstigsten Falle vermag der Arbeiter, wenn er von den zahlreichen Widerwärtigkeiten, die ihn umdrohen, stets verschont bleibt, vielleicht einen kleinen Notpfennig zurückzulegen. Jede vorübergehende Arbeitslosigkeit, jede Krankheit in der Familie wirft ihn jedoch sofort an den Beginn seiner Mühen zurück. Sollte ihm aber das Glück lächeln, daß er nie mit solchem Mißgeschick zu kämpfen hat, so wird er doch nur ausnahmsweise dahin gelangen, genügendes Betriebskapital zu erwerben und sich über seinen bisherigen Stand zu erheben. In fast allen Fällen wird der sparsame und vom Glück begünstigte Arbeiter an seinem Lebensabend nur einen kleinen Zinsenzuschuß zu seinem Arbeitslohn errungen haben. Die Möglichkeit eines solchen Erfolges beruht schließlich nur darauf, daß er bloß in vereinzelten Fällen erlangt wird. Würde der gesamte Arbeiterstand beflissen sein, von dem Arbeitslohn Ersparnisse zu machen, so würde die hieraus folgende Verschlechterung der Lebenshaltung des Volkes lediglich eine allgemeine Herabsetzung der Löhne

nach sich ziehen. Soweit man in dem Bereich der gewerblichen Thätigkeit um sich blickt, findet man nur den wohlbekannten Hotel-Hausknecht, dem heutzutage die begründete Hoffnung winkt, daß er einstmals ein wohlhabender Gasthausbesitzer sein werde. Die anderen Arbeiter alle, welche nicht zu den Trinkgeld-empfängern gehören, treten arm in diese Welt ein und verlassen sie arm.

In der gleichen trostlosen Lage, wie der Lohnarbeiter, befindet sich der Handwerksmeister. Zwar ist ihm ein etwas größeres Maß von Hoffnung gegeben; und die Zahl derer, welche als Handwerker sich mit Erfolg behaupten, ist immerhin nicht ganz gering. Aber die moderne Kulturentwicklung dezimirt die Reihen dieser Glücklichen unausgesetzt und wird schließlich das gesamte selbständige Handwerk vernichten. Schon jetzt gibt es keinen Uhrmacher mehr, welcher eine Taschenuhr anfertigt, wie es vielleicht nur noch wenige Hutmachermeister gibt, welche Cylinderhüte machen. Fast alle Waren, welche früher der Handwerker herstellte, Lampen und Schuhe, Drechsler- und Seilerartikel, Möbel und Oefen und viele andere Produkte, deren Aufzählung entbehrlich ist, werden heut in Fabriken massenweise zu billigen Preisen hergestellt. Die Mehrzahl der selbständigen Handwerker beschäftigt sich nur noch mit Reparaturen; die früher ihre eigenen Produkte verkauften, müssen jetzt an den schadhaft gewordenen Produkten der Fabriken herumflicken, wenn sie sich ernähren wollen. Mancher, der intelligent ist und vom Glück begünstigt wird, kann sich vielleicht eine der für das Kleingewerbe erfundenen motorischen Maschinen anschaffen und, unterstützt durch seinen Kunstgeschmack und seine Geschicklichkeit, den Kampf mit der Großindustrie siegreich bestehen. Die Mehrzahl erliegt in diesem ungleichen Streit, büßte die Lebensenergie ein, wird der ungewissen Lage eines kapitallosen Unternehmers müde und begibt sich als Lohnarbeiter in die Fabrik, die einen bescheidenen Lohn gewährt, der in gewöhnlichen Zeiten wenigstens als ein gesichertes Einkommen anzusehen ist.

3) Ein ferneres Merkmal der sozialen Frage, welches auf

dem Gebiete der städtischen Industrie in höherem Maße, als auf dem platten Lande hervortritt, ist die Unsicherheit der Existenz des Lohnarbeiters. Dies ist das schlimmste der drei modernen Uebel. Mag der Lohn noch so kärglich sein, den der Kapitalismus dem Arbeiter übrig läßt, so schützt er doch wenigstens vor der schlimmsten Not und gewährt die Fristung des Lebens. Bliebe dieser Lohn stets vorhanden, so wäre ein besonders starker Grund zur Unzufriedenheit nicht gegeben. Man könnte dann die Arbeiter mit einer Mahnung zur Bescheidenheit trösten und sie darauf hinweisen, daß es lediglich ihre Sache ist, innerhalb dieser gesicherten Lohnsphäre eine Hebung ihrer Lebenshaltung in vernünftiger Form anzustreben und, soweit sie dies nicht vermögen, ihre Ansprüche an das Leben herabzusetzen. Leider versagt aber dieser Trost angesichts der Thatsache, daß das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit stets vor den Arbeitern steht, und die entsetzlichste Not, der bitterste Hunger jederzeit ihr Los sein kann.

Schon in normalen Zeiten gibt es in der arbeitenden Bevölkerung einen Prozentsatz von Arbeitslosen, der ohne sein Verschulden zu den härtesten Entbehrungen verurteilt ist. Während auf der einen Seite Ueberarbeit stattfindet, während Frauen und Kinder in den Fabriken mobilisirt sind, während das übermäßige Drängen nach Mehrgewinn Sonntags- und Nachtarbeit fördert, werden Arbeitsuchende auf der anderen Seite unverrichteter Sache fortgeschickt und müssen feiern. Die Sucht nach Ersparung von Produktionskosten treibt dazu, mit Vorliebe jugendliche Arbeiter und Lehrlinge einzustellen, welche, nachdem sie erwachsen sind, entlassen und wiederum durch billige junge Kräfte ersetzt werden. In manchen Gewerben ist der Prozentsatz der auf solche Weise künstlich gezüchteten Arbeitslosen ein erschreckend hoher, wie dies namentlich bezüglich der Buchdrucker und Schriftsetzer in Deutschland offenkundig ist. In früheren Zeiten begab sich der Handwerksgeselle auf die Wanderschaft, um seine Kenntnisse zu vermehren, jetzt treibt die Not den Arbeiter auf die Landstraße. Und während er

früher überall, wo er um Arbeit ansprach, mit leichter Mühe Gelegenheit zum Broterwerb fand, wird er jetzt von Thür zu Thür abgewiesen und fällt schließlich dem Bettel, dem Landstreichertum, dem Lumpenproletariat anheim.

Jeder Fortschritt der Technik wirft tausende von Arbeitern auf die große Heerstraße, wo ihrer das Grausen harrt. Man muß sie gesehen haben, diese Scharen von hungernden und frierenden Menschen, welche, in Lumpen gehüllt, mit eiternden Beulen an den Füßen Jahr aus Jahr ein dem Schöffenrichter zur Bestrafung vorgeführt werden, weil sie kein Obdach haben! Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie zu schwach oder zu feige sind, wirkliche Verbrechen zu begehen.

Die arbeitersparende Wirkung der Maschinen sollte der Segen der Menschheit sein und wird doch für so viele unter unseren Mitmenschen zum Fluch. Indem die Maschinen mechanische Hilfsgriffe besorgen, deren Verrichtung vorher den Menschen oblag, bringen sie momentan eine Störung in das ökonomische Gleichgewicht der Nation, drängen eine Anzahl Existenzen aus dem bisherigen Nahrungsstande heraus und überliefern sie dem Elend.

Und dies geschieht unaufhörlich in guten Tagen, wenn rings umher die Räder klappern und die Schlote rauchen, wenn die Waren flotten Absatz haben und die Geschäfte vorzüglich gehen. Sobald aber das ökonomische Spiel, welches der Unternehmergewinn mit Zins und Rente vollführt, den Höhepunkt erreicht und das Volks-Kapital aufgesogen hat, sobald erst die Handelskrisis ausgebrochen ist, dann schlägt der Blitz auch in dem scheinbar festest gegründeten Arbeiterhaushalt ein. Dann werden die Arbeiter zu hunderttausenden brotlos gemacht, dann setzt sich bei denen, die im Brot verblieben sind, ein starker Lohnrückgang gewaltsam durch, und von allen Seiten ertönt das nur zu begründete Wehgeschrei.

Die kapitalistische Grundlage der modernen Produktion hat den regelmäßigen Ausbruch von Handelskrisen zur gesetzmäßigen Folge. Sie zerrüttet in regelmäßigen Zeitabständen

die ökonomische Lage des gesamten Arbeiterstandes und verurteilt den Fleißigen zum Müssiggang, den Armen zur vollständigen Entblößung von Allem, was er noch sein nannte.

Dies ist das stärkste soziale Uebel der Gegenwart. Hier zeigt sich uns das eigentliche Schwergewicht der sozialen Frage.

Die drei wesentlichen Kennzeichen der sozialen Frage der Gegenwart, welche man, um den Begriff klarzustellen, als Lohnarbeiterfrage bezeichnen kann, sind also: Niedriger Arbeitslohn, immerwährende Abhängigkeit, Unsicherheit der Existenz. Es bleibt noch übrig, einen Blick auf die Wirkungen zu werfen, welche hierdurch absolut innerhalb des Arbeiterstandes und relativ in Bezug auf das Verhältnis dieses Standes zu den anderen Volksklassen hervorgebracht werden.

Die Rastlosigkeit, mit welcher in den sogenannten guten Zeiten, den Zeiten der Prosperität, seitens der Unternehmer die gewerbliche Thätigkeit betrieben wird, die Alles beherrschende Gier des Erwerbes hat im Laufe der ökonomischen Entwicklung eine übermäßige Verlängerung der Arbeitszeit hervorgerufen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft ist hierdurch intensiver geworden. Zugleich hat die Verwendung mechanischer Hilfskräfte zugenommen, wodurch die Gefährlichkeit der Arbeitsbetriebe gesteigert worden ist. Endlich ist die Zusammendrängung zahlreicher Menschen in engen Räumen, die Zusammenpferchung kleiner Arbeiterwohnungen in großen dumpfigen Mietskasernen als begleitende Erscheinung aufgetreten. Eine Verbesserung der Volksernährung ist dagegen in dem letzten Jahrhundert nicht nachzuweisen.

Man muß hieraus den Schluß ziehen, daß die öffentlichen Gesundheitsverhältnisse trotz aller Neuerungen, mit denen uns die Neuzeit auf diesem Gebiete beschenkt, eine Verbesserung zu Gunsten der Arbeiterbevölkerung nicht erfahren haben. Das Gegenteil ist vielmehr eingetreten. Zahlreiche Berufskrankheiten sind entstanden, unter ihnen obenan die Lungenschwindsucht,

welche als Massenkrankheit die Angehörigen bestimmter Berufszweige in der Blüte ihrer Jahre ins Grab sendet. Zugleich hat die Kindersterblichkeit in betrübender Weise zugenommen, sie wächst mit der Entfaltung der Großindustrie und nistet sich überall, wo eine neue Fabrik entsteht, als unheimliches Gespenst ein.

Wie könnte es auch anders sein, da der größte Teil der weiblichen Jugend in den für die Gesundheit wichtigsten Entwicklungsjahren genötigt ist, von früh bis abends in der Fabrik oder an der Nähmaschine unausgesetzt thätig zu sein! Diese bleichsüchtigen, blutarmen Geschöpfe können als Mütter einer kommenden Generation nur eine schwächliche Nachkommenschaft zur Welt bringen.

Zugleich sinkt die moralische Kraft des Volkes in bedauerlichem Maße. Es ist wahrlich keine Uebertreibung, wenn wir behaupten, daß ein sehr großer Teil der weiblichen Jugend, kaum der Schule entwachsen, die Jungfräulichkeit verliert. Die öffentliche Prostitution mit allen ihren widerwärtigen Folgen greift mehr und mehr um sich und fordert stets zahlreichere Opfer. Noch weit erheblicher wächst die geheime Prostitution, die Zügellosigkeit des geschlechtlichen Verkehrs und die damit in Zusammenhang stehende Pflege unnatürlicher Laster.

Nur ein Thor wird leugnen, daß diese wie ein Krebsschaden um sich fressende sittliche Entartung eine Folge der sozialen Uebelstände ist. Nicht die Wollust ist es, welche die Arbeitermädchen der Prostitution in die Arme treibt, sondern der Abstand zwischen der Lage, in welcher sie sich befinden, und der an besseren Genüssen reichen Lebensbehaglichkeit der anderen Klassen. Die soziale Not bringt die Unmoral hervor.

Es ist dahin gekommen, daß einem großen Teil unseres Volkes das Gefühl für Geschlechtsehre überhaupt abhanden gekommen ist. Dies muß Jedermann beklagen, gleichviel welche philosophische Anschauungen man sonst über das Wesen der Geschlechtsliebe sich bilden mag. Wenn die alten Nationen, als sie sich im Zustande der Wildheit oder der Barbarei be-

fanden, den freien Verkehr der Geschlechter duldeten, so entsprach dies damals den naiven Anschauungen jener gesunden Zeit der Volksjugend und stand mit den Anforderungen der Sittenreinheit nicht im Widerspruch. Unsere Kulturepoche hat jedoch die höchste ideale Forderung der Einehe zum Siege gebracht, die auf der Liebe des Mannes zum Weibe beruhende sittliche Gemeinschaft, und deshalb erscheint die schrankenlose Vermischung der Geschlechter heutzutage als ein schlimmer, gefahrbringender Rückfall.

Jahrhunderte hindurch ist die Menschheit langsam und für Viele unmerklich, aber doch stetig in Bezug auf Gesundheit und Moralität vorwärts gekommen. Jetzt wo nach der Meinung vieler oberflächlich urteilender Menschen der Höhepunkt der modernen Kultur erreicht ist, stehen wir unmittelbar vor dem Verfall unserer Volkskraft. Der Kapitalismus hat die schönsten Blüten der Menschheit geknickt. Den größten Teil der Menschen zwingt er dazu, seine Kräfte an harter Arbeit bei kärglicher Ernährung nutzlos aufzureiben. Das edle Band der Geschlechtsliebe hat er gelockert und die Begehrlichkeit geweckt, die reinen Sitten sind getrübt, und während er als Complize an der geheimen Schändung teilnimmt, verurteilt er seine Opfer dennoch zur öffentlichen Schande.

Sollen wir noch von der erschreckenden Zunahme der Verbrechen gegen das Eigentum sprechen? Von den unehelichen Geburten? Vom Kindesmord und Aussetzung der Kinder? Es ist gewiß nicht nötig, dies düstere Bild in lebhaften Farben auszumalen. Der Leser wird ohnedies fühlen, wieviel uns die Kulturentwicklung unter der Herrschaft des Kapitalismus schuldig geworden ist.

Wir wenden uns lieber zu der Frage, welche Einflüsse die soziale Frage in Bezug auf eine Verbesserung der Verhältnisse der Besitzlosen zu den besitzenden Klassen äußert. Es ist bereits im Eingang des Kapitels bemerkt worden, daß dieser Untersuchung nur geringe Wichtigkeit zukommt. In der That kann es den Arbeitern nur einen winzigen Trost ge-

währen, wenn sie erfahren, daß es ihren Vorfahren noch schlechter ergangen sei, als es ihnen heut ergeht. Wenn die Arbeiter wirklich erfahren, daß der Anteil an dem Gesamtertrage der Arbeit, der auf sie entfällt, im Laufe der Zeit gestiegen sei, so wird dies bei ihnen das Gefühl nicht vermindern können, daß ihr gegenwärtiger Anteil immer noch unzulänglich ist.

Indessen ist die Thatsache, daß der auf den Arbeitslohn fallende Teil des Volkseinkommens sich auf Kosten von Gewinn, Zins und Rente vergrößert hat, durchaus nicht erwiesen. Unsere Nationalökonomen ziehen, um dies dennoch plausibel zu machen, mit Hilfe einer eigentümlichen Kleinkinderlogik zu Felde. Sie gehen nach dem berühmten Carey'schen Muster von dem Urkapitalisten Robinson Crusoe aus, der auf der einsamen Insel den Urlohnarbeiter in der Person des Indianers Freitag besoldet. Der Kapitalist Crusoe gewährt dem Lohnarbeiter Freitag die Benutzung seines Bogens und seines Canoe, setzt diesen hierdurch in den Stand, Wild zu erlegen und Fische zu fangen und gibt ihm den größten Teil der Beute. Wenn Crusoe dann noch eine steinerne Axt und schließlich sogar eine Bronze-Axt dem Indianer gibt, so steigt die Ergiebigkeit der Arbeit immer weiter, und wiewohl Crusoe nunmehr einen größeren Unternehmergewinn als bisher von der Arbeit des Freitag einheimst, ist doch im Verhältnis der dem Indianer zugefallene Arbeitslohn noch weit stärker gewachsen. — Abgesehen davon, daß der Indianer sich ebenso gut, wenn nicht besser als der Weiße einen Bogen und ein Canoe anfertigen kann, abgesehen davon, daß Bogen, Boot und Axt im ökonomischen Sinne kein Kapital sind, abgesehen davon, daß das rechnungsmäßige Ergebnis dieser Carey'schen Spielerei ganz unklar ist, — ist durchaus nicht zu ersehen, wie aus diesem Gewäsch für den heutigen Zustand der Dinge sich irgend ein vernünftiger Schluß ergeben soll.

Die Frage lautet: hat sich infolge der wachsenden Herrschaft des Kapitalismus und der Verdrängung des Kleinbetriebes das Verhältnis, in welchem Unternehmergewinn und Arbeits-

lohn an dem Arbeitsertrage beteiligt sind, verschoben? Wir finden in unseren statistischen Handbüchern nur eine einigermaßen gut begründete Antwort auf diese Frage, welche freilich nur die Verhältnisse einer einzigen Stadt umfaßt. In der Schrift des Dr. Neefe: „Ermittelungen über die Lohnverhältnisse in Breslau“ (Breslau, 1887) wird berechnet, daß der Arbeitslohn in Breslau in den 24 Jahren von 1841 bis 1865 um 32,89 %, in den 21 Jahren von 1865 bis 1886 dagegen nur um 11,47 % dem absoluten Geldbetrage nach gestiegen sei. Dagegen sind die Preise der notwendigen Lebensmittel in Prozenten gestiegen, bezw. gefallen:

	in Prozenten	
	von 1840 bis 1865	von 1866 bis 1885
Rindfleisch	+ 45,2	+ 27,8
Schweinefleisch	+ 49,2	+ 25,8
Weizen	+ 31,8	— 0,5
Roggen	+ 26,0	+ 21,3
Gerste	+ 19,4	+ 26,2
Kartoffeln	— 2,0	+ 23,4

Es ergibt sich hieraus, daß in der ersten Periode nur Kartoffeln, in der zweiten Periode nur Weizen, an dessen Verbrauch jedoch die arbeitenden Klassen fast gar nicht beteiligt sind, eine Preisverminderung aufweisen. Im Uebrigen ist der Preis der notwendigen Lebensmittel fast durchweg in höherem Maße gestiegen, als der Arbeitslohn. Allerdings sind fast alle Fabrikwaren, über welche diese Statistik keinen Aufschluß gibt, billiger geworden. Dem steht aber die offenkundige Thatsache gegenüber, daß die Wohnungspreise sich durchweg verdoppelt bis verdreifacht haben.

Man wird daher, soweit diese Zahlen zu Schlüssen berechtigen, nicht behaupten können, daß das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung in den letzten fünfzig Jahren gestiegen sei. Auf der anderen Seite ergibt die Statistik der direkten Steuern, so schönfärberisch dieselbe auch ist, ein gewaltiges Steigen des Einkommens, welches die Reichen beziehen. Bei

diesem Punkte ist die Mitteilung von Zahlen entbehrlich, die Thatsache selbst springt in die Augen.

Wir sehen die Luxusbauten, die ringsum entstehen, die eleganten Vergnügungsorte, die sich überall aufthun. Kunstsinn und Comfort nehmen in erfreulicher Weise, freilich fast nur zum Vorteil der oberen Zehntausend, zu. Der Fortschritt der Kultur schleudert den Empfängern von Gewinn, Zins und Rente verschwenderisch die Gaben des Glückes in den Schoß, während der Empfänger von Lohn mit Not und Krankheit ringt. Ihm ist es versagt, in Bädern und Sommerfrischen Erholung von den körperlichen Anstrengungen zu suchen. In Hitze und in Kälte muß er gleichmäßig den schweren Dienst verrichten, und wenn ihm dies eines Tages nicht mehr möglich ist, so fällt auch sein Lohn fort.

Der Abstand zwischen Arm und Reich wird stets größer. Das Gefühl dessen, was dem Armen fehlt, prägt sich angesichts des Luxus, der überall entfaltet wird, stets kräftiger aus.

Und das Einkommen aller Menschen fließt doch nur aus der Arbeit, während diejenigen, welche die Arbeit liefern, keinen Anteil an den besseren Gütern des Lebens haben.

Und wenn nun die Arbeiter die Frage an die Menschheit richten, warum dies so ist, und ob dies immer so bleiben soll, wenn sie die soziale Frage aufwerfen: haben sie dann Unrecht?

VII.

Sozialreform.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die Arbeit die alleinige Quelle des Einkommens der Menschen ist; daß aber nur ein Teil des Arbeitsprodukts den Arbeitenden selbst als Lohn zufällt. Unter dem Einfluß der Herrschaft, welche das Kapital auf die Produktion ausübt, wird ein beträchtlicher Teil des Arbeitsertrages als Gewinn, Zins und Rente Per-

sonen zugewiesen, welche nicht arbeiten. Die Folge hiervon ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung sich während normaler Zeiten in unauskömmlicher Lage befindet. Von Zeit zu Zeit verschlimmert sich diese Lage, sodaß sie in einen schwer drückenden Notstand ausartet. Zugleich werden die Kapitalvorräte in die Kreise der Zins- und Rentenempfänger gedrängt und der produktiven Anlage entzogen. Das Kapital enthält eine Anweisung auf alle irdischen Werte, die Unzulänglichkeit des Arbeitslohnes hindert die arbeitenden Klassen, unmittelbar den Zutritt zur Produktion zu gewinnen.

Aus dieser Erkenntnis des sozialen Zusammenhanges ist ohne Schwierigkeit der Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage zu entnehmen. Will man die sozialen Leiden beseitigen, so muß man den arbeitslosen Erwerb zerstören. Nur eine Gesetzgebung, welche die Verminderung und allmäliche Vernichtung von Gewinn, Zins und Rente herbeiführt, kann die Menschheit von den Fesseln befreien, welche der Kapitalismus um sie geschlungen hat. Alle gesetzgeberischen Versuche, welche auf einem anderen Wege sozialen Nutzen zu bringen bestimmt sind, pfuschen an Nebendingen herum und werden den Verfall der Gesellschaft nicht einmal verzögern.

Die soziale Frage ist lösbar. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, welche einen großen Teil der nationalen Produkte den Arbeitern entziehen, sind *Menschenwerk* und können durch neue menschliche Einrichtungen abgelöst werden. Wer zu der Zukunft das Vertrauen besitzt, daß sie die soziale Frage lösen werde, steht auf dem Boden der Vernunft. Der Menschengeist ist kühn und groß genug, sich an solche Aufgaben zu wagen. Nicht derjenige, der mit froher Hoffnung auf die Zukunft blickt, ist ein *vermessener Phantast*. Diejenigen vielmehr, welche klein genug denken, um für alle Ewigkeit der menschlichen Gesellschaft die Fähigkeit zur Heilung selbstgeschlagener Wunden abzusprechen, sind *törichte* und *falsche Propheten*.

Man braucht sich daher bei dem landläufigen Trostspruch, daß es hienieden stets Arme und Reiche geben werde, nicht

weiter aufzuhalten. Nur insoweit dieser Gemeinplatz seitens der herrschenden Volkswirtschaftslehre mit einer Art von wissenschaftlicher Begründung verkündet wird, muß man die letztere einer näheren Betrachtung unterziehen.

Daß die sozialen Einrichtungen als Menschenwerk wandelbar sind, leugnet die herrschende Wissenschaft nicht. Sie behauptet jedoch, daß die Notlage der Volksmassen auf einem Naturgesetz beruht, welches durch Menschen nicht aufgehoben oder abgeändert werden kann. Allerdings ist die Natur mächtiger als der Mensch, der ja nur das Erzeugnis der Natur ist, und es wäre fruchtlos, gegen das soziale Elend anzukämpfen, wenn dasselbe notwendig in der Natur der Dinge liegen würde.

Daß aber die Natur eine Linderung der sozialen Beschwerden nicht gestattet, wird thatsächlich nach dem Vorgange des englischen Nationalökonomen Malthus allgemein angenommen. Malthus hat diese Behauptung in seinem weit verbreiteten Buche: „Essay on the principles of population" (Versuch über das Bevölkerungsgesetz) in eine arithmetische Formel gebracht. Er geht zunächst darauf aus, die absolute Vermehrungsfähigkeit des Menschengeschlechts auszurechnen und wendet zu diesem Behufe seine Augen nach den Nordstaaten Amerikas, woselbst die Bevölkerung sich nach und nach in weniger als 25 Jahren immer verdoppelt hätte, in den inneren Ansiedlungen hätte sich die Bevölkerung sogar in weniger als 15 Jahren verdoppelt. Ja, nach einer Tabelle Eulers, die nach einer Sterblichkeit von 1 : 36 berechnet ist, betrage, wenn die Geburten zu den Todesfällen im Verhältnis von 3 : 1 stehen, die Verdoppelungsperiode nur 12⁴/₅ Jahre. „Um jedoch vollkommen sicher zu sein, daß wir innerhalb der Wahrheit bleiben — fährt Malthus fort — werden wir das langsamste dieser Zahlenverhältnisse zugrunde legen. Es kann zuversichtlich ausgesprochen werden, daß ohne Hemmungen die Bevölkerung sich alle 25 Jahre verdoppelt, oder in einem geometrischen Verhältnis zunimmt."

Darauf will Malthus herauskriegen, in welchem Maße

der Ertrag der Bodenproduktion inskünftig gesteigert werden könnte, und richtet seine Blicke nach Großbritannien. „Wenn man zugibt — sagt er — daß die durchschnittliche Produktion der Insel unter den günstigsten Kulturbedingungen in den ersten 25 Jahren sich verdoppeln ließe, so wird man wahrscheinlich eine größere Zunahme voraussetzen, als mit Recht erwartet werden kann. In den folgenden 25 Jahren ließe sich unmöglich eine vervierfachte Produktion annehmen. Wir wollen annehmen, daß die jährliche Zunahme anstatt wie sie es sicherlich thun würde, abzunehmen, dieselbe bliebe, und daß die Produktion Großbritanniens alle 25 Jahre um eine der gegenwärtigen Produktion gleiche Quantität vermehrt werden könne. Der schwärmerischste Rechner kann nicht mehr annehmen. Wird diese Annahme auf die ganze Erde angewendet, so heißt dies eine viel größere Zunahme voraussetzen, als bei den größten Anstrengungen des Menschengeschlechts zu erwarten ist. Man kann es daher füglich aussprechen, daß die Unterhaltsmittel sich nicht schneller als in arithmetischem Verhältnis vermehren würden.“

Hiernach würde die Zahl der Menschen durch Multiplikation (in geometrischer Reihe), die Menge der Unterhaltsmittel durch Addition (in arithmetischer Reihe) wachsen.

Zunahme der Menschen im 25jährigen Zyklus 1, 2, 4, 8, 16, 32

Zunahme der Nahrungsmittel im 25jährigen Zyklus . . . . . 1, 2, 3, 4, 5, 6.

Folglich ist nach Malthus die Erde nicht im Stande, für die werdende Menschheit genügendes Brot zu erzeugen, die übergroße Sterblichkeit, das soziale Elend ist ein Naturgesetz. Die Unzulänglichkeit der Naturkräfte verurteilt die Menschen zu harten Entbehrungen und vorzeitigem Tode. —

Es liegt auf der Hand, daß die Euler'sche Berechnung, welche eine Verdoppelung des Menschengeschlechts in $12^4/_5$ Jahren als möglich und wirklich hinstellt, kompletter Unsinn ist. Woher sollten die in der ersten Verdoppelungsperiode

gezeugten Kinder, von denen die erwachsensten nach Ablauf des Zeitraums noch nicht 13 Jahre alt geworden sind, die Fähigkeit nehmen, ihrerseits in der zweiten Verdoppelungsperiode an der Fruchtbarkeit des Menschengeschlechts thätigen Anteil zu nehmen? Euler war ein vortrefflicher Mathematiker und hat sicherlich sauber und fehlerfrei seine Logarithmen ausgezogen und kalkulirt. Aber daß die Menschen nicht einander gleich sind und wie trockene Zahlen nicht behandelt werden dürfen, hat er übersehen.

Daß auch die Rechnungsergebnisse, welche Malthus aus Eigenem konstruirt hat, völlig wertlos sind, hat der russische Sozialist Tschernyschewsky in seiner Schrift „Umrisse der politischen Oekonomie nach Mill" geistreich und schlagend nachgewiesen. Ich gestatte mir gern, die Aufmerksamkeit des Lesers ganz besonders auf das Werk des unglücklichen russischen Gelehrten zu lenken, weil ich — man verzeihe um des Zweckes willen diese Abschweifung — eine Anregung dazu geben möchte, daß die bisher nur in russischer und französischer Sprache veröffentlichte Abhandlung endlich in das Deutsche übertragen wird. Tschernyschewsky hat das Verdienst, den Unfug mit Rechenexempeln in der Oekonomie zuerst aufgedeckt und einer verständigen Betrachtungsweise die Wege geebnet zu haben. Zwar darf ich nicht verschweigen, daß auch er selbst der Sucht, das Resultat seiner Forschungen in eine mathematische Formel zu bringen, nicht zu widerstehen vermocht hat. Und ich muß hinzufügen, daß diese Formel mir praktisch bedeutungslos erscheint. Aber Tschernyschewsky will damit für den jetzigen Stand der Dinge nichts beibringen. (Sein Gesetz, lautend: „Der notwendige Grad ländlicher Vervollkommnung verhält sich zum ursprünglichen Zustande des Ackerbaus, wie die Zahl der Einwohner des zweiten Jahres in das Quadrat erhoben sich zu derselben Quadratzahl, vermindert um das Quadrat der im zweiten Jahre neu hinzugekommenen Menschenzahl, verhält" erscheint mir falsch. T. nimmt an, daß die hinzugekommene Bevölkerung durch ihre Arbeit zur Vermehrung der Produktion

sofort ebenso viel beitrage, wie die bereits vorhandene Bevölkerung, übersieht aber, daß es sich um Neugeborene handelt, die noch arbeitsunfähig sind, freilich dafür auch geringe Ansprüche an die Konsumtion stellen.)

Nach meiner Ueberzeugung dankt Malthus lediglich seiner elenden Formel die Weltberühmtheit. Und obgleich alle unsere Professoren der Nationalökonomie nicht im Unklaren darüber sind, daß diese Formel widersinnig und unwahr ist, sind sie doch Anhänger des Malthus, und die Lehren des Malthusianismus hallen von allen Kathedern wieder. Natürlich wird die Fabel von der 25jährigen Verdoppelung nicht gepredigt, aber der Kern der Lehre, daß die Bevölkerung schneller zu wachsen strebe, als der Vorrat an Unterhaltsmitteln, daß die Bevölkerung stets gegen die Grenze der Ernährungsfähigkeit dränge, und wir darauf bedacht sein müssen, uns gegen Uebervölkerung zu schützen, bildet einen Glaubensartikel der herrschenden Richtung.

Die Menschheit wird davor gewarnt, mehr Kinder in die Welt zu setzen, als die Erde zu ernähren vermag.

Vom Standpunkt der Privatwirtschaft mag diese Mahnung in vielen Fällen beherzigenswert sein. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Interessen der Privatwirtschaft häufig den Bedürfnissen der Volkswirtschaft zuwiderlaufen. Die Volkswirtschaft setzt sich aus einer Summe von Privatwirtschaften zusammen; es kann aber, was dem Einzelwesen frommt, anderen Einzelwesen und der Gesamtheit aller Einzelwesen schädlich sein. Ermahnt man die Menschen zur Sparsamkeit, so wird der einzelne Sparer wohl daran thun, den Rath zu befolgen. Sparen aber alle Menschen, so schädigt die Einschränkung der Konsumtion die Produktion und den Arbeitslohn. Ein unverheirateter Arbeiter ist in ökonomischer Beziehung meist in einer besseren Lage, als der Verheiratete. Darf man aber deshalb die allgemeine Ehelosigkeit empfehlen? Nicht viel besser steht es mit dem vorbauenden Hemmnis gegen die Volksvermehrung, mit der geschlechtlichen Enthaltsamkeit in der Ehe. Unsere Landbevölkerung sieht Kinderreichtum ge-

wöhnlich als einen Segen an, weil die Kinder den Eltern bei der Arbeit zur Hand gehen, und auch in den Kreisen der städtischen Arbeiter sind Töchter gern gesehen; denn die Mädchen stehen schon in jungen Jahren der Mutter in deren häuslichen und gewerblichen Verrichtungen bei. Trotzdem wird in vielen Fällen durch übergroße Kinderzahl der ökonomische Ruin in die Familien getragen; die Sorgen um die Ernährung der Kleinen, die häufigen Krankheits- und Todesfälle, die sittliche Verwahrlosung der sich selbst überlassenen Geschöpfe bedrücken das Familienoberhaupt, und doch kann man dies soziale Elend als gänzlich unverschuldet nicht bezeichnen.

Daß man aber volkswirtschaftlich mit einer allgemeinen Abstinenz die Verhältnisse verbessern würde, ist unrichtig.

Es ist unwahr, daß die Unterhaltsmittel zu knapp sind, um die gegenwärtige Bevölkerung zu ernähren. Noch zu keiner Zeit sind die Klagen der praktischen Landwirte über Mangel an Arbeitskräften verstummt. Fast überwiegend wird der Boden noch auf primitive Art bebaut, und eine intensive Steigerung der Ausbeute ist in erheblichem Maße möglich. Alljährlich werden fruchtbare Ländereien durch Ueberschwemmung verwüstet, eine rationelle Wald-, Wasser- und Bodenkultur fehlt überall, — und riesige Ländereien stehen uns noch offen.

Es ist daher unwahr, daß wir gegenwärtig vor der Gefahr der Uebervölkerung stehen.

Es ist aber auch unrichtig, daß eine allzu rasche Zunahme der Bevölkerung zu erwarten ist, wenn die soziale Lage der Arbeiter verbessert wird. Die physiologischen Vorgänge bei der Zeugung sind zwar in Dunkel gehüllt; doch lehrt eine immer und immer wieder beobachtete Thatsache, daß mit zunehmender Wohlhabenheit die Fruchtbarkeit der Menschen abnimmt. Der Einfluß der Kultur übt eine eigentümliche Wirkung aus. Auf der untersten Stufe der Barbarei, wo die Menschen mit unmittelbaren Nahrungssorgen zu kämpfen haben, vermag die Bevölkerung nur langsam sich zu vermehren. Mit dem Fortschreiten der Zivilisation entfaltet sie sich rapid, bis

die höchsten Blüten der Kultur ihr wiederum Stillstand gebieten. In den besser situirten Kreisen sind kinderlose Ehen häufig, ohne daß sie durch Abstinenz hervorgerufen sind, die Arbeiterehen bleiben nur ausnahmsweise kinderlos. Die reichen Ehepaare haben oft nur ein oder zwei Kinder, bei den Arbeitern bildet ein Besitz von vier oder fünf Kindern die Regel. Hiernach ist gar nicht abzusehen und nicht wahrscheinlich, daß eine Verbesserung der Volkslage eine starke Vermehrung der Volkszahl nach sich ziehen würde.

Der Malthusianismus ist in unserem Staatsleben ernsthaft zu nehmen. Er birgt in sich die Beschönigung aller Fehler der Staatskunst. Da er die große Sterblichkeit der Bevölkerung auf ein Naturgesetz zurückführt, leitet er darauf, daß man in jeder öffentlichen Kalamität, in jeder Seuche, in jedem Kriege, ein segensreich wirkendes, reinigendes Gewitter erblicken muß. Er ist unmoralisch; denn er predigt die Enthaltsamkeit wider das wahre Naturgesetz, das in jedem Menschen lebt und, wo ihm die natürliche Befriedigung versagt wird, zur Unnatur und Entartung führt.

Er ist endlich das kläglichste Mißgebilde der Wissenschaft. Sein gedanklicher Kern, daß wir Menschen nicht mehr Menschen sein dürfen, daß wir uns selbst zu viel sind auf dieser Erde, enthält eine Bankerutterklärung der Volkswirtschaftslehre. —

Im deutschen Reiche beherrscht der Malthusianismus die offiziellen Kreise vollständig. In der staatswirtschaftlichen Prüfung, welche die Verwaltungs- und Justizbeamten zu bestehen haben, müssen die künftigen Lenker und Richter des Staates sich darüber ausweisen, daß sie in die Tiefen der Uebervölkerungstheorie eingedrungen sind.

Daher jene verderbliche Wirtschaftspolitik im deutschen Reiche, welche uns an den Rand des Elends bringen wird.

In welchem Maße die Einführung von Zöllen auf Getreide und andere Bodenprodukte geeignet ist, die Bodenrente künstlich zu steigern, hat Friedrich Albert Lange in seiner „Arbeiterfrage“ (S. 320 der 3. Auflage) nachgewiesen. Im

deutschen Reiche bekennt man sich zu dieser Wirtschaftspolitik. Man fördert den Unternehmergewinn durch Schutzzölle, die, wenn sie auch mitunter einzelnen Kreisen von industriellen Arbeitern die Gelegenheit zum Broterwerb erhalten, hauptsächlich bestimmt sind, wenige Spekulanten auf Kosten des ganzen Volkes zu bereichern. Und während auf der einen Seite ein preußischer Finanzminister im Parlament die Herabsetzung der Arbeitslöhne als wünschenswertes volkswirtschaftliches Ziel empfiehlt, sucht man auf der anderen Seite die industriellen Kartelle und Konventionen zu fördern und den arbeitslosen Erwerb durch Zins und Rente fürsorglich zu beschützen.

Welche Erwartungen kann man unter solchen Umständen an die Sozial-Reform knüpfen, die das deutsche Reich unter erheblichem Aufwand von Geräusch in das Leben gerufen hat?

Das Elend der Menschheit hält man für eine unabänderliche und ewige Thatsache, welche durch die Staatskunst der Gesetzgeber aus dieser Welt niemals hinwegzuschaffen ist. Und deshalb begnügt sich die Sozial-Reform damit, an untergeordneten Erscheinungsformen dieses Elendes herumzukuriren. Weit davon entfernt, die Uebel der Gegenwart durch vorbeugende Maßregeln zu bekämpfen, läßt sie zunächst das volle Maß des Unglücks über die Armen hereinbrechen und spendet ihnen dann erst ihre Hilfe.

Aber diese Hilfe trifft die Quelle nicht, aus welcher der Strom der Leiden entspringt. Wir haben gesehen, daß die soziale Frage sich durch bestimmte Erscheinungsformen charakterisirt. Ihre Merkmale sind vornehmlich Unzulänglichkeit des Arbeitslohnes und Unsicherheit der Existenz. Die deutsche Sozialreform richtet sich gegen das erstere Uebel überhaupt nicht, und es mag zugegeben werden, daß es schwierig ist, auf dem Boden einer Gesellschaftsordnung, welche den Schutz des Eigentums auch dem arbeitslosen Erwerb zu gute kommen läßt, durch gesetzliche Vorschriften den arbeitenden Einwohnern des Staates ein Minimaleinkommen zu sichern. Aber das andere Uebel ließe sich im Rahmen der heutigen Gesellschafts-Ver-

fassung sehr wohl beseitigen. Man kann das Recht auf Arbeit als Staatsgrundsatz hinstellen und gegen die ökonomischen Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit eine Zwangsversicherung gewähren.

Die Sozialreform des deutschen Reiches steckt sich bescheidenere Grenzen. Sie wendet das Prinzip des Versicherungszwanges nur auf die ökonomischen Folgen von Krankheitsfällen an. Wer als Arbeiter in einem deutschen Betriebe erkrankt, hat 13 bis 26 Wochen hindurch und, soweit es sich um die Folgen eines Betriebsunfalls handelt, dauernd den Anspruch auf eine Geldrente. Es ist nicht nötig, daß der Arbeiter bei der Versicherungsanstalt angemeldet worden sei, und daß Beiträge für ihn gezahlt worden sind. Durch das Arbeiten selbst ist er versichert und genießt den Schutz des Gesetzes, der ihm wegen eigener Fehler oder Unterlassungssünden dritter Personen nicht entzogen werden kann.

Es ist nicht zu verkennen, daß in dieser Behandlung der Krankheits- und Unfallversicherung eine gewisse gesetzgeberische Größe zum Ausdruck gebracht ist. Die Arbeitsthätigkeit selbst als den Rechtsgrund der Versicherung aufzustellen, ihr von selbst die Wirkung beizulegen, daß durch sie der Rentenbezug erworben ist, dies ist ein bedeutender, organisatorischer Gedanke, der der fruchtbarsten Anwendung auf anderen sozialen Gebieten fähig ist. Aber der deutsche Gesetzgeber hat auf dem Beginn des Weges sofort Halt gemacht. Kehrt man den Gedanken um, so kommt die trostlose Unzulänglichkeit der Sozialreform zum Ausdruck. Wer in einem Betriebe beschäftigt ist, dem kommt die Versicherung zu, er wird von Gesetzeswegen, sobald er erkrankt, mindestens drei Monate lang ärztlich behandelt und mit einem wöchentlichen Krankengelde ausgestattet. Der Kranke aber, welcher nicht in einem Betriebe beschäftigt war, ist nicht versichert und kann, wenn er kein verschämter Armer ist, nach völliger Verarmung sich an die öffentliche Mildthätigkeit wenden.

So gewiß es ist, daß dem erkrankten Kassenmitgliede die Kassenunterstützung erwünscht ist und für ihn zum Segen wird,

so steht es doch fest, daß der Arbeitslose dieses Schutzes in viel höherem Grade bedürftig ist. Der brotlose Arbeiter ringt unausgesetzt mit der Erkrankungsgefahr, er besitzt keine eigenen Hilfsmittel zur Verpflegung und Heilung, — bei ihm aber versiegt der Gnadenborn der Sozialreform.

Auf das Unfallversicherungsgesetz ist dieser Gedankengang nicht gleichmäßig anzuwenden. Dasselbe bezieht sich nur auf Betriebsunfälle, setzt also begrifflich voraus, daß der Verunglückte auch im Betriebe beschäftigt gewesen ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Arbeitslose dieser Versicherung nicht bedarf, da er ja zur Zeit den besonderen Gefahren des industriellen Betriebes gar nicht ausgesetzt ist. Zu Gunsten des Unfallversicherungsgesetzes kommt noch in Betracht, daß dasselbe die Kosten der Entschädigung lediglich dem Unternehmerstande aufbürdet und dem Arbeiterstande gegenüber den früheren Verhältnissen einen reinen Zuwachs an Vorteilen gebracht hat.

Dennoch erweist sich auch dieses Gesetz im Durchschnitt der Betriebsunfälle als unzulänglich. Nur bei schweren Verunglückungen, die die Erwerbsfähigkeit des Beschädigten gänzlich aufgehoben haben, bringt es eine nennenswerte Verbesserung gegenüber dem vorigen Rechtszustande hervor. Ebenso kann bei ganz leichten Unfällen, die die Rüstigkeit des Körpers kaum beeinträchtigen, die Rente, so gering sie auch alsdann ist, wie ein Geschenk vom Himmel fallen. In der Mehrheit der Betriebsunfälle handelt es sich darum, daß der Verunglückte einen starken Eingriff in sein Wohlbefinden erlitten hat, der sein ferneres Fortkommen wesentlich beeinträchtigt, aber doch die Möglichkeit zu fernerem Broterwerb durch selbständige Thätigkeit, theoretisch betrachtet, nicht geradezu aufgehoben hat. In derartigen Fällen wird seitens der Berufsgenossenschaften nach Prozenten berechnet, wie viel Erwerbsfähigkeit dem Opfer der Industrie noch verblieben ist. Es hat sich bereits eine Skala gebildet, nach welcher der Verlust jedes Körpergliedes, eines Auges, einer Hand, eines Armes, eines Beines u. s. w. seine

bestimmte rechnungsmäßige Schätzung findet. Vergeblich beteuert dann der Verunglückte vor dem Schiedsgericht oder vor dem Reichs-Versicherungs-Amt, daß er seit dem Tage des Unfalls nirgends mehr Arbeit gefunden habe und mit den ihm verbliebenen Gliedmaßen schlechterdings gar nichts mehr zu verdienen wisse. Man belehrt ihn, daß das Gesetz eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht gewähre, — wenn er die 40 oder 50 oder 60 Prozent restlicher Arbeitsfähigkeit nirgends mehr an den Mann bringen könne, weil ja allerdings niemand gern einem Krüppel Arbeit gebe, so müsse er eben selbst den Schaden tragen, das Gesetz lasse nur eine Versicherung gegen die wirkliche Einbuße an Erwerbs*möglichkeit* zu.

Da die volle Unfallrente nur zwei Drittel des bisherigen Arbeits-Einkommens beträgt, so bleibt der Teilbetrag, der in solchen Fällen gewährt wird, weit hinter dem notwendigen Lebensbedarf zurück. Der Verunglückte ist hierbei oft nicht besser daran, als wenn die Sozialreform sich seiner überhaupt nicht angenommen hätte. Denn vor Erlaß des Unfallgesetzes hatte, wenn der Schutz des Haftpflichtgesetzes versagte, der Arbeiter immer noch den gesetzlichen Anspruch auf öffentliche Armenunterstützung, wobei er ebenso wie jetzt eine Rente empfing, die nach dem Volksspruche „zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ war.

Das letzte der drei Reformgesetze, das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung im deutschen Reiche ist zur Zeit noch nicht in Kraft getreten. Auch hier ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nach dem Zweck des Gesetzes bestimmt ausgeschlossen. Als invalide gilt nur der Arbeiter, dem körperliche Schäden die Erringung auch nur eines Drittels seines früheren Arbeitslohnes nicht mehr gestatten. Der Arbeiter, welcher körperlich bereits heruntergekommen ist, sodaß sich angesichts des großen Angebots von kräftigeren Leuten jeder Unternehmer hütet, seine Dienste anzunehmen, gilt dennoch, wenn er nur zur Not noch arbeiten könnte, nicht für *invalide*. Für *alt* gilt nach der Vorlage und den Beschlüssen des Reichs-

tages der Arbeiter, welcher das siebzigste Lebensjahr vollendet und vorher dreißig Jahre lang Beiträge gezahlt hat.

Im wirklichen Leben pflegt man sich ganz andere Begriffe über den Zeitpunkt, an welchem ein Arbeiter „alt“ wird, zu machen. Die preußischen Staatseisenbahnverwaltungen stellen grundsätzlich keinen Arbeiter in ihren Dienst ein, der das vierzigste Lebensjahr erreicht hat. Mit dem gleichen Maße messen fast alle Unternehmer. Rücksichten auf die geringe Leistungsfähigkeit des älteren Arbeiters und die hohe Belastung der Betriebs-Krankenkasse führen dazu, daß man bei den periodisch infolge der ökonomischen Gleichgewichts-Störungen notwendig werdenden Arbeiter-Entlassungen gerade die älteren Arbeiter gern verabschiedet. Im Kampfe ums Dasein hört jede Sentimentalität auf. Die Entlassenen finden natürlich sehr schwer anderweitige Arbeitsgelegenheit. Sie sind schon zu alt geworden, um auf Beschäftigung rechnen zu können, aber sie sind noch nicht alt genug, um der gesetzlichen Altersversorgung teilhaftig zu sein.

Und weil das Recht auf Altersversorgung lediglich auf der früheren Beschäftigung beruht, so müssen diejenigen, welche so unglücklich waren in ihren alten Tagen, während eines Zeitraums von vier Jahren, regelmäßige Arbeit nicht mehr zu finden, in ihrem hohen Alter die Rente gänzlich verlieren.

Wenn durch überschwengliche Phrasen eine Sozialreform zustande gebracht werden könnte, so besäßen wir im deutschen Reiche schon längst die allerschönste von der Welt. Was hat man nicht alles gethan, um diese Sozialreform zu preisen! Und doch, wie außerordentlich gering ist, ökonomisch geprüft, ihr Wert!

VIII.

Soziale Projekte.

Im Jahre 1881 wurde in Berlin unter der Firma „Rabatt-Spar-Anstalt“ eine Aktien-Gesellschaft gegründet, welche

die Förderung der Barzahlung im kleinen Handelsverkehr aus Gründen allgemeinen wirtschaftlichen Nutzens unternahm. Nebenbei sollte auch die soziale Frage gelöst werden. Diese Anstalt bestand aus Aktionären und aus Handels-Mitgliedern. Die letzteren waren Kaufleute, welche von der Aktiengesellschaft für ihr Geschäft eine billige Reklame erwarteten und sich deshalb auf die Sache einließen. Sie mußten sich verpflichten, jedem Kunden, der bei ihnen Waren gegen bar kaufte, einen Rabattschein im Betrage des Kaufpreises zu geben. Diese Rabattscheine verkaufte die Gesellschaft an die Handels-Mitglieder zu 5 Prozent des Nennwerts, und sie löste sie den Kunden zu 4 Prozent des Nennwerts sofort ein, verdiente also bei dem Geschäft 1 Prozent. Für Rabattscheine im Betrage von 100 Mark zahlte das Handels-Mitglied 5 Mark, hatte ein Kunde für 100 Mark Ankäufe gemacht, so konnte er seine Scheine zur Gesellschaftskasse tragen und sich 4 Mark auszahlen lassen. Dies wäre so weit ein schönes reinliches Geschäft gewesen, namentlich zu Gunsten der Gesellschaft, und der Kunde brauchte nur aufzupassen, daß das Handels-Mitglied nicht etwa die 5 Prozent Rabatt auf den Preis der Waren schlug.

Es kam aber anders. 4 Mark sind bekanntlich blos 4 Mark. Die Gründer der Aktiengesellschaft erinnerten sich aber, daß es in der Welt einen nicht unrühmlich bekannten Zinseszins gebe, demzufolge 4 Mark nicht 4 Mark sind, sondern viel, viel mehr, 20 Ma k, 80 Mark, 500 Mark, ja wenn man sich eines sehr langen Lebens erfreut, sogar 1000 Mark und darüber. Sie schauten also in den Zinstabellen nach, und dort fanden sie, daß 4 Mark zu 4 % Zinseszins nach Ablauf von 83 Jahren bereits 100 Mark und 41 Reichspfennige geben. Wenn man ihnen also den Rabattschein nicht präsentirte, sondern das Geld zur Zinsesverzinsung beließ, so würden sie nach Ablauf von 83 Jahren dem Inhaber des Rabattscheins mehr als 100 Mark gefälligst herauszahlen können. Um aber ganz sicher zu gehen und, soweit menschliche

Voraussicht reicht, nichts zu verabsäumen, nahm man an, daß 4 Mark erst nach Ablauf von 90 Jahren 100 Mark wert geworden sind, und auf dieser Basis operirte man.

Dem Kunden, welcher für 100 Mark Bareinkäufe vollzogen hatte und darüber einen Rabattschein besaß, versprach man die Rückgabe derselben 100 Mark komplett und ohne jeglichen Abzug für rein netto Kasse. Aber allerdings mußte der Kunde die Güte haben, neunzig Jahre am Leben zu bleiben. Da dies nicht jedem Menschen zugemutet werden konnte, so entschloß man sich, ungeduldigen Kunden schon früher die Begehrlichkeit zu stillen.

Wenn es schon einen Zinseszins gibt, warum soll es nicht auch vom Rabatt einen Rabatt geben? Wer seine 100 Mark sofort kündigte, erhielt nur 4 Mark ohne jeden Zins; wer nach Ablauf eines Jahres sich meldete, bekam 4 Mark 16 Pfennige, und in den folgenden Jahren sollte — erlebt hat es freilich keine sterbliche Seele — Zins mit Zinseszins gewährt werden. Wer das Geld überhaupt nicht kündigte, sollte spätestens nach 90 Jahren 100 Mark bekommen, konnte aber schon früher den vollen Betrag erlangen, da unter den Rabattscheinen eine Auslosung veranstaltet wurde, und alle Halbjahre der 180. Teil mit je 100 Mark zur Tilgung gelangte. Der Kunde hatte also die mittlere Wahrscheinlichkeit für sich, nach 45 Jahren stets wieder im Besitz alles Geldes zu sein, das er jemals im Leben verausgabt hatte.

Man erzählte in den vielfach verbreiteten Prospekten, daß nach diesem Prinzip in England eine Gesellschaft bereits die „Ausgaben-Versicherung" betreibe und außerordentlich gute Geschäfte mache. Ein hervorragender Reichstagsabgeordneter stellte sich an die Spitze des Unternehmens, die berühmtesten Nationalökonomen, Herr Max Wirth vorneweg, empfahlen dasselbe, die angesehendsten Zeitungen priesen den Segen des neuen Instituts in schwungvollen Leitartikeln. Als aber die Berliner Staatsanwaltschaft fand, daß in der Verlosung der Rabattscheine die straffällige Veranstaltung einer ungenehmigten

Lotterie liege, da beeilte sich das preußische Staatsministerium, diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, und verlieh der Gesellschaft die Lotterie-Konzession.

Es ist klar, daß die Rabatt-Spar-Anstalt, wenn sie nicht eines jähen Todes verblichen wäre, die soziale Frage gelöst haben würde. Zwar sind die Gründer der Anstalt gewiß von der Unlösbarkeit der sozialen Frage überzeugt, aber sie selbst trugen die geheime Dechiffrirschrift zur Entzifferung des großen Rätsels mit sich herum. Wenn die Gesellschaft sich verpflichtete, jedem Menschen, der Geld verausgabte, den vollen Geldbetrag zurückzugeben, und zwar ohne sonstige Anforderungen an ihn zu stellen, blos aus dem Rechtsgrunde, weil er das Geld einmal ausgegeben hatte, so war damit auf dem Gebiete der Nationalökonomie das lang gesuchte perpetuum mobile*) gefunden. Man brauchte nur 1000 Mark zu verausgaben, um 1000 Mark zurückzuerhalten; verschlemmte man 5000 Mark, so hatte man ipso jure**) 5000 Mark verdient, und dem Verschwender, der es fertig brachte, 100,000 Mark durchzubringen, strömte das Geld von allen Seiten zu; denn er bekam 100,000 Mark retour.

Es ist aber klar, daß dies unmöglich in der Wirklichkeit sich erfüllen konnte. Wenn es auch der Aufmerksamkeit des hervorragenden Abgeordneten, der berühmtesten Nationalökonomen, der angesehendsten Zeitungen und des preußischen Staatsministerium entgangen war, daß der **Zins nicht von selbst entsteht, sondern nur auf Arbeit beruht**, so war dem doch nun einmal nicht anders. Und vollends der Zinseszins, der sich auf dem Papier so niedlich ausrechnet, wie sollte er **in der Wirklichkeit** herausgewirtschaftet werden? Die Gesellschaft hatte Anfangs einen nicht unbeträchtlichen Zulauf und vereinnahmte eine Menge Geld. Getrost legte sie dasselbe in ihren Geldschrank, in dem felsenfesten Vertrauen, daß es nach

*) Ein Ding, das von selbst beständig in Bewegung bleibt.

**) Durch das Recht selbst.

Kaninchenart hecken und Zinseszins zur Welt bringen werde. Aber als nach Ablauf von sechs Monaten die erste Halbjahrs-Verlosung stattgefunden hatte, und die 4 Mark-Kunden mit ihren 100 Mark-Ansprüchen befriedigt worden waren, da merkte sie erst — was sie unschwer hätte schon sechs Monate früher voraussehen können — daß es unmöglich war, Zinseszins zu erzielen. Und sie stellte ihre Geschäfte mit der Begründung ein, „daß sie die erhofften Erfolge nicht habe erreichen können.“ —

So ist dieser Versuch gescheitert, wie bisher noch jeder Vorschlag zur Lösung der sozialen Frage unfruchtbar geblieben ist.

Bei einer verständigen Betrachtung der Dinge, die sich über die öden Schlagworte des Tages zu einer streng geschichtlichen Auffassung erhebt, wird man zu dem Schluß gelangen, daß nicht der böse Wille der Menschen oder die Macht der reaktionären Gesinnung, sondern die innere Unzulänglichkeit der Lösungsversuche alle auf die Beglückung der Menschheit gerichteten Bestrebungen im Keime erstickt hat. Es soll dies an einigen Beispielen gezeigt werden, wobei davon abgesehen wird, das ganze weitschichtige Material, welches in den sozialistischen und kommunistischen Systemen der Babeuf, St. Simon, Fourier, Cabet, Owen, Weitling, Thünen u. A. sich darbietet, heranzuziehen. Es wird genügen, einige markante Systeme herauszugreifen, durch deren kritische Besprechung zugleich die positiven Schwächen aller anderen Weltverbesserungspläne beleuchtet werden.

Als typische Erscheinung gilt uns vornehmlich J. P. Proudhon, der, nachdem er durch sein erstes Werk mit dem Motto: „Eigentum ist Diebstahl“ berühmt geworden war, die übrige Zeit seines Lebens damit hingebracht hat, die Bedeutung dieses Motto abzuschwächen. Proudhon hat im Jahre 1849 eine „Volksbank“ in das Leben gerufen, welche nach seiner Auffassung geeignet sein sollte, die sozialen Leiden zu heilen, und von vielen Personen thatsächlich für ein zureichendes Mittel gehalten worden ist. Sogar der damals in Paris als Flücht-

ling lebende nachmalige Freihändler Ludwig Bamberger hat das Proudhon'sche Unternehmen in einer besonderen Schrift („Die Volksbank von J. P. Proudhon. Eingeleitet, übersetzt und erläutert von Ludwig Bamberger, Frankfurt a. Main, 1849") seinen Landsleuten warm angepriesen. Proudhon geht von folgender Ansicht aus:

„Ein Hektar Land wird seinem Besitzer immer nur als ein Hektar Land produziren. Ein Kilogramm Geld produzirt dem Wucherer zuerst wie 1, sodann wie 2, wie 3, wie 10, wie 20, wie 100 Kilogramm. Die Summe des in Frankreich zirkulirenden Bargeldes beträgt kaum 2 Milliarden. Es mag nun der Zinsfuß 5 Prozent betragen, so ist den Kapitalisten ein Zins von 100 Millionen zu bezahlen. Durch den Umlauf des Zahlungsgeldes produziren diese 2 Milliarden wie 25 Milliarden, sodaß ein Kapital, welches höchstens 400,000 Schmarotzer ernähren sollte, 5 Millionen von sich leben läßt, den siebenten Teil des ganzen Volkes! Verfolgen Sie diese Progression des Zinses vollständig, und Sie kommen zu der sonderbaren Konsequenz, daß in einer Zukunft, die gar nicht zu fern liegt, die Gesamtheit der Bürger von dem bloßen Ertrag des Geldes leben wird, ohne zu arbeiten und ohne etwas zu produziren". (Proudhon, das Recht auf Arbeit, Leipzig 1849). — Es wird hieran der Schluß geknüpft, daß der Geldwucher das Schmarotzertum auf der einen Seite, das Proletariat auf der anderen Seite zur Folge habe.

Die Annahme, daß durch Geld irgend etwas produzirt werde, erinnert an den seligen Johann Georg Büsch, weiland Professor der Mathematik zu Hamburg, der in dickleibigen nationalökonomischen Werken allen volkswirtschaftlichen Segen in schleunigster Verausgabung von Geld erblickt, gleich viel zu welchem Zweck, und zu den nützlichsten Ständen im Staate die Schriftsteller rechnet, weil sogar ein ganz erbärmlicher Schriftsteller, dessen Schriften gar nichts taugen, bei Buchdruckern und Papiermüllern Geld in Umlauf bringe.

Da Proudhon neben dem Zinswucher, welcher das Volk aussaugt, eine weitere Grundursache sozialer Beschwerden nicht kennt, so glaubt er, seinen Mitmenschen radikal helfen zu können, wenn er die Abschaffung des Zinses fordert. Als Mittel hierzu suchte er, durch die von ihm begründete Volksbank den Arbeitern Geld zinsfrei zu geben und eine sozialistische Organisation des Tausches zu schaffen. Zunächst sollte ein sehr niedriger Zinsfuß gefordert werden, der überdies unausgesetzt ermäßigt werden sollte, bis zum gänzlichen Verschwinden. Die Beschaffung des hierzu erforderlichen Geldes bereitete Proudhon keine Schwierigkeiten. Die Bank gab Banknoten aus, welche ohne staatlichen Zwangskours, ohne Bardeckung und ohne Einlösungspflicht, bei den Freunden der Bank statt Geld zu zirkuliren hatten. Die Sicherheit bestand lediglich in dem Vertrauen, welches die Bank bei ihren Anhängern genoß, und in der felsenfesten Zuversicht, daß die Bank ihr Geld nur an zwar vermögenslose, aber vertrauenswürdige Arbeiter ausleihen werde. Damit sich die Inhaber der Banknoten für die Scheine auch etwas Reelles kaufen konnten, war in Aussicht genommen, Fabriken zur Herstellung von Lebensmitteln durch die Bank zu etabliren und beim Verkauf der Lebensmittel Banknoten in Zahlung zu nehmen.

Proudhon hat hier den halben Weg zur Lösung der sozialen Frage richtig angegeben. Allerdings kommt, wie Onkel Bräsig bemerkt, die Armut von der „Poverteh", und es geht den Arbeitern blos deshalb so schlecht, weil sie kein Kapital haben. Giebt man ihnen Kapital, macht man sie also zu Kapitalisten, so sind sie ihrer Sorgen ledig.

Aber die andere Hälfte des Weges hat Proudhon nicht aufgefunden. Das Mittel, den Arbeitern wirkliches Kapital zu geben, hat er nicht entdeckt. Das Geld, welches er für Rechnung der Volksbank drucken lassen will, hat nur äußerlich Aehnlichkeit mit Kapital, ist aber kein Kapital.

Kapital ist eine fungible Sache, welche sich in jede beliebige andere Sache umsetzen läßt. Diese Eigenschaft ging den Noten der Volksbank ab. Sie galten nur innerhalb des beschränkten

Kreises der Bankfreunde und hatten außerhalb dieses Kreises keinen Kours. Wäre es möglich gewesen, daß die Bankfreunde alle ihre Austauschgeschäfte nur unter sich vollzogen, so konnte ihnen das Vermittelungspapier der Bank genügen. Sobald aber ein Arbeiter seinem Hauswirt Miete zahlen mußte und hierbei die Banknoten nicht anbringen konnte, mußte er im Dienste der Bourgeoisie unter den alten Ausbeutungsformen das landläufige Geld zuvor zu erarbeiten suchen und hatte daher keinen Vorteil von dem Bankgelde. Wahrscheinlich wären viele Arbeiter geneigt gewesen, die Banknoten zu billigerem Kourse gegen allgemein gangbare Münze zu verhandeln. — Dachte man sich aber die Anhänger der Sache so zahlreich, daß die Mehrheit des Volkes die Banknoten anstandslos in Zirkulation nahm, so war gar nicht ersichtlich, weshalb bei so gewaltigem Einfluß auf den Staat die schüchterne Bankgründung ins Werk gesetzt werden sollte, während man sich des ohnehin vorhandenen staatlichen Geldes für das soziale Erlösungswerk bedienen konnte.

Kurz vor dem Termin, an welchem die Eröffnung des Instituts erfolgen sollte, nachdem bereits zur Beschaffung eines Grundkapitals gegen 3000 Aktien ausgegeben worden waren, und mehr als 13,000 Personen sich verpflichtet hatten, ihre Produkte nur durch die Volksbank zu vertauschen, ließ Proudhon das Projekt fallen. Er war als Opfer politischer Verfolgungen zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden und entzog sich der Einkerkerung durch die Flucht. Er verschwieg jedoch nicht, daß er auch zweifelhaft geworden sei, ob seine Ideen sich jetzt schon verwirklichen ließen. Die Zahl der Anhänger sei noch zu gering. Werde aber die Partei zahlreicher werden, so bedürfe sie der Volksbank nicht. „Ist denn nicht die französische Bank für alle da?"

Dieser Hinweis auf die Bank von Frankreich ist zweiundzwanzig Jahre später durch die Pariser Kommune in die praktische That übersetzt worden. —

Ein anderes Lösungs-System, das einstmals von sich reden machte, jetzt freilich fast ganz vergessen ist, hat den Schrift-

steller Friedrich Wilhelm Alexander Held zum Verfasser. Dasselbe hatte in seinem Ursprungsort Berlin eine gewisse Macht über die Gemüter gewonnen, sodaß sich lange Zeit daselbst eine besondere politische Richtung unter dem Namen „freie Held'sche Reformpartei" behauptete, die in der von Held begründeten „Staatsbürger-Zeitung" eine eigene publizistische Vertretung besaß und noch in den siebziger Jahren selbständig Kandidaten zum Reichstag aufstellte.

Held erregte zuerst im Jahre 1848 durch eine Brochüre „Lösung der sozialen Frage" lebhaftes Aufsehen. Der freimütige Ton, in welchem er die Ansammlung großer Kapitalien in den Händen Einzelner als Stützpunkt kritischer Angriffe benutzte, mußte in jenen erregten Zeiten beifällig aufgenommen werden. Held forderte geradezu den Sturz der Kapitalmacht. Im Uebrigen entwickelte er ziemlich wirre nationalökonomische Ansichten, indem er besonders den Zinswucher und das Papiergeld als soziale Friedensstörer anschuldigte und auf höchst konfuse Weise ein soziales Heilmittel empfahl. Das Geld sollte fortan in wirkliches Geld (für den auswärtigen Verkehr) und Scheingeld (für den inländischen Handel) zerfallen. Der Staat sollte allen Grundbesitzern ein für alle Male nach dem Schätzungswerte der Grundstücke zu einem bestimmten Betrage Scheingeld geben, welches diese zur Bezahlung sämtlicher Hypothekengläubiger verwenden mußten. Außer diesem zinsfrei gewährten Staatskredit sollte in Zukunft nimmer wieder eine Schuld durch Verpfändung von Grund und Boden kontrahirt werden dürfen. Was zu geschehen hatte, wenn die Schuldenlast des Grundbesitzers zufällig über den geschätzten Wertbetrag hinausging, darüber äußerte Held sich nicht. Ebenso sah er den Fall nicht vor, daß der Grundbesitzer weniger Schulden hatte oder etwa ganz schuldenfrei war. Dagegen hoffte er, daß nunmehr die Kapitalien, da ihnen der Grund und Boden als Pfandobjekt entzogen sei, sich auf andere Art zum Erwerbe verhelfen, daß somit sämtliche Erwerbszweige „neuen Schwung" erhalten würden.

Einen wesentlich reiferen und mit Sorgfalt ausgearbeiteten Vorschlag machte Held im Jahre 1860. Er mochte in der Zwischenzeit wohl inne geworden sein, daß, wollte man sämtlichen Grundbesitzern zinsfrei Geld geben, gerade die Geldschränke der Reichen überfüllt werden würden, während der arme Arbeiter, der kein Grundstück besaß, bei dieser Begünstigung des Kapitals in noch tieferes Elend hinabgestoßen wurde.

In einer Denkschrift: „Soziale Grundsteuer-Regulirung" legte er dem preußischen Abgeordnetenhause einen Steuerplan vor, welcher mehrere Leiden gleichzeitig kuriren sollte. Er glaubte, hierdurch sämtliche bestehende Steuern beseitigen zu können und vermöge einer neu zu schaffenden Steuer den günstigsten Einfluß auf die Volkswirtschaft auszuüben. Diese einzige neue Steuer nannte er „soziale Grundsteuer".

Der Staat hätte nach Held's zweitem Vorschlag ein neues Papiergeld, genannt „Grundscheine" zu schaffen, und zwar im Betrage des mittleren Kapitalwertes alles nicht abnutzbaren produktiven Grund und Bodens. Diese Grundscheine werden als unkündbare Hypotheken auf jedes Grundstück gelegt, zugleich sind sie in der Hand des Besitzers zirkulationsfähiges Geld. Der Staat stellt alljährlich die Höhe seines Ausgabenbedarfs fest und bemißt hiernach den Zinsfuß, den jeder Grundbesitzer zu zahlen hat. Diese Zinsen bilden die Grundsteuer. Held nimmt an, daß der Zinsfuß hierdurch sinken und infolge der Vermehrung des umlaufenden Geldes zugleich der industrielle Unternehmungsgeist steigen werde. — Wie man alsbald sehen wird, lauft dieser Vorschlag seinem Kern nach auf das Nämliche hinaus, was unsre modernen Agrar-Reformer begehren, soweit sie sich des Beifalls der konservativen Agrarier erfreuen.

Auf derselben Grundlage, wenn auch mit einer Variante, bewegt sich ein Vorschlag, den wir vor einigen Jahren in einer Brochüre von Eugen Heymann „die preußischen Hypothekenbanken und das Staatsinteresse" (Breslau, 1881) kennen lernten. Der Staat wurde darin aufgefordert, den Grundkredit zu über-

nehmen, jedem Besitzer den beleihungsfähigen Wert des Grundstücks auf Wunsch bar auszuzahlen und die hierzu nötigen Kapitalien durch Verkauf kleiner Grundschuldbriefe aufzubringen. Die Grundbesitzer müßten alsdann um 1 Prozent höhere Zinsen an den Staat zahlen, als die Besitzer der Grundschuldbriefe vom Staate erhielten. Wenn also Pfandbriefe einen Zinsfuß von 4 Prozent brächten, würde der Grundkredit 5 Prozent Zinsen kosten. Der Verfasser hoffte, durch diese Verstaatlichung des Grundkredits, die mit der gegenwärtigen Handhabung des Realkredits, besonders seitens der Hypothekenbanken verbundene Uebelstände zu beseitigen, und indem der hundertste Teil des Kapitalwertes vom gesamten Grund und Boden alljährlich in die Staatskasse flösse, die finanziellen Nöte des Staates zu heilen.

Auch A. Theod. Stamm gehört zu den Verfechtern der Verstaatlichung des Grundkredits, wiewohl er freilich seine Ziele erheblich weiter steckt und auch die Verstaatlichung des Bankwesens, der Eisenbahnen und des Versicherungswesens schon vor zwanzig Jahren in sein Programm aufgenommen hatte. In seinem Hauptwerk „die Erlösung der darbenden Menschheit" (Dritte Auflage, Stuttgart 1884) führt er in der Hauptsache das soziale Elend auf das Privateigentum an Grund und Boden zurück und stellt drei Systeme der Abhilfe, 1) die Verstaatlichung des Grund und Bodens mittelst eines Expropriationsgesetzes unter Entschädigung der jetzigen Besitzer; 2) die Verstaatlichung des Grund und Bodens mittelst der Grundzins-Versteuerung; und 3) die Verstaatlichung des Grund und Bodens mittelst der Hypotheken-Kreditgewährung — zur Auswahl. Er hält schon das letzte dieser drei Mittel, welches er als das mildeste bezeichnet, für genügend, geht aber insofern über Held und Heymann hinaus, als er eine systematische Steigerung des Grundzinses zu Gunsten des Staatssäckels ins Auge faßt. Die unter dem Namen „Landliga" in Deutschland agitirende Vereinigung steht auf dem Boden der Stamm'schen Vorschläge.

Daß man auf diesem Wege nicht einen Schritt weiter kommen würde, hat Michael Flürscheim überzeugend dargelegt und mit einer Offenheit, die besonders deshalb anerkannt werden muß, weil Flürscheim selbst in früheren Jahren den nämlichen Weg als Rettungsweg dringend empfohlen hatte. (Vgl. seine Brochüre: „Das Staatsmonopol des Grundpfandrechts als Weg zur Reform unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.") Flürscheim spricht in der von ihm geleiteten Zeitschrift „Deutsch Land" (Nr. 6, August 1887) unbefangen aus, daß er sich früher in einem Irrtum befunden habe, als er sich von der Verstaatlichung des Grundkredits große Vorteile versprach. Diese Maßregel würde vielmehr, wie er jetzt einsieht, nichts weiter bewirken, als daß die Bodenjunker in Stadt und Land von Staatswegen billiges Geld bekommen würden.

Es ist in der That nicht ersichtlich, welche andere Folge noch bei dieser Agrarreform herauskommen könnte. Man gibt den Besitzenden Geld und beläßt den Besitzlosen ihre Armut. Als ob es den Besitzlosen deshalb so schlecht ginge, weil die Besitzenden gegenwärtig zu wenig Geld haben. Oder als ob es für sie ein Vorteil wäre, wenn sie von Personen, die noch wohlhabender sind, als die heutigen Unternehmer, abhängig sind! Man vergegenwärtige sich, welche Wirkungen eingetreten sein würden, wenn der Held'sche Vorschlag im Jahre 1860 zur Durchführung gelangt wäre. Die Klasse, welche Held damals als notleidend ansah und in Schutz nahm, waren die Berliner Hausbesitzer. Ungezählte Millionen sind seitdem dieser Klasse in Folge der rapiden Steigerung des Berliner Bodenwerts ohne eigene Arbeit in den Schoß gefallen. Hätte man ihnen zum Ueberfluß noch die Hypothekenzinsen verbilligt, so wäre die Steigerung nur noch gewaltiger geworden, und die Grundstücksspekulation nur noch dreister ausgeartet. —

Energischer als die vorher Besprochenen, stellen sich Henry George und Michael Flürscheim zur agrarischen Revolution. George empfiehlt kurzweg die Konfiskation der gesamten Grundrente; Flürscheim, der die George'schen Theorien mit höchster

Wärme, aber auch mit kritischer Selbständigkeit in Deutschland verbreitet, schreckt vor diesem äußersten Mittel zurück, er will die soziale Frage auf friedlichem Wege lösen. (Vgl. sein Hauptwerk „Auf friedlichem Wege“, Verlag von J. Schmitt, Bubenheim.)

Flürscheim will den gesamten Grund und Boden zu einem festzusetzenden Werte durch den Staat ankaufen lassen und fortan in Pacht austhun, sodaß die steigende Grundrente künftig in die Staatskasse gelangt, d. h. der Kulturfortschritt Allen zugute kommt. Er glaubt, daß der Zins lediglich aus dem Privatgrundbesitz stamme, also bis auf eine geringe Risikoprämie nach der Verstaatlichung des Grundbesitzes verschwinden werde, ja daß man schließlich Kapital umsonst geben und im Interesse der Konservirung desselben dem Empfänger mitunter noch Geld zuzahlen werde. Die Einkommensart, welche als Unternehmergewinn außerhalb der Bodenspekulation erzielt wird, hält er nicht für verwerflich.

Auch er will, wie F. W. Held, den Grundbesitzern, die er auskauft, „Regierungsschatzscheine“ in Zahlung geben und dafür Pfandbriefe zu 3 Prozent unter das Publikum bringen. Der Staat würde mit der größten Leichtigkeit über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegkommen, an der Konversion der Grundrente könnte er nach einer Stamm'schen Berechnung, die Flürscheim einst für richtig hielt, mindestens $1^1/_2$ Prozent Zinsen verdienen, und diese $1^1/_2$ Prozent jährliche Zinsersparnis würde mit Zinseszins à 3 Prozent in 37 Jahren die ganze Schuld amortisiren (S. 224). Auch hier spielt also die Vorstellung von der rettenden Kraft des Zinseszinses ihre Rolle! Wie man übrigens durch Ersparen von Zins Zinseszins verdienen, also durch Nichtausgaben von Geld Geld einnehmen soll, ist mir nicht klar geworden. Der Flürscheim'sche Staat nimmt von den Pfandbriefen 5 Prozent Zinsen ein, will er nun einen Teil des Zinserträgnisses wieder zinsbar anlegen, so müßte er — eine Schraube ohne Ende — wieder neue Pfandbriefe ausgeben. Dies ginge wohl, wie man in Berlin

zu sagen pflegt, aber es geht nicht, — weil der ganze Grundbesitz bereits verpfandbrieft ist.

Hüpfen wir aber über das finanzielle Bedenken hinweg, so bleibt immer noch dunkel, welchen Nutzen das besitzlose arbeitende Volk von dieser Bodenreform haben wird. Flürscheim glaubt an die George'sche Lehre, daß der Zins lediglich aus dem Grund und Boden stammt. Dies ist jedoch falsch. Der Zins stammt aus dem Privateigentum schlechthin, also aus dem Privateigentum sowohl an beweglichen, wie an unbeweglichen Dingen. Wenn der Besitzende einem Besitzlosen ein Stück Acker verleiht und ihm gestattet, dasselbe zu bepflanzen, so fordert er Zins dafür; und wenn er eine Maschine verleiht, damit ein Anderer mit deren Hilfe arbeiten kann, fordert er nicht minder Zins, wie das Bastiat'sche Beispiel von dem geliehenen Hobel klärlich erkennen läßt. So lange also die Maschinen im Privateigentum bleiben, wird der Zins nach wie vor bestehen.

Nun meint Flürscheim zwar, wenn man den Boden auch dem Unbemittelten zugänglich macht, so könnten die Kapitalisten ruhig ihre Fabriken und Maschinen im Besitz behalten, die Unbemittelten würden sich dann schon aus den Schätzen der Erde selbst neue Fabriken und Maschinen herstellen. Wüßte man nur, wie sie dies inmitten der heutigen Produktionsform ohne Kapitalbesitz anfangen könnten.

Flürscheim hält den staatlichen Grundbesitz für eine Zauberformel, die von selbst segensreich wirkt. Ich kann mir sehr wohl ein System des Privatgrundbesitzes denken, bei welchem die Arbeiter in einer relativ glücklichen Lage sind, während ich mir ein System des Staatsgrundbesitzes vorstellen kann, welches das soziale Elend der Gegenwart in der Hauptsache unberührt läßt. Und dies letztere System scheint mir das Flürscheim'sche zu sein, da es den verheerenden Wirkungen des Unternehmergewinns und des Zinses nicht Einhalt thut und die große Masse des Volkes in der bisherigen Armut ver-

harren läßt. Was nützt dem besitzlosen Arbeiter die Verstaatlichung des Grundbesitzes?

Zerstört man die Bodenrente, indem man die Erträge ihres künftigen Wachstums dem Staat zuwendet, so mag dies zu einer Erleichterung der Steuerlast führen können und damit auch den Besitzlosen zum Vorteil gereichen. Es steht aber zu befürchten, daß sich hierbei viel schlimmere Uebelstände als bisher ausbilden. Der Staat giebt den heutigen Grundbesitzern Geld. Was machen sie mit diesem Gelde? Sicherlich, was sie bisher gemacht haben. Sie erwerben Grundstücke dafür, die sie nunmehr pachtweise inne haben. Dem Arbeiter zahlen sie nach wie vor den geringen Arbeitslohn. Der Staat muß die Grundstücke an den meistbietenden Pächter losschlagen, er darf gar nicht nach anderen Grundsätzen verfahren. Es ist ihm weder gestattet, eine Günstlingswirtschaft durch willkürliche Auswahl unter den Pächtern zu treiben, noch darf er höhere Pachtgebote zurückweisen, da die Steigerung des Pachtzinses der natürlichen Entwickelung der verstaatlichten Bodenrente entspricht.

Bei dieser Sachlage ist der Arbeiter vom Zutritt zum Grund und Boden noch eherner abgeschlossen, als gegenwärtig. Er besitzt nichts weiter als seine zehn Finger, und damit kann man heutzutage den Grund und Boden nicht einmal auf dem Lande bebauen, geschweige Häuser in der Stadt errichten oder Bergwerke anlegen. Die agrarischen und industriellen Unternehmer sind daher nach wie vor die Kapitalisten, die Ausbeutung der Arbeiter ist unverändert. Aber die Zahl der Kapitalien hat sich vermehrt, unendliche Summen Geldes sind in die Geldschränke der vormaligen Grundbesitzer geflossen, es sind neue kräftige Kapitalisten über Nacht geschaffen worden.

Nun meint Flürscheim, und auch darin ähnelt er dem alten Held, daß das Angebot der Kapitalien den Zinsfuß von seiner bisherigen Höhe stürzen werde. Sicherlich würde dies geschehen, aber ein Wehgeschrei von Millionen Menschen würde sich alsdann erheben. Man würde das Geld deswegen nicht billiger geben, als vorher, man würde nur mehr Geld geben müssen; das

Geld würde über Nacht entwertet werden, und alle die kleinen Unternehmer, welche sich mit ihren bescheidenen Kapitalien auf der unteren Stufe des Mittelstandes ernähren, wären in das Proletariat hinabgestoßen.

Flürscheim glaubt, daß er durch seinen Vorschlag den Börsen-Baronen den Garaus macht, aber er steigert nur deren Macht. Die Rothschilds würden das ganze verstaatlichte Land pachten und sich die Scharen des Volkes tributpflichtig machen. Sie würden ihre Kapitalien nicht mehr auf Grund und Boden eintragen können, aber von einer lästigen Konkurrenz befreit, nach wie vor auf die Arbeit der Besitzlosen stützen; denn nicht aus dem Grund und Boden fließt die Rente, sondern aus der Arbeit.

Henry George legt den Schwerpunkt seiner Reform nicht auf den Grundbesitz, sondern auf den Grundertrag. Er hält den Privatbesitz an Grund und Boden für unschädlich, sofern man nur den Grundbesitzern die Früchte desselben wegnimmt, oder wie er es nennt „die Grundrente appropriirt." Diesem Vorschlag hat in neuerer Zeit auch Flürscheim zugestimmt, nur unterscheidet er sich von seinem amerikanischen Parteigenossen dadurch, daß er den Grundbesitzern eine Entschädigung gleich dem kapitalisirten Wert der heutigen Grundrente zugedacht hat und blos den künftigen Rentenzuwachs „wegsteuern" möchte, während George von einer Entschädigung der Grundbesitzer nichts wissen will.

George erklärt: „Wir müssen den Grund und Boden zum Gemeingut machen" aber — fährt er fort — „ich schlage weder vor, den Privatbesitz an Grund und Boden zu kaufen, noch ihn zu konfiszziren. Das Letztere würde ungerecht, das Erstere unnötig sein. Mögen die Leute, welche jetzt Land besitzen, immerhin, wenn sie wollen, im Besitze dessen bleiben, was sie ihr Land nennen. Mögen sie fortfahren, es ihr Land zu nennen. Mögen sie es kaufen und verkaufen, vermachen und erben. Es ist nicht nötig, das Land zu konfiszziren; es ist nur nötig, daß der Staat sich die Rente aneignet. Und hierzu ist es nicht nötig, daß der Staat sich mit dem Verpachten der Grundstücke beschäftigt. Es

ist nicht nötig, daß irgend eine neue Verwaltungsmaschine geschaffen wird. Die Maschine besteht schon. Anstatt sie auszudehnen, ist Alles, was wir zu thun haben, sie vereinfachen und einschränken. Indem wir den Grundbesitzern einen Prozentsatz der Rente lassen, der wahrscheinlich viel geringer sein würde, als die Kosten und Verluste, falls wir versuchten, die Ländereien durch Vermittlung des Staates zu verpachten, könnten wir ohne Mißton oder Anstoß das gemeinschaftliche Recht auf den Grund und Boden an uns nehmen, indem wir die Rente für öffentliche Zwecke einziehen. . . Auf diese Weise kann der Staat der allgemeine Grundherr werden, ohne sich so zu nennen und ohne eine einzige neue Funktion zu übernehmen. Der Form nach würde der Grundbesitz genau so wie jetzt bleiben. Kein Eigentümer braucht depossedirt, und Niemand braucht im Umfange des statthaften Besitzes beschränkt zu werden. Das Land würde, gleichviel auf wessen Namen es eingetragen ist oder in welchen Parzellen es gehalten wird, faktisch Gemeingut sein, und jedes Mitglied des Gemeinwesens würde an den Vorteilen von dessen Besitz teilnehmen. Da nun die Besteuerung der Rente oder der Landwerte den wirklichen Staatsbedarf decken soll, so können wir die Sache in praktische Form bringen durch den Vorschlag: Alle Besteuerung außer der auf Grundwerte abzuschaffen."

Einen Anspruch auf Entschädigung der Grundbesitzer läßt George nicht gelten, weil die Erde von Rechtswegen nicht ihnen, sondern allen Erdenbewohnern gehöre, und wenn sich die Vorfahren der heutigen Grundbesitzer einst gewaltsam oder doch widerrechtlich die Erde angeeignet hätten, das hierin verübte Unrecht auch durch Verjährung sich nicht in Recht wandeln könne. Die Anwendung dieses Grundsatzes auf deutsche Verhältnisse scheint dagegen Flürscheim bedenklich, wobei ihn hauptsächlich die Schwierigkeit der praktischen Verbreitung des radikalen Prinzips bei unseren kleinen Bauern zu bestimmen scheint.

Thatsächlich sind auch die ökonomischen Verhältnisse in dem Heimatslande von George anders als bei uns geartet. In den Vereinigten Staaten ist der Grundbesitz unverschuldet,

die Rente fließt also dem Besitzer ohne Abzug zu, während wir mit einem vielfach überschuldeten Grundbesitz zu rechnen haben, und die Erträge des Grundstückes oft kaum zur Deckung der Grundschuldzinsen hinreichen. Wie man solchen armen Besitzern außerdem noch von Staatswegen jegliche Grundrente wegnehmen könnte, unter dem Vorgeben, die sozialen Leiden hierdurch zu heilen, ist nicht klar. Flürscheim will daher die bisherigen Empfänger der Grundrente entschädigen, indem er die Grundrente kapitalisirt und das Kapital durch Ausgabe von „Staatspfandbriefen" tilgt. Näheres über diesen allerjüngsten Vorschlag findet man in der Zeitschrift „Deutsch Land" Nr. 26 März 1889, Artikel „Grundsätze des Bundes für Bodenbesitzreform".

Auch dieser Vorschlag ist jedoch in hohem Maße bedenklich. Wo der Grund und Boden nur gering belastet oder überhaupt nicht verpfändet ist, würde der Grundbesitzer die neuen Pfandbriefe zwar erhalten, in allen anderen Fällen gelangt aber die staatliche Entschädigung in die Geldschränke der Kapitalisten, Bankiers und Wucherer. Die besitzlosen Klassen bleiben arm, und die Betriebsmittel des Kapitalismus werden außerordentlich vermehrt. Dies würde die schlimmen Folgen einer Entwertung des Geldes fast in demselben Maße hervorrufen, als ob man den Grundbesitz von Staatswegen ankaufen und demnächst zur Verpachtung ausschreiben würde.

Die Reform würde überdies auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen. Flürscheim macht einen Unterschied zwischen Grundbesitzern einerseits und Haussitzern, sowie Landwirten andererseits, indem er annimmt, daß das Land, auf welchem ein Haus steht, nicht dem Hausbesitzer zu gehören braucht, und daher nur dem Landbesitzer, nicht auch dem Hausbesitzer zu Leibe gehen will. Damit wird auf einem Gebiet, für welches die Rechtswissenschaft das Prinzip der Vertragsfreiheit nicht anerkennt, auf sachenrechtlichem Gebiete, eine gänzlich neue Rechtsform aufgestellt, deren juristische Grundlagen zur Zeit noch fehlen. Indes würde man über diese und mehrere ähnliche

Schwierigkeiten wohl hinwegkommen. Es handelt sich ja nicht darum, Unmögliches zu leisten; wäre die segenreiche Wirkung der geforderten Reform über jeden Zweifel erhaben, so würde es eben gelten, allen Scharfsinn aufzuwenden, damit sie in der verständigsten Weise durchgeführt wird.

Verhehlen darf man sich ferner nicht, daß es ohne schmerzliche Enttäuschungen zahlreicher Personen nicht würde abgehen können. Es gibt überschuldete Grundstücke, deren dingliche Belastung über den Kapitalswert der zeitigen Grundrente hinausgeht. Die Besitzer derselben würden daher entweder ihren Gläubigern die Zinsen oder dem Staate die weggesteuerte Rente schuldig bleiben, und es bliebe dem Staate nur übrig, sie durch Anwendung des Subhastationsverfahrens von ihren Grundstücken zu verjagen, auf denen sie sich — man denke namentlich an die Inhaber kleiner Gärtnerstellen — bisher mühselig ernährt haben. Dies Bedenken müßte, immer vorausgesetzt, daß die Reform sonst wünschenswert ist, freilich in den Kauf genommen werden. Hat man nicht noch vor hundert Jahren, jeder Fürstenlaune, jedem despotischen Wunsche einer hochgestellten Maitresse zu Liebe blutige Kriege angezettelt, welche Millionen Thaler verschlungen und tausende von Menschenleben gekostet haben? Werden nicht jetzt noch der kolonialen Eitelkeit, der militärischen Gefallsucht mit einer an die indischen Fakirs erinnernden Begeisterung unbegrenzte Opfer gebracht? Müssen nicht jetzt in fernen Gewässern unsre stolzen Kriegsschiffe, die mit dem Schweiße der Nation erbaut sind, in den Wellen versinken, — unsere kräftigen lebenslustigen Matrosen ruhmlos in der Salzflut zu Grunde gehen, damit einige Hamburger Millionäre einer Handvoll wilder Indianer Kokosnüsse abkaufen können? Und es sollte darauf ankommen, zum Wohle der ganzen Menschheit eine Anzahl Scheinbesitzer ihres Putativtitels zu entkleiden!

Auch ist zuzugeben, daß der Vorschlag, die Rente wegzusteuern, viel empfehlenswerter ist, als der Versuch, die Rente unter der Form eines staatlichen Pachtzinses zu vereinnahmen.

In beiden Fällen ist zwar der Besitzlose vom Grund und Boden ausgeschlossen und nur der Besitzende zahlt die Rente, die ihm einen Freibrief auf die Ausbeutung der Arbeit gewährt, — in dem letzteren Falle jedoch ist die Rente ein Privileg der Besitzenden, in dem ersteren Falle eine den Besitzenden auferlegte Last. Bei Verpachtung des Grund und Bodens wird die Rente pränumerando erhoben und stellt den Preisschilling dar, mittelst dessen der Besitzende sich das Recht der Ausbeutung erwirbt, — bei Wegsteuerung der Rente wird nach erfolgter Ausbeutung dem Besitzenden die Beute wieder weggenommen.

Und dennoch hindern uns gewichtige Gründe, dem George-Flürscheim'schen Vorschlage zuzustimmen. Die Reform leidet an Halbheit, ja sie ist weniger als halb, sie bleibt uns zwei Drittel schuldig. Der arbeitslose Erwerb zerfällt in Zins, Gewinn und Rente. Würde man außer der Rente auch noch den Zins und den Gewinn wegsteuern, so wäre die soziale Frage gelöst, läßt man aber den Zins und den Gewinn bestehen, läßt man also den Kapitalismus in der Hauptsache unberührt, so verbleibt es bei der sozialen Ungleichheit mit ihren entsetzlichen Folgen. Es nützt nichts, daß die Erde Allen gemeinsam gehört, wenn das Privateigentum an allen ihren Bestandteilen und Erzeugnissen bestehen bleibt. Das Weltmeer gehört auch allen Menschen gemeinsam, und doch vermögen nur die steinreichen Rheder Dampfschiffe auf denselben fahren zu lassen, wiewohl in der Theorie dies Recht sogar dem Bettler zusteht.

Nun will Henry George nur demjenigen Erwerbe zu Leibe gehen, der aus dem Boden von selbst fließt. Daß es einen Unternehmergewinn gibt, leugnet er überhaupt, und den Zins rechtfertigt er mit sittlich-natürlichen Gründen. Er will also nur dem Hauswirt, der die Mieten steigert, dem Gutsbesitzer, der den Pachtzins in die Höhe schraubt, das Handwerk legen. Dagegen wird nach wie vor der Börsenjobber im „Schwänzen" und „Fixen" von Papieren einen Erwerb suchen dürfen, es soll nach wie vor gestattet sein, Getreide zu verkaufen, welches man nicht besitzt, und in der Produktion nach Herzenslust und

Willkür zu spekuliren. Es soll nach wie vor Privatkapital zu allen Erwerbszweigen erforderlich sein, sodaß der Spekulant und der Arbeiter wie bisher gegen Zahlung von Zinsen Kapital entleihen werden. Flürscheim löst sogar den Hausbesitzer vom Grundbesitzer los und gestattet daher in seinem sozialen Staate die Verschaffung eines Erwerbes durch Steigerung der Mietspreise.

Ja, was will man dann wegsteuern? Wenn man sich ängstlich hütet, Gewinn und Zins anzutasten, wenn man sogar eine Gefahrprämie billigt, als ob die Gefahr eine werterzeugende Wirkung hätte, welche Einnahme bleibt dann noch zur Wegsteuerung übrig? Die reine Bodenrente? Fließt sie denn von selbst? Ist es ein Naturgesetz, daß die Wohnungsmieten und Pachtzinsen alljährlich steigen müssen? Oder kommt diese Wirkung nicht aus der wohl überlegten Spekulation der durch unbewußte Koalition mächtigen Grundbesitzer? Ist die Bodenrente nicht ein Kind des Unternehmergewinns?

Von zwei Dingen eines: Entweder die Steuer trifft die Bodenrente überhaupt nicht, sie drückt lediglich die derzeitigen Grundbesitzer mit etwas kräftigerem Gewicht, als dies durch die dem Grundbesitz auferlegten öffentlichen Lasten gegenwärtig geschieht, — dann sind nach wie vor die Hypothekengläubiger die Glücklichen, welche die unerlaubte Bodenrente auf dem Wege des erlaubten Zinses einschlucken und verdauen. Oder die Steuer wird nach einem derart wohl berechneten Veranlagungssystem erhoben, daß sie den gesamten Zuwachs an neu entstehender Rente konfiszirt, dann werden die Steuererheber überhaupt nichts zu thun haben, weil keine Rente entstehen wird. Weshalb sollten die Hausbesitzer ihre Mieter steigern, wenn ihnen ihre Beute vom Staate sofort wieder abgejagt wird? Unsere Hausbesitzer sind nicht deshalb schlecht und hartherzig, weil eine Verderbtheit des Gemütes sie an der Sündhaftigkeit Vergnügen empfinden läßt, sondern weil ihnen die Bedrückung ihrer Mitmenschen Geld einbringt. Sie würden sich aber hüten, schlecht und hartherzig zu sein, wenn sie mit diesen Lastern nur

dem Fiskus Geld einbrächten. Und wenn die Schar der Wohnungslosen sie noch so sehr bedrängt, sie würden doch edel sein und es bei den alten Mietspreisen bewenden lassen, anstatt die Preise zu erhöhen. Beileibe würden sie nicht etwa den Staat durch Verheimlichung der Mieten um den Rentenzuwachs zu betrügen suchen, denn sonst bekämen sie nach § 7 des Flürscheim'schen Gesetzentwurfs Zuchthaus bis zu zehn Jahren. („Deutsch Land" Nr. 24 Februar 1889). Aber sie würden in den Wohnhäusern keine Reparaturen mehr vornehmen lassen, und wir würden schließlich nicht mehr in menschlichen Gemächern wohnen, sondern in verfallenen Höhlen hausen. —

Als Ergänzung zu den Bestrebungen der Agrar-Reformer ist auf einen Vorschlag aufmerksam zu machen, den ein Schriftsteller, welchem Zins und Gewinn verhaßt waren, während er die Rente der Agrarier für harmlos hielt, einstmals gemacht hat. Dr. Rud. Meyer, der freilich inzwischen wohl über die Agrarier anders denken gelernt hat, schlug im Jahre 1873 in der „Berliner Revue" („Wacht an der Mosel") vor, daß jeder über 5 Prozent hinausgehende Zins, sowie jeder über 5 Prozent hinausgehende Unternehmergewinn, soweit letzterer als Dividende einer Aktiengesellschaft zur Hebung gelangt, vom Staate konfiszirt werden soll. Rodbertus hat die Unzulänglichkeit dieses Versuchs in einem Schreiben beleuchtet, welches zu seinen vorzüglichsten Leistungen zählt. (S. Briefe und Sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow. Herausgegeben von Dr. Rud. Meyer. I. Band. Schreiben 117 vom 6. Januar 1873.) Im zweiten Bande des allegirten Werks wird auf Seite 492 unter Nr. 21 ein Entwurf von R. Meyer mitgeteilt, worin er erklärt, die Grundrente wolle er überhaupt nicht beschneiden, bei dem Kapitalgewinn unterscheide er zwei Arten a) Gewinn von solchem Kapital, welches in der Hand des Besitzers arbeitet, b) Gewinn (Zins oder Dividende) von solchem Kapital, das nicht in der Hand des Besitzers arbeitet. Auch den Gewinn zu a wolle er nicht antasten und nur den Gewinn zu b auf 5 Prozent jährlich herabsetzen.

Dieser Meyer'sche Vorschlag ist interessant, weil er auf die richtigen Wege hinleitet und zeigt, wie klar der Autor die wirklichen Ursachen der sozialen Frage, die falsche Verteilung des Nationaleinkommens in Lohn, Zins, Gewinn und Rente erkannt hat. Wie der Vorschlag hier formulirt ist, erscheint er freilich nur als eine nationalökonomische Schrulle, der subjektiven Abneigung des Autors gegen Aktiengründungen entsprossen. Was es dem Arbeiter nützen soll, wenn man die großen vielfach gemeinnützig wirkenden Aktiengesellschaften mit anderem Maßstabe als die Privatunternehmer mißt, und dem Kapital, sobald es im persönlichen Machtbereich eines Privatunternehmers arbeitet, die schrankenlose Ausbeutung der Arbeit freigibt, ist unerfindlich.

Es ist endlich noch der vielberufene Lassalle'sche Vorschlag zu würdigen.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit haben wir es nicht mit dem Politiker, dem Philosophen oder dem Juristen Lassalle zu thun, sondern ausschließlich mit dem Nationalökonomen. Lassalle besitzt das Verdienst, die ökonomische Wissenschaft um eine Menge geistreicher Einfälle bereichert zu haben, er hat einer originellen Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Details die Wege geebnet, aber er hat nichts hinterlassen, was der Wissenschaft im Ganzen, in ihrem systematischen Zusammenhange, zu Gute gekommen wäre. Er selbst äußert in einem seiner Werke, daß er den Wunsch gehegt hatte, die Grundzüge der sozialistischen Nationalökonomie exakt festzustellen. Er sei jedoch durch die Fortschritte der Arbeiterbewegung überrascht und zu früh in den Strudel der praktischen Agitation hineingerissen worden, bevor er noch die theoretischen Grundlagen seiner Agitation feststellen konnte.

Man kann nur bedauern, daß die Welt ein theoretisches Werk über die Nationalökonomie aus der Feder Lassalle's nicht mehr erhalten hat; denn sicherlich wäre dies ein Werk von bedeutendem Nutzen geworden. Lassalle besaß die Tiefe der Gedanken und die Schärfe der Kritik, um Hervorragendes zu liefern;

sein Empfinden war groß und menschlich. Dennoch darf man sich nicht verhehlen, daß er das letzte entscheidende Wort der weltbewegenden sozialen Frage nicht gesagt haben würde. Sein Geist war von einem starken Autoritätsbedürfnis erfüllt, welches ihn auch zum Kultus der Autorität drängte. Er liebte, bewundert zu werden, und gefiel sich darin, Andere zu bewundern. Seine rein wissenschaftlichen Schriften, besonders sein „System der erworbenen Rechte" lassen auf jeder Seite diesen Drang erkennen. Auch auf dem Gebiete der Nationalökonomie würde er sich dem hergebrachten Kultus der Schablone nicht entwunden haben. Er wäre in die Fußstapfen der klassischen britischen Nationalökonomen getreten, und wenn er auch ihre Aussprüche mit dem lauteren Golde des Genius ausgeschmückt hätte, so wäre er doch über den engen Bannkreis ihrer Ideen nicht vorgedrungen. Er hätte voraussichtlich die Oekonomie auf eine Handvoll Naturgesetze zurückgeführt, allein im wirtschaftlichen Leben haben solche Gesetze niemals und nirgends unbedingte Geltung.

Vor anderthalb Jahrzehnten stand ich selbst noch gänzlich unter der Zauberwirkung der Lassalle'schen Agitation. Wer damals gewagt hätte, sich so unbefangen und kritisch über die Grenzen des Lassalle'schen Denkvermögens, wie ich es hier thue, zu äußern, würde Verwünschungen der redlichen, aber beschränkten Führer der Arbeiterpartei geerntet haben. Heut ist die Arbeiterpartei reifer geworden, sie hegt noch dieselbe Ehrfurcht vor den großen Verdiensten Lassalle's, aber sie hat den Glauben an seine Unfehlbarkeit abgestreift. Sie hat ihm gegenüber den Autoritäts-Kultus abgelegt und sie wird schließlich lernen, auch den anderen Größen des Tages, trotz rückhaltloser Bewunderung ihrer Verdienste, die Selbständigkeit des eigenen Denkens entgegenzusetzen.

Der Lassalle'sche Vorschlag gipfelt darin, den Arbeiterstand durch Errichtung von Produktivgenossenschaften, die an jedem Orte immer einen ganzen Produktionszweig umfassen, zu seinem eigenen Unternehmer zu machen, damit er nicht mehr den

dürftigen Arbeitslohn, sondern den Gewinn des Unternehmens, den vollen Arbeitsertrag erhalte. Die hierzu erforderlichen Geldmittel soll der Staat dem Arbeiterstand geben, indem er unter Inanspruchnahme seines Kredits Papiergeld verausgabt. Im „Arbeiterlesebuch" heißt es darüber:

„Nehmen Sie einmal an, wir hätten nur hundert Millionen Thaler zu unserem Zweck. Wir hätten dann sogar für die erste Zeit noch viel zu viel. Weit mehr, als wir im Anfang wirklich für Assoziationen verwenden könnten! Der Kapitalzins steht zu 5 Prozent im Allgemeinen. Dieser Kapitalzins ist nicht zu verwechseln mit dem Unternehmergewinn. Der Kapitalzins wird von dem Unternehmer selbst dem Kapitalisten bezahlt. Diese 5 Prozent geben jährlich 5 Millionen Thaler, die man gleichfalls von Neuem, wenn wir jene 100 Millionen hätten, zu demselben Zwecke, zur Gründung von Arbeiter-Assoziationen austhun könnte. Durch die Kraft des Zinseszinses würden binnen 14 Jahren diese jährlichen 5 Millionen das Kapital verdoppelt haben, und wir würden von da ab 200 Millionen haben, sodaß wir von nun ab 10 Millionen jährliche Zinsen hätten, welche wir für Arbeiter-Assoziationen verwenden könnten. Nehmen Sie nun an, daß im Durchschnitt aller Gewerbe auf ein Kapital von einer Million Thaler ungefähr 4000 Arbeiter arbeiten können; dies ist eine ganz beispielsweise von mir gemachte Annahme, die wahrscheinlich eher eine viel zu geringe ist, als eine zu hohe. Die Zahl ist übrigens gleichgiltig, sie dient hier nur als Beispiel. Auf Grund der 100 Millionen Thaler also könnten sich 400 000 Arbeiter assoziiren, das wäre mit ihren Familien, wenn wir sie durchschnittlich auf 5 Personen veranschlagen, eine Bevölkerung von 2 Millionen; mit 10 Millionen jährlichen Zinsen könnte neuen 40 000 Arbeitern jährlich die Möglichkeit der Freiheit und des Wohlstandes erblühen und somit neuen 200 000 Menschen, oder während der ersten 14 Jahre, solange wir nur 5 Millionen jährlich annehmen, mindestens wiederum neuen 20 000 Arbeitern jährlich mit ihren Familien, und so wäre

ein Weg gegeben, der in einer bestimmten Zeit Euch Alle aus der Wüste führt, alle arbeitenden Klassen der Gesellschaft ohne Ausnahme. Aber das ist noch Nichts! So viel seht Ihr doch ein, daß ein industrieller Gewerbszweig dem anderen in die Hände arbeitet; was für den Einen sein Industrieprodukt ist, ist für den Andern der Rohstoff, auf und an welchem er seine Arbeit anfängt. Der Gerber arbeitet dem Schuhmacher in die Hand, der Tuchfabrikarbeiter dem Schneider, die Eisen- und Stahlarbeiter arbeiten dem Maschinenbauer, dieser wieder hundert anderen Gewerken in die Hand u. s. f. Wenn also z. B. erst 70 oder 80 Gewerke im Großen assoziirt wären, so brauchte das 71. gar kein neues Geld, sondern es brauchte nur den Kredit der 70 früheren und hätte an diesem Kredit die hinreichende Bedingung seiner Existenz, denn es bezieht von diesen bereits bestehenden Gesellschaften seinen Rohstoff und seine Maschinen. Und wenn nun 71 solcher Assoziationen neues Geld bilden, und wenn erst 150 bestehen, können neue 20 ohne neues Geld sich bilden und in jenem Kredit die Bedingung ihrer Arbeit haben. So sehen Sie, daß meine frühere Rechnung, es würden jedes Jahr auf Grund der neuen 5 oder 10 Millionen neue 20 000 oder 40 000 Arbeiter befreit werden können, noch eine viel zu geringe ist, und daß, wenn die Assoziirung erst fortgeschritten wäre und sich entwickelt hätte, weit größere Massen sich jährlich assoziiren und zum Licht der Freiheit und des Wohlstandes hindurch dringen könnten, weit größere Massen und in weit schnellerer Zeit, als durch mein früheres Rechenexempel gegeben ist. Darum habe ich Ihnen schon in meinem „Antwortschreiben" gesagt, daß alle diese Arbeiter-Assoziationen in einem Kreditverband unter einander zu stehen haben."

Lassalle selbst hielt zwar viel auf diesen Vorschlag, er war sich aber auch klar, daß derselbe eine Lösung der sozialen Frage nicht in sich schließe. In einem vertraulichen Briefe an Rodbertus (Briefe von Ferdinand Lassalle an Carl Rodbertus-Jagetzow, Berlin, 1878), den er am 28. April 1863 ge-

schrieben hat (S. 46), äußert er: „Daß Grund- und Kapitaleigentum abzulösen ist — das ist eben, seitdem ich ökonomisch denke, der innerste Kern meiner Ansicht! Freilich darf man das dem Mob heut noch nicht sagen.“

Innerlich unterscheidet sich der Lassalle'sche Vorschlag wesentlich von den vorher besprochenen. Der Arbeiterstand soll zu seinem eigenen Unternehmer gemacht werden, an die Stelle des Arbeitslohnes soll der volle Arbeitsertrag treten. Auch hier treibt die Vorstellung von der praktischen Erzielbarkeit des Zinseszinses ihr Unwesen, noch dazu in recht bösartiger Form. Die Arbeiter sollen zur Verfügung des Staates, der ihnen 100 Millionen Thaler leiht, nach Ablauf von 14 Jahren 100 Millionen Thaler als Zinseszins zurückzahlen; das ist wahrscheinlich mehr, als ihr Unternehmergewinn betragen würde. Die Arbeiter wären dann der schlimmsten Ausbeutung einer unerschwinglichen Zinseszins-Sklaverei seitens des Staates unterworfen.

Nimmt man aber an, daß, wie dies seitens des Organs der Lassalleaner, des „Neuen Sozialdemokrat“ im Jahre 1873 ausgeführt worden ist, die Arbeiter heut mehr als 100 Millionen Thaler fordern würden, und daß sie dies Geld zinsfrei erhielten, so wäre damit dem Arbeiterstande noch lange nicht geholfen.

Es wäre nur einem Teile der Arbeiter Gelegenheit geboten, die Macht des Unternehmergewinns zu besiegen, Zins und Rente dagegen behielten ihre schrankenlose Herrschaft. Wenn nun die neuen Associationen inmitten der herrschenden industriellen Unsicherheit und umgeben von der kapitalistischen Konkurrenz, gute geschäftliche Resultate erzielten, was würde dies dem gesamten Arbeiterstande nützen? Wenn sie aber zufällig schlecht geleitet wären und geschäftliche Unglücksfälle erlebten, würde dies beweisen, daß die Produktiv-Association an sich nichts taugt?

So lange man die Unsicherheit der bürgerlichen Existenz nicht beseitigt, ist jeder Versuch zur Lösung der sozialen Frage

ohnmächtig. Eine Lösung kann nur dann erfolgen, wenn der Arbeit eine **gesicherte Grundlage**, der Produktion eine **absatzbereite Konsumtion** gegeben wird!

VIII.

Die Lösung.

Aus den bisherigen Auseinandersetzungen ergiebt sich, daß eine Lösung der sozialen Frage nur möglich ist, sobald der arbeitslose Erwerb in allen seinen Formen verboten wird. Beseitigt man Zins, Gewinn und Rente, so erhält der Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit als Einkommen, und da die Ungleichheit des Besitzes, zugleich mit der b[illegible]en Spekulationswut abgeschafft ist, kann die Stetigkeit des Arbeitsverdienstes durch Handelskrisen nicht mehr in Frage gestellt werden. Der Staat, welcher die soziale Frage gelöst hat, wird nur zwei Einkommensarten kennen: **Lohn** für die Arbeitsfähigen und **Pension** für die Arbeitsunfähigen.

Die Lösung der sozialen Frage ist unabhängig von allen politischen Verfassungsverhältnissen. Sie ist in einem despotisch regierten Staate ebenso wohl möglich, wie in einer auf Volksgesetzgebung beruhenden Republik. Segensreich kann sie aber nur in einem freien Staate wirken, weil sie nur dort die freudige Arbeitsbereitschaft einer aufgeklärten Bevölkerung finden wird. Unfähig zur Lösung der sozialen Frage sind die modernen Staaten, solange sie unter dem Druck des Militarismus stehen, der die Früchte redlichen Schaffens nichtigem Kriegsruhm zum Opfer bringt und die Grundlagen ungestörter Arbeit, das friedliche Einvernehmen der Völker und den Wetteifer in der Förderung gemeinsamer Fortschritte, im Keime vernichtet.

Man macht den Sozialisten einen Vorwurf daraus, daß sie sich hüten, über die Organisation des künftigen Gesellschaftsstaates nähere Angaben zu machen. Dieser Vorwurf, so unbegründet er in der Hauptsache ist, hat einen berechtigten Kern.

Niemand ist im Stande, vorauszusagen, wie der Gesellschaftsstaat sich organisiren wird. Sobald die Zeit zur Organisation gekommen sein wird, wird man über die Ausführung beraten; es wäre müssig, jetzt schon der Zukunft Vorschriften zu machen.

Die älteren Sozialisten haben phantastische Schilderungen von der Glückseligkeit entworfen, deren die Menschen in dem wohlgeleiteten ikarischen Staatswesen theilhaftig werden sollen. Aber diese Schwärmerei ist nicht ernst zu nehmen, und die neueren Sozialisten schwärmen nicht mehr für ein Eldorado, in welchem das Salzmeer seinen bitteren Geschmack ablegen und eitel Limonade in seinen Wogen enthalten wird. Wo dennoch in jüngster Zeit Schilderungen des sozialistischen Arbeitsbetriebes versucht worden sind, kommt denselben die entscheidende Bedeutung eines Parteiprogrammes nicht zu. Diese Versuche — ich verweise besonders auf die Schrift von August Bebel „Die Frau und der Sozialismus", Zürich, 1879 — enthalten nichts Abenteuerliches, nichts Lächerliches, sie geben verständig an, was geschehen könnte; aber sie sagen nicht, was geschehen wird. Vielleicht wird die Entwicklung so sein, wie der Autor sie sich denkt; vielleicht wird sie anders und besser sein. Der Autor hat die Möglichkeit eines bestimmten Verfahrens dargelegt und damit den Einwurf der Unmöglichkeit widerlegt, aber er ist kein Hellseher, der künftige Dinge prophetischen Blickes verkünden kann.

Wenn es sonach ein müssiges Verlangen ist, die Details des neuen Gesellschaftsbau's von den Anhängern des Sozialismus zu fordern, so fehlt doch, wie bereits angedeutet, dem Vorwurf, daß über den sozialen Staat zu wenig Klarheit herrsche, nicht schlechtweg jegliche Begründung. Wir brauchen nicht zu wissen, was in der Zeiten Schoß schlummert, aber wir müssen wissen und angeben, was wir selbst wollen, und zu diesem Ende muß über drei Punkte völlige Klarheit ausgegossen werden, über die ökonomischen Grundlagen des künftigen Gesellschaftsstaates, über den Zeitpunkt, in welchem die menschliche Gesellschaft für das neue Staatswesen

reif sein wird, und über die Maßregeln, welche man bei dem Uebergange von dem gegenwärtigen zum künftigen Staatswesen zu ergreifen hat.

Die ökonomischen Grundlagen der zukünftigen Produktion werden in den sozialistischen Programmen blos in allgemeinen Umrissen dargestellt. Ueber den Zeitpunkt, in welchem der Gesellschaftsstaat praktisch verwirklicht werden wird, gibt die sozialistische Litteratur nur dürftige Andeutungen. Und das, was geschehen müßte, wenn eines Tages der Grundstein zum sozialen Neubau gelegt werden soll, hat bisher noch kein sozialistischer Schriftsteller behandelt.

Der deutsche Sozialismus steht vornehmlich unter dem Einfluß von Karl Marx, und dieser hat es abgelehnt, über die sozialistischen Pläne nähere Ausführungen zu machen. In der Streitschrift gegen Bakunin „Les prétendues scissions dans l'Internationale“ (Zirkular des Generalrats der Internationalen über „die angeblichen Spaltungen in der Internationale“) erklärt er dies Beginnen als ein Merkmal der Sektenbewegung und behandelt die Sekten als eine der Arbeiterbewegung hinderliche Erscheinung. In dem von Marx und F. Engels gemeinsam verfaßten klassischen „Manifest der kommunistischen Partei“ (London, 1847), welches allen späteren Programmen zu Grunde gelegen hat, wird gefordert, daß das Kapital nicht mehr ausschließlich einer kleinen Klasse der Gesellschaft gehören soll, sondern allen ihren Mitgliedern gemeinschaftlich. Es wird daher ein Privateigentum an Produktionsmitteln nicht gestattet, und nur in den engen Grenzen des persönlichen Bedarfs, des eigenen Verbrauchs ein Privateigentum an den hierzu erforderlichen Gegenständen zugelassen. Das Proletariat soll sich als herrschende Klasse erheben und alle Produktionsinstrumente an sich reißen. Die Organisation der Arbeit würde je nach den verschiedenen Ländern sich verschieden gestalten. In den fortgeschrittensten Ländern kämen zur Anwendung: Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben; starke Progressivsteuer; Abschaffung

des Erbrechts; Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen; Zentralisation des Kredits in den Ländern des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol; Zentralisation alles Transportwesens in den Händen des Staats; Vermehrung der Nationalfabriken, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinsamen Plane; gleicher Arbeitszwang für Alle nebst Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau; Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmäliche Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land; öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder, Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form, Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion u. s. w.

Ueber die voraussichtliche Dauer der gegenwärtigen Gesellschaftsform macht Marx im „Kapital" nähere Angaben. Er glaubt, daß die Gesellschaft eines Tages von selbst zerfallen wird, infolge eines von ihm entdeckten Gesetzes, wonach die großen Kapitalien die kleinen aufschlucken. Es werden eines Tages nicht mehr wie jetzt eine Menge Millionäre und eine noch weit größere Zahl Hundertausend-Thaler-Männer vorhanden sein, sondern die Mehrheit derselben wird verschwinden, und nur noch einige wenige Milliardäre werden dem besitzlosen Volke gegenüberstehen. Dann aber ist die Gesellschaft für den Sozialismus reif, und der Zukunftsstaat tritt ein.

In dem Abschnitt „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" wird auseinandergesetzt, wie der Kapitalismus allmälich die Lohnarbeiter sich unterwirft und ihres Eigentums beraubt, dann heißt es (Bd. 1 S. 789 ff.): „Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die

weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriiren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitirende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Centralisation der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Centralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter . . . . Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Centralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt . . . . . Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des thatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

Marx spricht sich hier über den Zeitpunkt aus, in welchem der Sozialismus berufen sein wird, zur praktischen Arbeit, zur Errichtung des neuen Gesellschaftsgebäudes überzugehen. Dieser Zeitpunkt liegt in der Zukunft. Es ist uns nicht gegeben, sein Eintreten zu beschleunigen, er wird eines Tages von selbst kommen, und dann wird es gelten, mit kräftigen Hammerschlägen die Waffen für das neue Glück der Menschheit zu schmieden. Eines Tages wird die Verarmung der Menschheit ihren Höhepunkt erreicht haben, das Nationalvermögen wird sich in den Händen der Rothschilde und Bleichröder konzentrirt haben, die übrige Menschheit wird gänzlich ausgeplündert sein, dann aber wird der stolze Bau des Kapitalismus ins

Wanken kommen und über Nacht den ungestümen Angriffen der vereinigten Proletarier erliegen.

Ein gläubiger Marxist wird daher, wenn er logisch denkt, auf die Frage, welche Aufgaben der Sozialismus in der Gegenwart zu lösen habe, antworten: „Gar keine!“ Der richtig urteilende Marxist wird erklären, daß die Sozialisten nichts weiter zu thun brauchen und auch gar nichts anderes thun dürfen, als ruhig, mit verschränkten Armen **abwarten,** bis das große Gesetz von der Aufsaugungsfähigkeit der stärkeren Kapitalien sich erfüllt und das Tischlein des Sozialismus sich von selbst gedeckt hat. Alle Vorschläge zur Organisation der Gesellschaft würde der Marxist als unverständige Sektirerei verwerfen, solange es in dieser Welt noch zahlreiche Millionäre gibt, die dem Verschluckungsvermögen der Milliardäre bisher entgangen sind.

„**Abwarten**“ ist also das ökonomische Stichwort der Marx'schen Schule.

Wie aber dann, wenn unglücklicherweise das große Gesetz von der Konzentration der Kapitalien in immer weniger zahlreiche Hände falsch sein sollte, — wenn der Zeitpunkt auf den Marx uns vertröstet, niemals eintreten könnte, — wenn das arme darbende Volk der von Marx bezeichneten Erlösungsstunde stets vergebens entgegenharren müßte?

Diese Frage ist folgenschwer; denn von ihrer Beantwortung hängen die praktischen Aufgaben der sozialistischen Partei ab.

Nun will ich allerdings durchaus nicht leugnen, daß die von Marx entdeckte geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation besteht. Marx hat sich auch hier, wie auf anderen Gebieten wiederholt, als nationalökonomischer Seher gezeigt, der die Entfaltung der Zukunft aus der Ferne vorhergeschaut hat. Seitdem er den Schlußabschnitt vom ersten Bande seines „Kapital“ niedergeschrieben hat, ist fast ein Menschenalter verstrichen, und in diesem hinter uns liegenden Zeitraum hat sich die Uebermacht des Großkapitals allerwärts bewährt und unausgesetzt befestigt. In den Vereinigten Staaten von Nord-

amerika sind die Eisenbahn- und Petroleumkönige erstanden, in der alten Welt haben die Finanzbarone Milliarden aufgespeichert, das Volk aber ist arm geblieben, ja es ist nur noch ärmer geworden. Das ökonomische Bedürfnis nach Konzentration der Kapitalien hat zur Begründung vielfältiger Aktiengesellschaften geführt, die mit ihren Millionen den Weltmarkt beherrschen. Der Handwerkerstand ist fast ausgestorben, die Börse, die Großgrundbesitzer haben die Staffel der gesellschaftlichen Allmacht erklommen.

Und doch herrscht das von Marx entdeckte Gesetz nicht unumschränkt. Von dem Endziel der Bewegung sind wir noch ebenso weit entfernt, wie vor fünfundzwanzig Jahren, und wir werden diesem Ziele, solange der Kapitalismus herrscht, niemals näher kommen.

Wenn es auch richtig ist, daß die Gesellschaft sich mit Milliardären zu bevölkern beginnt, so hat doch die Zahl der kleinen Millionäre und der Hunderttausendthaler-Männer deswegen sich nicht vermindert. Die Milliardäre haben nicht den begüterten Mittelstand ausgesogen, sondern ausschließlich das vermögenslose arbeitende Volk.

Und überdies steht der auf Konzentration der Kapitalien gerichteten Bewegung eine andere Bewegung entgegen, welche auf Zersplitterung des Kapitalbesitzes hinausläuft. Die großen Kapitalien wachsen, je weiter sie vorrücken, um so langsamer. Sobald die Kapitalmenge eine gewisse Höhe erreicht hat, beginnt das Kapital schwerfällig und träge zu werden. Es ist eine überall beobachtete Thatsache, daß man bei Anlegung der ganz großen Kapitalien mit einem geringeren Zinsfuß fürlieb nehmen muß, als dem durchschnittlich üblichen. Der Deutsche Reichsinvalidenfonds, der preußische Welfenfonds ergeben 1 bis $1^1/_2$ Prozent weniger an Zinsen, als der kleine Privatkapitalist für seine Anlagewerte ohne jede Gefahr zu erzielen vermag. Die bankfähigen Wechsel der Bankiers werden stets erheblich unter dem offiziellen Diskontosatz der Staatsbanken beliehen. Der mittlere Kapitalist, der seine Kapitalien persönlich über-

wachen kann, erzielt aus ihnen einen höheren Gewinn, als der ganz reiche Kapitalist, dem es unmöglich ist, seinen schwer beweglichen Besitzstand schnell durch vorteilhafte Veränderungen in andere Lagen zu bringen.

Die für unsere ökonomische Entwicklung charakteristische Gründung von Aktiengesellschaften, die man als schlagendsten Beleg für die Richtigkeit des Marx'schen Gesetzes anzuführen liebt, zeigt gerade dessen Unvollkommenheit an. Die Gründungen bedeuten allerdings eine Konzentration von Kapitalien, sachlich betrachtet, aber sie schließen nicht die Vereinigung des Besitzes in wenige Hände ein, sondern geradezu die Zersplitterung des Besitzes in zahlreiche Hände von mittleren Kapitalisten und befördern so eine Tendenz, welche der von Marx behaupteten geschichtlichen Akkumulationsbewegung als rückläufiges Element gegenübersteht. Durch die Aktiengesellschaften vermag der kapitalistische Mittelstand sich dem Großkapital gegenüber als gleich kräftiger Faktor zu organisiren, und da die Association des Mittelstandes unausgesetzt zunimmt, werden weder wir noch unsere Kinder und Kindeskinder das von Marx verkündete Ende der Dinge erleben.

Marx stellt das von ihm entdeckte Gesetz: „Je ein Kapitalist schlägt viele tot" ganz aphoristisch an den Schluß des ersten Bandes, ohne einen Beweis für die Richtigkeit dieses Gedankens zu erbringen. Auch im zweiten Bande wird der fehlende Beweis nicht geliefert, der Inhalt und selbst das Schicksal des dritten Bandes sind in Dunkel gehüllt. Aus der Werttheorie läßt sich dies Gesetz nicht ableiten, es steht vielmehr mit dem Wert-Dogma in unlöslichem Widerspruch. Wenn es wahr ist, daß der Wert der Arbeitskraft höher ist, als die dem Arbeiter gewährte Bezahlung, daß also j e d e r Kapitalist einen Mehrwert erzielt, so kommt dieser Vorteil auch dem mittleren Kapitalisten unverändert zu gute, und es ist nicht abzusehen, wie der mittlere Mehrwert-Akkumulator von seinem größeren Kollegen im Laufe der Entwicklung „totgeschlagen" werden könnte. Wenn man dagegen, wie dies von mir geglaubt wird, ein allmäliches Ver-

schwinden des Mehrwerts für möglich hält, so wird allerdings den mächtigsten Kapitalisten die größte Widerstandskraft gegen diesen Entwicklungsgang innewohnen. Wo die stärksten Kapitalien vertreten sind, und die kapitalistische Produktion ihre höchste Vollendung erreicht hat, wird am längsten Mehrwert erzielt werden, aber dieser Vorteil berührt doch nur den Unternehmergewinn. Zins und Rente werden nach wie vor auch dem mittleren Kapitalisten zufließen und ihn gegen das Aufsaugen durch die Milliarden-Besitzer schützen. Ein Zeitpunkt, in welchem die mittleren Kapitalisten gänzlich ausgestorben sind, kann auf der Grundlage des kapitalistischen Produktionsvorganges niemals eintreten.

Praktisch lauft daher das Marx'sche Losungswort „abwarten" auf ein „Niemals" hinaus, und es wird der Sozialismus deshalb unfruchtbar bleiben, so lange er von dem blinden Glauben an die Marx'schen Gesetze beherrscht ist. Die feste, durch leidenschaftslose Forschungen gewonnene Ueberzeugung, daß Marx trotz seiner außerordentlichen Verdienste, die Niemand höher anschlagen kann, als ich es thue, uns dennoch nicht weiter bringen wird, daß er uns schließlich in eine sterile Sandwüste führt, in welcher wir stecken bleiben werden, — diese feste Ueberzeugung ist es allein, die mir die Feder in die Hand gedrückt und den Wunsch in mir erweckt hat, die treuen Freunde des Volkes zur praktischen unmittelbaren Förderung des großen Erlösungswerkes sammeln zu helfen.

Wir brauchen nicht zu warten, bis einstmals ein theoretisches Gesetz sich erfüllt haben wird, die moderne Kultur ist schon längst für den Sozialismus reif, und überall da, wo eine freie Verfassung der Staaten besteht, wo die Gemüter frei sind, wo die Menschen ihre eigenen Rechte wahren und die Rechte ihrer Mitmenschen achten, kann der Sozialismus sofort und ohne Uebergang ungehindert seine Banner entfalten.

Die Aufgaben, welche unserer Gesetzgebung harren, sind klar und einfach. In der Gegenwart, solange man den sozialistischen Aufbau noch nicht in Angriff nimmt, gilt es, den Ar-

beitslohn ohne gleichzeitige Steigerung der Leistung möglichst zu erhöhen, dem arbeitslosen Erwerbe dagegen jede mögliche Beschränkung aufzuerlegen. Parteiprogramme, in welchen die Frage der Steuerpolitik mit Zurückweisung der indirekten Steuern und Empfehlung einer progressiven Einkommensteuer erledigt wird, sind veraltet und entsprechen der richtigen Erkenntnis des ökonomischen Zusammenhangs nicht mehr. Man muß der Quelle des Einkommens nachspüren und fordern, daß der aus Arbeit fließende Erwerb überhaupt steuerfrei bleibe, gleichviel wie hoch er sein mag, daß dagegen jedes Einkommen aus Zins, Gewinn und Rente mit einer sehr starken, zur Deckung aller Staatsbedürfnisse ausreichenden Steuer belegt werde.

Dann aber, und zugleich mit dieser Steuerpolitik, ist auf dem Grunde der Gesellschaft selbst der Bau der Zukunft aufzuführen. Es gilt, den gewerblichen Betrieb derart zu organisiren, daß die gesamten Früchte der Arbeit nur den Arbeitenden zufallen, ohne daß Privatunternehmer, geldleihende Kapitalisten und Privatgrundbesitzer die besten Stücke vorweg mit Beschlag belegen. Sicherlich kann dies nur vermittelst einer Assoziation der Arbeiter geschehen, aber ob man dies, gestützt auf die Organisation des Staates, oder anlehnend an die Kommunalverbände, oder endlich auf Grund neuer freier Bildungen, die mit den Trägern der öffentlichen Gewalt gar keine Verbindung haben, thun wird, das ist ein nebensächlicher Punkt.

Ich betone dies, weil mit Unrecht das Wesen des Sozialismus gerade in dem Detail der Ausführung gewöhnlich gefunden wird. Als Fürst Bismarck im Deutschen Reiche das Tabaks-Monopol einzuführen suchte, behaupteten unverständige Menschen, daß dies Sozialismus sei, und ebenso ist der zu Zwecken der Altersversorgung bewilligte Reichszuschuß unverdient mit der Bezeichnung Sozialismus beehrt worden. In Wahrheit giebt es nichts, was dem inneren Wesen des Sozialismus feindseliger ist, als das Tabaksmonopol, und auch der Reichszuschuß enthält nichts Sozialistisches. Man läßt sich hier durch eine rein

äußerliche Aehnlichkeit täuschen. Freilich gab es Sozialisten, welche die Organisation der einzelnen Industriezweige durch den Staat empfohlen haben, und allerdings hat Fürst Bismarck die Organisation der Tabak-Industrie durch den Staat angestrebt. Aber die Sozialisten haben ihre Vorschläge nicht deshalb gemacht, weil sie gerade für die Verstaatlichung der Industrie eine besondere Liebhaberei hatten, sondern weil sie hierin den einzigen Weg erblickten, einen bestimmten hohen Zweck zu erreichen: die Abschaffung der Ausbeutung. Fürst Bismark dagegen war nur durch den bestimmten Wunsch geleitet, die Ausbeutung beizubehalten. Die Sozialisten wollten durch Hilfe des Staates den Arbeitslohn bis zur Höhe des vollen Arbeitsertrages steigern. Fürst Bismarck wollte ausschließlich im fiskalischen Interesse die Industrie verstaatlichen. Die ökonomische Abhängigkeit der Arbeiter sollte im Interesse des Staates geradezu aufrecht erhalten werden, damit der Staat, wenn er an die Stelle der Privatausbeuter tritt, aus den Erträgen der Arbeit möglichst hohe Einnahmen ziehen könne. Nebenher zeigte der Bismarck'sche Gesetzentwurf, daß die Verstaatlichung der Industrie nicht blos möglich ist, sondern sogar die Arbeitsweise vereinfacht und ökonomisch vorteilhafter gestaltet. Jedoch, daß der Staat die Industrie zu organisiren vermag, wenn er nur ernsthaft will, konnte vorher schon keinem denkenden Menschen zweifelhaft sein.

Mit nicht größerem Rechte spricht man den zu Zwecken der Invaliden- und Altersversorgung gespendeten Reichszuschuß als ein Stück modernen Sozialismus an. Der Reichszuschuß ist nicht für den Arbeitenden, auch nicht für den Arbeitslosen, sondern für den arbeitsunfähig Gewordenen bestimmt. Er ist ein Almosen, welches die öffentliche Gewalt dem Armen giebt, nachdem sie geduldet hat, daß er im Kampfe um das Dasein elend zu Grunde gegangen ist. Der Sozialismus will aber nicht den Enterbten Almosen widmen, sondern die Menschheit vor der Enterbung schützen. Der Mensch soll das Brot, welches die Natur für uns Alle reichlich wachsen läßt, sich selbst erarbeiten können.

Sozialismus wäre es, wenn der Staat dazu schritte, alle Betriebe, die er heut für seine Rechnung leitet, fortan nur noch zum Nutzen der darin beschäftigten Arbeiter zu unterhalten. Beispielsweise könnte man in Preußen die Eisenbahnen, Bergwerke und Domänen, im Reiche die Post sozialistisch organisiren. Der Ausfall an Staatseinnahmen wäre, soweit er nicht durch eine Beschränkung der vielfachen, überflüssigen und kulturwidrigen Ausgaben sich einbringen ließe, durch intensive Besteuerung des arbeitslosen Privaterwerbes zu decken.

Daß eine Maßregel dieser Art undurchführbar sei, wird kein Mensch behaupten können. Der Sozialismus könnte jede Aenderung am Staatsbetriebe vornehmen, die ihm zweckmäßig erscheint. Aber auch ohne daß der hergebrachte Organismus erschüttert zu werden braucht, ließe sich innerhalb der vorhandenen Staatsbetriebe der Sozialismus mittelst eines Federstriches in die Wirklichkeit versetzen. Man bringt lediglich im Etat der Staats- und Reichsbetriebe die Position „Ueberschüsse" künftig in Wegfall und wendet die bisher dem Staatssäckel zugeführten Werte denjenigen zu, welche sie unter Mühen und Entbehrungen hervorgebracht haben. Die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter erhalten an den Löhnungstagen nach wie vor die üblichen Arbeitslöhne, aber am Schlusse des Etatsjahres wird der gesamte bisher vom Fiskus vereinnahmte Reingewinn, der sich aus Zins, Rente und Unternehmergewinn zusammensetzt, als Dividende unter die sämtlichen Beamten und Arbeiter verteilt. Es besteht nicht die Gefahr, daß die Ueberschüsse sich infolge der Umwälzung der inneren Verwaltung vermindern würden. Post und Eisenbahn sind durch ein staatliches Monopol geschützt. Man vertraut ihnen Personen und Güter zur Beförderung an, nicht weil der Fiskus hierdurch einen Vorteil hat, sondern weil Konkurrenzunternehmungen nicht bestehen, und man daher zur Benutzung der vom Fiskus geleiteten Institute geradezu gezwungen ist. Selbst der überzeugteste Gegner des Sozialismus wird sich der Post und der Eisenbahnen bedienen müssen, auch wenn er weiß, daß das von

ihm verausgabte Geld nach sozialistischen Prinzipien hauptsächlich den Post- und Eisenbahnarbeitern zufallen wird. Die Erzeugnisse der Bergwerke und Domänen haben einen öffentlichen Marktpreis, der zwar schwankt, aber jederzeit sofort gezahlt wird, ohne daß es dem Käufer darauf ankommt, ob die angebotenen Erze oder Bodenfrüchte von associirten Arbeitern gewonnen worden sind.

Die statistischen Erfolge dieses Sozialismus würden schon jetzt geradezu großartig sein. Wir halten uns ohne tendenziöse Auswahl lediglich an die amtlichen Berichte über die Betriebsergebnisse der letzten Jahre. In den Etatsjahren der preußischen Eisenbahnen betrugen:

1884/85	die Einnahmen	669,587,830	Mk.
1885/86	„ „	656,992,646	„
1886/87	„ „	677,586,074	„
1887/88	„ „	730,522,511	„
1884/85	die Ausgaben	381,541,970	„
1885/86	„ „	375,652,120	„
1886/87	„ „	373,303,949	„
1887/88	„ „	386,946,580	„
1884/85	die Ueberschüsse	288,045,860	„
1885/86	„ „	281,340,526	„
1886/87	„ „	304,282,125	„
1887/88	„ „	343,575,931	„

Ein großer Teil dieser Ueberschüsse ist zur Verzinsung der Staatseisenbahnschuld, also zur Beförderung des arbeitslosen Erwerbes verausgabt worden. An Arbeitslöhnen und Beamtengehältern wurden gezahlt:

1884/85	176,682,202	Mk.
1885/86	183,039,153	„
1886/87	185,962,885	„
1887/88	190,462,937	„

Ließe man die bisherige Form der Lohnzahlung unverändert, so würde bei sozialistischer Verwaltung der preußischen Eisenbahnen der Gewinnanteil, welcher auf die Beamten und

Arbeiter entfällt, auch wenn der Betrieb sich nicht steigert, nahezu das Dreifache der heutigen Gehälter und Löhne erreichen. Im Jahre 1887/88 beschäftigten die preußischen Bahnen:

Beamte der Betriebsverwaltung	82,801
Aus Titel 6 gelöhnte Arbeiter	71,813
Streckenarbeiter	43,642
Beamte der Werkstätten-Verwaltung	2,168
Handwerker, Lehrlinge u. Arbeiter derselben Verw.	34,398
In den Gasanstalten beschäft. Beamte u. Arbeiter	276
Beamte der Neubau-Verwaltung	1,665
Insgesamt beschäftigte Arbeiter und Beamte . .	236,763

Auf jede dieser Personen fiel ein durchschnittliches Jahreseinkommen von rund 800 Mark. Bei sozialistischer Verwaltung wäre in dem zuletzt berechneten Etatsjahr ein Jahreseinkommen von 2250 Mark, also 1450 Mark mehr, auf jede Person gefallen.

Man bedenke, welch enorm günstige Wirkung diese Steigerung auf alle Industriezweige, insbesondere auf die mit den Eisenbahnen zusammenhängenden Betriebe ausüben würde.

Die deutsche Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung wies auf in den Etatsjahren:

1886/87	Einnahmen	179,853,964	Mk.
1887/88	"	189,931,092	"
1886/87	Ausgaben	152,167,165	"
1887/88	"	159,364,920	"
1886/87	Ueberschüsse	27,686,799	"
1887/88	"	30,566,172	"
1886/87	Beamtengehälter	83,695,432	"
1887/88	"	88,288,620	"

Bei der jetzigen Gestaltung des Postwesens im deutschen Reiche würde daher das Diensteinkommen der Arbeiter und Beamten um ein Drittel gesteigert werden können. Bei einem Gesamt-Personal von 88,606 Personen (Ende 1887) stellt sich jetzt das Jahreseinkommen pro Kopf auf annähernd 1000

Mark und wäre eine Steigerung um fast 300 Mark möglich gewesen (da von obigem Ueberschuß ein Betrag von 4 Millionen zu einmaligen Ausgaben verwendet worden ist). Nach sozialistischen Grundsätzen würde aber der Anteil der Beamten noch erheblich höher ausfallen, da die Post heut als Staatsinstitut zahlreiche Arbeiten im Interesse des Staates und der privilegirten fürstlichen Familien unentgeltlich ausführen muß. Die portofreien Sendungen betrugen im Jahre 1887 3 bis 4% aller portopflichtigen Sendungen. Der Sozialismus würde nicht dulden, daß eine einzelne Klasse von Staatsbeamten genötigt wird, für die gemeinsamen Staatszwecke umsonst zu arbeiten, und würde daher im Interesse der Postbeamten alle Sendungen gleichmäßig gebührenpflichtig machen.

Selbst die Bergwerksindustrie, welche in den letzten Jahren so schwer darniederlag, hätte auch in den trübsten Zeiten den Arbeitern noch erfreuliche Ueberschüsse abwerfen können. Der Etat der preußischen Staatsbergwerke-, Hütten- und Salinen-Verwaltung wies 1886/87 285,113 in den Betrieben beschäftigte Arbeiter nach und gewährte einen Reingewinn von 15,260,805 Mark, womit man das Arbeitseinkommen pro Person um jährlich 50 Mark erhöhen könnte, eine Summe, zu deren Erringung die Bergarbeiter willig einen die härtesten Entbehrungen fordernden Lohnkampf aufnehmen würden. Sicherlich würde gerade die Bergwerksindustrie unter dem Einfluß der allgemeinen Vermehrung des Arbeitseinkommens, welche der Sozialismus mit sich führen muß, sofort und sehr erheblich gewinnen. Der Bergmann ist heut blos deshalb gezwungen, mit einem kärglichen Einkommen sich zu bescheiden, weil es in der Gegenwart dem Armen unmöglich ist, Kohlen und andere Bergwerksprodukte zu kaufen. Der Sozialismus würde ihm die lohnendste Arbeit geben.

Die uns weiter vorliegenden Nachweise lassen nicht mit Sicherheit erkennen, welche Ergebnisse die sozialistische Verwaltung der preußischen Domänen zu Gunsten der ländlichen Arbeiter liefern würde. Es kann daher hier nur allgemein das Prinzip

festgestellt werden, daß die Pachtgelder und Zinsen, die jetzt Staat und Börse dem Inhaber der Domäne abfordern, künftighin dem Lohn der Arbeiter zuwachsen würden. Daß die Landwirtschaft kräftig genug ist, die Bewohner des Landes reichlich zu ernähren, wird Niemand bestreiten. Die heutige Not der Landwirtschaft, über die so viel geklagt wird, ist nicht in den mangelhaften Hilfskräften des Bodens begründet, sondern als Finanznot künstlich gezüchtet worden. Der imaginäre Kapitalswert der Landgüter wird durch die Spekulation so rasch in die Höhe getrieben, daß die Erträge des Landes gar nicht schnell genug nachfolgen können, und daher der jeweilige Pächter und der frisch eintretende Käufer allerdings in eine Notlage geraten können.

Bei den preußischen Eisenbahnen und Staatsbergwerken, sowie bei der Reichspost sind gegenwärtig nicht weniger als 600,000 Arbeiter und Beamte beschäftigt. Dies sind aber nicht die alleinigen, von öffentlichen Verbänden organisirten Betriebe, die sich ohne Weiteres in die sozialistische Verwaltung überleiten ließen, vielmehr sind bei vielen anderen Unternehmungen, die jetzt für Rechnung der Steuerzahler durch Behörden geleitet werden, die Verhältnisse dem Sozialismus ebenso günstig. Es sei hier nur an die städtischen Straßeneisenbahnen, Gasanstalten, forst- und landwirtschaftlichen Kämmereigüter u. dgl. m. erinnert. Sicherlich übersteigt die Zahl der im Reiche, in den Einzelstaaten und in den Kommunalverbänden angestellten Beamten und Arbeiter, die nicht als Organe der öffentlichen Gewalt, sondern mit Verrichtung wertbildender Thätigkeit beschäftigt sind, erheblich eine Million, und man geht wohl nicht fehl, wenn man die Seelenzahl der durch sie gebildeten Familien auf $4^1/_2$ Millionen anschlägt, d. i. der zehnte Teil der Bevölkerung des deutschen Reiches. Unter Anwendung sozialistischer Grundsätze würde man diesen zehnten Teil aller Deutschen ohne Schwierigkeit, geschweige Unmöglichkeit, in einen Zustand versetzen können, in welchem ihre soziale Frage gelöst ist. Für diese im Staats- und Kommunaldienst thätigen Arbeiter, welche durch ein Berufs-

monopol gegen ein Unterbieten der Preise geschützt sind, fällt die Möglichkeit von Handelskrisen weg.

Es frägt sich nun, wie man auch allen anderen Arbeitern den vollen Arbeitsertrag gewähren kann, indem man, wie am Schluß des vorigen Kapitels gefordert worden ist, zugleich ihrer Arbeit eine gesicherte Grundlage, ihren Produkten eine absatzbereite Schaar von Käufern giebt?

Die sozialistischen Projekte litten bisher stets daran, daß die Lösung an dem verkehrten Ende begonnen worden ist. Man hat lediglich erörtert, wie die Arbeiter in Produktivgenossenschaften sich organisiren könnten. Diese Frage ist jedoch recht untergeordneter Natur, da alle Wege nach Rom führen. Es lassen sich vielerlei Formen der genossenschaftlichen Produktion denken, unter denen man im gegebenen Zeitpunkt die richtige Auswahl schon treffen wird. Wichtiger sind die beiden Fragen, wie es anzufangen ist, daß die Arbeiter ohne Zwang sich freiwillig in die Produktivgenossenschaften einreihen, und ferner wie die Produktivgenossenschaften das Publikum ohne Zwang als Käufer ihrer Leistungen gewinnen sollen, sodaß sie trotz aller Bemühungen der Konkurrenz und ungestört durch die m Erwerbsleben drohenden Störungen ihres Absatzes stets sicher sind.

Die Antwort lautet: Man muß die Lösung der sozialen Frage am richtigen Ende beginnen. Anstatt nebelhafte Zukunftspläne zu schmieden, muß man die Wirklichkeit an ihren greifbaren Stellen anpacken. Man muß dort anfangen, wo vorher schon der absolut gewisse, über alle Störungen erhabene Konsum sich angemeldet hat, und nur für diesen sicheren Konsum muß man sich produktiv organisiren. Dann ist man nicht nur von den Gefahren der Konkurrenz befreit, sondern man darf auch der bereitwilligen Mitarbeit der arbeitenden Bevölkerung gewiß sein, der man alles bieten kann, was ihr der Kapitalismus heut bietet, einen bestimmten in barem Gelde zahlbaren Arbeitslohn und außerdem noch einen stattlichen Ueberschuß bei Ausrechnung des Arbeitsertrages.

Genossenschaftliche Organisationen dieser Art sind bereits heut in großer Zahl vorhanden, sodaß wir überzeugt sein dürfen, es handle sich hier keineswegs um leere Hirngespinnste. Es soll hier nur an die großartigen Konsumvereine erinnert werden, welche zu Gunsten der Bergleute im preußischen Saarrevier errichtet worden sind. Alle Lebensmittel werden daselbst in guten Qualitäten zu billigen Preisen verabreicht. Riesenhafte Dampfbäckereien liefern ein vortreffliches Brot. Auf den Gruben findet der Kaffee-Ausschank und der Fleischverkauf unter Leitung des Staates statt. Ja sogar die Verpflegung der Schlafhaus-inlieger wird durch die Konsum-Organisation des Staates besorgt.

Aber auch die auf Selbsthilfe begründeten Konsumvereine zeigen uns den Weg, den wir zu beschreiten haben. Wo der Zwischenhandel vorher zahllose müssige Existenzen ernährt hatte, fließt jetzt der Profit, der diesen Personen zugefallen war, dem gesamten Publikum zu, und es vermehrt sich der Geschäfts-verkehr da, wo man es richtig angefangen hat, stetig und rasch, in gleichem Tempo mit dem Wachstum der Bevölkerung selbst.

Denkt man sich das erste Ziel erreicht, so haben wir bereits 4½ Millionen Deutsche von den Fesseln des Kapitals befreit und in ihnen eine starke kaufkräftige Schaar erlangt, welche jenen garantirten Konsum, den wir als die Voraussetzung weiterer Unternehmungen hingestellt haben, willig darbieten. Es gilt nunmehr lediglich, neue Genossenschaften zu errichten, welche die produktiven Bedürfnisse der bestehenden Genossen-schaften und die konsumtiven Bedürfnisse ihrer Beamten und Arbeiter befriedigen. Die neuen Genossenschaften sollen nicht auf blinde Spekulation gegründet und auch nicht zwangsweise eingeführt werden. Nur der bereits vorhandene gewaltige Staats-bedarf, der heut durch Submissionen gedeckt zu werden pflegt, wird künftig zur Basis genossenschaftlicher Neugründungen gemacht.

Es läßt sich statistisch feststellen, wie groß der Bedarf an Eisenbahnwagen und sonstigem rollenden Material der Eisenbahnen in Deutschland alljährlich ist. Es bietet daher keine Schwierigkeiten, zur Deckung dieses feststehenden Bedarfs

genossenschaftlich organisirte Waggonfabriken ins Leben zu rufen. Eine Gesellschaft, deren Verwaltung bereit gewesen ist, das Eisenbahngewerbe sozialistisch zu gestalten, wird unter sonst gleichen Verhältnissen ihren Wagenpark lieber bei Fabriken bestellen, welche ebenfalls sozialistisch gestaltet sind, und somit gesellt sich eine neue zahlreiche Menschenmenge denjenigen zu, welche bereits die Morgenröte des jungen Tages gegrüßt haben. An die Eisenbahnindustrie schließt sich die Eisenbahnbedarfsindustrie an, die Aktiengesellschaften verschwinden, Genossenschaften für Fabrikationen von Eisenbahnbedarf sind entstanden, und die starken Dividenden, an welchen sich früher die Aktionäre bereichert hatten, wachsen jetzt dem Arbeitslohn des in den Fabriken thätigen Personals zu.

Die Postbeamten, die Eisenbahnbeamten und die Bergknappen tragen Uniformen, die zu tausenden gleichmäßig gearbeitet werden und ohne Schwierigkeiten genossenschaftlich hergestellt werden können. Sollte Jemand in der Uniformirung der freien Arbeiter der Zukunft einen unerträglichen sozialistischen Zwang erblicken — wiewohl doch heut dieser Zwang willig ertragen wird — so mag man annehmen, daß die sozialistische Gesellschaft das Tragen von Uniformen abschaffen wird. In jedem Falle aber haben die bereits genossenschaftlich befreiten Arbeiter einen erheblichen Bedarf an Kleidungsstücken und erklären sich alljährlich zum Konsum von hunderttausenden von Röcken und Hosen bereit. Es wird sich daher eine Genossenschaft von Schneidern bilden, welche zunächst die gesicherte Kundschaft der Eisenbahn-, Post-, und Bergarbeiter besitzt und deshalb ungefährdet ihre Thätigkeit eröffnen kann. Den Schneidern folgen die Schuhmacher und die Kürschner, diesen die Tuchmacher, Weber und Spinner.

Es ist unnötig, das Bild weiter auszumalen. Ist erst ein wesentlicher Teil der Bevölkerung gewerblich assoziirt, so gruppiren sich um diesen Grundstock immer neue Bildungen, die nichts mehr von dem Kummer um die Kaufkraft des Publikums, der uns heut so sehr bedrückt, wissen. Die Häuser werden

von Genossenschaften der Maurer erbaut, die Aecker und Gärten von Genossenschaften der Landarbeiter bestellt. Und so nähert sich die Gesellschaft schnell einem Zustand, in welchem Zins und Rente aufhören, einen Bruchteil des Volkes zu bereichern, und der Unternehmergewinn der Privatkapitalisten zu verschwinden beginnt.

In diesem Zustand der Dinge bedarf man keines ökonomischen Zwanges. Niemand hat nötig, in eine Genossenschaft als Arbeiter einzutreten. Wer da glaubt, daß er für sich besser sorgen könne, als es die Genossenschaft vermag, mag ruhig außerhalb der Genossenschaft sein Heil versuchen. Gelingt es ihm, für seine Leistungen Preise bei dem kaufenden Publikum zu erzielen, so steht es bei ihm, sich auf diesem Wege eine Existenz zu suchen, die seiner Eigenart besser zusagt. Der Sozialismus ist mit der Duldung eines bescheidenen Privatunternehmergewinns sehr wohl verträglich und wird denselben noch lange dulden müssen. Nichts geschieht durch Maßregeln von oben, Alles wächst freiwillig aus dem bereits Erreichten heraus, die Ringe des genossenschaftlichen Baumstammes schließen sich von Jahr zu Jahr enger und zahlreicher, unter dem befruchtenden Einfluß, den das Düngmittel des vollen Arbeitslohnes ausübt.

Wir haben bisher gezeigt, wann der Sozialismus zur That übergehen darf, und welcher Mittel er sich in der Uebergangszeit zu bedienen hat. Es sind nun die ökonomischen Grundlagen der neuen Gesellschaft zu prüfen.

Es frägt sich zunächst, nach welchem Maßstabe man bei Auszahlung des Arbeitslohnes zu verfahren hat. Soll man — wie dies heut geschieht — den Lohn nach Maßgabe der jedesmaligen Arbeitsleistung abstufen, oder — wie von manchem Sozialisten gefordert wird — ganz gleichmäßig nach der Kopfzahl der Arbeiter ohne Rücksicht auf die Einzelleistung oder endlich — wie der kommunistische Wunsch lautet — nach den „vernunftgemäßen“ Bedürfnissen des Arbeiters, sodaß derjenige, der viel verlangt, ohne Rücksicht auf seine Leistungen viel erhält.

Ich würde es für einen verhängnisvollen Fehler ansehen, wenn man, zumal in der Uebergangszeit, von dem heut üblichen System der Lohnabstufung nach Maßgabe der individuellen Leistung abweichen wollte. Ich halte eine Gleichheit aller Menschen auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit nicht für erreichbar und trete nur für Gleichberechtigung ein: Man gebe Jedem die gleichen Waffen in die Hand und lasse ihn dann selbst zusehen, wie er sich ihrer am besten bedienen kann.

Es ist ja richtig, daß der kräftigere und geschicktere Arbeiter diesen ihm von der Natur verliehenen Vorzug sich nicht als persönliches Verdienst zurechnen kann. Aber es ist uns eben unmöglich, die Ungleichheit der Natur zu beseitigen, wir sollen nur die von den Menschen selbst verschuldete gesellschaftliche Ungleichheit abschaffen. Die Beibehaltung der natürlichen Ungleichheit ist zum Schutze der persönlichen Freiheit unentbehrlich. Sollen die Genossenschaften ohne äußeren Zwang bestehen können, so werden sie sich, besonders solange sie mit der kapitalistischen Konkurrenz zu kämpfen haben, desjenigen Mittels nicht begeben dürfen, welches auf den Arbeiter den wirksamsten Anreiz zur Entfaltung aller seiner Kräfte ausübt.

Man darf nicht eine Prämie auf den Unfleiß und die Ungeschicklichkeit aussetzen. Darauf könnte entgegnet werden, daß es, philosophisch betrachtet, eine menschliche Willensfreiheit nicht giebt. Jeder Mensch sei das Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse, und wenn der Eine in Folge schlechter Erziehung und Gewöhnung mit einem geringeren Triebe zur Arbeit ausgestattet sei, als der Andere, so folge er einem mangelhaften Willens-Instinkt, der stärker sei, als er, gegen den er daher nicht anzukämpfen vermöge. Ich bin von der Richtigkeit dieser Philosophie durchdrungen, und gerade deshalb scheint es mir nötig, auch in Zukunft den Menschen mit äußeren Verhältnissen zu umgeben, welche seinen Willen anreizen, über das schwache Fleisch zu triumphiren. Wir haben uns von der Natur durch unsere Zivilisation weit entfernt. Sicherlich wird einst ein Zeitpunkt kommen, wo der Mensch wieder edel und groß ist

und nur durch das Gefühl eigener Würde bestimmt wird, alle seine Kräfte für das gemeine Wohl einzusetzen. Vorläufig aber hat uns zwei Jahrtausende hindurch der Kapitalismus beherrscht, die Gemüter stehen noch unter dem Machteinfluß des Eigennutzes, und indem wir danach streben, uns aus diesem Schlamme zu erheben, dürfen wir uns nicht geberden, als ob wir niemals in dem Morast gewesen wären.

Sodann ist zu untersuchen, nach welchem Maßstabe die Preise aller Leistungen abzuwägen sind. Ich bin überzeugt, daß die Marx'sche Wert-Theorie in der Mehrzahl der Fälle den Verteilungsmaßstab der Zukunft bilden wird. In einer sozialistischen Gesellschaft, die mit der Unsicherheit der Produktion nicht mehr behaftet ist, wird die aufgewendete durchschnittliche Arbeitszeit fast genau den Wert des Arbeitsprodukts anzeigen. Aber auch hier wird man, ohne die persönliche Bedarfswahl, die ein wertvoller Teil der menschlichen Freiheit ist, zu vernichten, der Schätzung des Gebrauchswertes nicht schlechthin jeden Einfluß auf die Preisbildung absprechen dürfen. Im kleinen Tauschverkehr wird die persönliche Freiheit ungehindert walten können. Im großen Gewerbsleben wird man, wie dies heut Post und Eisenbahnen thun, die Preise vorher durch Tarife nach den Herstellungskosten festsetzen und dem persönlichen Belieben der Menschen, welches der mächtigste Hebel des allgemeinen Kulturfortschrittes ist, legitimen Einfluß auf die Aenderung der Tarife einräumen. Man läßt hiernach geringe Schwankungen des Arbeitsverdienstes bestehen, die dem sozialistischen Gebäude nicht schädlich werden können.

Die Marx'sche Auffassung, daß nur die auf Gewinnung und Veredelung von Naturstoffen gerichtete Arbeit produktiv und wertbildend sei, ist im sozialistischen Gemeinwesen überwunden. Produktion und Konsumtion rücken enger an einander, der Verkehr ist ökonomischer geworden. Die zahlreichen Zwischenstationen, die heut die Preise zum Nachteile der Konsumenten verteuern, fallen allmälich weg. Der Großbetrieb der Konsumassoziationen tilgt die Schacherer und Agenten, die sich heut in den erwerbenden Volksklassen eingenistet haben, aus der

Gesellschaft. Man kennt nur ein ökonomisches Schlußziel: den Konsum. Alles, was der Herbeiführung von Konsumtion dient, nach der freien verständigen Wahl der Menschen, wird als wertbildend anerkannt und gemäß der vollbrachten Aufwendung von Arbeitszeit abgegolten.

Die Gemüter vieler Personen werden heut von der Vorstellung beherrscht, daß der Sozialismus die Menschen in einen „Zwangsstaat" hineinführen wird, mit dessen Verfassung die persönliche Freiheit des Einzelwesens durchaus unverträglich ist. An dieser Vorstellung ist die starre mathematische Lehrweise von Karl Marx nicht wenig schuld. Wird die Marx'sche Werttheorie, das Fundament aller seiner späteren Auseinandersetzungen, nur in ihrer Bedeutung für die Kritik der herrschenden Zustände betrachtet, so mag der Streit darüber, ob ihr Inhalt richtig oder falsch ist, als ein harmloses Philosophiren erscheinen, das keinen Schaden stiften kann. Mit derartigen Erörterungen, die der grauen Theorie angehören, gefährdet man den grünen Baum des Lebens nicht. Weit weniger harmlos wäre es aber, wenn die Marx'sche Werttheorie als Dogma die künftige Gesellschaft beherrschen und den alleinigen Maßstab für die Verteilung der Güter bilden würde. Marx leugnet, daß die Schwankungen des Gebrauchswerts einer Waare auf die Höhe ihres Tauschwerts irgend welchen Einfluß üben. Er erklärt, daß der Tauschwert lediglich durch die auf Herstellung der Ware verwendete Arbeitszeit bedingt werde, und daß es auf die größere oder geringere Liebhaberei des Käufers gar nicht ankomme.

Dieser Grundsatz würde, wenn er bei der Verteilung der Güter in einem sozialistischen Gesellschaftsstaat zur Anwendung gebracht würde, eine gewaltige Gefahr für die persönliche Freiheit aller Käufer, also des gesamten Volkes in sich schließen. Niemand würde dann noch berechtigt sein, bei dem Einkauf von Waren seinen persönlichen Neigungen zu folgen, die Genossenschaften würden die Preise ihrer Fabrikate lediglich nach der darin festgeronnenen Arbeitszeit festsetzen und sich gar nicht darum zu bekümmern brauchen, ob der Käufer den Ge-

brauchswert höher oder niedriger veranschlagt. Läßt man dagegen dem persönlichen Belieben des Käufers auch künftighin den hergebrachten Einfluß auf die Preise der Ware, so würde das Marx'sche Dogma freilich mißachtet sein, aber die persönliche Freiheit wäre gerettet.

Der Sozialismus würde, nach der hier entwickelten Auffassung, da er auf die gesellschaftliche Freiheit der Menschen im Konsum vollste Rücksicht nimmt und auch in der Produktion die Freiheit nirgends antastet, eine gewisse Ungleichartigkeit in der Lage der Einzelwesen bestehen lassen und einen absoluten Schutz gegen Mißerfolge bei der Produktion nicht gewähren. Es liegt der Einwand nahe, daß alsdann aus dem sozialistischen Gemeinwesen sich möglicherweise das kapitalistische wieder entwickeln könnte. Der fleißigere, der vom Käufer begünstigte Produzent würde bessere Geschäfte machen, als der minder glückliche; ist er außerdem noch sparsam, so würde er Kapitalien aufsammeln können, und es wäre die Gefahr vorhanden, daß aus der Ungleichheit des Besitzes die Abhängigkeit des Besitzlosen entsteht, und wir schließlich wieder bei der Ausbeutung des Armen durch den Reichen anlangen.

Dieser Folge ist jedoch leicht zu begegnen. Hat die Genossenschaftsbildung eine solche Entwickelung genommen, daß sie alle Produktionszweige umfaßt, so kann man zu dem großen Schritt übergehen, die ökonomische Grundlage der Gesellschaft, das Kapital in seiner heutigen Rechtsform, aufzuheben. Man wird das Privateigentum an Kapital abschaffen und dem Gemeinwesen das gesamte Eigentum an Kapital übertragen. Dann ist ein Rückfall in die alte Ausbeutung des Menschen durch das Kapital unmöglich, ein Privateigentum an Gegenständen des persönlichen Gebrauchs würde im umfassendsten Maße vorhanden sein, aber diese Gegenstände würden nicht mehr Kapital sein, sie wären nicht mehr fungibel und könnten nicht gegen andere Gegenstände, die zum persönlichen Gebrauch nicht bestimmt sind, eingetauscht werden. Alle zur Produktion von Gütern errichteten kapitalistischen Anlagen, einschließlich des

Grund und Bodens, werden durch einen Akt der Gesetzgebung dem Privatbesitz entzogen und in den Gemeinbesitz übergeben.

Welche Rolle würde das Kapital in Zukunft spielen, welche Form würde es annehmen? Karl Marx streift diese Frage gelegentlich im „Kapital" (Bd. 2 S. 349) durch folgende kurze Bemerkung: „Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. Die Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige. Die Produzenten mögen meinetwegen papierene Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkuliren nicht."

Diese Andeutungen sind von weittragender Bedeutung. Das Geld der Zukunft wird nicht mehr Kapital im heutigen Sinne sein, es wird nicht mehr beliebig fungibel sein. Man wird mit diesem Gelde für seinen persönlichen Bedarf einkaufen, was man wünscht, aber man wird es nicht zum Ankauf von Grundstücken, Rohstoffen und Maschinen verwenden dürfen, man wird es nicht als Lohnfonds benützen können. Hört aber das im Privatbesitz der Menschen befindliche Geld auf, fungibel zu sein, so werden auch Handelskrisen nicht mehr entstehen, die, wie wir gesehen haben, gerade aus dem fungiblen Charakter des Kapitals, aus dem Umstande entspringen, daß das Kapital durch die volkswirtschaftliche Bewegung beständig den produktiven Kreisen abgenommen wird und sich in den Schatzkammern der unproduktiven nutzlos und seiner Funktionsfähigkeit beraubt aufstaut.

Neben diesem zu den Zwecken der Konsumtion bestimmten Gelde bedarf die Gesellschaft noch in irgend einer Form des Kapitals zu Zwecken der Produktion. Dies ist auch der Aufmerksamkeit von Marx nicht entgangen, bei welchem unmittelbar vor der soeben zitirten Stelle noch Folgendes über diesen Punkt ausgeführt wird: „Auf Basis gesellschaftlicher Produktion ist zu bestimmen der Maßstab, worin die Operationen, die während längerer Zeit Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, ohne

während dieser Zeit ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, ausgeführt werden können, ohne die Produktionszweige zu schädigen, die kontinuirlich oder mehrmals während des Jahres nicht nur Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, sondern auch Lebensmittel und Produktionsmittel liefern. Bei gesellschaftlicher ebenso wie bei kapitalistischer Produktion werden nach wie vor die Arbeiter in Geschäftszweigen von kürzeren Arbeitsperioden nur für kürzere Zeit Produkte entziehen, ohne Produkte wiederzugeben; während die Geschäftszweige mit langen Arbeitsperioden für längere Zeit fortwährend entziehen, bevor sie zurückgeben. Dieser Umstand entspringt also aus den sachlichen Bedingungen des betreffenden Arbeitsprozesses, nicht aus seiner gesellschaftlichen Form."

Marx wirft hier ein Bedenken auf, ohne über die Beseitigung desselben sich zu äußern. Er meint: Auf Basis der gesellschaftlichen Produktion ist die Deckung des erforderlichen Kapitals zu bestimmen, — aber er sagt uns nicht, auf welche Weise dies geschehen könnte. Zudem formulirt er das Bedenken so allgemein, daß es zwar alle möglichen Fälle theoretisch deckt, aber die spezifische Schwierigkeit der Sache nicht genau hervortreten läßt. Er verweist auf die Produktionszweige, in denen die Umschlagsperioden des Kapitals sehr lang sind, also erst nach geraumer Zeit ein verkaufsfähiges Produkt gewonnen wird. Für derartige Produktionszweige wäre auch künftig ein Vorschuß erforderlich, entsprechend dem heutigen Kapital, damit die Arbeiten inzwischen gemacht, die Arbeiter inzwischen besoldet werden können. Ganz abgesehen aber davon, wie lang oder kurz in den vorhandenen Betrieben die Umschlagsperioden sind, wird dieselbe Notwendigkeit fast immer eintreten, wenn es gilt, eine neue gewerbliche Anlage zu schaffen.

Soll ein neuer Kanal gezogen, eine neue Eisenbahn angelegt werden, so wird man wertvolle Maschinen und Baumaterialien anschaffen und Jahre lang tausende von Arbeitern besolden müssen, ohne daß man vor Fertigstellung des ganzen Werkes irgend welche Einnahme daraus zu erzielen vermag.

Der Bau eines Hauses, die Errichtung einer Fabrik fordern Monate hindurch starke Aufwendungen von Betriebsmitteln, ohne zugleich „ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, welches sich in gesellschaftliches Kapital zurückverwandeln läßt.“ Da dieser Umstand „aus den sachlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses entspringt“, wird er auch in Zukunft vorhanden sein und die Gesellschaft zwingen, irgend eine Form zu finden, um dieser Notwendigkeit zu genügen.

Es kann nicht meine Absicht sein, mich über diese künftige Form des Näheren zu verbreiten. Nach meiner Auffassung ist die Frage zu früh gestellt und verträgt heut noch keinen Lösungsversuch. Es muß genügen, wenn die Aufgabe heut in ihre ökonomischen Einzelheiten aufgelöst wird, die endgiltige Entscheidung muß der Zukunft überlassen werden.

Man wird, wenn es sich darum handelt, neue gewerbliche Betriebe anzulegen, irgend eine ökonomische Konstruktion ausfindig machen, die die Rolle des Kapitals erfüllt. Auch die freie sozialistische Gesellschaft wird solcher Dinge bedürfen, die im ökonomischen Sinne fungibel sind, die heut als Eisenbahnschienen, morgen als Ziegelsteine, übermorgen als Dampfmaschine fungiren, oder vielmehr, womit man alle diese Dinge ankaufen oder anfertigen lassen kann. Den Verkäufern wird man aber nicht diese Dinge mit der Befugnis einräumen, sich ihrer wiederum in dem gesamten Umfange ihrer fungiblen Kräfte zu bedienen, sondern nur in dem Bereich der Deckung ihres persönlichen Bedarfs. Die Mittel zur Beschaffung dieser Vorschüsse findet man in der Sicherheit, welche die künftigen Erträge der neuen Anlagen darbieten. Das sozialistische Kapital ist also auf den Kredit der Zukunft gegründet. Das Vertrauen darauf, daß die neuen Betriebe später zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder beitragen werden, berechtigt zu der Forderung, daß denjenigen, die bei der Errichtung der Betriebe thätig sind, der eigene Bedarf von der Gesamtheit der übrigen Produzenten einstweilen vorschußweise geliefert wird.

Es wird daher neben dem zu konsumtiven Zwecken vorhandenen Gelde der Zukunft noch zu produktiven Zwecken ein Kreditkapital vorhanden sein müssen. Ueber die Organisation dieses Geld- und Kapital-Instituts eingehendere Untersuchungen anzustellen, erscheint zur Zeit noch als eine müssige Aufgabe.

Ebenso verfrüht wäre es, jetzt schon zu entscheiden, ob den Privatkapitalisten, wenn sie einstmals expropriirt werden, eine Entschädigung zu gewähren ist. Wird diese Entschädigung nur in dem Konsumtionsgelde der Zukunft bezahlt, sodaß etwa jeder Kapitalist lebenslänglich seinen persönlichen Bedarf beliebig decken könnte, so böte die Sache ökonomisch gar keine Gefahr für den Bestand der Gesellschaftsform, und es ist daher von diesem Gesichtspunkte nicht zu beanstanden, wenn manche Sozialisten sich geneigt zeigen, eine Entschädigung zu bewilligen. Freilich waren die Vorfahren der jetzigen Privatkapitalisten nicht immer von dem gleichen Geiste edler Rücksichtnahme beseelt. Ein Teil der preußischen Rittergüter ist im 16. Jahrhundert dadurch vergrößert worden, daß die Bauern, die vordem freie Besitzer gewesen waren, zwangsweise von ihren Stellen vertrieben wurden. (Vgl. G. F. Knapp, Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, Leipzig 1887. T. 1 S. 38 ff.) Die Vorfahren der heutigen ländlichen Tagelöhnerfamilien waren vielfach zwar erbunterthänige, aber immerhin besitzende Bauern. Die vielgerühmte preußische Reformgesetzgebung des Freiherrn vom Stein hat den Grundbesitzern das „Bauernlegen" gestattet, wodurch diese sich persönlich auf Kosten der Bauern bereicherten. Und die Gesamtheit der Grundbesitzer leitet ihr Eigentumsrecht im Grunde genommen aus keinem anderen Rechtsgrunde her, als dem der Verjährung.

Man wird sich auch gegenwärtig halten müssen, welche trübe Erfahrungen mit der bei Aufhebung der Gutsunterthänigkeit gewährten Entschädigung in Preußen gemacht worden sind. Ich verweise hier besonders auf die beiden Gesetze vom 2. März 1850. Die Bewegung des Jahres 1848 hatte zwar die er-

sprießliche Folge, daß eine große Anzahl Berechtigungen, die bis dahin dem Gutsherrn gegenüber dem Bauern zugestanden hatten, ohne Entschädigung aufgehoben wurde; es blieben aber Lasten bestehen, die man in eine Geldrente umwandelte und, falls der Bauer nicht durch Zahlung des 18fachen Betrages sich sofort davon befreite, durch die Rentenbanken ablösen ließ. Der Bauer zahlte die Rente an die Rentenbank, diese gab dem Gutsbesitzer nur acht Zehntel heraus, wobei der Gutsbesitzer freilich einen Verlust hatte, aber wegen der für ihn vorteilhaften Zahlung durch die Bank denselben gern ertrug. Den Ueberschuß verwendeten die Rentenbanken zur Tilgung der Rentenschuld. Bei dieser Ablösung hat man nun den Gutsbesitzer auf das Reichlichste entschädigt, darüber aber die Regulirung der Bauerstellen verabsäumt und nicht verhindert, daß die in Tagelöhner umgewandelten Bauern besitzlos blieben, und zahlreiche besitzende Bauern allmälich dies traurige Los teilen mußten.

Die sozialistische Gesellschaft wird nicht vergessen dürfen, daß der Schwerpunkt ihrer Aufgabe nicht in der Entschädigung der Besitzenden, sondern in der Befreiung der Besitzlosen liegt. Keinerlei Entschädigung wird wohl den Besitzern von Wertpapieren aller Art zu zahlen sein. Wenn die gesellschaftliche Produktion allmälich in die kapitalistische hineinwächst, so verlieren diese Dokumente ganz von selbst mit der Zeit ihren Wert. Ueber eine solche Folge werden sich die Kapitalisten nicht beklagen dürfen; wer aus Spekulation Papiere kauft, um ohne Arbeit Geld zu erwerben, muß es sich gefallen lassen, wenn er sein Geld verliert. Dergleichen geschieht heut alle Tage. Die deutschen Fonds sind allmälich von 5% Zinsen bis auf $3^1/_2$% herunter konvertirt worden, und die Börse raubt den in ihren Sälen gehandelten Kapitalien manchmal über Nacht den größten Teil des Wertes.

Wenn die Kapitalisten angesichts der bevorstehenden Entwicklung der Dinge über Mangel an „persönlicher Freiheit" Klage erheben, so haben sie von ihrem Interessen-Standpunkte

ganz Recht. Die persönliche Freiheit der Ausbeutung vom Mitmenschen wird unterdrückt werden.

Auch eine persönliche Freiheit in Bezug auf die Produktion wird, je weiter die gesellschaftliche Entwickelung fortschreitet, schließlich nur in ganz engen Grenzen, soweit sie mit der allgemeinen Freiheit verträglich ist, geduldet werden. Aber wie viele Menschen sind denn heutzutage wirtschaftlich frei? Ist ein Beamter frei, der seinem Vorgesetzten gehorchen muß? Und beruhte nicht unsre ländliche Produktion einst auf der wirtschaftlichen Unfreiheit der angeblich freien Besitzer? Noch im vorigen Jahrhundert herrschte auf dem Lande vielfach die sogenannte „Gemengelage“. Die Grundstücke verschiedener Besitzer lagen im Gemenge. „Infolge dessen ist die Benutzung der Aecker auf der Flur keine freie, nur vom Inhaber abhängige; sie ist vielmehr für die große Flur gemeinsam geregelt, jeder Inhaber muß sich nach derselben Regel richten, jeder gehorcht dem Flurzwang, den der Flurschütz überwacht. Der Feldbau auf der Flur ist daher nur in der Weise möglich, daß Alle nach derselben Regel wirtschaften.“ (Knapp, a. a. O. T. I. S. 5 ff.)

Eine volle wirtschaftliche Freiheit hat niemals bestanden, der Mensch darf überhaupt nur das thun, was die äußeren Verhältnisse ihm gestatten. Heut weisen die äußeren Verhältnisse ihn vielfach darauf hin, seine Handlungen so einzurichten, daß sie anderen gleichstrebenden Menschen möglichst schädlich werden. Später wird jede Handlung, die ihm selbst nützt, zugleich zur Förderung des Gemeinwohls gereichen. —

Unter den Bedenken, welche gegen den Sozialismus erhoben worden sind, wiegt keines schwerer, als der Einwand, daß das Privateigentum eine heilsame Wirkung auf die Güterproduktion und die Lage der Arbeiter ausübe, weil das Streben nach Privatbesitz den stärksten Anreiz für den Menschen gebe, alle seine produktiven Kräfte aufs Aeußerste anzuspannen und hierdurch den allgemeinen Fortschritt, die Beherrschung der Natur durch den Menschen zu vergrößern.

Wir haben dargelegt, daß der Sozialismus dieser mächtigen Triebfeder keineswegs entbehrt und mit dem Streben nach Privatbesitz durchaus verträglich ist. Wir haben auch gezeigt, wie heut unter dem Einfluß des Privatbesitzes zwar unendliche Reichtümer gewonnen werden, wie aber ein Teil davon nur einer kleinen Klasse der Gesellschaft zufällt, ein anderer Teil unverbraucht, ohne Nutzen zu gewähren, verloren geht.

Der Sozialismus beseitigt den Kampf, den die Kapitalisten unter einander führen, wie er den Kampf zwischen Kapital und Arbeit beendet. Er schafft das Interesse an übermäßiger Produktion aus der Welt und tilgt damit die Schwankungen des Absatzes. Den edlen Wetteifer aber läßt er bestehen und weiß ihn mit den der Menschennatur zusagenden Prämien zu belohnen.

Die Frage: Wird unter der Herrschaft des Sozialismus eine gesunde Entwicklung der Güterproduktion stattfinden? — beantworten wir daher mit einem zuversichtlichen: Ja.



Nachwort.

Nur notgedrungen lasse ich den vorstehenden Ausführungen noch einige persönliche Bemerkungen folgen. Im Mai dieses Jahres hatte ich dem Redakteur der „Volks-Bibliothek" den Schluß des Manuscripts der vorliegenden Arbeit übergeben, und erst nach Verlauf von sechs Monaten konnte ich die Korrektur der letzten Bogen lesen. In der Zwischenzeit war das Erscheinen des Werkes, dessen Veröffentlichung bereits im März begonnen hatte, auf Anordnung des Herausgebers zeitweise unterbrochen worden. Ueber die Gründe, welche zu der vorübergehenden Unterbrechung geführt hatten, sind die Leser der „Volks-Bibliothek" durch die von den Herren Liebknecht und Geiser veröffentlichten Erklärungen unterrichtet worden. Ich habe umsoweniger Veranlassung, mich hier über diese Erklärungen zu äußern, da in denselben das Erscheinen einer kritischen Gegenschrift angekündigt worden ist, welche, wie ich hoffe, die Bedenken, die gegen meine Arbeit geltend zu machen sind, unumwunden darlegen wird.

Aber die gedachten Erklärungen haben jetzt schon eine öffentliche Polemik hervorgerufen, zu welcher ich nicht schweigen darf. Die „Neue Preußische Zeitung" (Kreuz-Zeitung) in Berlin hat diesen Erklärungen einen Leitartikel unter dem

Titel: „Ein sozialdemokratischer Antimarxist“ gewidmet. Es wird mir in dem Leitartikel unterstellt, daß ich mit meiner Schrift eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei herbeizuführen und die Wege zu einer Reichstags-Kandidatur für mich zu ebnen beabsichtige. Ich versichere, daß dergleichen Wünsche mir durchaus fern liegen. Wer mich näher kennt, wird an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung gewiß nicht zweifeln. Ich habe nur eine theoretische Untersuchung über die sozialistische Wissenschaft schreiben wollen, und bitte Jedermann, meine Arbeit lediglich nach ihrem objektiven Inhalt, nicht nach subjektiven Verdachtsmomenten zu beurteilen.

Ich muß auch die Bezeichnung „Antimarxist“ von mir ablehnen. Wem eine Einteilung der Sozial-Schriftsteller nach den Namen berühmter Männer durchaus notwendig erscheint, den bitte ich, mich den „Marxisten“ zuzurechnen; denn ich bin Schüler und Verehrer von Karl Marx. Nicht um Marx zu beseitigen, sondern um seine Lehre fortzubilden, habe ich zur Feder gegriffen, und wo ich seinen Schlußfolgerungen entgegengetreten bin, habe ich Gründe dafür beigebracht, die ich für gewichtig zu halten alle Ursache habe.

Breslau, im November 1889.

Der Verfasser.

Druck von Otto Hilliger in Altwasser.

